

Geographie kennt keine Grenzen

Herausgeber:

Bernhard Köppen, Uli Molter, Ilona Scherm

Geographie kennt keine Grenzen
zum 60. Geburtstag von Peter Jurczek

Herausgegeben von

Bernhard Köppen, Uli Molter und Ilona Scherm



Universitätsverlag Chemnitz
2009

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Angaben sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Technische Universität Chemnitz/Universitätsbibliothek
Universitätsverlag Chemnitz
09107 Chemnitz
<http://www.bibliothek.tu-chemnitz.de/UniVerlag/>

Herstellung und Auslieferung
Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG
Am Hawerkamp 31
48155 Münster
<http://www.mv-verlag.de>

ISBN 978-3-941003-05-7

urn:nbn:de:bsz:ch1-200901239
URL: <http://archiv.tu-chemnitz.de/pub/2009/0123>

| | |
|---|-----|
| Vorwort..... | 7 |
| Freundesland – Merkmale und Faktoren der Beliebtheit anderer Länder im Rahmen des Eurovision Song Contest..... | 11 |
| Masterpläne als Instrumente der Stadt- und Regionalentwicklung – das Beispiel Ruhrgebiet | 27 |
| Auslastungsgrade ausgewiesener Wohnbauflächen in der Kernregion Mitteleuropa – konzeptioneller Ansatz für ein nachhaltiges Flächenmanagement in schrumpfenden Regionen? | 39 |
| Sociogeographic Trends in Contemporary Europe: The Case of Slovenia | 51 |
| Von Jáchymov zum Prager Frühling: der Jahrhundertzeuge Eduard Goldstücker..... | 67 |
| Aktivitäten der Euroregion Elbe/Labe aus der geographischen (räumlichen) Perspektive | 81 |
| From Cold War to mutual understanding via special economic zones? Recent cross-border projects in Korea. | 95 |
| Freedom and democracy – preconditions for regional development..... | 107 |
| Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragungen – ein Werkstattbericht | 127 |
| Geographie und Naturschutz Ergebnisse aus Studien in subtropischen und tropischen Wäldern..... | 145 |
| Erweiterung und Vertiefung: Auswege aus dem Zielkonflikt..... | 157 |
| Besonderheiten der Entwicklung regionaler Teilräume in Ostdeutschland | 175 |
| Zum Stand sächsisch-tschechischer Hochschulbeziehungen | 189 |
| Factors determining the development of a creative sector in European metropolitan regions..... | 199 |
| Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen – Erfolgsbedingungen und Handlungsempfehlungen zur Unterstützung der Entwicklung ländlicher Räume..... | 217 |
| Städtesystem und Städtepolitik in Finnland..... | 239 |
| Rußland und der postsowjetische Raum | 251 |

| | |
|---|-----|
| Multilokale Arrangements des Alltags und die kommunalpolitischen Implikationen | 277 |
| Verzeichnis der Autoren | 291 |
| Gratulanten..... | 293 |
| Curriculum Vitae | 295 |
| Schriftenverzeichnis | 301 |

Vorwort

Die Geographie – und diese Feststellung ist nicht neu – kann im Vergleich mit anderen Disziplinen getrost als ein auffallend facettenreiches Fach mit zahlreichen Schnittstellen zu Nachbarwissenschaften charakterisiert werden. „Der Geograph“ schlechthin – so er denn angesichts des soeben erwähnten großen Spektrums in Reinform überhaupt existiert – zeichnet sich daher oftmals durch die ausgeprägte Fähigkeit zum interdisziplinären Arbeiten und vernetzten Denken sowie der Fertigkeit des sinnvollen Zusammenfügens vieler Einzelteile zum „großen Ganzen“ aus. Der Blick für's Ganze und der Blick über den Tellerrand, also das positive Interesse am „Anderen“ und „Neuen“ sind diesbezüglich besonders wichtig. In Kombination mit angewandten – d.h. gesellschaftlich relevanten, konkret nachgefragten Untersuchungen – wird daher bisweilen auch „Geographie im weitesten Sinne“ betrieben. Geographie kennt nur wenige Grenzen, zumal, wenn sie von Peter Jurczek betrieben wird.

Peter Jurczek, dessen 60. Geburtstag der Anlass für Freunde, Weggefährten, ehemalige und aktive Mitarbeiter ist, ihn mit dieser Publikation zu ehren, verkörpert zu großen Teilen den genannten Typus des oben genannten Geographen mit dem Blick für's Ganze, der Freude am interdisziplinären Arbeiten und dem Interesse am Erkunden der Grenzen.

Der Blick über den Tellerrand – in räumlicher und fachlicher Hinsicht – ist es wohl auch, der ihm stets neue Perspektiven und Horizonte eröffnete, an denen er immer auch andere teilhaben lässt. Denn die Überwindung des Trennenden dort, wo es ausgrenzt oder gar diskriminiert ist im Rückblick eine wichtige Maxime seines Handelns: Ob es sich um die innerdeutsche urbane Vernetzung von „Ost“ und „West“ handelt oder die Europäische Integration, die durch konkrete Projekte insbesondere in Hinblick auf Deutschlands Nachbarn in Mitteleuropa vorangetrieben wird.

Ob eine Festschrift, und um das handelt es sich bei diesem Sammelband freilich, „noch zeitgemäß“ ist oder nur ein sinnentleertes Ritual, welches so gar nichts über die wissenschaftlichen Verdienste eines Hochschullehrers aussagt, darüber mag man unterschiedlicher Meinung sein. Dass die Herausgeber und Autoren dieses Bandes, welcher Beiträge aus unterschiedlichen Disziplinen versammelt enthält, das Ritual der Festschrift für Peter Jurczek in festschriftkritischen Zeiten für durchführungswürdig halten, liegt nicht zuletzt darin begründet, dass Ritualen auch bedeutungs- und einheitsstiftende Kraft innewohnt, weshalb die vorliegende Publikation auch Zeugnis der

ehrlichen Verbundenheit mit dem Jubilar und der Anerkennung seiner wissenschaftlichen Leistung ist.

Die Themenvielfalt und Interdisziplinarität der Beiträge dieses Sammelbandes wiederum ist letztendlich ein Beleg des regen wissenschaftlichen Austausches von Peter Jurczek und somit auch ein thematisches wie räumliches Abbild seines Wirkens.

Die Herausgeber danken nicht nur den Beiträgern für die konstruktive Zusammenarbeit, sondern auch zahlreichen Helfern, die uns bei der Erstellung des Buches mit Rat und Tat zur Seite standen, vor allem:

Torsten Nisser und Kathrin Heinold, Stefanie Hübner, Christine Krause, Holm Krieger, ferner den Sponsoren des Druckes (siehe Seite 325).

Chemnitz und Landau, im September 2009

Bernhard Köppen, Uli Molter, Ilona Scherm

REGINA REGIO

Für Peter Jurczek

Regina Regio

Schreitet

Grandezza waltend.

Regina Regio

Graniza Verdacht

Grenz' verlacht

Schreitet

Trans Tabu.

Schreitet.

Ulrike Brummert

VII/VIII 2009

Freundesland – Merkmale und Faktoren der Beliebtheit anderer Länder im Rahmen des Eurovision Song Contest¹

Wolfgang Aschauer

Der Nationalismus – verstanden als ein Ideengebäude, das der Zugehörigkeit des einzelnen zu einem Nationalstaat einen exklusiven Wert zuschreibt – ist in der Literatur ein gut untersuchtes Phänomen. Sowohl die Relevanz der nationalen Selbstzuschreibung auf der individuellen Ebene als auch die politischen und soziokulturellen Maßnahmen, die diese Selbstzuschreibung befördern, sind in umfangreicher Weise beschrieben und analysiert. Diese einzelnen Teilaspekte des Nationalismus können insgesamt auch in ihrem Zusammenwirken als gut erforscht bezeichnet werden.

Ganz anders sieht es beim parallel dazu konzipierten „Internationalismus“ aus: Hier findet sich ein sehr heterogenes Spektrum von Untersuchungen, die sich mit Themen der (positiven oder negativen) Beziehungen zu anderen Ländern beschäftigen. Dies reicht vom Forschungsgebiet der internationalen Beziehungen über die Vorurteilsforschung bis zur Rolle von Schüleraustauschen oder des Tourismus für die Entwicklung des Bildes eines anderen Landes. Insbesondere der Zusammenhang zwischen den etwa in Meinungsumfragen erhobenen Bildern und einem entsprechenden Handeln bleibt zumeist diffus oder scheint (z. B. im Hinblick auf die pädagogischen Ziele der Förderung grenzüberschreitender Kontakte) nur mittelbar erreichbar zu sein – ein Umstand, der sich in erster Linie daraus erklären lässt, dass die jeweilige Situation und der soziale Kontext (einerseits eine Erhebung etwa mittels Fragebögen, andererseits eine z. B. aus finanziellen Motiven erfolgende Einkaufsfahrt) so stark voneinander abweichen, dass aus den artikulierten Einstellungen kaum auf entsprechendes Handeln geschlossen werden kann.

Eine reizvolle Ausnahme in diesem Befund ist der Eurovision Song Contest (ESC), ein seit 1956 jährlich stattfindender Wettbewerb populärer Musik, in dem die beteiligten Länder durch jeweils ein Lied vertreten werden. Gewonnen hat dasjenige Land, das von den anderen die meisten Stimmen erhält; bis einschließlich 1997 erfolgte die

1 Die Anregung zu diesem Aufsatz stammt aus zahlreichen Mittagessen mit Peter Jurczek in der Mensa der TU Chemnitz, während derer ein Studierender uns öfter mit seinem enzyklopädischen Wissen über den Eurovision Song Contest beeindruckte. Der Aufsatz unternimmt den Versuch, die während der Mahlzeiten geäußerten Hypothesen über gewisse Regelmäßigkeiten der Stimmabgabe auf ihren theoretischen und empirischen Gehalt hin zu überprüfen.

Abstimmung in Jurys, seit 1998 per Televoting (Telefon, SMS).² Letzteres Abstimmungsverfahren zeichnet sich dadurch aus, dass das Votum für ein bestimmtes Land sozial völlig folgenlos für den Abstimmenden ist und auch mittelbar keine Auswirkungen hat (anders als etwa politische Wahlen), aber dennoch zu einem Ergebnis führt, das der Abstimmende zu beeinflussen versucht. Das Televoting geht daher über eine bloße Meinungsäußerung hinaus, es ist auch als Form eines ergebnisorientierten Handelns zu verstehen – und damit als ein Element praktizierter Internationalität.

Die Betrachtung der Abstimmungsergebnisse zeigt teilweise deutliche Abweichungen in der Stimmabgabe nach Ländern; dabei sind sowohl einseitige Bevorzugungen festzustellen als auch zweiseitige. Im folgenden sollen einige typische Muster danach diskutiert werden, inwieweit hier von Affinitäten zu Nachbarländern gesprochen werden kann und welche Faktoren hierfür zur Erklärung herangezogen werden können. In der Literatur werden vor allem zwei Fragen diskutiert:

1. Handelt es sich beim sog. *block voting* um ein „Geschäft“ auf Gegenseitigkeit, ist also die Stimme für ein anderes Land³ die Einforderung von Reziprozität, mithin eine indirekte Abstimmung für das eigene Land? Es könnte dann sogar von einer „internationalistischen“ Version von Nationalismus gesprochen werden. Tatsächlich zeigt sich in der Geschichte des ESC eine bis heute zunehmende Bedeutung des *block voting* (Fenn et al. 2005; Gatherer 2006), was als erlernte Herausbildung einer Gegenseitigkeit interpretiert werden kann – wenn das eigene Land in einem gegebenen Jahr von einem anderen unterstützt wird, erhält dieses im folgenden Jahr als Belohnung ebenfalls viele Punkte, was wiederum zu positiven Auswirkungen für das eigene Land führen kann, so dass stabile Stimmen für ein anderes Land auch zu einer stabilen Bevorzugung des eigenen führen.

Dieser Interpretation wird von anderen Autoren (so etwa Clerides/Stengos 2006; Ginsburg 2008) widersprochen; die Debatte wird überwiegend theoriefrei auf der Grundlage von (unterschiedlichen) Korrelationsanalysen geführt, wobei das angewandte statistische Instrumentarium den bei der Abstimmung verwendeten Punkten eine Skalenqualität zuschreibt, die diese in der für die Verwendung der Methoden notwendigen Eindeutigkeit nicht haben. Denn es handelt sich hier um ordinalskalierte Daten; erhält ein Land 4 Punkte, ein anderes hingegen 6 Punkte, bedeutet dies ledig-

2 Für 2009 wurde ein gemischtes Voting-System eingeführt, bei dem das Televoting durch eine Jury-Abstimmung ergänzt wird. Damit kann der Zeitraum 1998-2008 als eine abgeschlossene Periode mit ausschließlichem Televoting angesehen werden.

3 Es können von den Anrufern aus einem Land je einmal 1 bis 8, 10 und 12 Punkte vergeben werden, aber nicht für das eigene Land.

Freundesland

lich, dass das zweite Land um zwei Plätze besser bewertet wurde als das erste, eine darüber hinausgehende Qualität hat das Intervall nicht. Auch wenn die Punkte für das Gesamtergebnis aufaddiert werden, handelt es sich nicht um intervallskalierte Daten.

Unabhängig von der Qualität der statistischen Verfahren bleibt offen, warum die beobachtbaren Muster gegenseitiger Unterstützung regional konzentriert sind (vgl. Karte 2). *Block voting* könnte ja auch von einer Allianz etwa von Finnland, Portugal, Griechenland und der Schweiz praktiziert werden. Offensichtlich scheinen aber eindeutige Nachbarschaftseffekte vorzuliegen, die nicht durch ein inhaltlich neutrales Reziprozitätsprinzip erklärt werden können.

2. Daher stellen sich zahlreiche Autoren die Frage, welche vom ESC unabhängigen Variablen das *block voting* hervorgebracht haben können. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob für die beobachteten Häufungen politische und/oder kulturelle Gründe verantwortlich gemacht werden können. Es wird dabei eine Trennung vorgenommen in eine Stimmabgabe, die ein bestimmtes Land präferiert, weil es aus im weitesten Sinne politischen Gründen sympathisch ist oder unterstützt werden soll, ohne dass gleichzeitig das jeweilige Musikstück in besonderer Weise gefällt, und in eine Stimmabgabe, der ein gleicher oder ähnlicher Geschmack zugrunde liegt (Clerides/Stengos 2006; Ginsburg 2008; Schweiger/Brosius 2003).

Diese Unterscheidung soll im folgenden zunächst unberücksichtigt bleiben, da sie – dies im Gegensatz zur Position einzelner Autoren – nur sehr eingeschränkt auf der Grundlage der Abstimmungsergebnisse selbst erörtert werden kann. Für die Analyse der Abstimmungsergebnisse sollen im folgenden zunächst einige Überlegungen zur Auswertung der Daten angestellt werden, um auch gewisse methodische Probleme berücksichtigen zu können. Erst in einem zweiten Schritt sollen dann die Abstimmungsergebnisse genauer untersucht werden, wobei die Hypothese der politischen und/oder kulturellen Bedingtheit von präferentiellem Stimmverhalten diskutiert wird. In einem dritten Schritt soll dann die Ebene der Datenanalyse verlassen werden, um die beobachteten Häufigkeiten auf die gesellschaftliche Bedeutung des ESC in den jeweiligen Ländern zu beziehen.

Zunächst gilt es zu entscheiden, welche Daten überhaupt verwendet werden sollen. Hier bietet sich an, nicht einzelne Jahre zu betrachten, sondern die durchschnittlichen Ergebnisse des Zeitraums 1998-2008. Dies vermeidet zum einen, Schlüsse aus Resultaten zu ziehen, die sich in einem Jahr aus speziellen Konstellationen (etwa: ein singuläres politisches Ereignis, eine zufällige und einmalige Übereinstimmung kultureller

Präferenzen⁴) ergeben, und ermöglicht so den Blick auf im wesentlichen konstante Orientierungen gegenüber einem anderen Land. Zum zweiten wird so auch das Gewicht eines grundsätzlichen Problems von Abstimmungen reduziert: der Einfluss von Elementen des Abstimmungsprozesses auf das Ergebnis. Auf der empirischen Ebene zeigen sich nämlich unter anderem sowohl sog. *ordering effects* mit dem Resultat, dass Lieder, die als erste präsentiert werden (mit Ausnahme des Eröffnungstitels) deutlich schlechter abschneiden als solche am Ende des Abends, als auch Auswirkungen des Standorts (durchschnittlich höhere Punktzahlen für das Ausrichterland) und des internationalen Bekanntheitsgrades der Interpreten (Nicolussi-Leck 2004; vgl. a. Glejser/Heyndels 2001, Haan/Dijkstra/Dijkstra 2003).

Ein weiteres Problem resultiert aus den immanenten Strukturen eines jeden Scoring-Verfahrens, d. h. der Ermittlung eines Siegers durch die Aufsummierung von Punkten, was dazu führen kann, dass ein Lied in einer paarweisen Betrachtung jeweils besser abschneidet als jedes andere Lied, im Endresultat jedoch ein anderes Lied gewinnt, weil die Punkte für die übrigen Teilnehmer intervenierend auf das Gesamtergebnis einwirken (vgl. dazu grundsätzlich Moulin 1988).

Die skizzierten Probleme lassen sich weitgehend durch die Zusammenschau aller hier ausgewählten Jahre vermeiden, da sich die einzelnen verzerrenden Effekte insgesamt ausgleichen, vor allem auch deshalb, weil die Reihenfolge der Auftritte jedes Mal neu ausgelost wird.. Mit der gleichen Zielsetzung werden nur solche Länder berücksichtigt, die sowohl als Abstimmende als auch als Teilnehmer mindestens dreimal am ESC teilgenommen haben.

Diesem Ein- bzw. Ausschlusskriterium folgt eine mehrstufige Datenmodifikation, die der weiteren Analyse zugrunde liegen soll: Zunächst wurden aus den Ergebnissen der einzelnen Jahre Durchschnittswerte errechnet⁵. Um die länderspezifischen Präferenzen von der von allen Abstimmenden beurteilten Qualität eines Liedes zu trennen, wurden in einem zweiten Schritt die durchschnittlichen Bewertungen normiert, indem durch die Subtraktion der Durchschnittsnote die Durchschnittswertung 0 ermittelt wurde, von der die länderspezifischen Beurteilungen nach oben oder unten abwei-

4 oder sonstige Faktoren wie etwa der Umstand, dass beim deutschen Vertreter des Jahres 2008, den „No Angels“, eine Sängerin mit bulgarischer Herkunft mitwirkte, was zu besonders vielen Stimmen aus Bulgarien führte

5 und zwar in Form des arithmetischen Mittels, was zwar nicht dem Skalenniveau der Daten entspricht, aber als minderere methodischer Fehler die Aussagekraft der Ergebnisse nicht wesentlich verzerrt

Freundesland

chen. Diese Werte werden schließlich nur dann berücksichtigt, wenn sie vom Nullwert um mehr als die durchschnittlich erreichbare Punktzahl⁶ abweichen.

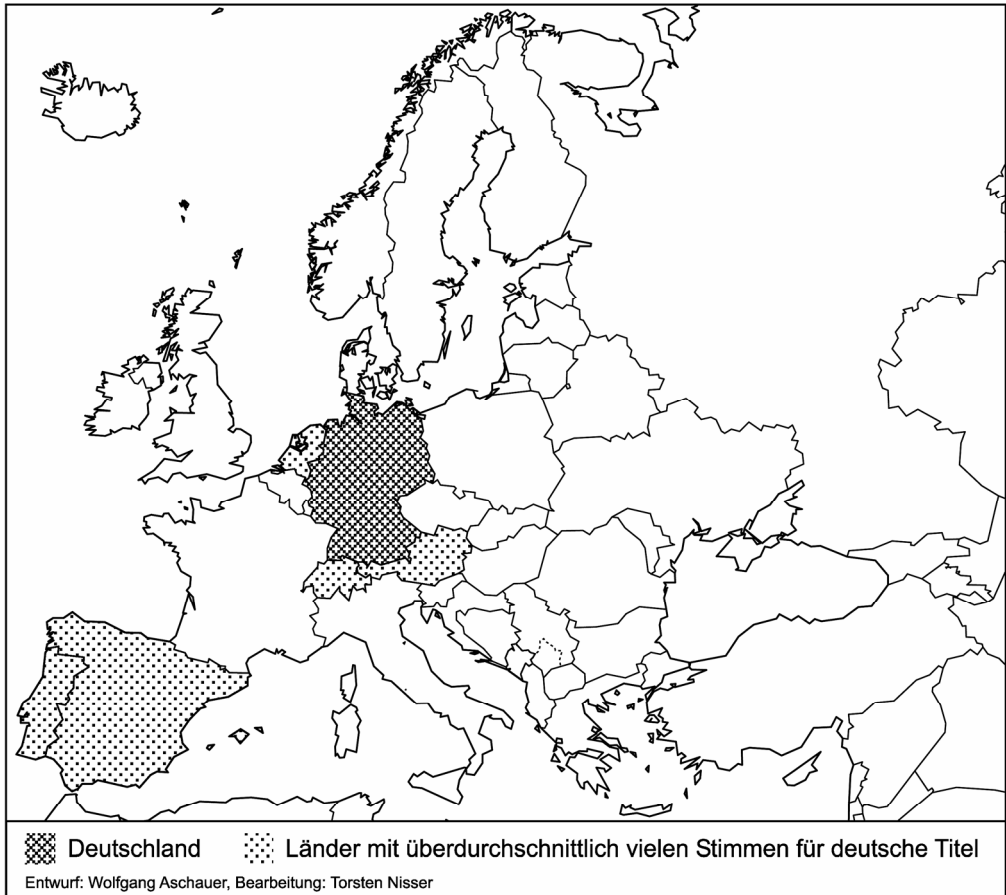
Die länderspezifischen Präferenzen können in zwei Gruppen eingeteilt werden: in einseitige Präferenzen – die Abstimmenden in einem Land bevorzugen ein anderes Land, aber nicht umgekehrt – und in zweiseitige Präferenzen – überdurchschnittliche Voten liegen jeweils auf beiden Seiten vor. Es existieren selbstverständlich auch negative, d. h. deutlich unterdurchschnittliche zweiseitige Voten; diese treten aber nur in insgesamt 6 Fällen (gegenüber 36 positiven Fällen) auf und weichen zudem weit weniger stark vom Mittelwert ab als die positiven Fälle. Dies liegt daran, dass eine negative Stimmabgabe nicht möglich ist; die unterdurchschnittlichen Voten sind zumeist lediglich Residuen der (positiven) Stimmabgabe zugunsten einzelner Länder, nicht aber „Anti-Stimmen“. Daher sollen sie im weiteren nicht betrachtet werden.

Insgesamt können für den betrachteten Zeitraum drei Gruppen unterschieden werden:

- Länder, die nicht in die Analyse eingehen, weil sie entweder gar nicht teilnehmen (Italien, Luxemburg) oder aufgrund der seltenen Teilnahme nicht betrachtet werden (u. a. Bulgarien, Montenegro, die Slowakei und Tschien);
- Länder, bei denen lediglich einseitige Präferenzen vorliegen, also keine wechselseitige Bevorzugung festzustellen ist; zu dieser Gruppe gehören Deutschland, Frankreich, Israel, Malta, die Schweiz und Ungarn; und
- Länder, bei denen eine oder mehrere gegenseitige Präferenzen mit anderen Ländern bestehen (alle übrigen Teilnehmer).

Interpretiert man das Abstimmungsverhalten der letzteren Gruppe als eine Art niederschwellige (regionale) Gemeinschaftsbildung, dann sind die Länder der zweiten Gruppe aus einem derartigen alltags-politischen oder kulturellen Zusammenhang ausgeschlossen: Die Abstimmenden unterstützen andere Länder, von denen ihr Land aber nicht unterstützt wird – und umgekehrt. Eine mögliche Interpretation eines solchen Abstimmungsverhaltens soll am deutschen Beispiel versucht werden (Karten 1a und 1b).

6 In 11 Jahren waren es insgesamt 262 Teilnehmer, in jedem Jahr wurden 58 Punkte vergeben. Dies ergibt pro Jahr für jeden Teilnehmer eine Durchschnittspunktzahl von 2,44 Punkten.



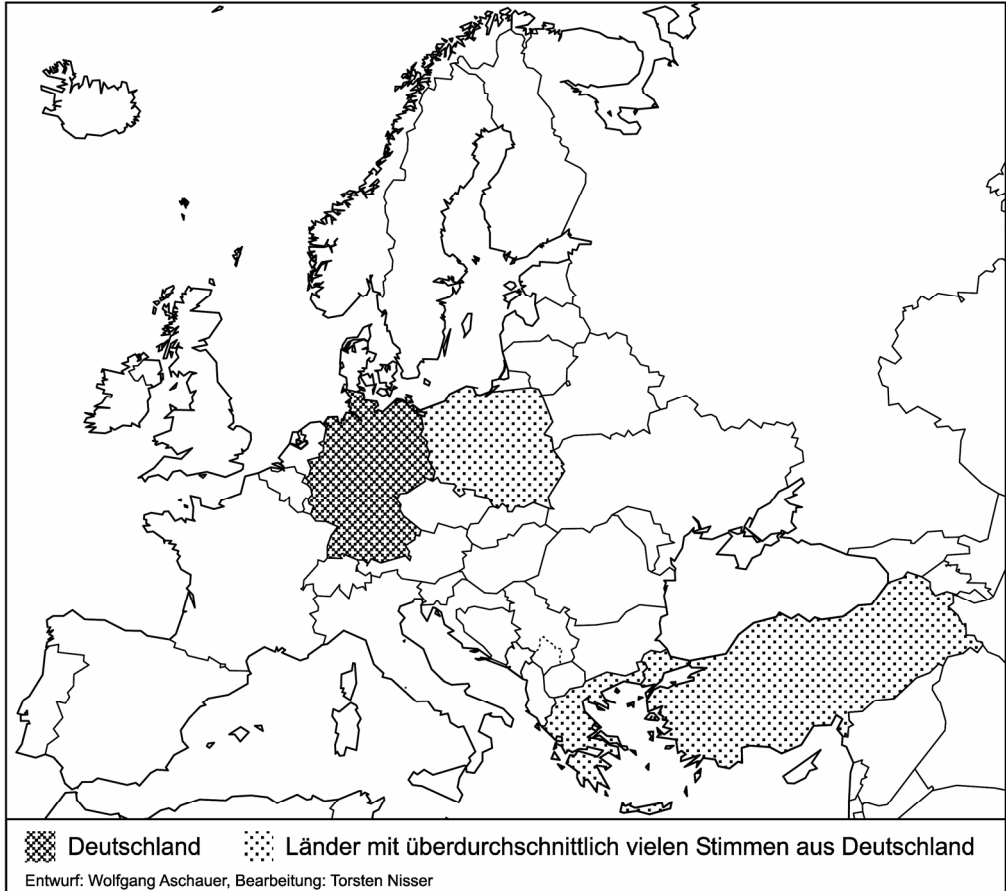
Karte 1a: Länder mit überdurchschnittlich vielen Stimmen für deutsche Titel
(1998-2008)

Quelle: Eurovision Song Contest – Website; eigene Berechnungen

Karte 1a zeigt, dass überdurchschnittlich hohe Voten für die musikalischen Vertreter Deutschlands aus Österreich, der Schweiz, den Niederlanden sowie aus Spanien und Portugal stammen. Während bei den ersten drei Ländern so etwas wie kulturelle Nähe mit ähnlichen Geschmacksurteilen, Elemente einer gutnachbarschaftlichen Bevorzugung, aber auch das aktive Unterstützungsverhalten deutscher Fans, die zur Abstimmung ins Nachbarland reisen und von dort aus am Televoting teilnehmen, als Ursachen vermutet werden können, gibt das gute Ergebnis von der iberischen Halbinsel zunächst Rätsel auf.

Freundesland

Es gibt jedoch Hinweise⁷ darauf, dass die „spanischen“ Stimmen recht wenig mit dem Musikgeschmack der spanischen Bevölkerung zu tun haben, sondern dass es sich vielmehr um Deutsche handelt, die v. a. als Residenten auf Mallorca (und in anderen Regionen Spaniens) ihren Heimatbezug nicht nur in der Frequentierung des örtlichen „Bierkönigs“ oder diverser Restaurants mit Bratwurst- und Schnitzelangebot finden, sondern auch in der Unterstützung des jeweiligen deutschen ESC-Beitrags. In vergleichbarer Weise sind wohl auch die Stimmen aus Portugal zu erklären.



Karte 1b: Länder mit überdurchschnittlich vielen Stimmen aus Deutschland (1998-2008)

Quelle: Eurovision Song Contest – Website; eigene Berechnungen

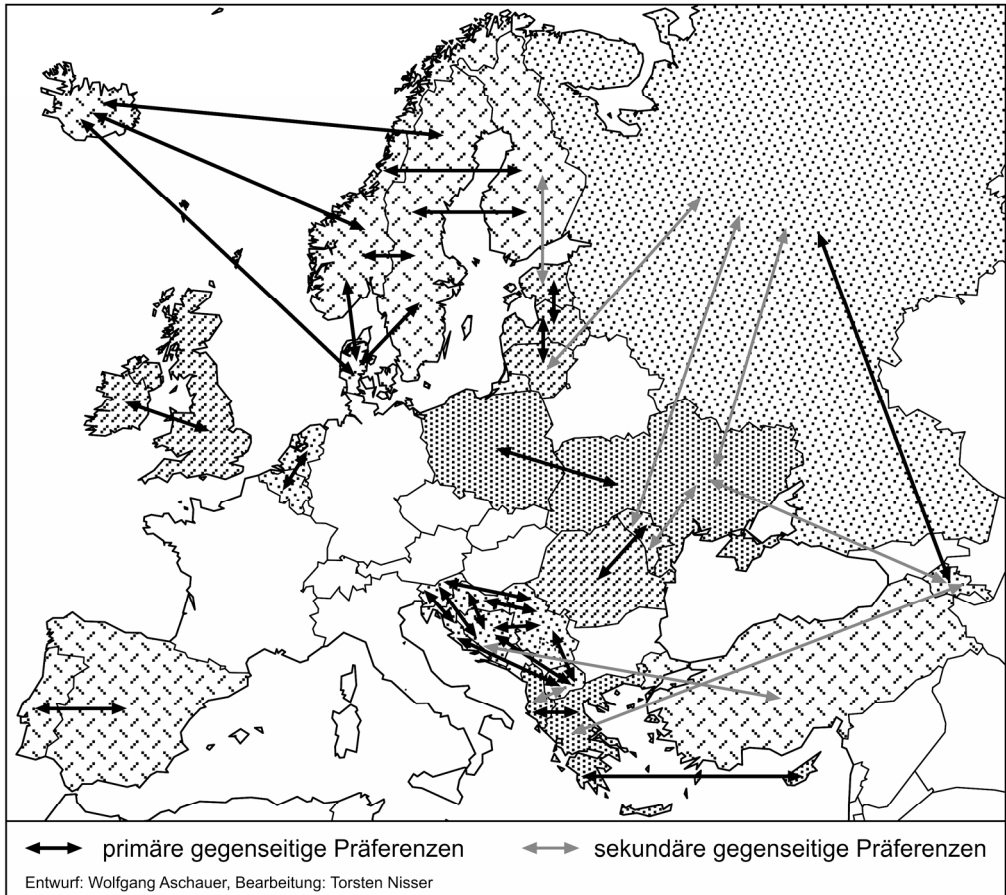
⁷ Darauf rekurren zahlreiche Internetquellen ebenso wie Presseveröffentlichungen (vgl. a. Feddersen 2004).

Einer ganz ähnlichen Erklärung ist auch der umgekehrte Fall zugänglich (Karte 1b): Dass Stimmen aus Deutschland überdurchschnittlich häufig für Titel aus der Türkei, aus Griechenland und aus Polen abgegeben werden, korreliert recht eindeutig mit der großen Anzahl von Ausländern bzw. eingebürgerten Zuwanderern aus diesen Ländern. Der ESC scheint eine der besonders beliebten Möglichkeiten zu sein, die (ehemalige) Herkunft zu thematisieren und in öffentlichkeitswirksames Handeln umzusetzen. Dass dies kein auf Deutschland beschränktes Phänomen ist, zeigt ein Blick auf einige andere Länder mit großer Zuwanderung: Aus Österreich kommen besonders viele Stimmen für Bosnien und Herzegowina, für Kroatien, Polen, Serbien und die Türkei, aus Frankreich für Portugal, die Türkei und Armenien (im letzteren Fall handelt es sich wohl im wesentlichen um Nachkommen der Flüchtlinge aus dem untergehenden Osmanischen Reich der Jahre 1915-1917) und aus Israel für Russland und die Ukraine.

Aber nicht nur Zuwanderer und ihre Nachfahren scheinen im Abstimmungsverhalten beim ESC ihre Herkunft artikulieren zu wollen, sondern auch ethnisch-nationale Minderheiten dokumentieren auf diese Weise ihre Zugehörigkeit zu einer (benachbarten) Nation. Wenn etwa Ungarn aus Rumänien und Serbien besonders viele Stimmen erhält, kann dies nicht zuletzt auf die dortigen ungarischen Minderheiten zurückgeführt werden; und die estnischen, lettischen und litauischen Stimmen für Russland weisen deutlich auf die Existenz der russischen Minderheit im Baltikum hin. Dennoch wäre es sicherlich überinterpretiert, diese Stimmen ausschließlich als politische Stellungnahmen zu interpretieren; gerade im Baltikum dürften trotz einer forcierten staatlichen Dissimilierungspolitik immer noch kulturelle Gemeinsamkeiten mit Russland aus der Zeit der Sowjetunion wirksam sein.

Neben den einseitigen Präferenzen, die im wesentlichen auf das Abstimmungsverhalten von Migranten und ethnisch-nationalen Minderheiten zurückgeführt werden können, fallen bei den Ergebnissen des ESC vor allem die gegenseitigen Präferenzen auf, die zu markanten Regionsbildungen führen. Im folgenden sollen auf der Grundlage von Karte 2 einige ausgewählte Typen solcher Regionen beschrieben und analysiert werden.

Freundesland



Karte 2: Länder mit gegenseitigen Präferenzen (1998-2008)

Quelle: Eurovision Song Contest – Website; eigene Berechnungen

Grob untergliedert können drei Typen von Regionsbildungen unterschieden werden: die „Pärchen-Regionen“ mit Spanien und Portugal, Belgien und den Niederlanden, Großbritannien und Irland sowie Rumänien und der Republik Moldau (Moldawien), die stark integrierten „Einheitsregionen“ wie die skandinavischen Länder oder Ex-Jugoslawien, und komplizierter zusammengesetzte „Mischregionen“ wie etwa das frühere „Pärchen“ Griechenland-Zypern, dem sich mittlerweile Albanien zugesellt hat, das Baltikum, bei dem sich die direkten Nachbarschaften artikulieren, nicht aber die gemeinsame Zugehörigkeit zum Baltikum, und die Beziehungen Russlands zu den ehemaligen Sowjetrepubliken.

Der letztere Regionstypus ist relativ uneindeutig und auch recht heterogen, so dass nur Ad-hoc-Erklärungen für einzelne Länder erreichbar erscheinen, was jedoch analytisch wenig ertragreich ist, weshalb diese Fälle hier nicht weiter diskutiert werden

sollen. Auch der erste Regionstyp scheint relativ leicht zu erklären zu sein: hier sind wohl in erster Linie kulturelle und nachbarschafts-politische Gemeinsamkeiten von Bedeutung (etwa bei Spanien und Portugal oder bei Belgien und den Niederlanden). Schon komplizierter wird die kulturelle oder politische Erklärung bei Großbritannien und Irland, da die in Irland weit verbreiteten Animositäten gegenüber dem Nachbarland keinen Anreiz für eine Bevorzugung des britischen Beitrags bieten. Erklärungen für die artikulierte Präferenz des jeweiligen Nachbarlandes setzen daher bei der gemeinsamen Sprache ein oder rekurrieren auf Migranten im jeweiligen Nachbarland. Mit einer ähnlichen Plausibilität lässt sich die Situation in Moldawien erklären: einerseits die sprachlich-kulturelle Nähe zu Rumänien, andererseits in der separatistischen Region Transnistrien die forcierte Orientierung an Russland und die Ukraine, die sich aus ebensolchen politischen Gründen in den Stimmen für moldawische Interpreten spiegelt – das quantitative Verhältnis zwischen den rumänisch- und russischsprachigen Moldawiern findet dann auch seinen Widerhall in der primären Präferenz mit Rumänien und der sekundären Präferenz mit Russland und der Ukraine.

Insofern geben diese Ergebnisse nur wieder, was als Allgemeinwissen über die kulturelle und politische Nähe zwischen einzelnen Staaten existiert. Leider gibt es aber keinerlei Belege (etwa in Form von Befragungen), dass diese Nähe tatsächlich Ursache für das beobachtete Abstimmungsverhalten ist. Die bloße Korrelierung von Voten mit irgendwelchen kultur-, sozial- und wirtschaftsstatistischen Daten kann zwar viele Plausibilitäten offen legen, aber den Mangel sowohl an theoretischer Durchdringung als auch an gesellschaftswissenschaftlicher Analyse nicht kompensieren.

Deshalb sollen in einem dritten Schritt die beiden Einheitsregionen „Skandinavien“ und „Jugoslawien“ genauer betrachtet werden, um die Ebene der bloßen statistisch-kartographischen Korrelation zu verlassen und sozialwissenschaftlich ertragreichere Schritte gehen zu können.

Die skandinavische Einheitsregion entspricht aus vielen Blickwinkeln der Hypothese einer politischen und kulturellen Nähe. Sie umfasst exakt das Territorium der Nordischen Passunion, die politischen Beziehungen zwischen den Ländern sind auch darüber hinaus hervorragend, die wirtschaftliche und politische Verfassung ist jeweils recht ähnlich, auch auf sprachlich-kultureller Ebene stehen sich die Länder (mit Ausnahme Finnlands) sehr nahe. Die beobachtete Gegenseitigkeit ist bei Schweden und Norwegen am größten (Präferenzen mit allen vier anderen Ländern), die somit das Zentrum der Region bilden, gefolgt von Dänemark und Island mit drei gegenseitigen Präferenzen und Finnland, bei dem nur mit Schweden und Norwegen ein gemeinsames Stimmverhalten vorliegt.

Freundesland

Über diese allgemeinen Parallelen hinaus existieren zwischen den skandinavischen Ländern aber auch besondere Gemeinsamkeiten, die konkreter auf ihre Bedeutung für den ESC hin interpretiert werden können. So gibt es in allen Ländern seit Jahrzehnten Musikfestivals, auf denen die nationalen Vorentscheidungen für den ESC getroffen werden. Sie sind vor allem in Schweden große Medienereignisse mit entsprechenden Rückwirkungen auf den gesamten Musikmarkt; Festivalbeiträge schaffen sehr häufig eine Platzierung in den nationalen Top-100-Listen. Insofern hat in Skandinavien der ESC eine deutlich größere Nähe zum allgemeinen Musikmarkt als etwa in Deutschland, wodurch die für den ESC nominierten Titel eine große Verbreitung auch über das Radio erfahren. (Wolther 2006) Zugleich lässt sich auf der Grundlage der Nachrichtenwerttheorie zeigen, dass ein Stück im ESC dann mehr Stimmen als ein anderes erhält, wenn eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit sowohl für den betreffenden Musikmarkt als auch für das Land insgesamt besteht (Schweiger/Brosius 2003). Insofern kann die Herausbildung der skandinavischen Einheitsregion einerseits durch die Eigenheiten des regionalen Musikmarkts und andererseits durch die mediale Repräsentation auch anderer Geschehnisse in den Nachbarländern erklärt werden. Kulturelle Argumente treten demgegenüber eher in den Hintergrund.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt in den letzten Jahren eine andere Region: Ex-Jugoslawien. Gerade diesen Ländern wurde immer wieder *block voting* vorgeworfen, was auch zu der für 2009 vorgenommenen Regeländerung geführt hat.⁸ Die gegenseitigen Präferenzen verwundern zunächst aus zwei Gründen: Zum einen haben diese Länder einen zum Teil jahrelangen (Bürger-)Krieg hinter sich, der in der politischen Rhetorik bis heute seine Entsprechung findet; und zum anderen hat vor allem in denjenigen Staaten, die als Teile Jugoslawiens etwa sprachlich kaum Unterschiede aufwiesen, eine forcierte Dissimilierung auf allen Ebenen staatlicher Kulturpolitik stattgefunden. Aus diesem Blickwinkel wäre daher zu erwarten, dass die ehemaligen Feinde gerade keine Stimmen erhalten, unterstützt auch durch die zunehmende kulturelle Entfremdung.

Dass dies nicht der Fall ist, liegt in diesen Ländern in erster Linie an der speziellen Rolle von Musik bereits während des Sozialismus, aber auch in der Zeit danach. Insbesondere Folklore wurde staatlicherseits sehr gefördert, in der sog. volkstümlichen Musik sollten die jeweiligen nationalen Eigenheiten erhalten und entwickelt werden. Rock- und andere aus dem westlichen Ausland stammende Musik wurde hingegen

8 Der Vorwurf gerade anlässlich des ESC 2007, den Serbien gewann und bei dem nur osteuropäische Länder auf den ersten 16 Plätzen standen, war insofern ungerechtfertigt, als bei einer gesonderten Auswertung der Stimmen ausschließlich aus westeuropäischen Ländern Serbien ebenfalls gewonnen hätte und sich an der sonstigen Reihung nur wenig geändert hätte.

höchstens geduldet; mit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens verschwand zudem der bis dahin existierende (kleine) Markt für nicht-offizielle Musikrichtungen, so dass Anfang der 1990er Jahre der Boden bereitet war für die rasante Verbreitung eines neuen Musikstils: des sog. Turbofolks.

Musikalisch als eine Verbindung von Folklore, Pop und elektronischer Tanzmusik zu beschreiben, erhält er seine Bedeutung insbesondere als musikalische Untermalung der jugoslawischen Trennungskriege (Gordy 1999). In allen Ländern wurde diese Musik als kulturelles Element der Kriegsführung politisch gefördert. Dies lag zum Teil an ihrem eskapistischen Charakter; wenn Sex und Geld gefeiert werden – weshalb Kronja (2004: 7) auch von „porno-pop music“ schreibt –, dann feiern sich einerseits die Neureichen in den gerade entstehenden Staaten selbst, bieten andererseits aber auch der verarmten Bevölkerung durch den Bezug auf die scheinbar „einfachen Dinge“ und deren Verkörperung in wenig bekleideten drallen Sängerinnen eine Möglichkeit, sich aus der tristen Gegenwart hinauszuträumen. Der Eskapismus wird ergänzt durch zahlreiche Stücke mit explizit nationalistischem Inhalt; in der Zusammenschau beider Elemente wird hier auch von Pornonationalismus gesprochen (Monroe 2000). Personifiziert wird diese Kombination von der Sängerin Ceca, die 1995 den international gesuchten Schwerverbrecher und Anführer der durch viele Kriegsgräuelpop bekannten serbischen „Tiger“-Miliz Arkan ehelichte.

Seit der Jahrtausendwende treten die direkt nationalistischen Texte im Turbofolk zurück, dennoch bleibt er das zentrale kulturelle Element der Betonung nationaler Eigenständigkeit. Diese Rolle der Musik ist nicht auf die Nachfolgestaaten Jugoslawiens beschränkt; in ganz ähnlicher Weise dienen Chalga (Bulgarien) und Manele (Rumänien) der Herstellung nationaler Identität (vgl. Rice 2002). Nun ist nicht jeder Beitrag der genannten Länder zum ESC dem Genre des Turbofolk zuzurechnen; die nationalpolitische Funktion von Musik wird dort aber am deutlichsten. Und wenn die serbische Siegerin des ESC 2007, Marija Šerifović, bei dieser Gelegenheit zwar mit einer wenig „turbo-artigen“ Ballade auftritt, nach der Rückkehr aber die nationalistische Serbische Radikale Partei (SRS), deren Chef Vojislav Šešelj in Den Haag in Untersuchungshaft wegen Kriegsverbrechen sitzt, öffentlich unterstützt (Ivanji 2008), dann verweist dies auf die zumindest latent nationalistische Grundfunktion der Populärmusik in Ex-Jugoslawien.

Zu dieser genrebezogenen Bedeutung der Musik tritt im Rahmen des ESC ein zweiter Punkt: die Interpretation eines Wettbewerbs von Musikstücken als Konkurrenz von Nationen. Tatsächlich lässt sich empirisch feststellen, dass der ESC in Osteuropa „als Mittel zur Konstruktion und Bewahrung nationaler Identität zu verstehen (ist)“

Freundesland

(Wolther 2006: 217): „Das medieninszenierte (Pseudo-)Medienereignis ESC hat im Laufe seines Bestehens ein identifikatorisches Potenzial entwickelt, das ihm eine herausragende Bedeutung für die national-kulturelle Repräsentation vieler beteiligter Länder einräumt – und damit unmittelbar an nationalen und kulturellen Identitäten rührt.“ (Wolther 2006: 230)

Damit lässt sich das *block voting* insbesondere in den jugoslawischen Nachfolgestaaten als scheinbar paradoxes Resultat eines musikalischen Nationalismus deuten: Der Wettbewerb selbst wird als Element und Instrument der Herausbildung nationaler Identitäten begriffen, die in ihm präsentierte Musik ist deren Symbol. Die Abstimmenden nehmen die Musik der Nachbarländer als das wahr, was sie dort, aber auch im eigenen Land ist – musikalischer Nationalismus. Und genau deshalb gefällt diese Musik, und genau deshalb auch wird für das Nachbarland gestimmt; die Reziprozität der Rezeption dieser Musik liegt auf der Hand, genauer: ist unüberhörbar.

Damit kann abschließend noch einmal auf die Eingangsbemerkung eingegangen werden, dass sich in den gegenseitigen Präferenzen bei der Stimmabgabe so etwas wie praktizierte Internationalität äußert. Tatsächlich drücken die Voten eine aktive Unterstützung eines anderen Landes aus. Dies hat aber in den meisten Fällen wenig mit Sympathien für dieses Land zu tun, sondern resultiert aus einem gemeinsamen Verständnis der Rolle von Musik: Wie sich die nationalistischen Parteien Europas zu einer gemeinsamen Fraktion im Europaparlament zusammengeschlossen haben, so repräsentiert das räumlich so überaus augenfällige *block voting* ebenfalls nicht das Zusammengehörige, sondern das Gemeinsame: und das ist das Trennende eines musikalischen Nationalismus.

Quellen

- Clerides, Sofronis und Stengos, Thanasis (2006): Love thy neighbor, love thy kin. Strategy and bias in the Eurovision Song Contest. Guelph (Economics discussion papers, 5).
- Eurovision Song Contest – Website: The official website of the Eurovision Song Contest. Adresse: <http://www.eurovision.tv>, zuletzt geprüft am 1.4.2009.
- Feddersen, Jan (2004): Preis der Osterweiterung. Warum siegte die Ukraine? Warum hat Österreich überhaupt Punkte bekommen? Wie geht es Max? Die endgültigen Experten-Antworten auf diese und weitere Fragen zum 49. Eurovision Song Contest. In: taz, 17.5.2004, S. 14.
- Fenn, Daniel et al. (2005): How does Europe make its mind up? Connections, cliques, and compatibility between countries in the Eurovision Song Contest. (arXiv:physics, 0505071v1).
- Gatherer, Derek (2006): Comparison of Eurovision Song Contest Simulation with Actual Results Reveals Shifting Patterns of Collusive Voting Alliances. In: Journal of Artificial Societies and Social Simulation, Jg. 9, H. 2. Online verfügbar unter <http://jasss.soc.surrey.ac.uk/9/2/1.html>, zuletzt geprüft am 24.10.2008.
- Ginsburgh, Victor; Noury, Abdul G. (2008): The Eurovision Song Contest. Is voting political or cultural. In: European Journal of Political Economy, Jg. 24, S. 41–52.
- Glejser, Herbert und Heyndels, Bruno (2001): Efficiency and Inefficiency in the Ranking in Competitions: the Case of the Queen Elisabeth Music Contest. In: Journal of Cultural Economics 25(2), S. 109-129
- Gordy, Eric D. (1999): The culture of power in Serbia. Nationalism and the destruction of alternatives. University Park, Pa.: Pennsylvania State Univ. Press (Post-Communist cultural studies series).
- Haan, Marco/Dijkstra, Gerhard/Dijkstra, Peter (2003): Expert Judgment versus Public Opinion - Evidence from the Eurovision Song Contest. (= CCSO Working Papers 5/2003). Online verfügbar unter <http://ccso.eldoc.ub.rug.nl/FILES/root/2003/200305/200305.pdf>, zuletzt geprüft am 29.3.2009.
- Ivanji, Andrej (2008): Die schönen Seiten Serbiens. In: Der Standard v. 15.4.2008. Online verfügbar unter <http://derstandard.at/?id=3303676>.

Freundesland

- Kronja, Ivana (2004):, Vol. 16, No. 1, Spring 2004, Politics, Nationalism, Music, and Popular Culture in 1990s Serbia. In: Slovo, Jg. 16, H. 1, S. 5–15.
- Monroe, Alexei (2000): Balkan Hardcore. Pop culture and paramilitarism. (Central Europe Review, Vol 2, No 24). Online verfügbar unter <http://www.ce-review.org/00/24/monroe24.html>, zuletzt geprüft am 29.10.2008.
- Moulin, Hervé J. (1988): Axioms of cooperative decision making. Cambridge (= Econometric Society monographs 15).
- Nicolussi-Leck, Ulrike (2004): Einflussfaktoren bei kollektiven Entscheidungsverfahren auf dem Musikmarkt am Beispiel des Eurovision Song Contest. Dipl.-Arb. betreut von Richard Hule. Innsbruck. Universität.
- Rice, Timothy (2002): Bulgaria or Chalgaria. The Attenuation of Bulgarian Nationalism in a Mass-Mediated Popular Music. In: Yearbook for Traditional Music, Jg. 34, S. 25–46.
- Schweiger, Wolfgang und Brosius, Hans-Bernd (2003): Eurovision Song Contest – beeinflussen Nachrichtenfaktoren die Punktvergabe durch das Publikum? In: Medien & Kommunikationswissenschaft, Jg. 51, H. 2, S. 271–294.
- Wolther, Irving (2006): „Kampf der Kulturen“: der „Eurovision Song Contest“ als Mittel national-kultureller Repräsentation. Würzburg

Masterpläne als Instrumente der Stadt- und Regionalentwicklung – das Beispiel Ruhrgebiet

Claas Beckord

1 Einleitung

Dortmund hat sie, Essen hat sie, Witten hat sie. Die Rede ist von Masterplänen. Mittlerweile existieren zwischen Xanten und Hamm mehr als 50 kommunale Masterpläne zu verschiedenen Themenbereichen. Hierzu kommen weitere auf regionaler Ebene. Masterplanung ist dabei kein Spezifikum des Ruhrgebietes oder Nordrhein-Westfalens, denn das Bundesverkehrsministerium kündigt ebenso einen Masterplan an wie der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich.

Aber was ist das denn überhaupt, ein Masterplan? Löst dieser traditionelle formelle Planungsinstrumente ab oder ist er nur ein anderer Begriff für Leitbilder, Entwicklungskonzepte oder andere Formen informeller Planung?

Obwohl es bisher unzählige Masterpläne gibt, existiert kaum eine nennenswerte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Planungsinstrument. Ausnahmen für Nordrhein-Westfalen stellen lediglich einige Diplomarbeiten der Technischen Universität Dortmund dar (vgl. Hein 2008 oder Hoffmann, Ufer 2005). Auch ein Blick in das Handwörterbuch der Raumordnung hilft bei der Einordnung nicht weiter. In der Ausgabe von 2005 wird der Begriff des Masterplans nicht aufgeführt (vgl. Ritter 2005). Selbst das sonst sehr schnelle Medium des Internets kennt keine genaue Antwort. Es bleiben also grundsätzliche Fragen offen, die Raum für eine intensivere Beschäftigung mit dem Phänomen der Masterpläne lassen. So ist z.B. zu fragen was einen Masterplan generell auszeichnet, welche Inhalte er transportiert, welche Verfahren zur Aufstellung angewandt werden, welche Bindungswirkung mit Masterplänen verbunden ist oder in welcher Beziehung Masterpläne zu anderen Planungen stehen.

An diese Fragen will der vorliegende Beitrag anknüpfen. Hierzu sollen zunächst Masterpläne als Instrumente der Stadt- und Regionalentwicklung begrifflich gefasst und zentrale Merkmale herausgearbeitet werden. In einem zweiten Schritt soll – quasi in Form einer Bestandsaufnahme – dargestellt werden, welche Masterpläne in den letzten Jahren im Ruhrgebiet entstanden sind. Am konkreten Beispiel des Masterplans Raum- und Siedlungsstruktur, den der Regionalverband Ruhr zur Zeit erarbeitet,

sollen Ziele und Prozess eines Masterplanprozesses vorgestellt werden. Zuletzt wird eine Bewertung des Instrumentes Masterplan vorgenommen.

2 Was sind Masterpläne? Der Versuch einer Begriffsklärung

"Dsī Lu sprach: ‚Der Fürst von We wartet auf den Meister, um die Regierung auszuüben. Was würde der Meister zuerst in Angriff nehmen?‘ Der Meister sprach: ‚Sicherlich die Richtigstellung der Begriffe.'"

(Kungfutse 1975: 131)

Manchmal weiß man gar nicht warum, aber plötzlich existieren neue Begriffskategorien, die eine scheinbar ubiquitäre Präsenz erhalten und andere tradierte Begriffe weitgehend ablösen. Ein solcher Begriff innerhalb der Planungssphäre ist der Begriff des Masterplans. Unter diesem Oberbegriff werden heute Leitbilder, Entwicklungskonzepte und Raumanalysen, aber auch Städtebauliche Rahmenpläne, Einzelhandelskonzepte und sektorale Fachplanungen zusammengefasst (vgl. Abbildung 1).



Grafik: Claas Beckord

Abbildung 1: Funktionen von Masterplänen

Masterpläne

Während diese Undefiniertheit aus theoretischer Sicht eher unbefriedigend scheint, eröffnet sie den Akteuren jedoch vielfach Handlungsspielräume in der Ausgestaltung von Form und Inhalt der Masterpläne, wie sie im Rahmen der oben genannten Instrumente z.T. nicht mehr gegeben sind.

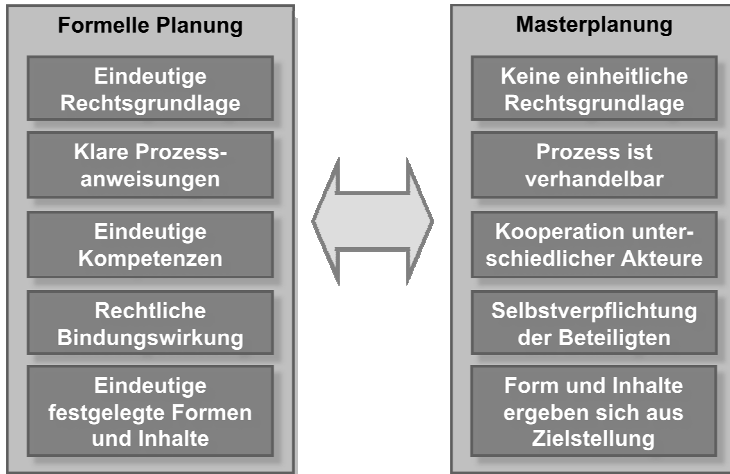
Gemein ist allen Masterplänen, dass sie eine Handlungsstrategie für die Zukunft entwerfen und hierfür erste Schritte der Umsetzung benennen. Sie weisen Ziele und mögliche Wege auf. Masterpläne versuchen verschiedene Interessenlagen der Akteure der Stadt- und Regionalentwicklung zu integrieren und diese in eine gemeinsame und akzeptierte Handlungsstrategie zu übertragen. Damit übernehmen sie zum einen die Aufgabe von strategischen Leitbildern und Entwicklungskonzepten und zum anderen weisen die vielfach formulierten Handlungsanweisungen eher auf den operativen Charakter von Handlungsprogrammen hin. Die Verknüpfung von Strategie und Umsetzungsempfehlung ist ein wesentlicher Charakter von Masterplänen.

Diese konzeptionelle Vielfalt spiegelt sich auch bei den Erarbeitungsprozessen wieder. Neben hoch kooperativen Prozessen der Regionalentwicklung, die auf eine verstärkte Kommunikation unter den beteiligten Akteuren setzen, existieren mit dem Masterplan Duisburg Innenstadt auch Masterpläne, die einzelnen Personen, in diesem Fall Lord Norman Foster, zugeschrieben werden (vgl. Innenhafen Duisburg Entwicklungsgesellschaft mbH). Grundsätzlich muss jedoch festgestellt werden, dass im Rahmen der Erarbeitung eher kooperativ-kommunikative Methoden im Vordergrund stehen, um die integrative Wirkung und die Chancen der Umsetzung zu vergrößern.

Was sind nunmehr die Gemeinsamkeiten, die für eine Definition von Masterplänen herausgefiltert werden können? Grundsätzlich stellen Masterpläne keine formellen Planungsinstrumente dar. Es gibt keine Rechtsgrundlage, die Inhalte und Wirkungen, Verfahren und Akteure festlegt. Mit wenigen Ausnahmen (z.B. Festlegung von zentralen Versorgungsbereichen nach 24a LEPro NRW [vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen 05.10.1998], z.B. im Rahmen des Masterplans Einzelhandel Bochum) entfalten Masterpläne über die Selbstbindung der beteiligten Akteure hinaus keine formelle Bindungswirkung.

Masterpläne formulieren Entwicklungsziele, die im Rahmen eines kooperativ-kommunikativen Prozesses unter den jeweiligen Akteuren der Stadt- und Regionalentwicklung abgestimmt werden. Sie versuchen Interessen zu koordinieren, Spielräume auszuloten und damit Ressourcen auf die Erreichung gemeinsamer Ziele zu fokussieren. Die konkrete räumliche Umsetzung von Masterplänen erfolgt z.T. im Rahmen der formellen Raumordnung und Bauleitplanung. Damit stellen sie eine konzeptionell-strategische Vorstufe zu klassischen Planungsinstrumenten dar, die

solche Planungen im Rahmen der Raumordnung und Bauleitplanung verbindlich und abschließend zu regeln versuchen.



Grafik: Claas Beckord

Abbildung 2: Vergleich wesentlicher Merkmale von formellen Planungen und Masterplänen

3 Masterpläne im Ruhrgebiet

Dass diese neue Planungsphilosophie im Ruhrgebiet aufgegriffen und gelebt wird erscheint wenig verwunderlich. Das einschneidendste Ereignis in der Geschichte des planerischen Umgangs mit dem Strukturwandel des Ruhrgebietes war zweifelsohne die Internationale Bauausstellung Emscherpark (IBA), die in der Zeit von 1998 bis 1999 zu einer Freisetzung von kreativen Potenzialen und zur Beschreitung neuer Wege in der Regionalentwicklung geführt hat. Noch heute besitzen die in diesem Zusammenhang entwickelten Konzepte und Ideen Strahlkraft und Wirkmächtigkeit, die das planerische Handeln der Akteure in der Region – von denen nicht wenige während der IBA „sozialisiert“ wurden – beeinflussen. Die hier entwickelte Philosophie einer auf Kommunikation und Kooperation ausgerichteten Planung schlägt auch in der Vielzahl der in den Folgejahren entstandenen kommunalen und regionalen Masterpläne durch.

Heute existieren in der Region mehr als 60 Masterpläne. Grob können diese in drei Gruppen klassifiziert werden:

- a) Sektorale Entwicklungs- und Handlungskonzepte, die spezifische Aspekte der Stadt- und Regionalentwicklung herausgreifen. Zu den Themen gehören u.a. die Entwicklung und Steuerung des Einzelhandels, die Sicherung und

Masterpläne

Entwicklung von Freiräumen, die Zukunft des Wohnens, aber auch die Entwicklung von Sportinfrastrukturen (z.B. Masterplan Freiraum, Lünen; Masterplan Sport, Essen; Masterplan Einzelhandel, Witten; Masterplan Wohnen, Dortmund; Masterplan Seniorinnen und Senioren, Gelsenkirchen).

b) Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzepte, die versuchen verschiedene Aspekte der Stadt- und Regionalentwicklung in einer Gesamtstrategie zu vereinen. Die Betrachtung erfolgt dabei zum einen gesamträumlich im Sinne von Stadtentwicklungskonzepten und zum anderen teilräumlich im Sinne von Stadtteilentwicklungskonzepten (z.B. Masterplan Attraktives Haltern am See; Masterplan Innenstadt, Moers; Masterplan Wanne, Herne). Bei den teilräumlichen Betrachtungen dominieren eindeutig Entwicklungs- und Handlungskonzepte für die Innenstadtentwicklung.

c) Vorhabensbezogene Konzepte stellen Entwicklungs- und Handlungskonzeptionen für einzelne Projekte der Stadt- und Regionalentwicklung dar. Dies können sowohl städtebauliche Entwürfe als auch konkrete Ausführungsplannungen sein (z.B. Masterplan Solebad, Werne; Masterplan Stadtquartier Westfalia, Herdecke).

Der größte Teil der Masterpläne entsteht dabei in der Eigenregie der Kommunen und bezieht sich auf deren Gemeindegebiet (vgl. Abbildung 3).



Abbildung 3: Kommunale Masterpläne im Ruhrgebiet

Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren sowohl im Rahmen von Kooperationen kommunaler Akteure als auch von regionalen Akteuren (z.B. Emschergenossenschaft,

Regionalverband Ruhr) Masterpläne entwickelt, die regionale Entwicklungsperspektiven aufzeigen.

Von zentraler Bedeutung für die regionale Entwicklung sind die Masterpläne Emscher-Zukunft (vgl. Emschergenossenschaft 2006) und Emscher Landschaftspark (vgl. Schwarze-Rodrian 2005). Diese Masterpläne verfolgen zum einen das Ziel des naturnahen Umbaus des Gewässersystems der Emscher, die bisher als offenes Abwassersystem für das Ruhrgebiet gedient hat, und zum anderen die Neugestaltung des Freiraum- und Siedlungssystems entlang der Emscher unter Einbeziehung der regionalen Grünzüge (vgl. Abbildung 4). Neben dem RVR, der Emschergenossenschaft und dem Lippeverband sind die Gemeinden entlang der Emscher in den Masterplan und in den Umsetzungsprozess integriert.

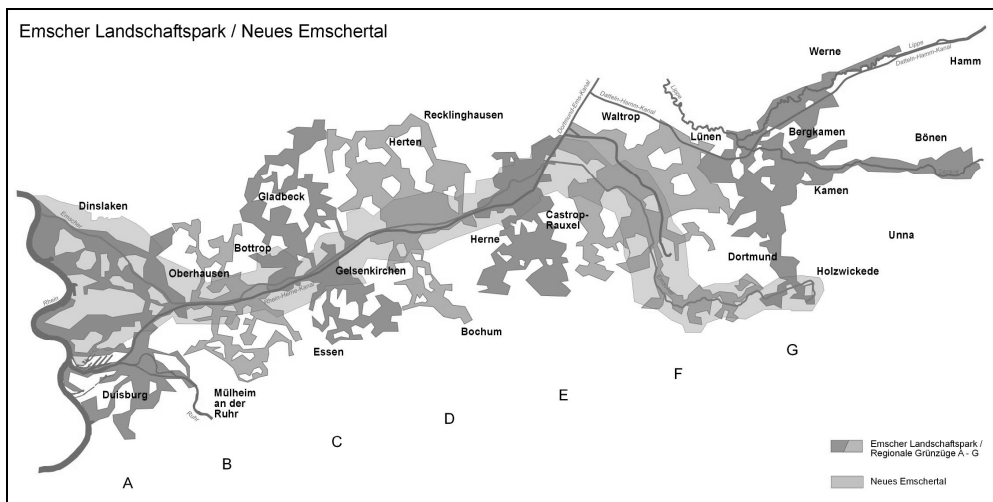


Abbildung 4: Emscher Landschaftspark und neues Emschertal

Teilregionale Masterpläne, die überwiegend in kommunaler Kooperation erarbeitet wurden sind:

- **Masterplan Ruhr**
Der Masterplan besteht aus einer Analyse der Handlungsfelder Wohnen, Städtebau und Stadtentwicklung sowie Region am Wasser und stellt für diese Leitlinien und Ziele vor, die zukünftig gemeinsam von den beteiligten Städten verfolgt werden sollen. Damit leistet der Masterplan einen „Beitrag zur Weiterentwicklung der Strukturpolitik in der Metropole Ruhr und etablier[t] zudem eine neue Planungskultur“ (Städtereion Ruhr 2030). Beteiligt sind die Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen.

Masterpläne

- Masterplan Westliches Ruhrtal und Dortmund
Der Masterplan dient als Handlungsrahmen für die nachhaltige Stadtentwicklung und naturverträgliche Tourismusentwicklung entlang des Ruhrtales. Beteiligt sind neben den Städten Bochum, Dortmund, Essen, Hagen, Hattingen, Herdecke, Mülheim an der Ruhr, Witten und Wetter (Ruhr) auch der Ennepe-Ruhr-Kreis sowie der Regionalverband Ruhr (vgl. Geschäftsstelle Ruhr-tal).
- Masterplan A40 / B1
In Kooperation der Städte Moers, Duisburg, Mülheim, Essen, Bochum, Dortmund und Unna soll die Entwicklung und Gestaltung des zentralen Verkehrsbandes A40 und B1 stehen (vgl. Bundesministerium für Verkehr 2009).

Nicht zuletzt entwickelt der Regionalverband Ruhr in enger Kooperation mit seinen Mitgliedskommunen Masterpläne, in denen Ziele der Stadt- und Regionalentwicklung formuliert werden. Aktuell befinden sich vier Masterpläne zu den Themen Sport, Kultur, Bildung sowie Raum- und Siedlungsstruktur in der Erarbeitung.

Beispielhaft für andere Prozesse wird im Weiteren vertieft auf den Masterplan Raum- und Siedlungsstruktur eingegangen.

4 Masterplan Raum- und Siedlungsstruktur

Der Regionalverband Ruhr ist direkter Rechtsnachfolger des 1920 gegründeten Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (SVR), dessen vorrangige Aufgabe darin bestand, die verbliebenen Freiräume vor den unkontrolliert wachsenden Siedlungsflächen zu schützen und damit die siedlungsstrukturelle Entwicklung des Ruhrgebietes im regionalen Maßstab zu steuern. Aus dieser Aufgabe heraus entwickelte sich der erste Gebietsentwicklungsplan in Nordrhein-Westfalen, der 1966 von der Verbandsversammlung verabschiedet wurde. Im Rahmen der Verwaltungs- und Strukturreform in den 1970er Jahren ging die Aufgabe der Regionalplanung an die Bezirksregierungen über und der Verband wurde zum Kommunalverband Ruhr (KVR), der neben Imagekampagnen vielfältige Projekte der Regionalentwicklung initiiert und durchgeführt hat. Mit dem Gesetz über den Regionalverband Ruhr von 2004 ergab sich nicht nur eine weitere Namensänderung sondern auch eine Erweiterung der Aufgaben und Kompetenzen. Eine der neuen Pflichten ist die Aufstellung und Aktualisierung von Masterplänen, die als Ziele der Regionalentwicklung in der Bauleitplanung und Raumordnung abgewogen werden müssen (vgl. §6 RVRG) (vgl. Petzinger et al. 2008).

2005 wurde die Verwaltung des RVR von der Verbandsversammlung beauftragt einen Masterplan Raum- und Siedlungsstruktur aufzustellen. Die Bearbeitung erfolgt in Teilabschnitten, beginnend mit dem nördlichen Ruhrgebiet, das definiert wird durch die Kreise Wesel, Recklinghausen und Unna sowie den zwei kreisfreien Städten Bottrop und Hamm. In einem weiteren Schritt folgen die Städte des mittleren und südlichen Ruhrgebiets.

Ziel des Masterplanes Raum- und Siedlungsstruktur ist die Schaffung einer analytischen Grundlage für die Bewertung räumlicher Prozesse sowie die erste Formulierung planerischer Grundaussagen. Analysebausteine waren:

- die wichtigsten ökonomischen Entwicklungen und Strukturen,
- die Bevölkerungsentwicklung und die Auswirkungen des demographischen Wandels,
- das Städtesystem, die Verflechtungen innerhalb der Region,
- die Inanspruchnahme von Flächen,
- die Freiraumqualitäten,
- die Eignung von Räumen für eine Intensivierung der Erholungsnutzung bzw. für eine freizeitwirtschaftliche Inwertsetzung sowie
- die Verfasstheit der Region im Spiegel von Projekten und Kooperationen.

Vor allem in solchen Feldern, in denen der RVR eigene Kompetenzen hat – dies sind unter anderem die Bereiche Freiraumschutz sowie Freizeit und Erholung – trifft der Masterplan erste planerische Grundaussagen.

Der Masterplan Raum- und Siedlungsstruktur nimmt daher für sich in Anspruch, die erste zusammenhängende Regionalanalyse seit 1975 zu sein und damit die analytische Grundlage für weitere Planungen insbesondere der Regionalplanung zu liefern. Der Masterplan stellt dabei insbesondere für den RVR als zukünftigem Träger der formalen Regionalplanung eine wesentliche Hilfe zur Beurteilung regionaler Strukturen und ihrer Entwicklungen dar.

Der Erarbeitungsprozess lässt sich grob in fünf Phasen aufteilen (vgl. Abbildung 5). Zu Beginn wurden im Rahmen einer umfangreichen Recherche Informationen zu Planungen, Programmen der Städte und Gemeinden gesammelt. Die Inanspruchnahme von Flächen wurde im Rahmen einer Primärerhebung untersucht. Mittels sekundärstatistischer Analyse wurden die zentralen ökonomischen und demographischen Entwicklungen betrachtet. Die freiraumbezogenen Aspekte wurden im Rahmen einer landschaftsplanerischen Bestandsaufnahme analysiert und bewertet. Im zweiten Arbeitsschritt wurde die lokale Situation im Rahmen von Ortsbegehungen in Augenschein genommen. Dies bildete die Grundlage für Interviews mit den Pla-

Masterpläne

nungsverantwortlichen in den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen. In teilräumlichen Workshops wurden die Arbeitsergebnisse präsentiert und zur Diskussion gestellt. Diese Anregungen wurden in den weiteren Erarbeitungsprozess eingespeist. Den vorläufigen Abschluss des Prozesses für das nördliche Ruhrgebiet bildete die Präsentation des Entwurfes des Masterplans Raum- und Siedlungsstruktur – Nördliches Verbandsgebiet im Mai 2008.

Eine analoge Arbeitsweise ergibt sich für die weitere Erarbeitung des Masterplans Raum- und Siedlungsstruktur für das mittlere und südliche Ruhrgebiet.



Grafik: Claas Beckord

Abbildung 5: Prozessablauf Masterplan Raum- und Siedlungsstruktur

Neben den textlichen Darstellungen des Masterplans werden zentrale Elemente der Raum- und Siedlungsstruktur kartographisch dargestellt. Das Siedlungsgerüst sowie die Verkehrsinfrastruktur stellen nachrichtliche Übernahmen aus den geltenden Regionalplänen dar. Neben der Darstellung regional bedeutsamer Freiräume werden solche Bereiche im Freiraum ausgewiesen, in denen zukünftig eine stärkere Entwicklung der Natur stattfinden soll. Der Plan weist darüber hinaus solche Räume aus, die sich aufgrund ihrer natur- und kulturräumlichen Qualitäten für eine Erholungs- oder freizeitwirtschaftliche Nutzung eignen. Nicht zuletzt werden solche Entwicklungsprojekte in den Städten und Gemeinden dargestellt, die eine regionale Ausstrahlung für die gesamte Region aufweisen. Zu diesen gehört unter anderem der Umbau des Em-scher-Systems.



Abbildung 6: Inhalte des Masterplans Raum- und Siedlungsstruktur

5 Alter Wein in neuen Schläuchen?

Beginnend mit den ersten Diskussionen zur Zukunftsinitiative Montanregion in den 1970er Jahren bis zum heutigen Zeitpunkt sind unzählige Entwicklungsstrategien für das Ruhrgebiet formuliert worden, die zum einen wirkungslos blieben und zum anderen ein erhebliches Umsetzungsdefizit aufwiesen. Mit der regionalisierten Strukturpolitik und später mit der Internationalen Bauausstellung hat sich dieses Verständnis von Stadt- und Regionalentwicklung grundlegend zu Gunsten regionaler und kommunaler Verantwortung verschoben, so dass heute von einer Phase der selbst organisierten Strukturpolitik gesprochen werden kann, die neue Instrumente zu ihrer Steuerung benötigt.

Planungsprozesse zeichnen sich heute durch eine zunehmende Komplexität aus. Die zu berücksichtigenden Interessenlagen sind durch eine zunehmende Pluralisierung komplexer geworden. Die Anzahl der Akteure, die unterschiedlichen Handlungslogiken unterliegen und die vielfältigen individuellen Ziele verfolgen, hat sich vervielfacht. In dieser Gemengelage haben sich tradierte Instrumente der Planung und Steuerung als weitgehend wirkungslos gezeigt. Ohne eine kooperativ erarbeitete Gesamtstrate-

Masterpläne

gie, die die unterschiedlichen Positionen und Interessen integriert, erscheint Stadt- und Regionalentwicklung heute kaum mehr möglich.

Insofern stellen Masterpläne eine konsequente Weiterentwicklung der in den Jahren der IBA Emscher Park eingeübten kooperativen Planungsformen dar. Sie lösen jedoch keineswegs tradierte Planungsinstrumente ab, vielmehr ergänzen sie diese um eine strategisch-visionäre Komponente und stellen Einzelmaßnahmen in einen Gesamtzusammenhang. Sie dienen damit zum einen der Sinnstiftung als auch der Kommunikation von formellen Planungsprozessen und Projektentwicklungen.

Der Begriff des Masterplans eröffnet den Akteuren eine weitestgehende inhaltliche Freiheit. Er subsumiert Elemente von Leitbildern, städtebaulichen Entwürfen oder Strukturanalysen. Damit stellt er zwar kein tiefgreifend neues Instrument der Stadt- und Regionalentwicklung dar, befriedigt jedoch die Ansprüche an Kommunikation und Kooperation, ohne die Stadt- und Regionalentwicklung heute kaum mehr umsetzbar sind. Warum sollte man also Masterpläne als Instrumente der Stadt- und Regionalentwicklung erarbeiten?

- Masterpläne dienen der Sinnstiftung, der Zieldiskussion, der Strategieentwicklung. Sie dienen damit der Ableitung konkreter Umsetzungsschritte.
- Masterplanprozesse können zu einer Verbesserung der Kommunikationskultur zwischen den Akteuren der Stadt- und Regionalentwicklung beitragen.
- Masterpläne stellen ein Kooperationsangebot an Akteure aus verschiedenen Sphären dar.
- Masterpläne integrieren teilräumliche Planungen und Konzepte.
- Masterpläne kombinieren Funktionen verschiedener anderer Instrumente und führen zu einer größeren Übersichtlichkeit des Instrumentenbaukastens.
- Masterpläne erlauben eine gezieltere Kommunikation von Planungsprozessen und stellen damit ein wichtiges Vermarktungsinstrument dar.

Quellen

- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2009): Masterplan A40 / B1 - 75 km StadtRaum. Online verfügbar unter http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/nn_251538/Content/Projekte/regionaler__masterplan__a40.html, zuletzt geprüft am 26.02.2009.
- Emschergerossenschaft (Hg.) (2006): Masterplan Emscher-Zukunft in Essen.
- Geschäftsstelle Ruhrtal (Hg.): Masterplan Westliches Ruhrtal + Dortmund. Online verfügbar unter <http://masterplan.dasruhrtal.de/>, zuletzt geprüft am 26.02.2009.
- Hein, Vanessa (2008): Masterplanprozesse im Ruhrgebiet. Welchen Beitrag leisten diese zur kooperativen Planungskultur? Diplomarbeit in Dortmund. Technische Universität, Fakultät Raumplanung.
- Hoffmann, Mareen Nicole; Ufer, Urs Tobias (2005): Der Masterplan in NRW. Ein Instrument der Zukunft. Diplomarbeit. Dortmund. Technische Universität, Fakultät Raumplanung.
- Innenhafen Duisburg Entwicklungsgesellschaft mbH (Hg.): Innenstadt Duisburg. Der Masterplan. Duisburg. Online verfügbar unter http://www.duisburg.de/news/medien-12/masterplan_flyer.pdf, zuletzt geprüft am 26.02.2009.
- Kungfutse (1975): Lun Yu. Gespräche in Düsseldorf, Köln.
- Landtag Nordrhein-Westfalen (05.10.1998): Gesetz zur Landesentwicklung. Landesentwicklungsprogramm – LEPro, vom 19.06.2007.
- Petzinger, Tana; Schulte, Stephan; Scheytt, Oliver; Tum, Carsten (2008): Regional Governance in der Metropole Ruhr. In: Ludwig, Jürgen (Hg.): Metropolregionen in Deutschland. 11 Beispiele für Regional Governance. 1. Aufl. Baden-Baden, S. 143-156.
- Ritter, Ernst-Hasso (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. 4., neu bearb. Aufl. Hannover: Akad. für Raumforschung und Landesplanung.
- Schwarze-Rodrian, Michael (Hg.) (2005): Masterplan Emscher-Landschaftspark 2010 Ausgabebez.: 1. Aufl. Essen: Klartext.
- Städteregion Ruhr 2030 (Hg.): Masterplan Ruhr. Online verfügbar unter http://www.staedteregion-ruhr-2030.de/cms/masterplan_ruhr.html, zuletzt geprüft am 26.02.2009.

Auslastungsgrade ausgewiesener Wohnbauflächen in der Kernregion Mitteldeutschland – konzeptioneller Ansatz für ein nachhaltiges Flächenmanagement in schrumpfenden Regionen?

Klaus Friedrich⁹

1 Problemstellung

Mit Unbehagen wird in der Öffentlichkeit, als auch seitens der Bundesregierung (2008) im Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie die nach wie vor immense Neuausweisung von Flächen für Siedlung, Gewerbe und Verkehr von täglich ca. 120 ha registriert. Trotz zwischenzeitlich leichter Abschwächung konstatiert der Bericht keine Trendwende in Richtung des Ziels, bis 2020 die Neuausweisung auf 30 ha/Tag zu verringern.

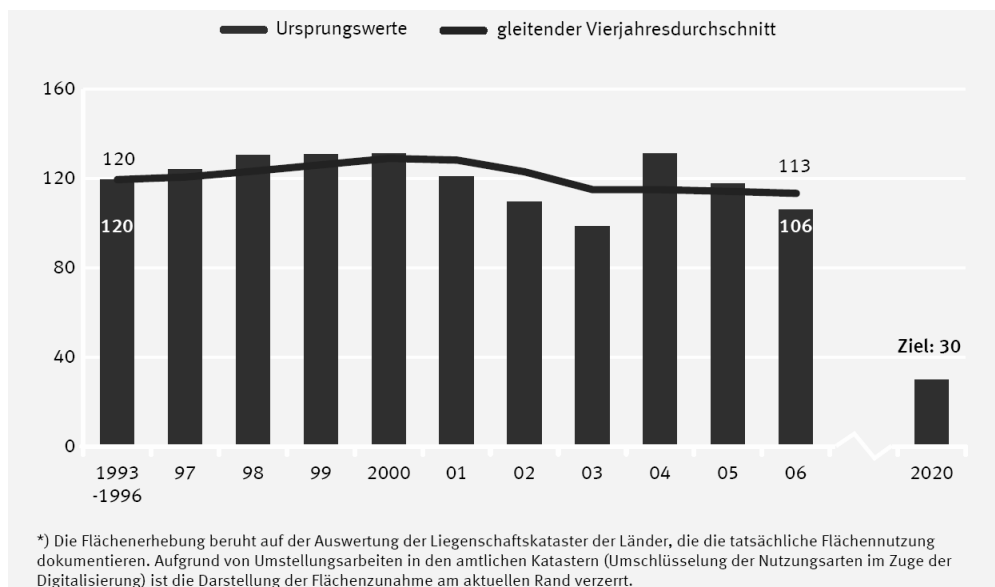


Abb. 1: Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche in ha pro Tag
aus: Bundesregierung (2008): Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie, 46

⁹ Mein herzlicher Dank geht an meine Projektmitarbeiterin Dr. Barbara Warner für die Bereitstellung der Daten und Abbildungen sowie an das BMBF für die Förderung des KoReMi-Projekts.

Wurde der Flächenverbrauch bislang weitgehend mit Erfordernissen des Wachstums begründet, ist diese Argumentation angesichts kumulativer Schrumpfungsprozesse – zunächst in Ostdeutschland, künftig jedoch auch in Westdeutschland kaum mehr schlüssig.

Um sich dem Problem der fortschreitenden Flächenneuanspruchnahme zu stellen und nachhaltige Lösungen zum Flächensparen zu erarbeiten, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Kooperation mit anderen Ressorts den Förderschwerpunkt „REFINA“ mit insgesamt 116 Projekten und einem Fördervolumen von 22 Mio. Euro ins Leben gerufen. Eines der größten geförderten Vorhaben ist das Projekt KoReMi („Ziele und übertragbare Handlungsstrategien für ein kooperatives, regionales Flächenmanagement unter Schrumpfungstendenzen in der Kernregion Mitteldeutschland“). Neben der Arbeitsgruppe Sozialgeographie an der Universität Halle sind 4 Lehrstühle der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig am interdisziplinären Verbundprojekt beteiligt. Ziel des seit Juli 2006 laufenden Projektes ist es, in der Kernregion Mitteldeutschland Strategien und Handlungsoptionen eines nachhaltigen Flächenmanagements bei gleichzeitigem Erhalt der regionalen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Lebensqualität aufzuzeigen.

In diesem Beitrag wird am Beispiel des Untersuchungsgebietes „Kernregion Mitteldeutschland“ der Frage nachgegangen, inwieweit Flächenreserven im Wohnbausektor tatsächlich vorhanden sind, wie sich diese intraregional verteilen und welche Gemeindetypen davon besonders betroffen sind. Diese Bilanzierung ist von besonderer Wichtigkeit, weil bislang keine gemeindegrenzen Daten der Auslastung vorliegen, aber – angesichts der bestehenden kommunalen Planungsautonomie – diese Informationen Ansatzpunkte für ein kooperatives Flächenmanagement sind.

2 Die Situation im Untersuchungsgebiet: Flächenzehrende Raumentwicklung angesichts kumulativer Schrumpfungsprozesse

Die Mitteldeutsche Kernregion Halle – Leipzig bildet einen Raum enger funktionaler Verflechtung, der durch die Landesgrenze zwischen Sachsen-Anhalt und Sachsen administrativ markiert wird (Abb. 2).

Auslastungsgrade von Wohnbauflächen

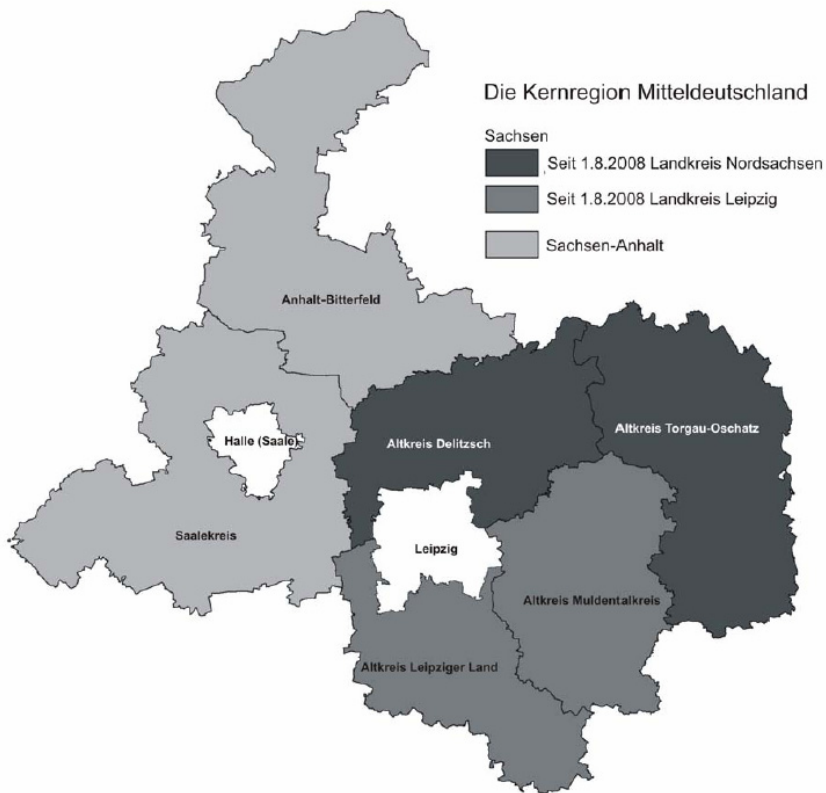


Abb. 2: Untersuchungsgebiet Kernregion Mitteldeutschland

In diesem bundesweit zehntgrößten und nach Berlin zweitgrößten ostdeutschen Verdichtungsraum konzentrieren sich hohe Anteile von Bevölkerung und Wirtschaftsleistung der neuen Bundesländer (Berkner u.a. 2001; Friedrich 2002 und 2005). So lebten in den ca. 230 Gemeinden der 6 Landkreise und beiden kreisfreien Städten Leipzig und Halle im Jahre 2007 insgesamt 1,62 Mio. Menschen. Im Vergleich zu 1991 hat sich ihre Zahl kontinuierlich um 167900 oder 9,4% verringert. Allerdings verläuft die demographische Entwicklung intraregional keineswegs einheitlich und widerspricht damit der verbreiteten Wahrnehmung genereller demographischer Regressionstendenzen. Während die Einwohnerrückgänge der Stadt Leipzig etwa dem Regionswert entsprechen, sind die Verluste in Halle etwa doppelt so hoch. Bei näherer Betrachtung auf Gemeindeebene zeichnen sich deutliche Muster von Gewinner- und Verliererregionen ab. Zu letzteren zählen neben den bereits erwähnten Oberzentren die Altindustrieachse südlich von Halle (Merseburg – Leuna), „periphere“ Bereiche im

westlichen Saalekreis sowie südlich von Leipzig und im Bereich zwischen Wolfen/Bitterfeld und Eilenburg. Gewinner sind die an Halle grenzenden Kommunen ebenso wie die Umlandgemeinden von Leipzig und diejenigen auf der Entwicklungsachse Halle-Leipzig (Dosch u. Beckmann 2002; Warner 2007, 21ff.).

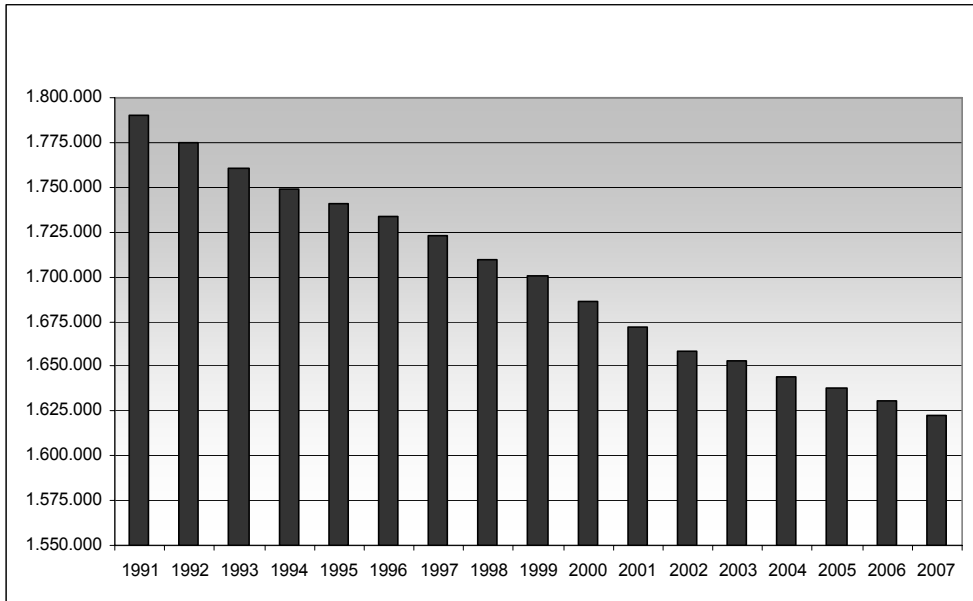


Abb. 3: Einwohnerentwicklung in der Kernregion Mitteldeutschland 1991-2007

Nach der Wiedervereinigung waren in der Region Halle-Leipzig – wie in vielen Teilen Ostdeutschlands – zahlreiche Industrie- und Gewerbegebiete funktionslos geworden sowie Gebäude und Flächenareale brach gefallen. Hinzu kommen vor allem im Umland der Städte umfangreiche Neuausweisungen von Gewerbe-, Einzelhandels- und Wohngebieten (Friedrich 1998). Neben noch ungenutzten Flächen als Resultat des Ausweisungseifers („beleuchteter Acker“) der 90er Jahre sind künftig weitere Brachflächen insbesondere bei Handelsimmobilien auf der „grünen Wiese“, zu erwarten. Dem sinkenden Entwicklungsdruck steht damit eine enorme Vorratshaltung gegenüber.

So prägen vielerorts unausgelastete Wohngebiete das Landschaftsbild – Erben einer massiven Ausweisungspolitik nach der Wende bis in die späten 1990er. Als Folge hat sich um die beiden Oberzentren eine Stadt-Landschaft geformt, die im Zuge der (nachholenden) Wohn- und Gewerbesuburbanisierung entstand und in vielerlei Hinsicht zu planerischen, ästhetischen und ökologischen Problemen führt (Herfert 2002). Es erscheint paradox, dass angesichts sinkender Bevölkerungszahlen, hoher Woh-

Auslastungsgrade von Wohnbauflächen

nungsleerstände und ökonomischer Stagnation der Flächenverbrauch in der Kernregion Mitteldeutschland ungebrochen anhält (Franz 2005). Offensichtlich werden sowohl im Gewerbe- als auch im Wohnbereich zu viele Flächen ausgewiesen, ohne vorhandene (vor allem innerstädtische) Potenziale zu nutzen.

Unsere Analyse der für das Untersuchungsgebiet gültigen Landesentwicklungs- und Regionalpläne im Hinblick auf Vorgaben für eine nachhaltige Siedlungsflächenentwicklung unterstreicht, dass sich in den Regionalplänen beider Bundesländer kaum regionalisierte Aussagen zum Flächensparen finden. Damit fehlt es an verbindlichen Vorgaben für die flächenpolitischen Strategien und Maßnahmen der Kommunen. Die Regionalplanung Westsachsen trifft dabei noch vergleichsweise konkretere Aussagen (z. B. Flächenrecycling als Zielaussage, Entsiegelung, Renaturierung sowie Fokussierung der Siedlungstätigkeit auf Siedlungs- und Versorgungskerne) als die Regionalplanung im sachsen-anhaltischen Untersuchungsraum. Eigenentwicklung wird grundsätzlich allen Kommunen (auch nicht-zentralörtlichen) zugestanden.

Hinweise auf die Notwendigkeit interkommunaler Kooperation finden sich ebenfalls vor allem in der sächsischen Landes- und Regionalplanung. So konkretisiert der Regionalplan Westsachsen als Zielaussage, dass vor der Neuausweisung gewerblicher Bauflächen industrielle und gewerbliche Altstandorte nachgenutzt und (bei Bedarf) verstärkt interkommunale Gewerbegebiete entwickelt werden sollen. Für Wohngebiete werden hingegen in keinem der untersuchten Pläne konkrete Aussagen getroffen.

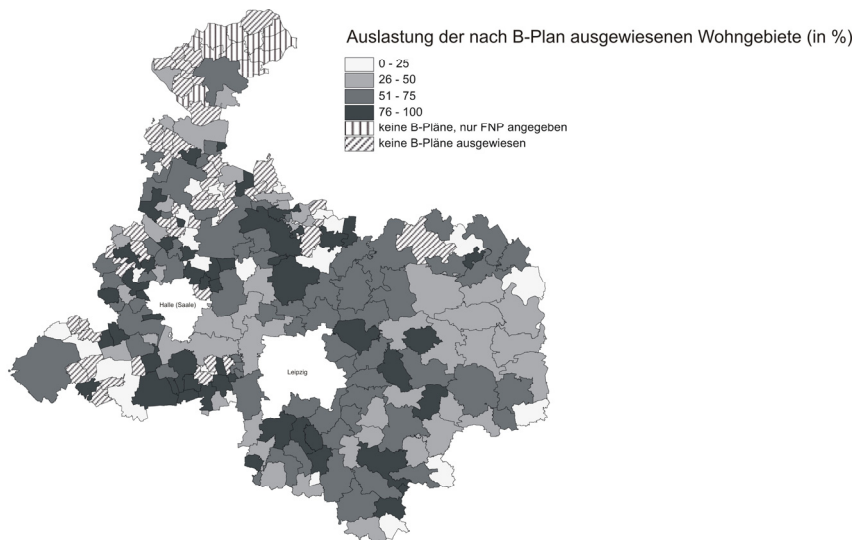
Um die kommunalen Handlungsperspektiven hinsichtlich eines nachhaltigen Flächenmanagements zu ermitteln, wurden die Gemeinden der Untersuchungsregion schriftlich befragt, ferner fanden Ortsbegehungen und persönliche Gespräche in ausgewählten Kommunen statt. Dabei zeigte sich, dass auffällig viele Gemeinden, die beispielsweise von Nachfragerückgang im Wohnsektor ausgehen, dennoch Bauflächen entwickeln wollen. Offensichtlich dominiert damit trotz einer Vielzahl nicht ausgelasteter Bauflächen (bei erwartetem Nachfragedefizit) eine angebotsorientierte, nicht abgestimmte Ausweisungspolitik.

3 Die Bilanzierung kommunaler Flächenreserven im Untersuchungsgebiet

Ein bereits angesprochenes und nicht leicht zu lösendes Problem ist die erkennbare – aber quantitativ bislang nicht belegte – Unterauslastung bereits mehrheitlich in den 1990er Jahren) genehmigter Wohnareale. Sie befinden sich häufig in nicht-integrierten

Lagen, also ohne Anbindung an den funktionalen Ortskern. Eine künftige Inanspruchnahme der oft bereits verwilderten Bauflächen ist aufgrund der langfristig prognostizierten Bevölkerungsabnahme nicht in Sicht. Vielmehr sind diese Flächen bereits an die öffentliche Infrastruktur der Ver- und Entsorgung angeschlossen und verursachen durch deren Unterhalt Kosten für die ohnehin finanziell belasteten Kommunen.

Zur Bilanzierung der kommunalen Flächenreserven im Untersuchungsraum wurde die tatsächliche Überbauung aller ausgewiesenen Wohnbauflächen im Rahmen zweier studentischer Praktika im Sommer 2007 und 2008 erfasst. Empirische Grundlage waren neben einer schriftlichen Befragung aller Kommunen Ende 2006 Angaben der Regionalplanungsstellen im Saalekreis sowie die Auswertung von B-Plan-shapes und Luftbildern der Planungsregion Westsachsen. Für den Kreis Anhalt-Bitterfeld wurden Angaben der Regionalplanungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg auf der Basis aktueller Luftbilddaufnahmen verwendet. Im Verflechtungsraum Halle-Leipzig wurden alle Kommunen aufgesucht, deren Wohngebiete nicht zu 100% ausgelastet waren. Hier wurde vor Ort nachkartiert und festgehalten, inwieweit sich die Wohngebiete innerhalb bzw. im Anschluss an den bereits bebauten Ortsbereich (integriert) bzw. außerhalb dieses Bereiches befinden (nicht-integriert).



Datengrundlagen:
Regionaler Planungsverband Westsachsen (2007), Regionale Planungsgemeinschaft Halle (2008)
(Luftbilder und B-Plan-Shapes), Nachkartierung Region Westsachsen: September 2007
Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (eigene Luftbilddauswertung), Stand Herbst 2007
Angaben Herr Daum, ehem. Kreis Bitterfeld. Zusammenstellung und Darstellung: Moritz / Warner, MLU

Abb. 4: Wohnbauflächen-Auslastung in den Gemeinden der Kernregion Mitteldeutschland

Auslastungsgrade von Wohnbauflächen

Die gemeindegrenzüberschreitende Analyse der Auslastung der nach Bebauungsplänen ausgewiesenen Wohnbauflächen bestätigt – bei lokaler Unterschiedlichkeit – ein generelles Überangebot an Wohnbauflächen (Abb. 4). Deutlich erkennbar ist die Tendenz einer zunehmenden Unterauslastung mit steigender Entfernung zu den beiden Oberzentren. So finden sich in unmittelbarer Nähe zum Oberzentrum Halle weitaus besser ausgelastete Wohnbauflächen, als beispielsweise im peripheren ländlichen Raum des ehemaligen Kreises Torgau-Oschatz im Osten des Untersuchungsgebietes.

Die differenzierte Betrachtung der Auslastungsgrade der Wohngebiete nach integrierter und nicht-integrierter Lage verdeutlicht, dass grundsätzlich die außerhalb der Ortskerne bzw. ohne Anbindung an die bebauten Ortslagen liegenden Flächen geringer ausgelastet sind als die integrierten. Demnach liegen hier weitaus größere Rückbau- oder Umnutzungspotenziale vor als innerorts.

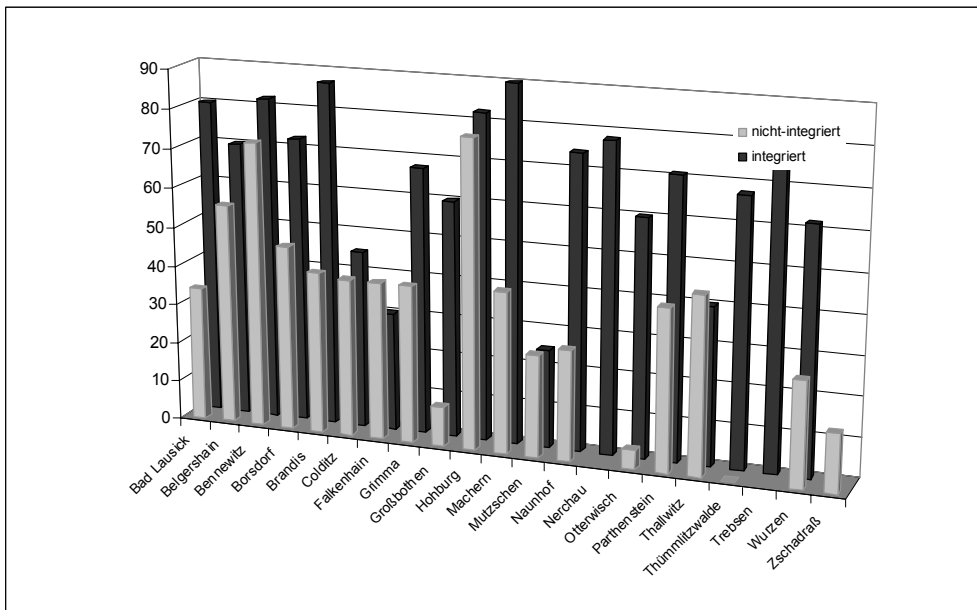


Abb. 5: Auslastung der integrierten und nicht-integrierten Wohnbauflächen (B-Pläne) in den Gemeinden des Muldentalkreises

Die bereits zuvor angesprochene allgemeine Regelhaftigkeit eines Kern-Rand-Gradienten der Auslastung bestätigt sich ebenfalls am Beispiel des ehemaligen Muldentalkreises: mit zunehmender Entfernung vom Oberzentrum sinken die Auslastungsgrade der integrierten Wohnareale (Abb. 5). Während sie im engen Verflechtungsbereich im Osten Leipzigs in den Städten Brandis und Naunhof sowie in den Gemeinden Machern, Borsdorf und Bennewitz recht gut ausgelastet sind, finden sich

in den eher peripheren ländlichen Kommunen wie z.B. Mutzschen, Zschadraß, Col-ditz oder Falkenhain sehr hohe Flächenreserven. Lediglich in Hohburg und Benne-witz sind die nicht-integrierten Wohnbauflächen zu mehr als 50% ausgelastet.

In der generalisierten Betrachtung nach Gebietskörperschaften (Tab. 1) bestätigt sich sowohl der generelle Kern-Rand-Gradient der Auslastung der zentrennahen Wohn-areale mit Bevorzugung der Suburbanisierungsgebiete um Halle und Leipzig (Saa-lekreis und Leipziger Land) als auch die deutlich stärkere bauliche Nutzung der integ-rierten gegenüber den nicht-integrierten Standorte.

| Gebietszuschnitt | | Auslastung integriert (%) | Auslastung nicht-integriert (%) | gesamt (%) |
|------------------|-------------------------|---------------------------|---------------------------------|------------|
| Sachsen* | Kreis Delitzsch | 74 | 42 | 56 |
| | Leipziger Land | 75 | 37 | 57 |
| | Muldentalkreis | 66 | 36 | 52 |
| | Kreis Torgau-Oschatz | 65 | 24 | 47 |
| Sachsen-Anhalt | Saalekreis | 75 | 56 | 65 |
| | Kreis Anhalt-Bitterfeld | 72 | 53 | 55 |

* Die Kreise Leipziger Land und Muldentalkreis wurden am 1.8.2008 zum Kreis Leipzig, die Kreise Delitzsch und Torgau-Oschatz zum Kreis Nordsachsen zusammengelegt.

Tab.1: Auslastung ausgewiesener B-Plan-Wohnflächen in den Landkreisen des Untersu-chungsgebietes

Quelle: Eigene Erhebungen. Datengrundlage: Regionale Planungsgemeinschaft Westsachsen (2007), Regionaler Planungsverband Halle (2008). Regionale Planungsge-meinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (Luftbildauswertung 2007), Angaben ehem. Krs. Bitterfeld. Zusammenstellung: Warner/Moritz

4 Zusammenfassung und Ausblick

Anliegen dieses Beitrags ist es, am Beispiel der Kernregion Mitteldeutschland die kommunalen Flächenreserven im Wohnbausektor zu quantifizieren und deren Potenzi-al für ein nachhaltiges Flächenmanagement diskutieren. Insgesamt wird nahezu die Hälfte der ausgewiesenen Flächen derzeit nicht genutzt. Insbesondere zentrenferne ländliche Kommunen weisen sowohl in integrierten als auch in nicht-integrierten Bereichen nur geringe Auslastungsquoten auf. Aus Sicht der Projektbeteiligten unterstreicht diese Bilanzierung die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit eines nachhaltigen Flächenmanagements. Allerdings zeigen unsere Recherchen, dass diese Perspektive keineswegs von allen Planungsverantwortlichen vor Ort geteilt wird. Flächensparen z.B. durch kooperative Entwicklung von Wohnbauflächen ist offensichtlich „sperrig“ zu vermitteln und nach unseren Erfahrungen – anders als bei Gewerbeflächen –

Auslastungsgrade von Wohnbauflächen

schon aufgrund von unzureichend entwickelten Ausgleichskonzepten schwierig. Es wurde deshalb bisher nur in seltenen Fällen überhaupt in Angriff genommen.

Schien die regionale Steuerung räumlicher Entwicklungen schon unter dem Vorzeichen des Wachstumsparadigmas als evident, ist sie angesichts derzeitiger Schrumpfungstendenzen unausweichlich. So lässt der wirtschaftliche Strukturwandel die kommunalen Einnahmen drastisch abschmelzen. Hinzu kommt die erkennbare Unterauslastung infrastruktureller Einrichtungen angesichts zurückgehender ökonomischer und demographischer Nachfrage. Entsprechende Versuche, durch gemeinsame Lösungen und den Verzicht auf eigene flächenzehrende Investitionen erfordern allerdings neue Formen eines kommunalen Lastenausgleichs. Angesichts knapper werdender Transferleistungen in ostdeutsche Regionen und im Diskurs über einen zielgerechteren Mitteleinsatz regionaler Wirtschaftspolitik zugunsten sich herausbildender Wachstumskerne ist es unumgänglich, dass sich die betroffenen Länder, Gebietskörperschaften und Kommunen nicht mehr einen ruinösen Wettbewerb um gewerbliche Investoren liefern, sondern durch Kooperationen die Ressourcen bündeln. Derzeit wird regionale und interkommunale Kooperation in der Kernregion Mitteldeutschland indes eher als Risiko denn als Chance wahrgenommen (Kranepuhl 2009).

In der Planungspraxis lassen sich im Untersuchungsgebiet sowohl Diskrepanzen zwischen kommunalen und übergeordneten Planungsvorstellungen konstatieren, als auch hinsichtlich des generellen Zieles der nachhaltigen Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Letzteres erfordert eine Neugewichtung der empfohlenen Entwicklungsstrategien (Neuausweisung, Innenverdichtung, Umnutzung, Rücknahme sowie Verzicht auf Neuentwicklung von Flächen auch bei bestehendem Bedarf). Einsparpotenziale – auch hinsichtlich der Folgekosten – durch Kooperationen müssen den Kommunen verdeutlicht und Ansätze für den Umgang mit Verteilungskonflikten aufgezeigt werden.

Das Ziel einer flächenschonenden Siedlungsentwicklung u.a. durch Innenentwicklung, Brachflächenrevitalisierung und die Konzentration auf Siedlungsschwerpunkte bzw. -kerne entlang von Entwicklungs- oder Verkehrsachsen steht im vermeintlichen Widerspruch zur kommunalen Planungshoheit und dem Recht der Gemeinden auf Eigenentwicklung. Aber sind diese Argumente zielführend im Wettbewerb innerhalb der Gesamtregion, der zunehmend zu einem Wettbewerb der Regionen untereinander wird? Angesichts der begrenzten rechtlichen Möglichkeiten des formellen Regionalplans, Aussagen über die Angebotsplanung hinaus zu treffen und damit einen umfassenden Beitrag zur Flächenkreislaufwirtschaft zu leisten, sind im Sinne eines nachhaltigen regionalen Flächenmanagements auch Instrumente heranzuziehen, die

die Regelungsmöglichkeiten der Gesamtplanung ergänzen. Aktuell werden zum Beispiel finanzielle Anreize zur Revitalisierung von Brachflächen gesetzt.

Es stellt sich ebenfalls die Frage, wie eine gemeinsame Vermarktung, Belegung oder auch eine koordinierte Rücknahme von Wohnbauflächen gelingen kann, ohne dass auf eingefahrene Muster oder Verhaltensweisen des kommunalen Eigensinns („Kirchturmdenken“) verfallen wird? Unter welchen Voraussetzungen kann Kooperation überhaupt im Wohnbausektor initiiert werden? Diese offenen Fragen werden derzeit im Verbundprojekt KoReMi mit Akteuren und Verantwortlichen aus Politik und Planung intensiv diskutiert.

Quellen

- Berkner, A. u.a. (Hrsg.) (2001): Exkursionsführer Mitteldeutschland. Braunschweig.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2008): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Für ein nachhaltiges Deutschland. Berlin.
- Dosch, F. & G. Beckmann (2002): Trends der Siedlungsflächen- und Baulandentwicklung im suburbanen Raum – Einordnung des Mittelzentrums Schkeuditz und der Region Leipzig. In: Moser, P. und K. Thiele (Hrsg.): Entwicklung kleinerer und mittlerer Zentren im suburbanen Raum. UFZ-Bericht 5, S. 25-53.
- Franz, P. (2005): Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 3, S. 10-16.
- Friedrich, K. (1998): Die Wohnsuburbanisierung in der Stadtregion Halle (Saale). In: Hallesches Jahrbuch für Geowissenschaften, Reihe A, Bd. 20. S. 107-115.
- Friedrich, K. (2002): Die Stadt Halle und ihre Region. In: Friedrich, K. und M. Frühauf (Hrsg.): Halle und sein Umland. Halle, S. 9-15.
- Friedrich, K. (2005): Siedlungsstruktureller und sozioökonomischer Wandel in der mittel-deutschen Kernregion Halle-Leipzig. In: Geographische Rundschau 57; H. 7-8, S. 20-26.
- Friedrich, K. & A. Schultz (2007): Abwanderungsregion Mitteldeutschland. Demographischer Wandel im Fokus von Migration, Humankapitalverlust und Rückwanderung. In: Geographische Rundschau 59, H. 7, S. 28-33.

Auslastungsgrade von Wohnbauflächen

- Herfert, G. (2002): Disurbanisierung und Reurbanisierung – Polarisierte Raumentwicklung in der ostdeutschen Schrumpflandschaft. In: Raumforschung und Raumordnung, H. 5/6, S. 334-344.
- Kranepuhl, S. (2009): Möglichkeiten und Grenzen länderübergreifender Kooperationen im Raum Halle-Leipzig. In: Ringel, J., K. Friedrich, R. Holländer, W. Kühn & Th. Lenk (Hrsg.) = Schriftenreihe des Forschungsverbundes KoReMi Bd. 3; Leipzig.
- Ringel, J., K. Friedrich, R. Holländer, W. Kühn & Th. Lenk (Hrsg.) (2008): Clusteranalyse der Gemeinden in der Kernregion Mitteldeutschland. Eine Typisierung der Region nach Entwicklungsparametern und Rahmenbedingungen. = Schriftenreihe des Forschungsverbundes KoReMi Bd. 2; Leipzig.
- Warner, B. (2007): Räumliche Merkmale der Bevölkerungsentwicklung. In: Ringel, J., K. Friedrich, R. Holländer, W. Kühn & Th. Lenk (Hrsg.): Die Kernregion Mitteldeutschland – ein erster Überblick. Bevölkerung, Finanzen, Infrastrukturen, Raumstruktur und Wirtschaft. = Schriftenreihe des Forschungsverbundes KoReMi Bd. 1; 21-38. Leipzig.

Sociogeographic Trends in Contemporary Europe: The Case of Slovenia

Anton Gosar

Abstract

Slovenien führte bereits im Jahr 2007 den Euro ein und übernahm als erstes neues EU-Mitglied die EU-Vorsitzführung im Jahr 2008. Seither wird es als eines der erfolgreichsten Länder unter den neuen EU-Mitgliedern betrachtet. Dieser Fortschritt wurde durch die exzellente geostrategische Position des Landes(es liegt zwischen den Alpen, dem Mittelmeer und der Donauebene) und die Öffnung der Grenzen gen Westen, wie bereits zur Zeit des ehemaligen Jugoslawien geschehen, gefördert. Das Wirtschaftswachstum spiegelt sich in den Kerngebieten des Nationalstaates wider, dort wo Städte und Vorstädte blühen. In diesen Gebieten sind der allgemein negative Bevölkerungstrend und die sozialen Probleme nicht sichtbar. Die Randgebiete allerdings werden immer ärmer und erleben hohe Schwankungen in den Bevölkerungszahlen. In den Grenzgebieten entlang der ungarischen und kroatischen Grenze (EU Schengen Abkommen) haben sich die Umstände drastisch verschlechtert.

Laut aktuellen Trends hat Slowenien seit dem Beitritt zur EU fast vollständig die Phase einer liberalen und intransparenten transitorischen Wirtschaft abgeschlossen. Diese Übergangsperiode, die demografische, soziale und wirtschaftliche Variablen des Nationalstaates beeinflusst und in den Randgebieten als extrem negativ empfunden wird, bedarf Änderungen. Entsprechend der allgemeinen Auffassung können Fortschritte dann erreicht werden, wenn eine klare Vorstellung für die Zukunft bestimmt wurde. Somit ist der Entschluss der slowenischen Regierung, regionale Unterschiede, welche sich innerhalb von 17 Jahren slowenischer Souveränität nur vergrößert haben, durch ein allgemeines Entwicklungsprogramm zu minimieren, logisch nachvollziehbar. Das häufig beworbene Konzept der staatlich-privaten Partnerschaft soll in Zukunft der Idee folgen, welche in dem Entwicklungsprojekt „Nationale Entwicklungsprojekte für die Laufzeit 2007-2023“ verankert ist.

Slovenia within European Geography

Slovenia is the fourth smallest member of the European Union – EU-27 (2008: 20.273 km², 2.001.114 inh.), just ahead of Malta, Luxembourg and Cyprus. Regarding BDP per capita the nation-state ranks 14th, ahead of the older member state Portugal. At the same time, Slovenia is the sole member of the twelve new EU member states which has, already in 2007, introduced the EURO into their financial and economic environment (Tab. 1). Recent IMF (International Monetary Fund) ranking of

Anton Gosar

development status puts Slovenia on the 27th place in the world. Therefore, Slovenia soon will become contributor to the Brussel's EU funds. Geographically Slovenia, as EU's member, belongs to the European south-eastern periphery (along with Bulgaria and Greece), becoming therewith an EU gateway to the regional non-members in the Western Balkans: Croatia, Bosnia and Herzegovina, Serbia, Kosovo, Montenegro, Macedonia and Albania.

| | | Size* | Inhabitants* | BDP / | Payer |
|------------|-----------------|-----------------------|--------------|---------------|----------------------|
| | | /in km ² / | /in 1.000/ | Inh.** | to/Receiver |
| | | | | /in US\$/ | from EU** |
| | | | | | /in Mio. €/ |
| 1. | Belgium | 32.545 | 10.421 | 31.244 | - 536 |
| 2. | Bulgaria | 110.994 | 7.761 | 9.223 | + |
| 3. | Denmark | 43.096 | 5.404 | 34.740 | - 225 |
| 4. | Germany | 357.030 | 82.516 | 30.579 | - 7.141 |
| 5. | Estonia | 45.227 | 1,349 | 16.414 | +145 |
| 6. | Finland | 338.144 | 5.228 | 31.208 | - 70 |
| 7. | France | 543.965 | 60.380 | 29.187 | - 3.051 |
| 8. | Greece | 131.957 | 11.057 | 22.392 | + 4.163 |
| 9. | Great Britain | 242.910 | 59.867 | 30.436 | - 2.865 |
| 10. | Ireland | 70.273 | 4.068 | 40.610 | + 1.594 |
| 11. | Italy | 301.336 | 57.573 | 28.534 | - 2.947 |
| 12. | Latvia | 64.589 | 2.313 | 12.666 | + 198 |
| 13. | Lithuania | 65.301 | 3.436 | 14.158 | + 369 |
| 14. | Luxemburg | 2.586 | 453 | 69.800 | - 93 |
| 15. | Malta | 316 | 401 | 19.739 | + 45 |
| 16. | Netherlands | 41.526 | 16.282 | 30.862 | - 2.035 |
| 17. | Austria | 83.871 | 8.115 | 33.432 | - 365 |
| 18. | Poland | 312.685 | 38.182 | 12.994 | + 1.438 |
| 19. | Portugal | 92.345 | 10.502 | 19.335 | + 3.124 |
| 20. | Romania | 238.391 | 21.685 | 8.785 | + |
| 21. | Sweden | 449.964 | 8.992 | 29.926 | - 1.060 |
| 22. | Slovakia | 49.034 | 5.382 | 16.041 | + 169 |
| 23. | Slovenia | 20.253 | 1.997 | 21.808 | + 110 |
| 24. | Spain | 504.782 | 42.690 | 26.320 | + 8.502 |
| 25. | Czech R. | 78.866 | 10.216 | 18.341 | + 272 |
| 26. | Hungary | 93.030 | 10.107 | 16.823 | + 193 |
| 27. | Cyprus | 9.251 | 749 | 21.177 | + 64 |
| | EU | 4.324.267 | 485.778 | 25.066 | + 20.386 - 20.388 |

Tab.1: Slovenia and EU member states: selected characteristics

Source: Der Fischer Weltalmanach 2007: Zahlen Daten Fakten

**[http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_GDP_\(PPP\)_per_capita](http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_GDP_(PPP)_per_capita)
(10.10.2007)

The Case Of Slovenia

In contrary to the position of Slovenia, other countries of SE Europe, in particular of the Western Balkans show development deficiency. Bosnia and Herzegovina is Europe's poorest nation-state as it had in 2005 a BDP/P of Euro 1569.- and therewith less than Albania (€ 1651), Montenegro (€ 1692) and Macedonia (€ 1861). The average BDP/P of countries located in the Western Balkans is less than one fifth of that of Slovenia (18.2%). Even Croatia, the "hot spot" of the tourism industry, shows has just the half of Slovenia's BDP (€ 5.246). Slovenia, as the natural (geographical) EU gateway to the Western Balkans, has had for long time, in relation to other markets, little interest in the area. The interest to invest and cooperate is, at present, relatively high, but far from trade experienced with other regions of Europe. The exchange of goods is in relation to all countries of the area financially beneficial for Slovenia, but shows in general low figures. The imports from the region are just 7.8% of all imported goods; the exports, on the other hand are substantially higher, but again just 19.1% of all exports of the nation-state. Croatia is definitely the most important regional partner (imports: 53.6%; exports: 51.2%), followed by Bosnia and Herzegovina (imports: 18.3%; exports: 20.2%) and Serbia (Tab.2)

| In Mio. € to/from countries: | 2000 ¹ | | | 2005 ² | | | 2005 ³ |
|------------------------------------|-------------------|----------------|----------------|-------------------|-----------------|-----------------|------------------------|
| | Exports | Imports | Saldo | Exports | Imports | Saldo | BDP /Inh. (in €) |
| Albania | 5,058 | 0,689 | 4,369 | 18,415 | 1,949 | 16,466 | 1631 |
| Bulgaria (EU) | 26,177 | 41,541 | -15,365 | 86,288 | 45,047 | 41,241 | 2115 |
| Bosnia and H. | 350,484 | 54,586 | 295,898 | 514,826 | 207,783 | 307,044 | 1569 |
| Montenegro | 67,259 | 19,170 | 48,089 | 36,759 | 14,063 | 22,697 | 1692 |
| Croatia | 642,931 | 417,034 | 225,897 | 1304,127 | 608,826 | 695,301 | 5246 |
| Kosovo | - | - | - | 43,115 | 0,805 | 42,309 | - |
| Macedonia | 146,874 | 45,994 | 100,880 | 134,135 | 29,073 | 105,062 | 1861 |
| Romania (EU) | 45,460 | 51,615 | -6,155 | 146,132 | 125,864 | 20,268 | 2277 |
| Serbia | 67,259 | 19,170 | 48,089 | 261,684 | 102,354 | 159,331 | 2308 |
| SE Europa | 1351,502 | 649,800 | 701,703 | 2545,481 | 1135,762 | 1409,719 | 2337 |
| <i>Europe (25)</i> | 7479,636 | 8217,084 | -737,448 | 13364,380 | 14585,946 | -1221,566 | 13862 |
| <i>Slovenia (EU)</i> | 8132,403 | 9407,699 | -1275,296 | 14396,666 | 15804,252 | -1407,586 | 12862 |

- within Serbia

Tab. 2: Exchange of goods between Slovenia and transitional countries of SE Europe

¹ = Source: Statistični letopis 2004: 24.4.1 Izvoz in uvoz blaga po državah, p. 421.

Statistični urad RS, Ljubljana 2005.

² = Source: Statistični letopis 2006: 23.4.1 Izvoz in uvoz blaga po državah, p. 402.

Statistični urad RS, Ljubljana, 2007.

³ = Source: Der Fischer Weltalmanach 2007: Zahlen, Daten, Fakten..

As first new EU member state, Slovenia received the honor to lead the EU for six month (January-July 2008) and therewith share the responsibility of the European

Union. Therewith, the Kosovo independency, the extension of the Schengen Agreement, the EU future of Croatia, Bosnia and Herzegovina, and of other non-EU members of the region, as well as other political decisions had to be made by Slovenia's leaders. Intensified was the construction of the highway net towards the region and plans for the high-speed railroad along Europe's southern Pan-European E-5 corridor ("The Sun-Belt Axis": Barcelona – Kiev) in its eastern part came into foreground of discussion. The E-10 development corridor (Hamburg – Athens), crossing Slovenia in its north-south direction, improvements took place as well.

Slovenia's population has to be accounted for the extreme support to the existence of the European Union. The physical elimination of border post between member states (January 1, 2008) and the strengthening of the outer borders of the EU were excepted with enthusiasm. This euphoria could not be disturbed with the high inflation rate for the year 2007 (5.6%), nor with uncertainties regarding the energy market. The "Eurobarometer" has registered that only 5% of Slovenia's population speaks against Slovenia's EU membership. Just Luxembourg and Slovakia have had higher support. Germany ranks somewhere in the middle (12% against EU) along with France and Hungary; Great Britain and Sweden, with about 24% "no" voices make the last two places. (http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm) On the other hand EUROSTAT recently published some interesting rankings regarding the position of Slovenia: defense expenditure – rank 26 (0,37% of the EU); indebtedness of the country – rank 20 (0,56% of the EU); corruption – rank 19; immigrant friendliness – rank 17 (the opinion of 50.4% citizens is that immigrants should not have the same rights as they); internet/GSM spread – rank 16 (737 mobile phones/1000 inh.); quality of life – rank 13 (88% of EU); CO2 emissions – rank 11 (7.3 Tons/inh.); water quantity – rank 7 (16.031 m³/inh.); forest spread – rank 3 (61% under forests) (Mladina, 2003).

Recent directives of the EU in regard to Slovenia's mishaps are most often related to its own regionalization. Slovenia is among rare EU countries with no nation-state divisions into regions (Länder, Provinces, etc.): 210 municipalities handle the responsibility up to the national level. Geographically, the country is a mix of four European macro-regions: the Alps, the Mediterranean, the Danubian Hills/Plains (Pannonia) and the karstic Dinaric mountain range. Historically, seven provinces established during Austria's monarchical rule are still in heads and minds of people (from West to East): Primorska (Görz, Gradisca und das Küstenland); Gorenjska (Oberkrain); Notranjska (Innerkrain); Dolenjska (Unterkrain), Štajerska (Steiermark), Koroška (Kärnten), and Prekmurje (Übermurgebiet). The proposition of the present

The Case Of Slovenia

government to organize 13 regions is met with opposition from experts (also geographers) and opposition parties. The opposing side is looking forward to larger entities – six to eight regions would be within their context. Some weak regional divisions between municipalities and the nation-state are already established: there are 58 administrative areas (as the result of the division within Yugoslavia) responsible for passports and other personal licence issues; and then there are 12 statistical regions which handle other major administrative issues, like car registration, construction permits, etc. (Čokert, 2007).

EU's administration is also often worried about the post-Yugoslav quarrels, which from time to time flame up between Slovenia and Croatia, the next EU member regional candidate. The issue is often related to the border settings, in particular in the Adriatic Sea where, during times of Yugoslavia, no border was set and Slovenia, as well as all other entities of the former multi-ethnic federation, had open access to international waters of the Mediterranean. But, other issues - like the handling of the nuclear power station Krško (both countries have invested into construction) and its waste disposal, or bank deposits of Croatian citizens in the Slovenian Ljubljanska banka are also brought to international courts.

The Economic and Sociogeographic Transition

In relation to other new EU member states, investment of foreign capital into Slovenian economy is relatively weak. The only economic sector showing a substantial foreign share is the financial and insurance sector (40% and more); in all other branches, like in industry and services, foreign investments are below the mark of 30%. In 2004, as Slovenia became EU member, the country was, regarding foreign investments, ranked seventh. In 2007, the ranking was for two places lower (ninth!) as just 23% of the in Slovenia located enterprises showed some kind of foreign shares. Other new EU member states have experienced enormous changes and are showing much higher international investment enthusiasm. Hungary, with 73%, ahead of Poland, with 70% is leading. The most reliable investors into Slovenian economy are Austrian, French, Italian and German enterprises; the Czech and Croat firms are testing the Slovenian business environment as well. Out of 91.000 firms one fourth show some foreign ownership: about 27% are completely in foreign hands, about 16% show high international investment allocations (49% foreign capital) and are actually joint-venture enterprises, but more than 50% of firms with some foreign impact show a substantially limited (less than 1/3 of the invested sums) foreign partnership. At this point one must note that foreign firms have invested into the

Slovenian economy already in times of communistic Yugoslavia. Several hundred joint-venture enterprises have been allocated in Slovenia during a German fieldwork in mid 1980's. Adidas, Boss, Bosch and other world's leading manufacturers have had their operations in Slovenia (Maier, 1986).

Recent interviews made among managers of leading foreign firms based in Slovenia show that most are interested to remain in the region because of 1. firms' visibility on the market (83%), 2. firms' interest in the profit (78%), 3. the excellence of the local man-power (73%), and 4. the lower production costs as in firms' headquarters locality. The autochthonous Slovenian firms could since 1995 enlarge their businesses into foreign markets and become strong inland as well. One should in particular point out two pharmaceutical firms: Krka of Novo mesto (in 2005: value of 2.9% of the nation-state export) and Lek of Ljubljana (in 2005: value of 3.9% of the nation-state export), which has recently jumped under the umbrella of the transnational consortium Novartis. Also some manufacturers of electric components gained international attention, in particular Velenje's Gorenje (in 2005: value of 6.1% of the nation-state export). Riko's (of Ribnica) wooden house constructions have become popular in Russia in particular (1,6% of nation-state's exports). High-tech firms, like Hydria are constantly partners as mega-cruise ships are being assembled in one of the world's largest shipyard in Monfalcone, Italy. The international motorsport is impressed with the quality of Akrapovic's (Trebnje) exhaust-pipe products, Boscarol's (Ajdovscina) light plane model gained NASA's first prize for efficiency and reliability. But, all in all, Renault of France (in Novo mesto) is Slovenia's strongest manufacturer, as the cars exported make 7.8% of Slovenia's overall export. Countries of the European Union are to a large extend consumers of products produced in Slovenia: 67% of all exports are directed to co-members of the EU (Bertoncelj-Popit, 2006).

The healthy market economy, protected with laws of either left or right-wing governments since 1996 as EU accession talks began, caused changes in the character of the social strata of citizens. The main reason for the transformation was the quick restructuring of the communist central planning economy. The nation-state's occupational structure shows at present typical characteristics of a young postindustrial society. In 2005 agriculture was represented by 8.4% (in 1995: 13.7%); the manufacturing sector has had 36.9% workers employed (in 1995: 44.4%) and in the tertiary sector of the economy 54.7% Slovenia's active population found jobs (in 1995: 41.6%) (Fischer Weltalmanach, 2007; 1998). In the named period about 126.000 had to quit jobs early and retire. In particular Maribor and the NE of

The Case Of Slovenia

Slovenia saw notable lay-offs due to the Far-East competition and because of the sudden non-existence of the Yugoslav market.

People on social welfare and retired combined make 36% of the population; EUROSTAT's recent model predicts for 2013 an increase of the elderly population by 7 %, making the nation-states average age being among the oldest in Europe. The EU Commission has in their 2007 report warned the Slovenian government of the increased seniority based poverty and asked for an increase of the welfare funds for 9.6%. Other relevant data also point towards needed social reforms. Some categories of the population are extremely vulnerable: 41% of the non-student population under 27 receives governmental support (7% of the unemployed are without jobs for more than 5 years already). This impacts in particular the group of elementary school graduates which make 41% of the unemployed population. (Mašanovič, 2007). The transition from the communist central planning economy to (capitalist) market economy has stretch the level between rich and poor as well. Social inequality has risen. The Report of the International Social Survey Program" stated that 13.6% of Slovenia's households (272.000 inhabitants) are extremely poor (Gesis, 2003).

The regional disparities, which were pushed aside for many years, have within the EU gained attention again. The core-periphery relation, where the centre has become increasingly stronger economic and population wise, is at present under the stage lights of Brussels. According to 2005 statistic data about 58% of nation-states' GDP is gained in the region of the state capital Ljubljana. Therefore, Slovenia was asked to increase effort to acquire financial support from relevant funds of the EU – like from CBC and PHARE programs. The increased economic role of the central, Ljubljana statistical region, as well as of the Mediterranean (statistical region: Obalno-kraška), bordering Italy is clearly visible from the Tab. 3. The tail lights make regions close to the Hungarian and Croatian border in the north-east of the country, in particular the Pomurska statistical region. The economic weakness is reflected in the negative population trends and in the slow entrepreneurial activity. For example: in the size and population wise almost equal Pomurska and Obalno-kraška region the disproportion of the number of enterprises is immense. The westerly located region has twice the number of players in the national economy. The relative highest value of the elderly index in the Mediterranean reflects also the attraction of the region for a permanent residence for the elderly.

Anton Gosar

| STATISTICAL REGION | CAPITOL | SIZE (in km ²) | INHABITANTS | POPULATION CHANGE 2005/1995 | ELDERLY | ENTERPRISES | EMPLOYED |
|--------------------|----------------|----------------------------|-------------|-----------------------------|---------|-------------|----------|
| Pomurska | Murska Sobota | 1.337 | 122.879 | 96.8 | 111.9 | 3.844 | 25.586 |
| Podravska | Maribor | 2.170 | 319.186 | 99.9 | 115.2 | 12.755 | 87.292 |
| Koroška | Slovenj Gradec | 1.041 | 73.816 | 100.1 | 94.3 | 2.764 | 18.975 |
| Savinjska | Celje | 2.384 | 257.105 | 100.3 | 96.4 | 10.250 | 76.995 |
| Zasavska | Trbovlje | 264 | 45.660 | 95.7 | 122.1 | 1.371 | 10.948 |
| Spodnjeposavska | Krško | 885 | 70.117 | 98.5 | 111.7 | 2.860 | 14.857 |
| JV Slovenija | Novo mesto | 1.684 | 138.851 | 101.4 | 93.3 | 5.198 | 37.942 |
| Osrednjėslovenska | Ljubljana | 3.546 | 495.663 | 102.5 | 103.7 | 29.474 | 197.546 |
| Gorenjska | Kranj | 2.131 | 198.275 | 102.1 | 98.7 | 8.453 | 58.418 |
| Notranjsko-kraška | Postojna | 1.456 | 50.937 | 100.5 | 116.1 | 2.113 | 11.423 |
| Goriška | Nova Gorica | 2.325 | 119.532 | 99.1 | 124.8 | 6.248 | 33.372 |
| Obalno-kraška | Koper | 1.044 | 104.983 | 101.9 | 136.6 | 6.175 | 30.465 |
| SLOVENIA | LJUBLJANA | 20.273 | 1,997.004 | 100.4 | 106.9 | 91.505 | 603.819 |

Tab. 3: Slovenia: Selected data based on statistical regions, 2005

Source: Republika Slovenija: Statistični letopis 2006; Republic of Slovenia: Statistical Yearbook, 2007

Negative demographic trends are obvious in five and stagnation in three out of 12 statistical regions of Slovenia. Just along the NW – SE axis Austria - Croatia (Europe's traffic corridor E-5) and along the western part of the SW – NE axis Italy – Hungary (Europe's traffic corridor E-10) positive trends in demography are dominant. Most problematic is the population development in border regions: 54% of cadastral communes along Slovenian borders (10.499 km²; 387.000 inhabitants) experience a decline in different intensity. The process leading towards demographic dying out (ghost towns) impacts about $\frac{3}{4}$ of the cadastral communes in the border regions along the 670 km long Croato-Slovenian border. This zone is the outer border of the EU where a semi-closed border has been put into effect in 2007, whereas inner borders of the EU were (also physically) eliminated. The liberal communism of Yugoslavia opened (exception the Hungaro-Slovenian border) to a certain extend already in the 1960's (example: the Udine agreement on custom areas Yugoslavia-Italy) several border segments and enabled cross-border exchange of information, peoples and goods. As a result of it, traditionally a constant flow of daily migrants took place. In 2005, the Slovenian Ministry of Labour and Social Affairs registered 5.780 work migrants. Questionnaires performed in border areas showed that only along the Italo-Slovene border four times as much Slovenians earn for their

The Case Of Slovenia

livelihood in Italy. The demographic situation along the named border diminishes the expectations for an increase of daily cross-border work related travels (Bufon, 2002). On the other hand attract the newly opened, modern shopping centers in Slovenian border regions costumers from neighboring states, including Italian. Shopping tourism switched directions. Yugoslav shopping tourism enabled survival of many Italian border towns for decades, whereas at present the Italian costumer adds to his traditionally culinary the shopping cross-experience as well (Faro 2007; Gosar 2005).

| TOPIC (year 2000) | EU Border Region A Austria- Slovenia | EU Border Region B Italy- Slovenia | ALL BORDER REGIONS* | SLOVENIA Average |
|---|---|---|---------------------------|---------------------|
| Demographically Problematic | 41% | 44% | 54% | 28% |
| Index of Elderly | 82 | 110 | 109 | 99 |
| Social Dependency | 47% | 39% | 48% | 37% |
| Daily Migration | 69% | 71% | 71% | 59% |
| Unemployed | 7% | 6% | 9% | 8% |
| High School and Higher Educ. | 19% | 31% | 21% | 44% |
| Income: Agriculture & Fishing | 21% | 13% | 25% | 13% |
| Income: Manufacturing & Construction | 42% | 41% | 39% | 41% |
| Income: Services | 38% | 45% | 36% | 46% |
| Long-term Absences (Schooling/Work) | 15% | 16% | 10% | 37% |

* including: Hungary-Slovenia and Croatia-Slovenia)

Tab. 4: Slovenia: Sociogeographic characteristics of border regions

*Source: Bufon 2002: Cadastral Communes with Border-line Segments.

Since EU membership, nation-state's economic policies rely on immigration. Yearly 27.000 work-permits are issued to foreign citizens, whereas the Slovenian based enterprises ask for an abandoning of the work-permit quota, and silently hope for a doubling of the number of licenses. The traditional immigration wave from areas of former Yugoslavia still remains to be most numerous (2/3). But immigrants from EU membership countries, in particular Slovakia (construction) show increased interest. Citizens of old EU-members are increasingly visible in the capital Ljubljana as well, and the popular say is that more Austrians are employed in Slovenia than v.v. Low-cost airlines have introduced tourists and real-estate seekers from the British Isles to Slovenia too. In peripheral NE Slovenia, inexpensive farm land and housing was bought up by the British, as it is just about 3-4 hours away from their primarily home (through airports of Graz, Austria, or Maribor, Slovenia). Close to 6000 transactions were registered.

The natural demographic characteristics are since 1991 negative or stagnant. The last performed population census in 2002 showed for the nation-state no change in population figures, but had registered 118 municipalities (61.1%) with population decline and 38 municipalities (19.7%) with a stagnating demographic tendency. Just 37 municipalities (19.2%) have shown an increase of the resident population. A decade long observation points out the strengthening of suburban municipalities, being located up to 50 km away from propulsive regional centers like Ljubljana, Kranj, Koper, Celje, Nova Gorica, Novo mesto and Maribor. In some cases the very beginning of metropolitanization (Ljubljana plain) and even cross-border conurbanization (Nova Gorica-Gorizia; Koper-Capodistria – Trieste) could be registered. Named municipalities are leading in natural reproduction and daily commuting. Some regional centers and tourist resorts (Portorož-Portorose), in particular in the Mediterranean part of the country, show a constant increase of older citizens. The alpine and pre-alpine, karstic and, in particular, lowland peripheral Pannonian/Danubian hills are doomed to stagnation, depopulation and are in part dying out (Josipovič, 2004) There is a need for a new decentralization in economy and demography!

Conclusion: Towards Polycentric Regional Development

The unfavorable demographic situation and the centralized economic development along two European transportation axis (E-5 and E-10) have forced Slovenian governments to rethink about the past liberal economic policies. But not earlier than with the new right-wing government activities to reduce the regional disparities came into foreground of discussions. Nevertheless have the 2005 figures, pointing out unemployment by statistical regions (Pomurska 22%, Podravska 21%, Koroška 12%, Savinjska 15%, Zasavska 20%, Spodnje-posavska 17%, Dolenjska 10%, Osrednjeslovenska 9%, Gorenjska 13%, Severno-kraška 14%, Goriška 8%, and Obalno-kraška 11%) forced political actors into policy rearrangements and future restructuring of the economy. In the Fall 2006 has a group of economists at the Ministry of Economic Development, enriched by experts from other governmental institutions, presented a vision for the nation-state future seeing it as a two step task - the first to be concluded by 2013 and the next to be finished by 2023 (Nared et al., 2007). The government approved the plan and published it by entitling it as “The National Development Projects for the Time-Span 2007-2023”. Some observation regarding the vision and socio-geographic viability of the named project will be presented in the continuation of this paper.

The Case Of Slovenia

The basic idea of the project team was to bring Slovenia into the group of seven most developed European nation-states. Contemporary trends are not promising in this regard. According to the economists project's team core would Slovenia with an 7.2% yearly registered economic growth and an inflation of 5.4% (EU's highest in 2007) by 2013 still be (94%) under EU's average. The goal of the project is to reach the EU's average in the named year and to be aligned with Europe's best in 2023. The following 5 project subchapters and 36 projects focus on the national priority and economic sectors which would enable growth:

1. national development priorities (10 projects);
2. economic development priorities (9 projects);
3. priorities of the tourism sector of the economy (5 projects);
4. priorities of the energy sector of the economy (6 projects);
5. priorities in the education, science and sport sectors (6 projects);

The national development projects encompass and focus widely on infrastructure: 1. railroad modernization; 2. eco-mobility concept development; 3. hydrogen use in the industry; 4.) broad-band national network; 5. unified medical data banks (E-Medicin); 6. unified juridical data banks (E-Law); 7. nation-wide grant system; 8. networking of urgent medicine; 9. completion of the highway net; and 10. construction of the third national network/development axis Austria – Croatia (Klagenfurt, Austria – Ravne – Velenje – Novo mesto – Metlika – Karlovac, Croatia). In the media was the third development axis and the high-speed railroad (Venice, Italy – Ljubljana – Zagreb, Croatia) most publicized. But, at the same time the conclusion of the highway net on both European major transit corridors is in sight and the E-medicine and E-law as well as the national broadband system already show substantial improvements in this sector of the economy. The eco-mobility, the unified national grant system and the hydrogen usage in industry are still in their initial phase. In particular has the first to be considered seriously and be made citizens' own project.

Nine centers of economy and innovation should grow predominantly outside the parameter of the Ljubljana's core region: in the statistical regions of Dolenjsko (Novo mesto), Spodnje Posavje (Brežice-Krško), Gorenjska (Kranj), Notranjsko-kraška (Postojna – Pivka), Pomurje (Murska Sobota), Spodnje Podravje (Ptuj), Goriška (Nova Gorica), Koroška (Slovenj Gradec) and Savinjska (Celje). Just one project focuses on the capitol city. The projects foresee initialization of technological and industrial parks, logistic centers, centers of higher education, incubators of economic and technological development and innovative research institutions. In regard to their

main function and/or principal research activity they've acquired appropriate names: "Phoenix", "Perspektiva", "Alureg", Noordung, "Tehnopolis", etc. The geographic settings of these facilities are already set. They relate to infrastructural facilities (existing highway net or planned highway) and are placed most often in a suburban setting on/in municipal's or nation-state real estates/buildings.

Five projects in tourism include 1. networking natural and cultural heritage sites of the Karst (Postojna); 2. constructing a first national thematic park ("Megalaxia", Ptuj); 3. arranging a well-being centre (including gambling) near Nova Gorica; 4. building a nationally own Mediterranean islands (Izola-Isola); 5. completing a completely new thermal Riviera ("Gaja", Destrnik). The civic society has already reacted on the above named plans and has made their concerns public. The opposition was in particular strong against the recreational facility near Nova Gorica which would attract Italian costumers. Not only the gaming and gambling bothered the group, but also the fact that the facility would be arranged in a Las Vegas style manner and run by American managers (Harah's), who asked the government for special tax exemptions. At present, it seems, the American-Slovenian "wedding" in the casino world is off stage. Ecological concerns are related to the idea of an island (or three) near the coastal town of Izola-Isola. The construction activities would destroy the fauna and flora of the Trieste bay and could poison the bay due to the large amount (more than 10.000 tons) of mercury which is deposited at the bottom of the bay. The mercury deposits are the result of the past long-term mining of mercury in a hinterland community (Idrija) (Plut, 2007).

The energy sector of the economy has become very important in the national economy. The 2006 opposition against gas terminals in the Venetian Bay and on Trieste coastal shores has forced Slovenian planners to foresee other solutions. They've put the following issues in the foreground: 1. modernization of the national net of electrification (Slovenia's trans national lines) 2. construction of the hydro-electric power stations on the lower Sava river (Brežice); 3. construction of the hydro-pump power station Kozjak (Selnica ob Dravi); 4. making arrangements for a natural gas storage in the mine of Senovo; 5. enlarging the thermal-power facility in Šoštanj (Velenje) and 6. constructing a second nuclear power generator near the existing one (Krško). The thermal-power facility and the nuclear power station are internationally disputed as Austria's nearby lands (Carinthia) had felt impacts (air pollution) of the Šoštanj plant and as Austria's public is in general anti-nuclear. The transnational pipeline projects bringing gas and oil from Russia and the Caucasus (from Constanza to Trieste) is not in Slovenia's prime interest. The recent government agreed (under

The Case Of Slovenia

pressure) to open a corridor for the pipeline Southern Stream on a very limited stretch of land between Rijeka (Croatia) and Trieste (Italy).

Six projects in the sphere of education, science and sports include constructions of: 1. the “Leon Štukelj” sport park in Ljubljana; 2. the national library in Ljubljana; 3. the Polytechnicum of Ljubljana; 4. the new university clinic in Ljubljana; 5. the university clinic in Maribor; 8. the Nordic ski center “Planica” in Rateče-Kranjska gora. General criticism is oriented against the many projects which are being based in the nation-state capitol. But, on the other hand, by the European standards built stadium is in the overall national interest as well. Similar arguments could be used for the national library and both clinics which are for decades in the planning stage. Positive expert opinions are expressed in regard to the Nordic-ski-centre, which would use the natural and cultural geographic benefits of the area and follow the footsteps of the Nordic ski-jumping tradition where in 1934 the first one hundred meter jump was made (by the Austrian Sepp Bradl) and in 2005 the existing record of 239 meters was set (by the Norwegian Björn Einar Romören).

European Union's Slovenia has, according to recent trends, almost concluded the period of the liberal and non-transparent transitional economy. The transitional times, which affected demographic, social and economic variables of the nation-state and were felt in peripheral regions extremely negative are to be changed. The general perception is that progress can be achieved if a clear vision for the future would be set. The government's decision that regional disparities, which in 17 years of the existence of the Slovenian sovereignty only increased, should be minimized through a general development program is therefore logic. The often promoted state-private partnership should in the future follow the vision which the development project called “The National Development Projects for the Time-Span 2007-2023” has set.

Sources

Bertoncelj-Popit, Vesna (2006): Revoz, Gorenje, Lek, Krka in Slovenska industrija jekla dosegli skoraj četrtino izvoza. Največji slovenski izvozniki, Delo - priloga, Ljubljana, p. 12-19.

Bufon, Milan (2002). Slovenia – a European contact and border area. *Ann. Ser. hist. sociol.*, 2002, leto 12, št. 2, p. 445-472.

- Čokert, Andrej (2007): Pokrajine v Sloveniji: Predlog zakona o pokrajinah s tezami za normativno ureditev. http://www.ff.uni-lj.si/oddelki/geo/publikacije/dela/files/Dela_13/20_Andrej_Cokert.pdf
- Faro, Jeremy (2007): Changing Interests and Identities in European Border Regions: A State of the Art Report on the Italo-Slovene Border. <http://www.theslovenian.com/articles/faro.htm> (17.02.2007).
- Der Fischer Weltatmanach (1998): Zahlen, Daten, Fakten. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 789 pp.
- Der Fischer Weltatmanach (2007): Zahlen, Daten, Fakten. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 831 pp.
- GESIS – German Social Science Infrastructure Services (2003): ISSP – The international social service program. Quick News. http://www.social-sciencegeesis.de/en/data_service/issp/index.htm (17.02.2007).
- Gosar, Anton (2002). Slowenien im Vorfeld der EU-Erweiterung aus geographischer Sicht. Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien, Slowakei und Tschechien als Beispiele. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz. Occasional Papers Nr. 24. Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, Tübingen, 2002, p. 71-94.
- Gosar, Anton (2005). The cross-border bricklaying concept in the Alpen-Adria region. *Tour. anal.*, 2005, vol. 10, no. 1, p. 65-78.
- Josipović, Damir (2005): Declining fertility and the role of immigration in population growth in Slovenia at the dawn of the 21st century. *Globalized Europe / Globalizirana Evropa*, (Knjižnica Annales Majora). Koper: Univerza na Primorskem, Znanstveno-raziskovalno središče, Založba Annales: Zgodovinsko društvo za južno Primorsko, p. 222-245
- Josipović, Damir (2007). The elaboration of the center-periphery relation: peri-Panonian Slovene-Croatian contact in the process of EU enlargement // Koper, 30 november-2 december 2007: [programme and abstracts], (*Glasnik ZRS Koper*, letn. 12, št. 7). Koper: Univerza na Primorskem, Znanstveno-raziskovalno središče, p. 110-111.
- Maier, Jörg: (1986): Ausländische Investitionen und ihre Auswirkungen aus der Sicht der Regionalwissenschaften. *Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung* 47, Bayreuth; p. 1-48.
- Mašanović, Božo (2007): Slovenija naj okrepi pomoč ranljivim slojem. *Delo*: 20. 2. 2007, Ljubljana, p. 10.

The Case Of Slovenia

- Mladina-Online (2003): V EU pojdimo zaradi napredka ne zaradi članstva samega. Mladina. Ljubljana, 17.10.2003. <http://www.mladina.si/dnevnik/38184/> .
- Nared, Janez et al (ed): Veliki razvojni projekti in skladni regionalni razvoj, (Regionalni razvoj, 1). Ljubljana: Založba ZRC, ZRC SAZU, 2007, 182 pp.
- Plut, Dušan (2007): Sonaravna ocena nacionalnih razvojnih projektov Slovenije (2007-2023).. Veliki razvojni projekti in skladni regionalni razvoj, (Regionalni razvoj, 1). Ljubljana: Založba ZRC, ZRC SAZU, p. 27-32
- RS – Republika Slovenija (2005): Statistični letopis 2004: 24.4.1 Izvoz in uvoz blaga po državah, Statistični urad RS, Ljubljana 2005; p. 421
- RS – Republika Slovenija (2007): Statistični letopis 2006 (Republic of Slovenia: Statistical Yearbook, 2006), letnik 45, Urad za statistiko RS, Ljubljana 2007, 611 pp.
- Wikipedia (2007): List of countries by GDP (PPP) per capita. Wikipedia – the free encyclopedia.
[http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_GDP_\(PPP\)_per_capita](http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_GDP_(PPP)_per_capita)
(17.08.2007)
- http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm (17.08.2007)

Von Jáchymov zum Prager Frühling: der Jahrhundertzeuge Eduard Goldstücker

Ingrid Hudabiunigg

1 Einleitung

Die Geschichte des Nachbarlandes Tschechoslowakei¹⁰ war im vorigen Jahrhundert von großen Umwälzungen geprägt. Zu Beginn des Jahrhunderts noch ein Teil der Habsburger-Monarchie, erreichte das Land nach deren Auflösung im Jahre 1918 seine Unabhängigkeit. Nach dem Münchner Abkommen war es von 1939 bis 1945 dreigeteilt. Nach Kriegsende für kurze Zeit wieder Demokratie, erlebte es ab 1948 nach dem Staatsstreich der Kommunistischen Partei die Degradierung zu einem Satelliten der UdSSR. 1968, im Prager Frühling, war dem Land nur eine kurze Phase des Aufbegehrens gegen die Abhängigkeit vergönnt. Erst 1989 mit dem Verschwinden des Ostblocks kam es wieder zu einer demokratischen Erneuerung.

Als Zeuge dieser epochalen Umwälzungen soll hier Eduard Goldstücker vorgestellt werden, dessen Leben sich über fast das gesamte letzte Jahrhundert (1913-2000) erstreckt.

Der vorliegende Beitrag wird auf zwei schicksalhafte Perioden dieses Lebens eingehen: die Zeit als politischer Gefangener in den Fünfziger Jahren und speziell sein Aufenthalt als Zwangsarbeiter im Uranbergwerk von Jáchymov, und die Zeit des Prager Frühlings, den er als einer der führenden Intellektuellen seines Landes mitgestaltete. Die politischen Umstände zwangen ihn zweimal sein Land zu verlassen. Und zweimal entschloss er sich zur Rückkehr, denn er sah sich selbst nie als Emigranten, der im neuen Land Fuß fassen will, sondern immer als Exulanten, der, sobald es die politischen Verhältnisse gestatten, wieder in die Heimat zurückkehrt.¹¹

¹⁰ In diesem Beitrag werde ich durchgehend den Ländernamen Tschechoslowakei verwenden, obwohl das Land verschiedene offizielle Bezeichnungen hatte und sich im Jahre 1992 in die Tschechische und die Slowakische Republik teilte.

¹¹ Die von mir für die biographischen Angaben zu Goldstücker verwendeten Quellen sind: Eduard Goldstücker: Prozesse. Erfahrungen eines Mitteleuropäers. In der Emigration entstandene Version einer Autobiographie, welche auf Gespräche mit dem Schriftsteller Jiří Gruša zurückgeht. Eduard Goldstücker: Vzpomínky 1945-1968. Autobiographie, die von Goldstücker nach der Rückkehr nach Prag überarbeitet wurde und posthum von seinen Töchtern herausgegeben wurde.

2 Lebensdaten

Eduard Goldstücker wurde 1913 im slowakischen Dorf Podbiel, in einer armen jüdischen Familie geboren. Die Slowakei war noch Teil der Doppelmonarchie, in der aufgrund der verschiedenen neben- und miteinander lebenden Nationen, Mehrsprachigkeit weit verbreitet war. So lernte Goldstücker schon als Kind Slowakisch und Ungarisch in der eigenen Familie, Deutsch in einer Pflegefamilie und Tschechisch als Unterrichtssprache im Gymnasium. Dazu kam noch weiterer Fremdsprachenunterricht in Hebräisch, Latein und Französisch. (Hudabiunigg 1996: Band 2: 16-29)

Ein slowakisches Staatsstipendium ermöglichte ihm ab 1931 das Studium an der tschechischen Universität in Prag¹², wo er die Fächer Germanistik und Romanistik belegte. Einige seiner akademischen Lehrer waren zugleich herausragende Persönlichkeiten des Prager intellektuellen Lebens; ihr weiter geistiger und politischer Horizont prägte den jungen Studenten für sein ganzes Leben.

Schon 1933 trat er der Kommunistischen Studentenfraktion (KOSTUFRA) bei, die er ab 1935 auch leitete. Gemeinsam mit seiner Ehefrau Marta, die er schon im Gymnasium kennengelernt hatte, wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei. Das Münchner Abkommen und der Einmarsch der deutschen Truppen in Prag brachten ihn in Lebensgefahr. Gemeinsam mit Marta flüchtete er in einer gewagten Überquerung der slowakisch-polnischen Grenze zunächst nach Krakau. Von Gdingen brachte sie ein schwedisches Schiff nach England. Ab 1940 war es ihm möglich, in Oxford weiter zu studieren und 1942 zu promovieren.

Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit war er bereits in der tschechischen Exilregierung als Vorsitzender der Kulturkommission der Exil-KPČ und Referent für das Hochschulwesen tätig. Als er nach Prag im Juni 1945 zurückkehrte, war er Mitglied des Außenministeriums. Erst zu diesem Zeitpunkt erlangte er Gewissheit über den Tod seiner Mutter, seiner Schwester und deren Kind in Auschwitz.

1948, nach Gründung des Staates Israel, folgte er nur zögernd seiner Ernennung zum dortigen Botschafter der ČSSR. 1951 kehrte er nach Prag zurück, mit der Aussicht, als Botschafter nach Schweden entsandt zu werden. Staatspräsident Klement Gottwald enthüllte zu dieser Zeit eine angebliche „imperialistische Verschwörung“ unter der Führung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Rudolf Slánský. Eine Reihe von Spitzenfunktionären wurde verhaftet, darunter auch Eduard Goldstücker. Für 18 Monate wurde er im Gefängnis Ruzyně unter strenger Isolation eingekerkert.

¹² Die Prager Universität wurde 1882 aufgrund nationaler Auseinandersetzungen in eine tschechische und eine deutsche Universität geteilt.

Von Jáchymov zum Prager Frühling

Zunächst sollte er als Mitangeklagter im Prozess gegen Rudolf Slánský auf eine Rolle innerhalb eines „staatsfeindlichen Verschwörerzentrums“ festgelegt werden. Anfang Dezember 1952 wurden Slánský und 11 weitere Angeklagte hingerichtet. Zuvor war das Verfahren gegen Eduard Goldstücker als Mitglied einer – so die willkürlich konstruierte Anklage – „verschwörerischen Gruppe ehemaliger Diplomaten“ abgetrennt worden. Die vom Staatsanwalt beantragte Todesstrafe wurde überraschenderweise in lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt. (Pelikán 1972: 135). Am 23.12.1955 wurden Anklage und Verurteilung Eduard Goldstückers für rechtswidrig erklärt. Die später vom ZK der KPC eingesetzten Kommissionen zur Überprüfung der größten politischen Prozesse der Nachkriegszeit, die sogenannte Barák-Kommission und die nachfolgende Kolder-Kommission bestätigten, dass die „Anschuldigungen ...willkürlich konstruiert, die Geständnisse mit ungesetzlichen Mitteln erpresst worden (waren).“ (Pelikán 1972: 9 und 135)

Goldstücker wollte wieder wissenschaftlich arbeiten. So begann er im Frühjahr 1956, im Alter von 43 Jahren als Lehrbeauftragter für Deutsche Literatur an der Philosophischen Fakultät der Prager Universität. Schon 1957 wurde er mit der Leitung des Lehrstuhls beauftragt. (Stromšík 1999: 18) Es gelang ihm, die Prager Germanistik wieder an den internationalen Standard heranzuführen.

Neben der wissenschaftlichen Tätigkeit engagierte sich Eduard Goldstücker verstärkt in der Politik. Als Prorektor der Karls-Universität (1966-1969) unterstützte er die Bestrebungen der Studenten für mehr Mitspracherechte und akademische Freiheit (Ströbinger 1988: 341). Als Abgeordneter des Tschechischen Nationalrates (1968-1969) stellte er sich landesweit Diskussionen, um notwendige Reformen in Wirtschaft und Politik zu erreichen. Ebenso engagierte er sich im politischen Kampf der Schriftsteller.

Als einen der führenden Protagonisten der politischen Liberalisierung zwingt die gewaltsame Beendigung des „Prager Frühlings“ durch den Warschauer Pakt Goldstücker zum zweiten Mal in die Emigration, wiederum nach England. Im Exil wirkte er zunächst als Gastprofessor und danach bis zu seiner Emeritierung 1978 als Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der University of Sussex in Brighton. Bis kurz vor seinem Tod hielt er weltweit Vorträge über Themen zu politischen, nationalen und ideologischen Konflikten, „zu denen ihn nicht nur harte persönliche Erfahrungen mit der kommunistischen Illusion, sondern vor allem sein gesamtes allseitiges Wissen und Wirken befähigten.“ (Stromšík 1999: 23)

3 Jáchymov

Als Eduard Goldstücker, Doktor der Philosophie der Universität Oxford und Botschafter a.D. der Tschechoslowakischen Republik, im Mai 1955, gefesselt auf einem Holzsitz, in einem fensterlosen Kastenwagen nach Jáchymov in Westböhmen gebracht wurde, hatte er als politischer Gefangener bereits einen Leidensweg durch mehrere Haftanstalten hinter sich.

Was erwartete ihn in der Bergbaustadt Jáchymov, dem ehemaligen St. Joachimsthal? Im Zwanzigsten Jahrhundert war diese Region des Erzgebirges, in dem schon im Mittelalter Silber und Zinn abgebaut worden waren (Seibt 1997: 93), aufgrund der Funde von Uranerz geradezu in den „Brennpunkt der Weltpolitik“ gerückt. (Karlsch/Zeman 2003) De facto hatte der geheime tschechoslowakisch-sowjetische Uranvertrag vom 23. November 1945 die reichen Lagerstätten in die Hand von Moskau (Karlsch/Zeman 2003: 104) gegeben. Zum Abbau des von Stalin für die Atombombenproduktion benötigten Uranerzes wurden in Sibirien entwickelte Methoden eingeführt – mit dem „uranový gulag“ entstand die „Hölle von Jáchymov“. (Šedivý 2003) Eingerahmt von einem doppelten Stacheldrahtzaun, gruppierten sich um einen Appellplatz Holzbaracken, Isolationszellen, Küchen- und Waschküchen. Nachts warfen Suchschweinwerfer von den Wachtürmen gleißende Lichtkegel in das Lager (Karlsch/Zeman 2003: 132). Die Gefangenen wurden unter hohen Sicherheitsvorkehrungen zu den Minen gebracht. In der Regel wurden sie mit einem Stahlkabel zusammengekettet und hatten, so verschnürt, zu ihrer Arbeitsstelle, dem nahe gelegenen Schacht zu marschieren.

Neben den politischen Gefangenen arbeiteten verurteilte Kriminelle und auch Zivilbeschäftigte. Mitte der fünfziger Jahre erreichte die Arbeitskräftezahl mit 46 351 Beschäftigten, davon 9 214 Häftlingen, ihren Höhepunkt. (Karlsch/Zeman 2003: 124)

Die Bedingungen seiner Einlieferung nach Jáchymov hatten Goldstückers Wirbelsäule so sehr geschädigt, dass er sich kaum mehr bewegen konnte. Trotzdem wurde er sofort der sogenannten Erzsartierstelle zugeteilt, wo der Urangehalt festgestellt und das nach Qualität sortierte Erz in Kisten verpackt und zum Transport in die Sowjetunion verladen werden musste. Der radioaktiven Strahlung waren die Häftlinge ohne jeden Schutz ausgesetzt. Todesfolgen wurden nicht registriert. Über die inhumane Einstellung der Lagerleitung zu den Arbeitskräften sagt Goldstücker im Rückblick:

Mit der Belegschaft eines solchen Arbeitslagers konnte man frei disponieren. Sie waren bloß Masse. Wenn einer nicht mehr funktionierte, wurde er durch

Von Jáchymov zum Prager Frühling

einen Funktionierenden ersetzt. ‚Material‘ gab es zur Genüge, und es wurde dauernd ergänzt.¹³ (Goldstücker 2005: 96, Übs. der Autorin)

Die Lagerältesten und Spitzel rekrutierte man meist aus dem Kreis der Kriminellen oder der Nazi-Kollaborateure. Oft nutzten diese ihre Machtstellung zur Einschüchterung und Schikane von Häftlingen anderer politischer oder weltanschaulicher Orientierung. Das betraf Goldstücker in besonderem Maße:

[Das Lagerpersonal] machte mich gleich darauf aufmerksam, dass sie mich gut bewachen müssten, da jemand es darauf abgesehen hätte, mich zu töten. Trotzdem verging in der ersten Zeit kaum ein Tag, an dem nicht jemand den Kopf zur Tür hereingesteckt hätte, mit der Frage: „Also was? Ist er noch immer nicht kalt?“¹⁴ (Goldstücker 2005:95, Übs. der Autorin).

Der ihn behandelnde Häftlingsarzt verfolgte offenbar ähnliche Absichten. Er erkannte in ihm einen ehemaligen Funktionär der kommunistischen Studentenfraktion und schrieb ihn trotz seiner akuten Lumboischialgie nicht krank.

In einer kurzen Periode des politischen Tauwetters – was aber dem von jeglichen Nachrichten isolierten Goldstücker unbekannt blieb – wurde er erneut vernommen. Als Zeuge wurde er von Vertretern des ZK der KPČ und Armeestaatsanwälten gegen Verantwortliche der Ermittlung, die seiner Verurteilung im Mai 1953 vorausgegangen waren, befragt. Der damalige Leiter der Hauptabteilung für Ermittlung im Staatssicherheitsdienst, Major Bohumil Doubek, und der führende Vertreter für Terrormethodik, Vladimír Kohoutek, sollten nun selbst vor Gericht gestellt werden.¹⁵ Die Inkriminierung dieser untergeordneten Chargen verfolgte die Absicht, die tatsächlich Verantwortlichen in höchsten Regierungs- und Parteiämtern der Sowjetunion und der Tschechoslowakei vor jeder Nachfrage und gerichtlichen Verfolgung zu schützen. Über diesen Zusammenhang wurde Goldstücker jedoch nicht informiert. Über den Verlauf der Verhöre wurde ihm strengstes Stillschweigen auferlegt.

Am 23. Dezember 1955 tagte das Präsidium des Obersten Gerichtshofes und kam zu dem Schluss, dass die Anklage gegen Eduard Goldstücker gesetzwidrig war. Er habe sich auch keiner anderen Straftat schuldig gemacht. Seine sofortige Freilassung wurde angeordnet.

Nach vier Jahren und elf Tagen war Goldstücker wieder auf freiem Fuß.

¹³ Osazenstvo takového pracovního tábora, na Jáchymovsku jich bylo několik, bylo disponibilní. Když někdo přestal být užitečný, byl nahrazen jiným, protože „zásoba“ byla dost velká a stále se doplňovala.

¹⁴ Kdosi mi řekl, že na mne musejí dávat pozor, protože se mě chystají zabít. V prvních dnech někdo každou chvíli strčil hlavu do dveří a ptal se: „Ještě není studený?“

¹⁵ Sie wurden verurteilt und danach sehr bald wieder amnestiert.

4 Zwischenspiel: Die Zeit bis zum „Prager Frühling“

Chrustschows Geheimreferat auf dem XX. Parteitag der KPdSU über den „Personenkult J.W. Stalins“ und einige seiner Verbrechen schlug in der gesamten kommunistischen Welt „wie eine Bombe“ (Mlynář 1988: 33) ein. Anfangs waren die Reaktionen auf diese Enthüllungen in der Tschechoslowakei jedoch wesentlich schwächer als etwa in den Nachbarländern Polen und Ungarn. Eine der ersten Fragen, die kritische Kommunisten stellten, war die nach den authentischen Aussagen der Klassiker Marx und Engels. Auch Eduard Goldstücker stellte sich diese Frage und fand beim Studium der Quellen, dass bei Marx viele humanistische Gedanken zur Befreiung und Emanzipation des Menschen ausgesprochen wurden, die im grundsätzlichen Widerspruch zur politischen Praxis kommunistischer Staaten, vor allem in ihrer diktatorischen Kulturpolitik, standen. Hier wollte er den „Borniertheiten des Stalinschen sozialistischen Realismus“ (Goldstücker 1989: 292) etwas entgegensetzen.

Im Jahre 1963 organisierte er in Liblice die erste, international ausgerichtete Kafka-Konferenz in den sozialistischen Ländern. Der bereits in der westlichen Literaturwissenschaft als einer der bedeutendsten Schriftsteller des 20. Jahrhunderts angesehene Franz Kafka war bis zu diesem Zeitpunkt von den amtlichen Funktionären in die Kategorie der „bourgeois Dekadenten“ abgeschoben, ja geradezu als „Erzfeind“ (Goldstücker 1998: 229), verdammt. Über diese Konferenz kam es in der sozialistischen Kulturpolitik zu heftigen Kontroversen. Die Konferenz stellte einen Dammbruch dar, dem in den folgenden Jahren viele weitere Auseinandersetzungen von Schriftstellern und Gesellschaftswissenschaftlern mit Fehlentwicklungen sozialistischer Politik folgten.

Öffentlich wurde die zunächst in kleinen Zirkeln geäußerte Kritik auf dem IV. Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes (1967), der im Rückblick als „historisch“ (Simmons 1992) bezeichnet werden sollte. Die Kritik bezog sich vor allem auf die Verzögerung der Entstalinisierung. Der Schriftsteller Pavel Kohout verlas zu Beginn Auszüge aus dem *Offene(n) Brief an den Sowjetischen Schriftstellerkongreß*, den Aleksander Solženicyn kurz zuvor veröffentlicht hatte. Dieser *Brief* stellte einen Angriff auf die Führung des Sowjetischen Schriftstellerverbandes dar, der jahrzehntelang die Zensur der Sowjetregierung – in den Worten Solženicyns ein „Rest des Mittelalters“ – gebilligt hatte. Als erste in den „Reihen der Hexenjäger“ (Reden 1967:38) hätten seine Verbandsfunktionäre es zugelassen, dass Hunderte von Schriftstellern verfolgt und in Straflager verbannt wurden, wo nicht wenige von ihnen zu Tode kamen. Die Parallelen zu der Praxis der tschechoslowakischen Staatsführung

Von Jáchymov zum Prager Frühling

waren offensichtlich. Einige Delegierte nahmen darauf die Verhältnisse in der ČSSR ins Visier und wagten es, die Politik der Ära Novotný anzugreifen und die noch immer ausgeübte Zensur als bevorzugtes Mittel der Repression anzuprangern. Die einschlägigen Artikel der Staatsverfassung wurden als hohle Phrasen gebrandmarkt; keinerlei Kontrollmechanismen würden den einzelnen Bürger vor der Willkür des Polizei- und Justizapparats schützen.

Als erfahrenes Parteimitglied versuchte Eduard Goldstücker vermittelnd einzugreifen, um die Staatsmacht nicht weiter zu provozieren. In seiner Wortmeldung strich er heraus, dass der Sozialismus „bislang das beste System gesellschaftlicher Ordnung“ darstelle, das „jedermann größten materiellen Wohlstand und größte Freiheit bringen kann“, andererseits mahnte er, dass diese Ziele nicht automatisch und ohne Kampf und Arbeit erreicht werden könnten. Für die Schriftsteller bedeute das die Anerkennung des grundlegenden Sachverhalts, dass die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei „die führende Kraft unserer Gesellschaft ist und bleibt“. Doch müssten die verantwortlichen Funktionäre der Partei ihrerseits anerkennen, dass die Literatur nicht „einzig auf die mobilisierende beziehungsweise unmittelbar didaktische oder agitierende Funktion“ (Reden 1967: 53) zu beschränken sei.

Als ein Zugeständnis an die Linie der Partei schlug er weiters vor, dass das Verlesen des Briefes von Solženicyn als ein „Akt der internen Information“ (Reden 1967: 50) betrachtet, jedoch nicht in die Kongressmaterialien aufgenommen werden sollte.

Václav Havel, 1936 geboren, war unter den Kongressrednern der Vertreter der jungen Generation. Er nahm direkt auf Goldstückers Rede Bezug, indem er dessen Zurückhaltung und Rücksichtnahme auf die offizielle Linie der Partei als halbherzig angriff. Havel war im Gegensatz zu Goldstücker nicht Parteimitglied. Gewissermaßen seine Haltung als späterer Präsident des demokratischen Staates nach 1989 vorwegnehmend, war für Havel der Bezugsrahmen nicht eine Parteidoktrin, sondern ausschließlich das Gemeinwohl. In diesem Sinne äußerte er, dass der Brief von Solženicyn auf ihn „wie das glänzende Beispiel einer authentischen, d.h. einer den eigenen Möglichkeiten angemessenen und sich voll bewußten moralischen Haltung“ wirke. (Reden 1967: 92)

Er griff direkt den Widerspruch auf zwischen den „hübschen Gedanken über Freiheit, Demokratie, Humanismus, Differenzierung und Fortschritt“, die in früheren *Stellungnahme(n) des Zentralkomitees des Schriftstellerverbandes* enthalten waren, und der Unfähigkeit diese Gedanken in die Praxis umzusetzen. Damit würden sie „eine betörend lügnerische Fassade“ bleiben, hinter der sich „eine mickrige, aus

Halbheiten bestehende, konforme und (...) resignierende Praxis“ verbergen würde. (Reden 1967:43)

Die Auseinandersetzung mit der politischen Praxis der Partei hatte damit erst begonnen. Denn am letzten Tag gab die Gruppe der im Verband organisierten Parteimitglieder dem massiven Drängen der Parteiführung nach, die Kongressredner Havel und Kohout aus der Kandidatenliste für das neue ZK des Schriftstellerverbandes zu streichen. Die von der Zensur unterdrückten Rede- und Diskussionsbeiträge des Kongresses begannen in Tausenden von Abschriften ihre Reise durch das Land.

Am 31. Oktober 1967 kam es zu einer spontanen Demonstration von Studenten, die über die unzureichende Heizung und die stundenweise Abschaltung der Elektrizität in den Strahover Studentenheimen protestierten. Unter Skandierung der Rufe „Wir wollen Licht“ und „Es werde Licht“, die nicht nur mit der Stromversorgung zusammenhingen, waren diese mit Kerzen und Gitarren auf die Straße gegangen. Novotný als Regierungschef hatte sofort den Befehl ausgegeben, das „Gesindel“ zusammenzuschlagen. (Veselý 1970: 267) Die Studenten und Studentinnen wurden mit Schlagstöcken, Fußtritten und Tränengas malträtiiert. Die allgemeine Entrüstung darüber war groß. Goldstücker war als Prorektor der Universität einer der ersten, der eine scharfe Kritik äußerte. Er erklärte in einer Massenversammlung im Auditorium maximum der Philosophischen Fakultät:

Das war (...) eine Demonstration gegen die schädlichen Seiten unseres Lebens. Man hat die Initiative der Studenten als das zu sehen, was sie ist – eine Bemühung um die weitere Demokratisierung unserer Nation. (Ströbinger 1988:341)

Eine Kommission wurde zur Untersuchung der Prügelaktion eingesetzt. Schließlich musste auf Druck der Öffentlichkeit der Innenminister sein Amt aufgeben.

5 „Prager Frühling“

Am Beginn des Jahres 1968 wurde es einer Reihe von führenden Funktionären klar, dass es auch zu Veränderungen an der Parteispitze kommen müsse. Die wirtschaftliche Lage wurde immer prekärer, denn zur konsequenten Durchführung der Reformen, wie sie von der Gruppe um Professor Ota Šik¹⁶ vorgeschlagen worden waren, hatte sich das Kabinett Novotný nicht entschließen können. Damit wurde Novotný als Ministerpräsident immer unhaltbarer. Jetzt waren es nicht mehr die Intellektuellen

¹⁶ Ota Šik (1919-2003): Ökonom; ab April 1968: stellvertretender Ministerpräsident; Amtsenthebung am 3.September 1968; Emigration in die Schweiz

Von Jáchymov zum Prager Frühling

allein, die protestierten, auch Teile der Arbeiterschaft hatten erkannt, dass die Regierenden vor allem an ihrem Machterhalt interessiert waren. War unter diesen Umständen eine wirksame Reform überhaupt möglich?

Man stellte sich eine sozialistische Alternative vor, in der die führende Rolle der Kommunistischen Partei erhalten blieb. Nach Ansicht der Reformer sollte die KP allerdings nur als eine gesellschaftliche Kraft verstanden und wie alle anderen unter demokratische Kontrolle gestellt werden.

Am 4. Januar 1968 wurde Alexander Dubček in das Amt des tschechoslowakischen Parteichefs gewählt. Das bedeutete also keineswegs, wie in Moskau beargwöhnt wurde, die drohende Abkehr vom Sozialismus. Dubček hatte die meisten Jahre der Kindheit und Jugend in der Sowjetunion gelebt und die Parteihochschule in Moskau besucht. Seine Eltern waren dem im Jahre 1922 durch den IV. Kongress der Kommunistischen Internationale erlassenen Appell gefolgt, bei der „Internationalen Arbeiterhilfe“ am Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion mitzuhelfen. Mit der „Allgemeinen Produktions- und Verbrauchergenossenschaft Interhelpo“ hatten sie sich mit ihren zwei Söhnen nahe der chinesisch-russische Grenze angesiedelt und in entbehrensreichen Jahren eine Textilfabrik aufgebaut. 1938 waren sie wieder in die Slowakei zurückgekehrt. Der Sohn Alexander war von 1963 bis 1968 Erster Sekretär der Slowakischen Kommunistischen Partei. Vom Sozialismus als bester möglicher Gesellschaftsform in Gegenwart und Zukunft war er zutiefst überzeugt.

Er versuchte jedoch in die Gremien der zentralistisch geführten Organisationen einen offeneren Stil der Debatte einzuführen. Im Gegensatz zu Novotný wollte Dubček mit kritischen Intellektuellen zusammenarbeiten. Zu der kleinen Gruppe, die Dubček bei der Abfassung seines wichtigsten politischen Manifests, des Aktionsprogramms, beriet, gehörte bald auch Goldstücker.¹⁷

Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Schriftstellervereinigung im Januar 1968 hatte er auch als einer der ersten Unterstützer des neuen Kurses die Möglichkeit, im Fernsehen und Rundfunk seine Kritik an den Leitlinien der staatlichen Kulturpolitik öffentlich zu äußern. Dabei betonte er jedoch nicht Neuerungen, sondern im Gegenteil die Rückkehr zu den wahren Traditionen der kommunistischen Partei. Die Maßnahmen, die die Partei gegenüber einigen Kritikern ergriffen habe, würden unnötige Gegensätze in der Gesellschaft aufreißen:

¹⁷ Das „Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei“ wurde auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPČ am 5. April 1968 angenommen. Der Verfasser des Teils über die Rolle der Partei in einer sozialistischen Gesellschaft war Zdeněk Mlynař. Dieser emigrierte selbst nach Österreich im Jahre 1977. Eine deutsche Übersetzung des Aktionsprogramms findet sich im Anhang von Mlynař (1988: 325-341).

Ich lehnte die bisherige Parteipolitik gegenüber den Intellektuellen als künstlich hervorgerufene Feindschaft ab, da sie im Widerspruch zu allen unseren Traditionen stand.¹⁸ (Goldstücker 2005: 145, Übs. der Autorin)

Die Demokratisierung gewann an Fahrt. Kritik an den Missständen konnte mehr und mehr öffentlich geäußert werden. Im ganzen Land kam es in Fabriken und Versammlungsräumen zu Diskussionen, auch über fällige Wirtschaftsreformen. Trotz jahrelanger Indoktrination wussten viele Menschen sehr wohl, wie und wo unwirtschaftlich produziert wurde, und dass die Produktivität weit hinter der in westlichen Industrieländern lag. Die Verschlechterung des Lebensstandards und der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen war allzu bewusst. Die technische Modernisierung der Betriebe war lange überfällig. Ota Šik konnte nun in den Medien diese wirtschaftlichen Fehlentwicklungen und ihre Gründe benennen. Die Industrie erreiche eine Erhöhung der Produktivität nicht mehr mithilfe verbesserter Technik, sondern „nur durch eine größere Schinderei“ (Grünwald 1968: 106) der Arbeiter. Ursache dieses enormen Rückstandes war das von der Sowjetunion übernommene und viele Jahre praktizierte System der zentralistisch-bürokratischen Lenkung der Wirtschaft. Auch Eduard Goldstücker äußerte in vielen Diskussionen, dass die unter Zwang vollzogene Sowjetisierung der Wirtschaft und der Dogmatismus der politischen Führung seiner Ansicht nach die Hauptursache für die Stagnation sei:

Die grundlegenden Fehler des alten Modells lagen darin, daß es aus einem anderen Land übertragen worden war und nicht in unsere Verhältnisse paßte: das Modell einer extensiven Entwicklung für ein Land, das wie das unsere bereits hochindustrialisiert ist und dies bereits im Jahre 1945 war. Aber auch das von uns fertig übernommene politische System hat nicht unseren Verhältnissen entsprochen. (Grünwald 1968:10)

Goldstücker ging in seiner Kritik sogar noch weiter. Er bezweifelte, dass die weitgehend praktizierte Gängelung und Zensurierung der Intellektuellen mit der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der sie repräsentierenden Parteiführung begründet werden könnten:

Marx und Engels konzipierten die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse als Partei der höchst entwickelten Elemente der Arbeiterschaft. Als bei uns jedoch über die führende Stellung der Arbeiterklasse gesprochen wurde, so meinte man in Wirklichkeit eher ihren weniger entwickelten Teil (...) Die führende Rolle der Arbeiterklasse kann nur dort Tatsache sein, wo sie bewußt – sich selbst befreiend – alle übrigen Schichten der Gesellschaft befreit. Allerdings

¹⁸ Odmítl jsem dosavadní politiku strany vůči intelektuálům, která je v rozporu se všemi tradicemi.

Von Jáchymov zum Prager Frühling

nicht in der Weise, daß sie sie beherrschen, kommandieren, von oben auf sie herabschauen soll. (Grünwald 1968: 127)

Die Reformen, die Goldstücker und andere Kritiker des realen Sozialismus anstrebten, wurden im westlichen Ausland bald unter der Parole vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ bekannt. Es spricht viel dafür, dass Goldstücker sogar der Erfinder dieser Parole war.¹⁹ Jedenfalls war Goldstücker ein führender Kopf dieser Bewegung und wurde deshalb von einer Gruppe dogmatischer Parteifunktionäre in einem offiziellen Dokument des „Verschacherns der Republik“ an Bonn bezichtigt, obschon er sich redlich bemühte, die Gräben zwischen den verfeindeten Flügeln der Partei nicht zu tief werden zu lassen. Sie verfassten ein Dokument über den Prager Frühling, in dem er sogar des Hochverrats, genauer gesagt des „Verschacherns der Republik“ an Bonn bezichtigt wurde. (Goldstücker 1989: 331)

Dennoch wurde Goldstücker von der Nationalversammlung in die im Rahmen der staatsrechtlichen Reformen erneuerte Vertretungskörperschaft, den Nationalrat, berufen.

Zudem wurde er als Mitglied des Ausschusses ernannt, der den nächsten Parteitag und ein neues Parteistatut vorzubereiten hatte. Dieses sollte den monolithischen Charakter der Partei abschaffen.

Die Moskauer Führung war dermaßen alarmiert, dass sie eine tschechoslowakische Regierungsdelegation zu „Verhandlungen“ zitierte. An der sowjetisch- tschechoslowakischen Grenze kam es zu dem Treffen in Čierná – beide Delegationen wohnten und verpflegten sich in ihren Salonzügen. Breschnew und das sowjetische Politbüro zogen sich jeden Tag nach Abschluss der Verhandlungen auf sowjetisches Hoheitsgebiet zurück.

Die von Dubček geleitete Delegation hatte sich vor der Abreise einmütig auf eine gemeinsame Verhandlungstaktik geeinigt und beschlossen, unnachgiebig die folgenden drei Grundsätze zu vertreten.

- Wir wollen uns nicht aus dem sozialistischen Bündnis zurückziehen.
- Die tschechoslowakische Parteiführung ist keine Clique von Verrätern des Sozialismus.
- Die tschechoslowakische Armee ist stark genug, um selbst ihre Grenzen vor einem eventuellen Angriff der westlichen Imperialisten zu schützen. (Veselý 1970: 211)

Dubček hatte auch nach den Verhandlungen, in denen die tschechoslowakische Parteiführung durchgehend in der Defensive gewesen war, die Illusion, dass es noch zu

¹⁹ mündliche Information von Prof. Mikulaš Teich, Cambridge

Ingrid Hudabiunigg

einer Aussöhnung kommen könnte. Er hatte sich getäuscht. Am 20. August hatten die Okkupationstruppen die tschechoslowakische Grenze bereits überschritten. Dubček wurde verhaftet und mit einem Flugzeug in die Sowjetunion gebracht. Dort erlitt er einen Nervenzusammenbruch.

Goldstücker hielt sich in diesen Schicksalstagen mit seiner Frau und seiner Enkelin in seinem slowakischen Geburtsort auf. Am Morgen des 21. August hörte er gerüchteleise von der Okkupation, was er nicht glauben wollte. Erst als er in den Nachrichten der BBC hörte, dass der russische Geheimdienst ihn angeblich nach Sibirien verschleppt habe, nahm er das Angebot eines Freundes an, ihn zur österreichischen Grenze zu fahren, die er mit einem gültigen Visum passieren konnte. Damit begann seine zweite Emigration, wiederum nach Großbritannien. Sie sollte viel länger dauern als die erste. Erst 1991 bewilligten ihm die tschechoslowakischen Behörden die Rückkehr, die jedoch zu einer herben Enttäuschung wurde. Die neuen demokratischen Machthaber waren offenbar nicht daran interessiert, einen Vertreter der Bestrebungen für einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu ehren.

In der Bundesrepublik wurde ihm 1998 das Bundesverdienstkreuz verliehen und im folgenden Jahr wurde er vom Freistaat Sachsen mit dem Lessing-Preis ausgezeichnet.

Bei einem Vortrag in Leipzig hatte Goldstücker noch ein nüchternes Resümee über die Stationen seiner Emigrationen und Remigrationen gezogen, welches mit den Worten endete: „Ich habe genug für viele Menschenleben erlebt.“ (Mayer 1997: 8) Er starb in Prag im Jahre 2000.

Quellen

Goldstücker, Eduard (1989): Prozesse. Erfahrungen eines Mitteleuropäers. München und Hamburg: Albrecht Knaus Verlag.

Goldstücker, Eduard (2005): Vzpominky 1945-1968. Praha: G plus G.

Grünwald, Leopold (Hrsg.)(1968): ČSSR im Umbruch. Berichte, Kommentare, Dokumentation. Wien, Frankfurt, Zürich: Europa Verlag.

Hudabiunigg, Ingrid (1994) "Flucht und Wiederkehr – zur Zweisprachigkeit jüdischer Emigranten aus Nazi-Deutschland". In: Emil Skala (Hrsg.): Germanistica Pragensia XI. Univerzita Karlova v Praze: Nakladelstvi Karolinum. 103-112.

Karlsch, Rainer; Zeman, Zbynek (2003): Urangheimnisse: das Erzgebirge im Brennpunkt der Weltpolitik 1933-1960. Berlin: Christoph Links Vlg.

Von Jáchymov zum Prager Frühling

- Kriseová, Eda (1991): Václav Havel. Dichter und Präsident. Berlin: Rowohlt.
- Mayer, Thomas (18./19.10.1997): „Ich habe genug für viele Menschenleben erlebt“. Leipziger Volkszeitung. 8.
- Mlynař, Zdeněk (1988): Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings. Frankfurt a.M.: Athenäum.
- Pelikán, Jiří (1972) (Hrsg.): Pervertierte Justiz. Bericht der Kommission des ZK der KPTsch über die politischen Morde und Verbrechen in der Tschechoslowakei 1949-1963. Wien, München, Zürich: Europaverlag.
- Seibt, Ferdinand (1997): Deutschland und die Tschechen. München: Piper (3. aktualisierte Auflage).
- Simmons, Michael (1992): Václav Havel. Staatsmann mit Idealen. Zürich: Benzinger.
- Ströbinger, Rudolf (1988): Schicksalsjahre an der Moldau. Die Tschechoslowakei – Siebzig Jahre einer Republik. Gernsbach: Casimir Katz Verlag.
- Stromšík, Jiří (1999): Auswahlbibliographie Eduard Goldstückers. In: Germanistica Pragensia XIV. Univerzita Karlova v Praze, Nakladelství Karolinum. 25-34.
- Šedivý, Zdenek (2003): Uranový gulag. Jáchymovské peklo. Brno: Moravská Bastei Moba.
- Veselý, Ludvík (1970): Dubček. München: Kindler.

Aktivitäten der Euroregion Elbe/Labe aus der geographischen (räumlichen) Perspektive

Milan Jeřábek, Vladimír Lipský, Christian Preußcher



Geschichte und Organisationsstruktur

Die Euroregionen an der tschechischen Grenze entstanden meist in einer Welle in den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts. Ihre Bedeutung in der sozioökonomischen Entwicklung ist bis heute relativ gering, obwohl ihre Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit deutlich sichtbar ist. Auf Grund der Rahmenbedingungen mussten sie am Anfang um ihre Stellung mit sonstigen administrativen Strukturen kämpfen. Sie nehmen als Koordinationsstellen, Motoren oder Katalysatoren an der Kooperation teil und arbeiten darum sehr eng mit den verschiedenen Subjekten auf der regionalen und lokalen Ebene zusammen.

Die Euroregion Elbe/Labe wurde am 24. Juni 1992 gegründet. Diesem Gründungsakt vorausgegangen waren die Konstituierungen von zwei Kommunalgemeinschaften, dem damaligen "Klub Euroregion Labe" (heute: Gemeindeverband Euroregion Labe) auf tschechischer und der "Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e.V." auf deutscher Seite. Damit hatten sich Städte, Gemeinden und Landkreise in Teilen Nordböhmens, der Sächsischen Schweiz, weiteren Teilen des oberen Elbtals sowie des Osterzgebirges zusammengefunden, um die Idee zu verfolgen, gegenseitiges Vertrauen und die Zusammenarbeit zu fördern und zu gestalten sowie grenzüberschreitende Entwicklungen in allen Lebensbereichen zu unterstützen. Seit ihrer Gründung ist die Euroregion Elbe/Labe bemüht, ein Netzwerk grenzüberschreitender Kooperation aufzubauen und zu entwickeln. In zunehmendem Maße soll dieses Netzwerk alle Bereiche kommunaler und regionaler Verantwortung erfassen. Dabei ist die Euroregion Elbe/Labe Plattform, Bindeglied und Koordinator zwischen Sachsen und Nordböhmen innerhalb des für sie abgesteckten Territoriums.

Mit der Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union am 01.05.2004 und in den Schengenraum am 21.12.2007 begannen weitere Etappen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Euroregion Elbe/Labe.

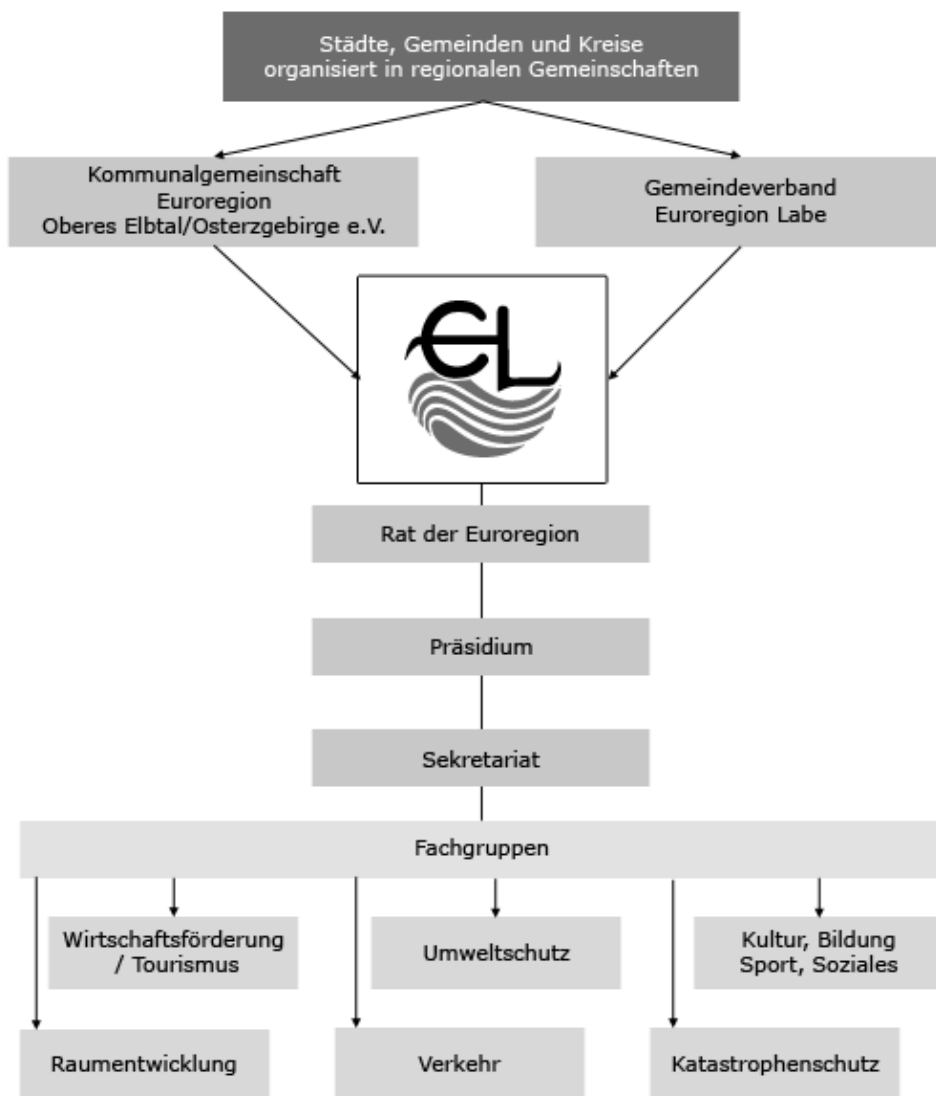


Abb. 1 Organigramm der EEL.

Quelle: <http://www.euroregion-elbe-labe.eu/de/uber-uns/grundung/> 29.06.2009)

Aktivitäten der Euroregion Elbe/Labe

Die binational besetzten Fachgruppen beschäftigen sich mit der Fachproblematik im Rahmen der Aufgabensetzung der Euroregion und arbeiten Vorschläge und Empfehlungen aus, die den Organen der Euroregion und der Kommunalgemeinschaften zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt werden. Die Fachgruppenmitglieder werden in der aktuellen Förderperiode mit in die Bewertung der Ziel 3/Cíl 3-Projekte einbezogen. Die Mitglieder der Fachgruppen sind sowohl gewählte Vertreter der Gemeinschaften als auch Fachleute aus allen Bereichen. Die regelmäßig zweimal im Jahr stattfindenden Fachgruppenberatungen dienen dem Austausch von Projektideen, der Herstellung von Kontakten und der allgemeinen Information über aktuelle Förderprogramme.

Am 04. Juni 2008 trafen sich im Magistrat von Ústí nad Labem zum ersten Mal die stellvertretenden Vorsitzenden aller Fachgruppen (FG) zur in Zukunft jährlich stattfindenden Co-Vorsitzenden-Konferenz. Besprochen wurden und werden künftig Themen wie die fachgruppenübergreifende Zusammenarbeit und die Gewinnung neuer Mitglieder; es sollen aber auch Projekte und Initiativen aller Fachgruppen auf ihren grenzüberschreitenden und europäischen Bezug hin überprüft werden, um diesen in Zukunft noch stärker in den Vordergrund zu rücken.

Die Forschungsaktivitäten der Autoren vor allem im Bereich der Raumplanung/Regionalpolitik führen zur Analyse der bisherigen Tätigkeit in den Fachgruppen in den Jahren 2005-2008. Der Sinn dieser Evidenz liegt darin, wie oft, stark und umfangreich geographisch relevante Themen vertreten sind.

| FACHGRUPPE | 2004 | 2005 | | 2006 | | 2007 | | 2008 | |
|----------------------------------|--------|-------|--------|-------|--------|-------|--------|-------|--------|
| | II. | I. | II. | I. | II. | I. | II. | I. | II. |
| Katastrophenschutz | | | | 31.5. | | 30.5. | | 23.4. | |
| Kultur, Bildung, Sport, Soziales | | 25.5. | 26.10. | 19.4. | 15.11. | 18.4. | 7.11. | 16.4. | |
| Raumentwicklung | | | 14.9. | 29.3. | 11.10. | 6.6. | 24.10. | 16.4. | |
| Umwelt | 24.11. | | 5.10. | 26.4. | | 4.4. | 17.10. | | 8.10. |
| Verkehr | | 30.3. | 12.10. | 15.3. | 27.9. | | 26.9. | 12.3. | 24.9. |
| Wirtschaftsförderung/Tourismus | | | 30.11. | 8.3. | 13.9. | 28.3. | 8.10. | 26.3. | 15.10. |

Tabelle 1: Termine der Sitzungen der Fachgruppen

Quelle: eigene Erhebung

Analyse der Tätigkeit der Fachgruppen (in alphabetischer Reihenfolge)

Katastrophenschutz

Diese Fachgruppe gehört nach dem Inhalt eher zur unmittelbaren Tätigkeit, bzw. der Sinn derselben erscheint aktuell. Gleichzeitig werden im Programm auch konzeptionelle oder legislative (juristische) Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit diskutiert. Es handelt sich z.B. um:

- Lösungsansätze für einen Rahmenvertrag zwischen den Städten und Gemeinden der (ehemaligen) Landkreise Sächsische Schweiz/Weißeritzkreis und den Städten und Gemeinden des Bezirks Ústí,
- Kleinprojektefonds-Projekt Grenzübergreifende Kooperation im Rettungswesen und im Katastrophenschutz
- Entwurf zur Vereinbarung über grenzüberschreitende Hilfeleistung und Zusammenarbeit im Brandschutz
- Gesetzliche Grundlagen der gegenseitigen Hilfeleistung im Feuerwehrwesen nach dem 01.01.2008.

Kultur, Bildung, Sport und Soziales

Dieses Thema bildet den Grundstein für das gegenseitige Kennenlernen, es steht meistens am Anfang der Zusammenarbeit und zeigt ganz klare Ergebnisse. Hier nehmen verschiedene Subjekte teil, wie Schulen, Vereine, NGOs. Dazu ein paar Beispiele:

- „Wie arbeiten Bibliotheken auf der tschechischen Seite“ (Träger, Finanzierung, Öffentlichkeitsarbeit, Medienbestände, Bibliotheksverbund, Arbeit mit dem Internet [Medienbeschaffung], deutsche Literatur u. ä.), einschl. internationalem Kinder- und Jugendbuchaustausch
- Vorstellung der grenzüberschreitenden Projekte der AWO
- Soziale Arbeit – Kooperation im Grenzraum Elbe/Labe
- Modulare Qualifizierung, berufliche und soziale Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Werkstattschule im deutsch-tschechischen Grenzraum
- Vorstellung der Aktivitäten des Freilichtmuseums Zubrnice bei Ústí nad Labem.

Raumentwicklung

Metropolregionen und Metropolregion „Sachsendreieck“

Der Begriff Metropolregion²⁰ ist ein Instrument der europäischen Raumplanung. Es war in Aussicht gestellt, dass die Förderung für die Periode 2007-13 sich bereits auch auf die Problematik der Monopolregionen erstrecken soll, was aber nach aktuellem Stand nicht der Fall ist. Das Konzept der Metropolregion „Sachsendreieck“ sieht einen Ausbau der Kooperation mit Teilen Mittel-/Osteuropas vor. Hierzu wird im Rahmen des EU-Projektes PolymetrexPlus vorab eine Studie erarbeitet, wie Beziehungen vom „Sachsendreieck“ aus aufgebaut werden können. In Tschechien herrscht eine andere Situation als im „Sachsendreieck“. Die Einwohnerzahl des Sachsendreiecks von 3 Mio. stellt knapp ein Drittel der Gesamtbevölkerung Tschechiens dar. Klassische Metropolregionen in Tschechien sind Praha (Prag) und Brno (Brünn) – ein typischer Monozentrismus. Bezöge man beispielsweise Tschechien ein, so wäre eher Prag ein Partner für Dresden, und nicht die kleineren angrenzenden Städte.

Das Regionale Entwicklungskonzept im Raum Dresden

Das REK stellt etwas vollkommen anderes dar als beispielsweise ein Regionalplan, da alles auf Freiwilligkeit basiert, um die eigene Stadt, Gemeinde, die Region voranzubringen. Bezüglich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind im REK der Ausbau der Internationalität und die Nutzung der Brückenfunktion nach Mittel-/Osteuropa festgeschrieben.

Stadt-Umland-Region Dresden

Im Umland großer Städte gibt es immer Interessenkonflikte – so auch in Dresden. So wurde die Entscheidung getroffen, dass Dresden mit dem Umland auf kommunaler Ebene intensiver zusammenarbeitet mit dem Ziel, Konflikte besser lösen zu können und gemeinsame Interessen besser herauszuarbeiten. Bisherige wichtige Ergebnisse sind u.a. ein gemeinsamer Internetauftritt (vorgestellt auf der Messe Exporial in München) mit einem Gewerbestandortkatalog der Städte und Gemeinden oder ein Erfahrungsaustausch zum Stadtumbau z.B. zwischen Pirna, Heidenau und Freital.

Regionalplan Oberes Elbtal/Osterzgebirge

Die erste rechtskräftige Regionalplanung stammt aus dem Jahr 1997. Sie wurde Mitte der 90er Jahre erstellt und spiegelt die Vorstellungen über die Rahmenbedingungen aus dieser Zeit wider. Damals ist man von überwiegendem Wachstum ausgegangen, demografische Entwicklungen fanden noch nicht so große Beachtung. Die EU-

²⁰ Zu dieser Problematik organisierte Prof. Jurczek im Jahr 2008 in Plauen eine erfolgreiche Konferenz im Rahmen des Sächsisch-Tschechischen Hochschulkollegiums mit dem Titel „Europäische und nationale Metropolregionen“ (Jurczek 2008).

Erweiterung war noch kein Thema und der Standortwettbewerb nicht so ausgeprägt wie heute – dies sind mittlerweile Gründe, um den Regionalplan fortzuschreiben.

Das Leitbild der Regionalentwicklung wird die Richtung für die nächsten Jahrzehnte vorgeben und beinhaltet folgende Schwerpunkte: wirtschaftliche Entwicklung, Lebensqualität, Natur und Landschaft, Bedeutung der Region als Brücke zum erweiterten Europa. In diesem Zusammenhang rechnet man mit grenzüberschreitenden Aktivitäten, wie z.B. vorsorgendem Hochwasserschutz (Projekt ELLA mit CZ), wichtigen regionalen und überregionalen Verkehrswegen.

Die tschechischen Nachbarn sind einbezogen und können Stellung nehmen – u.a. das Umweltministerium in Prag, der Bezirk Ústí n. L. (Bauordnung) und die tschechische Seite der Euroregion Elbe/Labe. Das Regionale Entwicklungsministerium in Prag wird nicht einbezogen, da der Regionalplan nach EU-Vorschrift auf Umweltverträglichkeit geprüft wird.

Konzeptionsdokumente des Bezirks Ústí im Bereich Regionalentwicklung mit Ausrichtung auf grenzüberschreitende Aspekte

Hier ist eine Befragung zu nennen, die in diesem Zusammenhang bei Gemeinden durchgeführt wurde. Für die weitere Entwicklung prioritär sind demnach: Wirtschaft, Humanressourcen, technische Infrastruktur, Infrastruktur/Umweltschutz, Gesundheitswesen, Tourismus, ländliche Entwicklung.

Studentische Abschlussarbeiten an der J.-E.-Purkyně Universität (UJEP)

In den letzten Jahren entstanden am Lehrstuhl Geographie viele Arbeiten zur Grenzproblematik. Die Themen sind meistens im wirtschaftlichen bzw. sozialen Bereich einschl. der Regionalpolitik angesiedelt. Zur Illustration sind als Beispiele zu nennen: grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der EEL, Projekte als Elemente der sozio-ökonomischen Entwicklung, Raumentwicklung und Analyse der grenzüberschreitenden Aktivitäten, grenzübergreifende Mobilität, Zusammenarbeit der Unternehmen, Rolle der Sprachkenntnisse, geographische Lage. Die Arbeiten befassen sich mit der EEL, den Euroregionen Nisa-Neisse-Nysa, Krušnohoří/Erzgebirge und auch weiter entfernt liegenden Euroregionen (Saar-Lor-Lux, D/B/LUX).

Grundlagenforschung zur Identität von Flusslandschaften – ein internationales ländervergleichendes Projekt

Das vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden (IÖR) koordinierte Projekt erforscht die Anbindung der hiesigen Bevölkerung zu Landschaft und Region. Die Euroregion Elbe/Labe ist einer der Modellräume in Mittel-Ost-Europa, weitere sind die Flussgebiete von Morava (March, CZ/SK) und Tisza (SK/H). Neben der Erhebung der statistischen Daten und der Raumb Beobachtung wurde auch die

Aktivitäten der Euroregion Elbe/Labe

Bevölkerungsuntersuchung ins Projekt eingegliedert mit den thematischen Schwerpunkten der raumbezogenen Identität: Bewertung des Lebensraumes, Bindungen an den Lebensraum, Entwicklungsperspektiven der Lebensräume (mehr dazu bei Roch ed. 2005).

Atlas der Euroregion Elbe/Labe als Mittel des gegenseitigen grenzübergreifenden Kennenlernens

Es handelt sich um ein schon traditionelles Produkt der engen Zusammenarbeit der geographischen Arbeitsstellen in Ústí n. L. und Dresden. Zuletzt wurde diese Tätigkeit von der EU unterstützt und die UJEP fungierte als Antragsnehmer, d.h. das Werk wurde in Tschechien veröffentlicht. Es beinhaltet Teile wie die geographische Lage, administrative Gliederung, Bevölkerung, Wirtschaft und grenzüberschreitende Zusammenarbeit einschl. Ergebnissen aus eigener Erhebung (Jeřábek, Kowalke, Oršulák et al. 2006).

Projekt für das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU „Regionalentwicklung in Mitteleuropa“

Ein solches Projekt stellt für die akademische Ebene eine besondere Herausforderung dar. Es besteht Einigkeit mit den Projektpartnern darüber, dass beim nächsten Projektauftrag das Programm unter dem Titel „Regionalentwicklung in Mitteleuropa“ zur Förderung eingereicht werden soll. Partner sind neben der UJEP in Ústí n. L. auch die Technischen Universitäten in Dresden und Chemnitz, die Komenský Universität Bratislava (SK) und die Adam-Mickiewicz Universität in Poznań (PL). Das Projekt besteht aus mehreren Blöcken: ökologisches und soziales Potential, Städte, Peripherien, Grenzbereiche, öffentliche Verwaltung. Aus der räumlichen Sicht handelt sich um die Euroregionen Elbe/Labe und Egrensis sowie die Euroregionen Pro Viadrina (an der Grenze D/PL), Weiße Karpaten (SK), Weinviertel Österreich (Ö). Leider wurde das Projekt in dieser Form „von Brüssel“ abgelehnt.

Projekt Demografischer Wandel in der EEL

Am Ziel 3-Kleinprojekt beteiligen sich die TU Dresden, die Stadt Dresden und auf der tschechischen Seite die UJEP. Inhaltlich beschäftigt man sich mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes und demographischen Veränderungen. Die Recherchen und eigene empirische Untersuchungen haben ergeben, dass es deutliche Unterschiede im Grenzbereich Deutschland/Tschechien bzw. Sachsen/Nordwestböhmen gibt. Bevölkerungs- und Qualifikationsstrukturen wurden in Verbindung mit der Öffnung des Grenzbereiches für Pendler analysiert. Im Jahr 2009 sollen die Ergebnisse veröffentlicht werden.

Umwelt

Windkraftanlagen im Grenzraum

Ursprünglich waren 500-600 Windkraftanlagen (WKA) im Erzgebirge (böhmischer Teil) geplant. Die Entscheidung liegt bei den Gemeinden – bei denen dazu eine unterschiedliche Einstellung herrscht; wichtig ist für die meist ärmeren tschechischen Grenzgemeinden der ökonomische Aspekt, obwohl WKA in erster Linie für Betreiber profitabel sind. Mittlerweile wurden einige WKA aufgestellt, aber durchaus mit größerer Zeitverzögerung als gedacht, weil die Umweltprüfung langwierig ist, Bürgerinitiativen gegen WKA gegründet wurden und in CZ Schutzgebiete (Naturschutz-, Vogelschutzgebiete etc.) Ausschlussgebiete sind. Auf sächsischer Seite existieren dagegen ganze Windparks. Die Euroregion kann diesen Prozess nicht beeinflussen, lediglich auf Problemlagen hinweisen

Ein grenzübergreifendes Informationssystem zum Waldschutz im Internet für Sachsen, Polen, Tschechien

Geplant ist ein Waldportal für Sachsen, Tschechien und Polen, verfügbar in vier Sprachen (D, CZ, EN, PL), mit folgender Menüstruktur: Behörde, Wald, Region, Waldfunktionen, Kontakte; Sonderfunktionen: Waldschutzmodul, Kinderseite

Geoinformationsnetzwerke für die grenzüberschreitende Nationalparkregion Sächsisch-Böhmische Schweiz

- 3D-Modell der Sächsisch-Böhmischen Schweiz → Karte ohne Grenzen
Es handelt sich um eine digitale Basiskarte für die gesamte grenzüberschreitende Region (800 km²). Dabei wurde in einem einmaligen Projekt der durch die deutsch-tschechische Grenze geteilte Naturraum in einem Stück – also grenzüberschreitend – vermessen (mit auf einem Flugzeug installierter Digitalkamera und Laserscanner). Durch die Berechnung einer digitalen Luftbildkarte und eines digitalen Geländemodells ist die Erstellung digitaler Karten (exakter: *digitaler Geobasisdaten*) möglich. Mögliche Nutzer benötigen diese Daten zur Beantwortung verschiedener Fragestellungen aus den Bereichen Ökologie, Tourismus, Management etc. – als Kartengrundlage oder für Visualisierungen, die Bearbeitung von Wanderwegkonzepten, die Untersuchung von Erosion bei starken Regenfällen, die Begutachtung von Bauvorhaben mit Sichtbeziehungen zum Nationalpark, die Dokumentation des Forstbestandes, das Auffinden von Feuchtgebieten etc.

Aktivitäten der Euroregion Elbe/Labe

- Reliefmodell der Sächsisch-Böhmischen Schweiz
Hier entstand ein haptisches Kunststoffmodell der einzigartigen Erosionslandschaft, ein ca. 1,6 Quadratmeter großes Abbild der grenzüberschreitenden NP-Region; dieses wird seit Februar 2007 dauerhaft im Foyer des Nationalparkzentrums gezeigt. „Vom Großen ins Kleine“ ist der Name des geplanten Bildungskonzepts, in dem der großräumige Landschaftsbau erläutert und der Blick „von oben“ auf die Landschaft geschult wird. Am Reliefmodell kann der Besucher die typische Struktur der zerklüfteten Felsmassive tastend erfahren.

Sächsisch-Böhmische Schweiz als Weltnaturerbe der UNESCO

Ziel dieser Studie ist die Beurteilung des Gebiets nach geologischen/geomorphologischen Aspekten, nach seiner erdzeitlichen Entwicklung. Des Weiteren wurde ein Vergleich des Phänomens Elbsandsteingebirge mit anderen Sandsteinlandschaften vorgenommen. Die Beurteilung des betreffenden Gebiets und seiner Alleinstellungsmerkmale wie spezifische Felsformationen, Canyons, Tafelberge etc. verweisen auf die Einzigartigkeit des Elbsandsteingebirges. Bisher erfolgte eine Geopotentialanalyse der Sächsischen Schweiz mit der Herausarbeitung der geologischen/geomorphologischen Alleinstellungsmerkmale. Laut dieser Untersuchung ist die Sächsisch-Böhmische Schweiz für einen Antrag zur Aufnahme in das Weltnaturerbe geeignet. Günstig wäre es, eines der bereits genannten kulturellen Alleinstellungsmerkmale mit hinzuzunehmen. Zusätzlich wäre auch eine sog. Cluster-Nominierung zusammen mit dem Böhmischem Paradies und dem Zittauer Gebirge unter dem Motto *Sächsisch-Böhmische Sandstein-Erosionslandschaften* denkbar.

Staustufenbau in Děčín

Die Idee des Staustufenbaus bei Děčín entstammt bereits dem Anfang der 90er Jahre, als der Schiffsverkehr auf der Elbe zunahm. Die letzte Staustufe vor der Grenze bei Střekov (Schreckenstein) stammt von 1935. Von dort bis zur Grenze ist der Flusslauf naturbelassen (30 km), auf deutscher Seite sogar auf einem Abschnitt von 100 km. Das Verkehrsministerium schlug vor, statt zwei nur eine Staustufe zu bauen, jene bei Děčín. Ökonomische Vorteile der Staustufen sind die Verbesserung der Schiffbarkeit sowie eine effektivere Ausnutzung der Elbe als Transportweg durch Erhöhung der Frequenz im Schiffsverkehr.

Ökologische Gründe gegen einen Ausbau sind die Zerstörung des natürlichen ökologischen Systems der Elbe sowie Veränderungen in der Biosphäre – Zerstörung der Fauna und Flora, z. B. durch das Verschwinden von Feuchtgebieten und damit einhergehend – das Verschwinden einzigartiger Pflanzen.

Verkehr

Konzeption für den kombinierten Güterverkehr Straße-Schiene zwischen Dresden/ Deutschland und der Tschechischen Republik

Dieses Projekt wurde 2002 durch die grenzüberschreitende FG Verkehr angeregt. Auf beiden Seiten der Grenze sollten Erhebungen durchgeführt werden, welche sich jedoch im sächsischen Teilgebiet verzögerten. Im Jahr 2003 übernahm schließlich die Deutsche GVZ (Güterverkehrszentrum) die Trägerschaft. Die Durchführung der Erhebungen wurde dabei mit Mitteln des Interreg IIIA-Projektes gefördert. Nach aktuellen Prognosen für den Wirtschaftsverkehr zwischen Polen, Deutschland und Tschechien steigt der Verkehr in den nächsten Jahren um das Dreifache, wovon wiederum ein Anteil von ca. 75% auf die Straße entfallen wird. Daher ist die Suche nach innovativen Alternativlösungen von großer Wichtigkeit.

Fehlende Eisenbahnverbindung Sebnitz – Dolní Poustevna

Der Bezirk hat seine Unterstützung bzgl. dieser Verbindung sowie auch für die Strecken Chomutov – Vejprty – Bärenstein, Rumburk – Jiřikov – Ebersbach, Rumburk – Varnsdorf – Zittau – Liberec sowie Moldava – Holzhau zugesagt. Die Verwaltung der Tschechischen Bahnen (České dráhy), Abteilung Konzepte und Strategien, hält eine Inbetriebnahme 2010 für realistisch.

Problematik der Öffnung von neuen Grenzübergangsstellen

Prioritäten:

- (1) Grenzübergänge, die mit dem Schengener Abkommen im Oktober 2007 eröffnet werden sollten: České Hamry / Hammerunterwiesenthal, Nová Ves / Deutschnendorf, Sněžník / Rosenthal, Lobdava / Langburkersdorf;
- (2) Grenzübergänge mit Baumaßnahmen größeren Umfangs, die ab 2010 in Betrieb genommen werden sollen: Loučná / Oberwiesenthal, Hora Svaté Kateřiny / Deutschkatharinenberg, Mikulášovice-Tomášov / Sebnitz;
- (3) touristische Grenzübergänge, d.h. für Fußgänger, Radfahrer: Brandov / Olbernhau
- (4) weitere Fälle: Černý Potok / Jöhstadt, Hora Svatého Šebestiána / Reitzenhain, Kalek / Rübenau, Brandov / Olbernhau, Zinnwald / Cínovec.

Schienengebundener Grenzübergang Sebnitz – Dolní Poustevna

Die Verwaltung des Bezirkes Ústí hat in diesem Zusammenhang Fahrgastzählungen durchgeführt. Diese ergaben für das Gebiet des Šluknover Zipfels eine sehr geringe Auslastung. So sehr ein Zweistunden-Takt aus touristischer Sicht zu begrüßen wäre, so sehr muss er aus ökonomischer Sicht als unrealistisch eingeschätzt werden. Wenn alternative Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, dann wäre ein Zwei-

Aktivitäten der Euroregion Elbe/Labe

stunden-Takt verhandelbar. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen sichert der Bezirk nur die Grundversorgung.

Weitere Themen:

- Entwicklungstrends im Länder verbindenden ÖPNV,
- Erfahrungsaustausch über jeweils vorhandene Verkehrskonzepte bzw. über innovative Lösungen im verkehrsplanerischen Bereich,
- Möglichkeiten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden in der Euroregion Elbe/Labe,
- Aktuelles Verkehrsprojekt Interreg III A (Bahnen und Busse verbinden die Grenzregionen der Nationalparks Böhmisches und Sächsisches Schiefergebirge),
- Grenzüberschreitende regionale Schienenverbindung Děčín – Dolní Žleb – Schöna,
- Möglichkeit der Eisenbahnverbindung Moldava – Holzhau ,
- Stand und Entwicklung der A17 / D8 auf tschechischer Seite,
- Roll-on-Roll-off-Anlage im Alberthafen Dresden.

Wirtschaftsförderung/Tourismus

Entwicklungsprozesse und -probleme im sächsisch-böhmischen Grenzraum

Das von der TU Dresden und der J.-E.-Purkyně Universität Ústí n. L. initiierte Projekt befasst sich mit der Erfassung von Potenzialen und Entwicklungsproblemen und macht Aussagen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Grenzkreisen der Euroregion Elbe/Labe aus der Sicht der Bewohner (Befragung)²¹. Dabei wird das Vorhaben vorgestellt, die Ergebnisse zu den Wohn- und Lebensbedingungen sowie zur Erwerbs- und Beschäftigungsstruktur der Befragten analysiert und bewertet, außerdem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bzw. die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf das Grenzgebiet.

Wassertourismus auf der Elbe von Meißen bis Litoměřice – Ergebnisse einer Untersuchung

Ausgangspunkt für das Vorhaben ist das Projekt „Blaues Band“, welches im Rahmen des Förderprogramms INTERREG IIA gefördert wurde. Es beinhaltet die Darstellung von touristischer Infrastruktur, bemerkenswerten Landschaften und kulturhistorischen Höhepunkten, die als Grundlage für weitere Planungen genutzt werden können.

²¹ veröffentlicht unter anderem Titel, vgl. Kowalke, Jeřábek, Schmidt 2004.

Poststraße erleben – eine grenzüberschreitende Idee (Anknüpfungspunkte nach Tschechien)

Zur Vermarktung im Rahmen der Historischen Poststraßen liegen acht Angebote vor, die zum Tag der LAWI („Tage des Ländlichen Raums“ im ehemaligen Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) an Besucher ausgehändigt werden können; das Projekt wird im Rahmen des Förderprogramms „Regionen aktiv“ und in Verantwortung des BMELV (Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) gefördert.

Der Grundgedanke besteht darin, dass touristische Attraktionen Landkreis überschreitend „wie Perlen an einer Kette“ miteinander verbunden werden sollen (Vernetzung aller mitwirkenden Akteure wie Unternehmen, Vereine...) = „Roter Faden“.

Das Hauptanliegen des Projektes liegt im wirtschaftlichen Erfolg und in der Verbesserung des Images sowie der Steigerung des Bekanntheitsgrades. Dadurch sollen die Gästezahlen und damit auch der Umsatz steigen und letztlich Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden.

Weitere Themen:

- Destination Sächsisch-Böhmische Schweiz, Sanfte Mobilität, Touristisches Angebot, Touristisches Marketing, Natur und Umwelt,
- Netzwerk Unternehmensnachfolge und Führungskräftenachwuchs in der Sächsischen Euroregion,
- ServiceQualität Sachsen,
- Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit zur Sicherung und Entwicklung der lokalen Beschäftigungsaktivitäten im Weißeritzkreis durch die Vernetzung regionaler Kompetenzen – Synergio,
- Komplexes Unterstützungsprogramm für die Unternehmensnachfolge in KMU mit dem Schwerpunkt wirtschaftliche Entwicklung in der EEL-JunMan.

Raumbeurteilung

Tabelle 2 auf der nächsten Seite zeigt, dass der Schwerpunkt aus räumlicher Sicht im Kreis bzw. der Stadt Děčín liegt, welche man als das Zentrum der aktiven Zusammenarbeit bezeichnen kann, wogegen die Kreise Ústí n.L. und Litoměřice nur in geringem Maß vertreten sind. Relativ oft werden Verkehrskorridore, -achsen, -verbindungen benannt.

Aktivitäten der Euroregion Elbe/Labe

| KREIS | ORT |
|----------------------|--|
| DĚČÍN | Bynov (Bünau), Děčín (5x), Dolní Poustevna, Lobendava / Langburkersdorf, Krásná Lípa, Rumburk, Sněžník / Rosenthal |
| LITOMĚŘICE | Lovosice (2x), Opárno |
| TEPLICE | Dubí, Zinnwald / Cínovec, Krupka, Moldava / Neurehefeld, Teplice |
| ÚSTÍ N. L. | Petrovice, Ústí n. L. |
| DEUTSCHE SEITE | Alberthafen, Altenberg, Dresden (3x), Bad Gottleuba, Geising, Pirna (2x, Graupa), Dippoldiswalde, Meißen, Rennersdorf, Schöenberg, Sebnitz, Weesenstein |
| LINIEN-BEURTEILUNG | Dolní Žleb – Šöna, Sebnitz – Dolní Poustevna, Moldava – Holzhau, Dresden – Lovosice, Rumburk – Dolní Poustevna, Görlitz – Löbau – Rumburk – Mikulašovice – Děčín, Bad Schandau – Děčín, Dresden – Děčín, Šöna – Hřensko, Dresden – Teplice, Mikulašovice / Tomášov / Sebnitz, Sebnitz – Dolní Poustevna, Moldava – Holzhau, Weißeritztalbahn, Elberadweg |
| SONSTIGE BEURTEILUNG | Böhmische Schweiz, Nationalparks Böhmisches und Sächsisches Schweiz, Sächsisch-Böhmische Schweiz (4x), LK Weißeritzkreis (2x) |

Tabelle 2: Übersicht der räumlich beurteilten Punkte auf dem Gebiet der EEL

Quelle: eigene Erhebung

Fazit

Die oben beschriebene Analyse ist eine der Möglichkeiten zur Beurteilung der Rolle der Euroregion Elbe/Labe. Die Realität können wir aus diesem Grund nur zu 95 % einschätzen. Den einzelnen Aktivitäten stellen nicht alle diskutierten Punkte vor. Inhaltlich handelt es sich um individuelle Vorhaben, Maßnahmen, Aktivitäten sowie konzeptionelle Fragen und Dokumente. Aus der räumlichen Sicht befasst man sich mit der lokalen, regionalen und landesweiten Ebene, von anderer Perspektive grenzüberschreitend bzw. übernational. Selbstverständlich sind die Träger der Zusammenarbeit mannigfaltig: private Subjekte, öffentliche Einrichtungen, Verwaltungsorgane usw. Die EEL hat vor allem die Administrativ- und Vermittlungs-Rolle der sozialen und ökonomischen Entwicklung des böhmisch-sächsischen Grenzraumes. Die sog. Rahmenbedingungen (EU, auf der einen Seite Deutschland / Sachsen / Regierungs-

bezirk Dresden, auf der anderen Tschechien / Bezirk Ústí) haben auch eine große Bedeutung. Der Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union bringt eine weitere Phase der Integration mit sich. Die Einflüsse haben nicht nur gesamtstaatliche Ausmaße, sondern in jedem Fall auch regionale und lokale Konsequenzen. Es zeigt sich, dass die bisher eher getrennte Tätigkeit der einzelnen Fachgruppen mehr zu integrieren wäre. Die Integration der Arbeit der einzelnen Fachgruppen sollte durch die einzelnen Fachgruppenmitglieder getragen und realisiert werden.

Quellen

- Jeřábek, M.; Kowalke, H.; Oršulák, T. et al. (2006): Atlas Euroregionu Elbe/Labe jako prostředek vzájemného přeshraničního poznávání / Atlas der Euroregion Elbe/Labe als Mittel des gegenseitigen grenzüberschreitenden Kennenlernens. Ústí n. L..
- Jurczek, P. (Hg.) (2008): Europäische und nationale Metropolregionen – dargestellt am Beispiel von Sachsen und Tschechien (= Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, Heft 47), Chemnitz.
- Kowalke, H.; Jeřábek, M.; Schmidt, O. (2004): Grenzen öffnen sich: Chancen und Risiken aus der Sicht der Bewohner der sächsisch-böhmischen Grenzregion. Dresden.
- Roch, I. (Hg.) (2005): Border-Free River Basins/Flusslandschaften ohne Grenzen. Bratislava.

From Cold War to mutual understanding via special economic zones? Recent cross-border projects in Korea^{22 23}.

Bernhard Köppen

Some authors believe that we are living in a globalized world, where borders and nation states are becoming less important. However, boundaries of nation states are still powerful constructs, both restricting and enabling relations. In a world of partially “disappearing” state-borders, the Korean Peninsula shows an interesting phenomenon: a “closed” border.

The Demilitarised Zone (DMZ) between the Republic of Korea and the Democratic People’s Republic of Korea (DPRK) is regarded as the last remaining border of the Cold War. In spite of this, there have been enormous changes in the North-South-Korean relations since the year 2000. The last significant step towards an approximation was taken in December 2007, when regular train services between South and North Korea were re-established after over 50 years. Although these trains are exclusively meant to carry cargo – namely goods and construction material into and from North Korea’s Gaesong Special Economic Zone, approximately 70 km north of Seoul – this event was considered as another milestone in the development of bilateral North-South relations.

High hopes are particularly drawn from two cross-border projects, the Geumgangsán Special Tourist Zone and the Gaesong Industrial Complex – two regions of the Inner-Korean borderland split off and fenced in by North Korean authorities in order to admit investments and economic activities from South Korea under a

²² The author is aware that thinking and writing about the DPRK is subject to vague interpretation or even speculative arguments, as empirical research in the DPRK according to international scientific standards cannot be carried out. Rapid changes concerning the Korean border question might also occur at any time. What is “true” today might be turned over by changes in the DPRK immediately. Thus, this paper is to be regarded as a proposition on how current cross-border cooperations between North and South Korea could be interpreted as by spring of 2009.

²³ This research benefitted from a grant of the Asia Research Fund as part of the joint research project of the Hanns-Seidel-Foundation (Seoul Office), the TU Chemnitz (Sozial- und Wirtschaftsgeographie) and the Universität Koblenz-Landau (Juniorprofessur Demographieforschung) on “Sustainable development, economic growth and environmental protection in border regions in Northeast Asia – a comparison of the Korean and German case” with Prof. Peter Jurczek (TU Chemnitz) as project manager, in the years 2005 and 2006.

capitalist approach. With these projects, the DPRK's regime is obviously hunting for hard currency and economic as well as technological know-how.

In Geumgangsán, short tourist trips to North Korea from the South are possible. In Gaesong, a special economic zone was created. Both projects are almost fully dependent on South Korean financial resources.

The Korean reconciliation process was initialised in 2000 by South Korea under the paradigm of a "sunshine policy" towards the DPRK. This political approach itself is based on peaceful cooperation and seeks for reconciliation, with a potential future Korean reunification. It is founded on three principles:

- zero tolerance for aggression and provocations from the North,
- no intention of unification through absorption of the North by the South,
- taking measures to realize reconciliation and mutual exchange by the South, including the separation of political cooperation from economic cooperation.

The South Korean government holds the view that – in spite of its permanent severe economic problems – Kim Jong-Il's regime is not going to collapse in the near future (not even after his supposedly close death). Against this background, the bilateral tensions can only be reduced by a policy of mutual reconciliation, trust and normalisation of political and economic relations.

As far as the experiences of the German reunification are concerned, they led to the conclusion that a potential absorption of the North cannot be a feasible strategy for the Republic of Korea. North Korea is in a very poor economic situation. The expected costs and (possible) chaos of a regime breakdown in the North followed by a Korean unification under the South's dominance would be far beyond the ability of South Korea's economy to handle these new conditions ad hoc. Instead, the South Korean government tries to prevent such a situation by stabilizing the North "beforehand". In the very end, a "soft-landing" of the North's society and economy would be the ideal outcome.

The national policies of the DPRK also show some interesting reorientations, although the reforms are not far-reaching: around the year 2002, changes in the price and wage system were implemented. Some kind of small private markets were established and foreign businessmen, namely from China, have been trading with information and consumer goods from abroad for quite a while.

The border has been partially opened, which means that it is possible to think about a new scenario concerning the Korean future, notwithstanding the fact that latent conflicts arising from North Korea's (military) policy remain a permanent threat to the policy of détente.

Special Economic Zones in Communist North Korea?

North Korea itself already had concepts and experiences with Special Economic Zones (similar to those observed in China) long before the “sunshine policy” was enacted (Fig. 1).

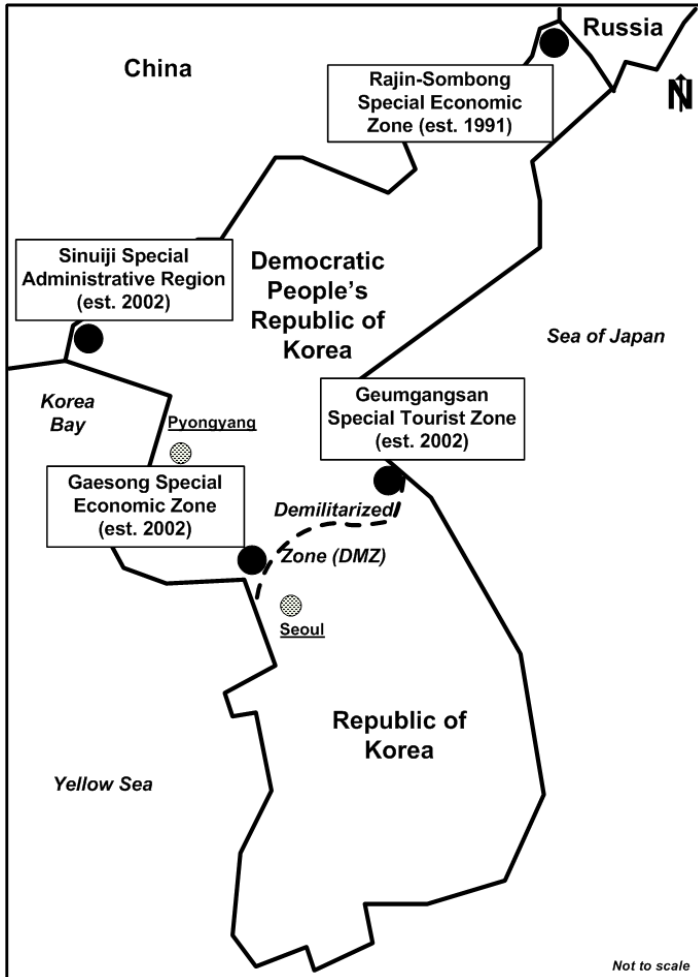


Fig. 1: The Korean Peninsula, DMZ and North Korean Special Economic Zones

The process started in the 1980s, when the DPRK introduced a Joint Venture law to attract Western capital (which was not very successful). “In the early 1990s, when the breakdown of the socialist bloc led to [...] economic difficulties, attempts to attract foreign investors were increased, however, again with not much success. In December 1991 last Korea established a SEZ in the Rajin-Sombong area, about the

region adjacent to Russia and China. [...] Tax incentives, a guarantee for profit repatriation and the custom-free import and export of raw materials, intermediate products as well as products related to the industrial production of the SEZ were among the special features of the SEZ.” (Seliger 2004, p. 98). Due to a lack of appropriate infrastructure, its peripheral position as well as a lack of transparency and economic freedom, the project seemed to be highly restricted, and so one might even say that it failed (Dege 1995; Seliger 2004).

The year 2002 is crucial to the DPRK’s policy of Special Economic Zones: The Geumgangsán Special Tourist Zone was established formally and the Gaesong Industrial Complex was agreed upon.

In the same year, North Korea announced the opening of a Special Economic Zone in Sinuiju, located just in face of the Chinese town of Dandong. Although being a very radical measure, the Sinuiju Special Administrative Region project was not recognised internationally. Sinuiju was planned to have a special legal status for a period of fifty years. This law would have allowed private property, a separate monetary and customs system as well as an unrestricted movement of capital and other capitalist items. The resettlement of tens of thousands people was also part of the idea, with the purpose of ensuring a loyal and “useful” population (there are reports that a least a first campaign of resettlement had been started). The Chinese-Dutch entrepreneur Yang Bin was foreseen to be the first governour of this Special Economic Zone named Sinuiju Special Administrative Region. This zone was planned to be fenced off from the rest of the DPRK’s territory. Soon after this plan became public, Yang Bin – who is said to be one of the richest people in China (according to a “Forbes” rating) – was arrested by the Chinese authorities. He was accused and found guilty of tax fraud and other offenses. After all, the Sinuiju project has not been realized until today, and no tangible result are reported.

In contrast to this, the implementation of the Geumgangsán Special Tourist Zone and the Gaesong Industrial Complex was clearly more successful, although the status and the economic approach by the DPRK is much less radical compared to the Sinuiju Special Administrative Region.

Geumgangsán Special Tourist Zone

The beginning of the “sunshine policy” and the implementation of “special zones” close to the inner Korean border of the DPRK is strongly related to Chung Ju-yung, the founder of Hyundai chaebol (industrial conglomerate).

From Cold War To Mutual Understanding

When reports of starvation and economic disaster in North Korea became internationally known in the 1990s, Chung – who was born in the Gaesong region in North Korea – took the initiative by sending 500 cows to the DPRK in 1998. He later met Kim Jong-Il four times and finally got his agreement for opening the Geumgang “diamond mountains” for South Korean tourist trips. Without Chung’s initiative, the formal approach of the “sunshine policy” would most probably never have happened.

The developing company Hyundai Asan, a spin-off of Hyundai chaebol, plays a major role, not only for the Geumgangsán, but also for the Gaesong project.

Since cross-border infrastructure and legal regulations were nonexistent, Hyundai Asan built new tourist and traffic infrastructure and renovated some of the existing facilities. Just before offering direct bus trips on an exclusively agreed and built land route from South to North, the designated tourist zone was separated from the rest of the North Korean Goseong County in 2002. Fences and omnipresent military guards were set up along all roads travelled by tourist busses (photo 1).



Photo 1: North Korean military maintaining the inner fences of the Geumgangsán Special Tourist Zone (2006)

Gaesong Industrial Zone

During the summit on the 15th June 2000, the establishment of a Special Economic Zone nearby Gaesong, a border town in proximity to the DMZ and just about 80 km north of South Korea's capital Seoul, was also agreed upon.

In 2005, the project had reached a state of realization that the production of goods in the first plants was started. Most official bulletins see Gaesong as a “win-win” project. It is designed to combine the capital and technology of South Korea with land and workforce from the North.

About 6.000 North Koreans work under South Korean direction, producing pots, footwear, textiles and other products primarily for the Southern market (Salmon 2006). The number of South Korean specialists is about 600.

In the Gaesong Industrial Complex the freedom of persons and the freedom to use communication systems (postal, fax, internet) are guaranteed. There is no import and export tax and land can be leased up to 50 years.

Plans for Gaesong go even further: a completely new city for a population of more than 300.000 is planned to be built (Ryu 2007). The “old” Gaesong city itself is envisaged as a cultural tourism zone, attracting the history-hungry citizens of Seoul with the world's largest extant collection of Korean traditional architecture (SALMON 2006).

The leading South Korean partner is Hyundai Asan with its monopoly contract. Very early, the (South) “Korean Land Corporation” (KLC or KOLAND), a governmental agency (acquiring, managing, developing and supplying land), entered the project. KOLAND gives financial guarantees to the DPRK in order to support Hyundai Asan in case of (financial) problems.

During the very short period of work in Gaesong, major obstacles have already occurred. Firstly, the labour costs of USD 80-100/month initially assumed by North Korea were rather too high. Only after reducing them to USD 50, Gaesong became competitive to places such as Vietnam, where USD 50 to 60 are paid, or China, where USD 50 to 100 are common wages. The workers themselves do not really benefit, since wages are not paid directly in USD or Euro. The U.S. economic sanctions against the North are another problem, prohibiting imports of key technologies and goods. South Korean managers also started to complain about certain conditions. They wish a more direct and autonomous management with much less control and possibilities of intervention by North Korean authorities. All in all, the Gaesong

From Cold War To Mutual Understanding

Industrial Complex seems to be less of a success story than it is claimed by most media, Hyundai Asan and government officials.

DPRK's unpredictable policy: In between ungratefulness, provocation and egoism?

North Korea's politics occur somewhat strange, incomprehensible and unpredictable to others. "Generous" gestures by the South can be answered by dialogue as well as being totally ignored or even followed by sheer provocation such as missile tests or the breach of contractual obligations. In other words, the North Korean variation of communism, the "juche-ideology", is based on the paradigm of self-reliance and self-sufficiency. Under the rule of Kim Jong-Il, a pro-army policy called "songun" (army first) was added, giving absolute priority to military concerns and viewpoints (e.g. the nuclear program). North Korea keeps causing surprise. However, against the background of its basic ideological principles (juche; songun), and with Kim Jong-Il's struggle for survival as a decisive factor, things become more understandable. Piecing all – still few – known parameters on the DPRK's leader and his closer circle together, it is very likely that North Korea pursues its policies mainly with the aim of guaranteeing the survival of the ruling regime by all means and as long as possible. Its extremely dangerous Brinkmanship seems to be the strategy of choice to safeguard a maximum of the regime's interests. If this becomes too precarious, concessions are eventually made.

Therefore, it is not a contradiction that cross-border special economic zones exist parallel to the production and distribution of counterfeit USD and military aggression.

Cross-border cooperation between the Republic of Korea and the DPRK

In spite of all problems, there is an inter-Korean dialogue now and the border has become more permeable. If one believes in the idea of rapprochement by small steps that will lead to a peaceful future, the current situation might be regarded as giving evidence for it.

However, the Geumgangsán Special Tourist Zone and the Gaesong Industrial Complex are a part of the DPRK's territory. They are fenced off and have a special

economic and legal status. Still having total control over those territories is a central condition by the DPRK for this specific kind of cross-border interaction. It is a guarantee – an exit option – for the North. The interaction takes place in a buffer zone (Fig 2).

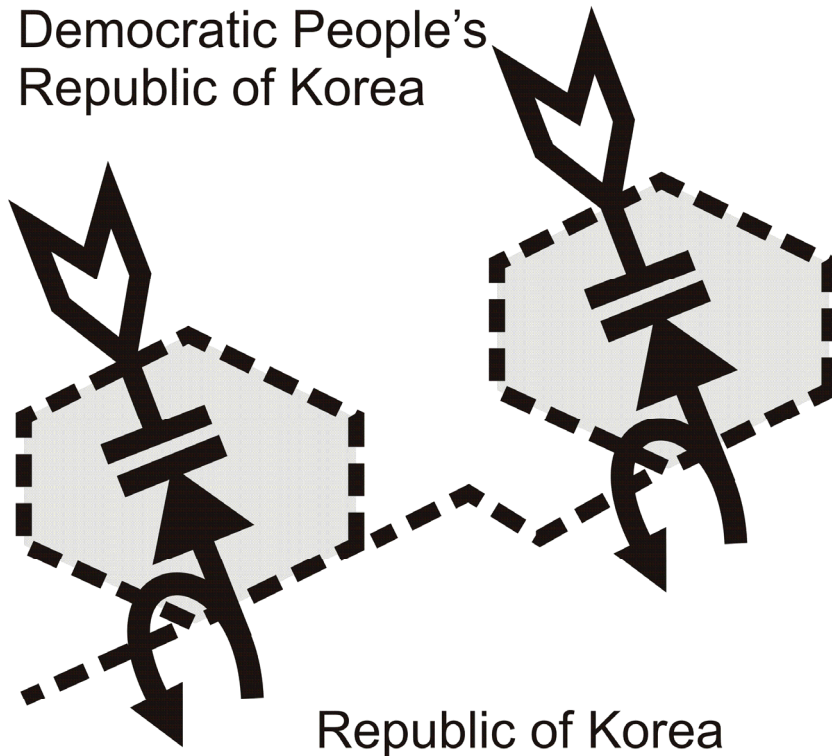


Fig. 2: North Korean Special Economic Zones as Buffers to prevent further integration through CBC

The extent of cross-border integration is very low, if not to say almost nonexistent. The Special Zones are entities of which each side has its own way of (spatial) interpretation about what has been achieved. While one side regards it as a somehow unfortunate but urgently needed source of hard currency, the other considers it the construction of a laboratory for peace, economic cooperation and possible unification. The South's attempt is perceived as somewhat altruistic since there is a distinct readiness for large concessions (Fig 3).

From Cold War To Mutual Understanding

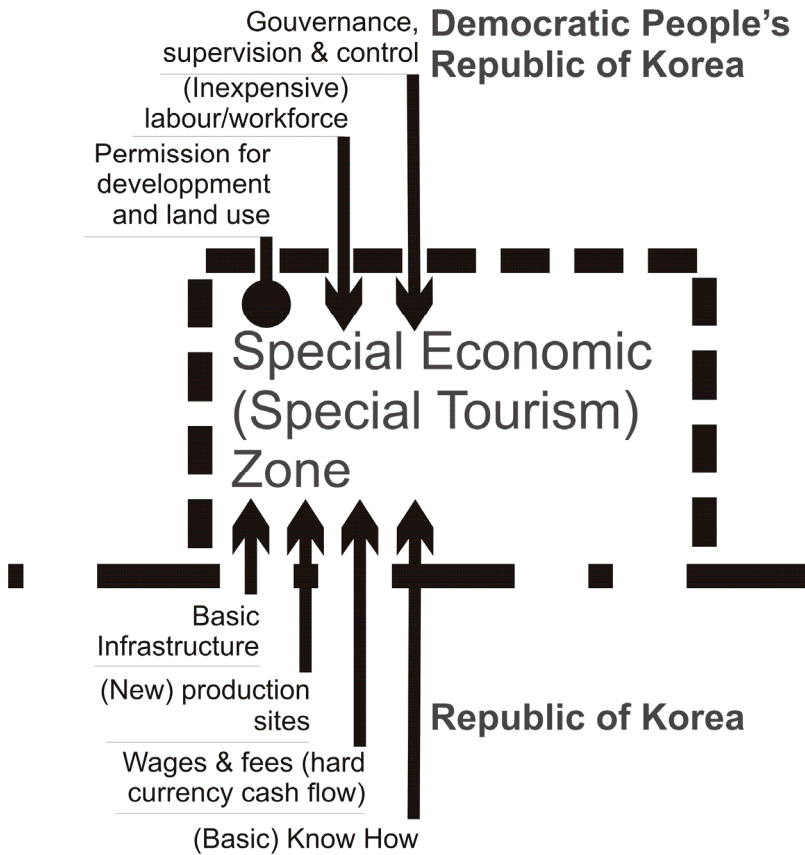


Fig. 3: Basic input in North Korean Special Economic and Special Tourist Zones

On the other hand, peace and stability are very important basic factors for capitalist, export oriented economies and prospering societies. The outcome so far has been a specific form of pure institutional and economic cross-border cooperation.

The Special Economic/Tourist zones are a result of institutional practice and they also serve as symbols in discourses. However, the sheer fact of having created the Geumgangsán Special Tourist Zone and the Gaesong Industrial Complex are an unexpected and significant success, at least until the fatal incident in Geumgangsán in 2008. Hyundai Asan and Korean Land, the major and South Korean project partners, have gained fundamental knowledge and experiences in cooperation and interaction with the DPRK, which might be an asset for future policies as well as for economic activities. After all, these projects provided important infrastructure, such as roads,

railways and border checkpoints. This is a crucial basic element for cooperation and exchange.

Nevertheless, all these positive aspects cannot hide the central problems of inter-Korean relations. The major paradigm of the North Korean *juche* ideology is still the idea of self-sufficiency, self-reliance and autarky. Therefore, cross-border cooperation or integrative strategies for the border region cannot be a plausible feature of the North Korean state doctrine. The DPRK's concessions are obviously no result of reform and political change, but a display of sheer distress. The killing of a South Korean tourist in Geumgangsán being followed by a new period of alienation of both Korean states shows how fragile and vulnerable the cross-border relations still are until today.

References

- Dege, Eckart (1995): Ein neues Hongkong für Ostasien? Das Tumen River Area Development Programme. In: *geographie heute*, 38-41.
- Erling, Johnny (2007): Nordkoreas Traum vom Kapitalismus. Die Welt-online 16.06.2007.
www.welt.de/wirtschaft/article951152/Nordkoreas_Traum_vom_Kapitalismus.html
- Hanns-Seidel-Stiftung, Seoul-office (2007): Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2007. Seoul. (working paper)
- Jin, Ryu: Gaesong Site Expedites S-N Economic Integration. In: *Korea Times* 01.05.07, 5.
- Jung, Eliot; Kim, Youngsoo & Takayuki Kobayashi (2003): North Korea's Special Execonomic Zones: Obstacles and Opportunities. In *Confrontation and Innovation on the Korean Peninsula*, Ad Hoc Publication by the Korea Economic Institute, 43-59.
- Jung, Sing-Ki (2007): Koreas Finalize Details for Train text Runs. In *Korea Times* 14.05.2007.
- Kim, Chae-Han (ed.) (2001): *The Korean DMZ*. Seoul.
- Kim, Chol-U (2002/*Juche* 91): *Songung Politics of Kim Jong Il*. Pyongyang

From Cold War To Mutual Understanding

- Kim, Kwang-In (2003): Lots of Publicity on Sinuiju SAR. In Digital Chosun 10.10.2002. <http://english.chosun.com/w21data/html/news/202010/200210100015.html>
- Kim, Yong-Hun (2007): Truth Revealed behind Companies in Kaesung. The Daily NK. 17.05.2007.
- Kirk, Don (2003): South Korean leader says move was meant to aid 'sunshine' policy: Payment to North puts Seoul on defense. In International Herald Tribune 31.03.2003.
- Lee, Kyo-Kwan (2003): Sinuiji Special Administration Region Development Underway. In Digital Chosun. <http://english.chosun.com/w21data/html/news/200301/200301080026.html>
- Maretzki, Hans (1991): Kimismus in Nordkorea. Eine Analyse des letzten DDR-Botschafters in Pjöngjang. Böblingen
- Oh, Yean-Cheon; Park, Sung-Jo & Bernhard Seliger (2005): The Unification Research and Strategy in Korea and Germany. Seoul.
- Paasi, Anssi (2003): Boundaries in a globalizing world. In Anderson, Kay, Domosh, Mona; Pile, Steve and Nigel Thrift (ed.): Handbook of Cultural Geography, 462-472.
- Seliger, Bernhard (2006): At the interface of the local, the national and the global-environmental issues in the border regions of divided and unified Germany and perspectives for Korea. Seoul.
- Snyder, Scott (2006): Peace System in the Korean Peninsula and International Cooperation. In Proceedings of 100th Anniversary International Academic Conference "DMZ", 68-81.
- Yoon, Deaok-Ryong (1999): Economic Effects on the Development of Industrial Complexes in North Korea and Strategies for Successful Development. In The Economic of Korean Reunification, Vol. 4, No. 2, 139-153.

Freedom and democracy – preconditions for regional development

Walter Leimgruber

Abstract

Der Bereich der Regionalentwicklung wurde oft als rein technisches Sachgebiet, wonach die wirtschaftlichen Bedingungen einer Region und deren Bevölkerung verbessert werden sollten, betrachtet. Obwohl dies ein zweifellos wichtiger Schritt nach vorn ist, stellt es doch einen zu eng gefassten Blickwinkel von Entwicklung dar. Natürlich ist die Wirtschaft ein relevanter Faktor für das Überleben der Menschen, jedoch ist es nicht die einzige Komponente des Lebens. Neben den materiellen Aspekten, die durch Wirtschaft repräsentiert werden, spielen ideelle Faktoren eine entscheidende Rolle. Auch die Beteiligung der Menschen kann eine große Wirkung auf die Entwicklung einer Region haben. Dies wiederum setzt den Sinn für Demokratie und die Wahlfreiheit voraus. Daher ist es ratsam, einen verständnisvolleren Blick auf den Entwicklungsprozess zu entfalten und Bereiche, die über das reine physische Überleben hinaus gehen, in die Definition mit einzubeziehen. Auf diese Weise kann das theoretische Verständnis von Regionalentwicklung erweitert und der Teilhabe der Bevölkerung ein angemessenerer Platz zugeordnet werden.

Die Arbeit erörtert die Faktoren Freiheit und Demokratie, betrachtet das besondere Phänomen der Volksbewegungen und erläutert diese Betrachtungen mit Hilfe von zahlreichen Beispielen aus der ganzen Welt.

Introduction

The issue of regional development has all too often been considered from an essentially technical perspective, limited to the economy of a region. Improving the economic base through appropriate financial investment was seen as the chief means to ensure people's livelihood and survival. Certain predetermined conditions of life served as reference. In the industrial world (henceforth the countries of the North or simply the North), this was usually the urban lifestyle, and in the so-called developing world (henceforth the countries of the South or the South), the North was

considered THE model. Little effort was devoted to such aspects as political participation, social compatibility, or embeddedness in culture.

As a result, development was looked at from a purely materialistic side, based on easily calculable indicators such as industrial production output, number of jobs, average income etc. As will be discussed in greater detail below, this is a rather shortsighted and static view: according to this perspective, once a certain level has been reached, development has been attained, and no more efforts will be needed. In reality, development, by the very nature of the word, is a process, not a (final) state of affairs, and it never ends. The static approach manifested itself in the old-fashioned term of 'underdeveloped' countries, but its replacement term of 'developing countries', while suggesting a potential of change, still uses the same point of reference.

We argue, following a line of thought expressed by the Indian economist and 1998 Nobel Prize winner Amartya Sen (1999), that we have to emphasize the dynamic view of development and carry it beyond the economic realm to include all aspects of the human society, viz. the social, the cultural, and the political domains. Development is substantially more than just visible material progress. It has to do with the (personal) satisfaction of what has been achieved, and the motivation to continue. It is only through such a wide perspective that we can fully appreciate what development really means, and how it can be carried onto various spatial levels. There cannot be a uniform view of this process, every region and society possessing their own specificities. Development has to take the diversity in social, cultural and political life as much into consideration as purely economic aspects. When development issues are dealt with on the regional and local levels, the population concerned will become involved, and it may well want to have its word to say. A purely top-down approach is doomed to fail sooner or later.

The political system, however, runs a great risk if it includes the people in a regional development process. Its control over the people becomes difficult, if they will be able to decide for themselves what kind of development they want. Such a broad view of development defies traditional power structures and calls for more local and regional freedom in the decision-making process. Freedom, however, is not to everybody's liking, although it would probably help everybody towards improving living-conditions and levels of satisfaction. People participation in the development process could ensure that the right kind of development – development adapted to the region and its inhabitants – would eventually take place, even if it does not necessarily please the central power of a state. Such a participation, however, requires

Freedom And Democracy

sound democratic structures, which – as experience demonstrates – are not easy to achieve and maintain.

In the following pages, we shall first discuss the three key notions of development, freedom, and democracy, before embarking on a debate on people participation as a clue to regional development. The paper has been inspired by ideas from Amartya Sen's book *Development as freedom* (1999) as well as by the notion of Gross National Happiness.

Development

This term has been used in a variety of contexts; in the present case we are limited to the field of the social sciences. As has been briefly alluded to above, development is a process that emphasizes dynamics. It is therefore not possible to declare a country or a region as being 'developed' and having arrived at a certain point from which onwards everything remains cemented. Development is a permanent process, concerning everybody, be it individuals or regions. According to Friedmann, it is a discontinuous cumulative process, which manifests itself in series of innovations and will eventually “lead to a structural transformation of the social system.” (Schätzl, 1981, p.144 f.; transl. WL) Innovations, however, need not be simply of a technical nature but cover the economic, social, and cultural, the political and even the ecological spheres as well (Leimgruber 2004, p.39), although in the latter case it has mainly to do with questions of attitude.

Another look at development has been provided by the South Commission that defined it as “a process which enables human beings to realize their potential, build self-confidence, and lead lives of dignity and fulfilment.” (South Commission 1990, p.10) This extended view demonstrates that development “signifies to eliminate or at least reduce regional economic, social and other disparities“ (Leimgruber 2004, p.39). It is irreversible, advocating change in all fields, and there is no end state. While it is important to define where the process shall lead to, no final goals can be fixed but a continuous progress has to be aimed at (ibid.). There is no absolute guarantee that it will be permanently positive; setbacks must be calculated with and have to be overcome. Reduced to the essential, development is therefore “a process leading from an original situation (which is judged as unsatisfactory) to a new situation, judged as better or satisfactory” (Leimgruber, 1995, p.392). The inclusion of satisfaction adds the human element of subjective evaluation and emphasizes the qualitative nature of development.

Walter Leimgruber

Sen (1999, p.xii) calls development “the removal of various types of unfreedoms that leave people with little choice and little opportunity of exercising their reasoned agency.” This, too, is a sort of improvement, and it is, according to the same author, really “*constitutive* of development.” (ibid., emphasis in the original). More explicitly, he calls for the removal of “poverty as well as tyranny, poor economic opportunities as well as systematic social deprivation, neglect of public facilities as well as intolerance or overactivity of repressive states” (Sen 1999, p.3). His perspective is thus all-encompassing and calls for more than just improving productivity or the Gross National Product. It leads away from a purely materialistic view of development and includes people's well being in a most complete sense.

Sen's view signifies that development will enable humans to satisfy their basic needs. But what are basic needs? Are they material goods we require? Or is there more to this term? Are there spatial and cultural differences? After Abraham Maslow's pioneering work of 1943, this notion has best been described by the Chilean economist Manfred Max-Neef (1982) who systematized them into nine classes well beyond material goods (quoted in Bruges 2004, p.86):

- Subsistence (creation, health, food, shelter, skills, work, feedback)
- Protection (security, society)
- Affection (friendship, family, love)
- Understanding (curiosity, education)
- Participation (responsibilities, interaction, community)
- Leisure (play, fantasy, intimacy, privacy)
- Creation (skills, work, feedback)
- Identity (belonging, groups, recognition)
- Freedom (autonomy, rights, dissent)

All needs are also defined according to four existential categories (being, having, doing, and interacting; see annex 1). The list has universal value and demonstrates how much and how little is needed to be rich – money does not appear at all. Indeed, too much influx of money may ultimately destroy a culture that is balanced and survives outside the pecuniary economy, even if by our western standards it is poor.

With such an approach it will ultimately become possible to arrive at a more satisfactory situation for everybody, epitomized by the idea of Gross National Happiness. Enunciated by the King of in Bhutan as “a specific Bhutanese path to development in pursuit of values that were consonant with Bhutan's culture, institutions and spiritual values, rather than values that were defined by factors external to Bhutanese society and culture“ (Ura & Galay 2004, p. viii), it has begun to

Freedom And Democracy

make its way into limited economic and political circles through the Gross International Happiness project. It is based on the idea that our western philosophy of development is far too materialistic. Bhutan, a Buddhist country for a long time isolated from the rest of the world and closed to foreigners, has experienced a development of its own, based on inner values and aiming at promoting the quality of life. This is certainly an approach that differs from western economists' attempts to define happiness through (economic) utility and material satisfaction (as is done e.g. by Frey & Stutzer 2003). It is difficult to measure happiness as a state of mind; in Buddhism, it is "complete freedom from suffering." (The Dalai Lama 1998, p.35), which is about the same as 'be yourself'. This interpretation corresponds to the definition given by the Stoa school of philosophy, whose founder Zeno of Citium, saw it as "to live in agreement" (with oneself), a statement that was later replaced by the formula "to live in agreement with nature." (von Fritz 2008).

Development should lead to this state where one is free from outer constraints, at least from constraints imposed by humans, accepting and adapting to those imposed by nature. This is why a comprehensive perspective is vital: apart from economic there are also social, cultural, and political forces that impinge on people that take away our freedom, that want to steer our personal evolution into a specific direction. These forces may be clearly visible (political tyranny, politically promoted discrimination) or more or less invisible (lack of educational facilities/opportunities, overreglementation, xenophobia, media publicity) – they all have the same result: they take away our freedom of decision and hamper development. It is therefore imperative to "rethink the very foundations of our current economic system." (Norbert-Hodge & Gorelick 2004, p.77) The two authors conclude that a fundamental improvement may only occur if economic activities are decentralized, if production can be "adapted to the ecological, cultural and political structures and needs of each locale." (ibid.). Under such conditions, individuals and small groups would get a chance to improve their life, to develop, to become happy. But to arrive at that point, it is important that they are free.

Freedom as an intrinsic value

What is freedom? Erich Fromm (1941), in his influential book *Escape from Freedom*, asks two fundamental questions: "Is the desire for freedom something inherent in human nature? ... Is freedom only the absence of external pressure or is it also the *presence* of something – and if so, of what?" (p. 4; emphasis in the original)

Walter Leimgruber

Depending on the perspective, we may see it either as the presence of choice without obstacles, or as the absence of external pressure or interference. This may sound simple, but Fromm continues with further questions that are more difficult to answer: “What are the social and economic factors in society that make for the striving for freedom? Can freedom become a burden, too heavy for many to bear? Why then is it that freedom is for many a cherished goal and for others a threat?” (ibid.)

It is especially the last question that intrigues. Freedom (however we define it) as a threat? Does this make sense at all? Why should we be afraid of freedom, the possibility to choose without impediment, or to live without external constraints? Without becoming engaged in a large philosophical and psychological debate, we argue that freedom can only be felt as a threat if someone is afraid of the responsibilities inevitably associated with it. Many people may prefer to be guided rather than think and decide for themselves – certain political parties are a case in point.

People who reflect – this can also be a nightmare for exponents of the power system (whether economic, political, social, or cultural). People who enjoy freedom are likely to be more critical and inquisitive than those who prefer to accept whatever they get. They do not follow mainstream ideas but live according to their own convictions. Renouncing freedom, i.e. submitting oneself to an authority, comes close to masochist satisfaction. This may sound far-fetched, but many people are at a loss when they are free; they look for guidelines and are happy when they are told what to do. The guide can be the wife (or husband), the boss, the children, the society, fashion, etc. – there are many overt and covert authorities that influence and manipulate us. Bearing this in mind, one can recognize the pertinence of Boeree’s statement: “Freedom is a difficult thing to have, and when we can we tend to flee from it.” (Boeree 1997) From this perspective one can easily understand why modern populists are so successful: they propose simple solutions to difficult questions, and the people do not feel free enough (or are afraid of taking self-responsibility) to deal with the problems out of their own potential. This also offers an explanation to the rise of (religious) fundamentalism.

By way of illustration, we can refer to most citizens of the former German Democratic Republic who were at a loss after the end of their State. They had been used to clear-cut plans and the corresponding guidance; to cooperation, and no freedom of choice – and all of a sudden, they found themselves in the competitive capitalist system, could choose between different possibilities, and had to decide for themselves. Freedom to many came close to a nightmare.

Freedom And Democracy

If we accept freedom as the possibility to act without constraints, we must nevertheless be conscious of the fact that freedom is not unlimited. Just as every right includes obligations or duties, freedom is restricted: to demand freedom of decision requires accepting others' free decisions as well (my freedom ends where my neighbour's freedom begins). This is Confucius' Golden Rule, laid down in his *Lunyu* (12.2): "What you do not wish for yourself, do not do to others." (Stanford Encyclopedia of Philosophy 2006) Freedom therefore includes social responsibility (Desan 2006), and we have to live with the limitations inherent in it.

The above is but one aspect of freedom. An interesting perspective has been developed by Sivaraksa (2004, p.410) who distinguishes three levels of freedom:

1. "The first freedom is the freedom to live with nature and the environment. We call this *physical freedom*. This is freedom from want and deprivation: an adequate supply of the four necessities of life – food, clothing, shelter and medicine. This also includes freedom from natural dangers and the ability to deal with such dangers when they arise;
2. The second freedom exists in our relationship with fellow humans. We must have *social freedom* so that we can live safely together without being exploited by others;
3. But these two kinds of freedom will not be truly effective if they are not connected to *inner freedom* – this is freedom on the personal level. Having physical and social freedom, people must learn how to live independently, to be happy and contented within themselves." (emphasis added)

The third level is the basis of the first and the second: a person can only be really free in life once he/she has found peace with him- or herself. Under such circumstances, we shall be able to take responsibility for development, a kind of development that will lead us to more freedom from external constraints. Freedom is an intrinsic value: all human beings are born free, and they ought to remain so. Unfreedom is an unnatural state of things, which hampers development. Everybody shall be able to decide for himself and herself how to use his and her freedom within the limits mentioned above. This possibility of choice, however, requires a corresponding framework we might call democracy.

Democracy as a prerequisite

The word 'democracy' is frequently pronounced and is part of every politician's standard vocabulary. Unfortunately, the meaning associated with it and its implementation in real life vary considerably across the globe. 'Government by the people' sounds fascinating, but what does this really mean? The article on democracy

in the Encyclopaedia Britannica opens with a number of questions that illustrate the difficulties we encounter when discussing this term. They concern the social or spatial unit, the members of the respective unit who enjoy full citizenship, the organizations or institutions needed, the settlement of divergences in opinion, the definition of the majority, the fundamental question “Why should 'the people' rule?”, and the problem of continuity (Dahl 2008). Democracy is certainly not a simple system to live with, it is very demanding on all actors it includes.

Taken literally, it may in fact mean chaos. 'The people' is not a Huxleyan homogeneous mass from the Brave New World but a conglomerate of individuals with their own ideas and wishes. Some sort of practical simplification is necessary, such as has been found in parliamentary representation. The people can elect its representatives but is excluded from all decisions. Participation in the political process is thus reduced to a well rehearsed ritual happening every four to five years. The outcome may be unpredictable, but the ritual remains the same.

When the Irish electorate refused to ratify the Lisbon Treaty (the modified EU Constitution) on June 13, 2008, this was a clear verdict by the people, even if 53.4% No votes over 46.6% Yes votes is not a landslide victory. The majority had obviously not been convinced by the arguments in favour of the treaty. This case shows that direct democracy is a risk for the political class to maintain its power, but it is also a chance to improve. Yet, it was the wrong result, according to the leading politicians. The efforts repeat the referendum and to convince the Irish to vote Yes on the second occasion are proof to the distance between the European Union leaders (Irish included) and the people. Democracy, if taken literally, is by the people for the people. The Swiss go through this process three to four times a year on the national level (to say nothing of cantonal and communal referenda).

Democracy may be seen as a system of government, but it is in fact much more. It does not only consist of the election parliamentary representatives, it is above all a system that draws on citizens' self-responsibility. Citizen participation implies both the freedom of thought and expression, and the respect of this freedom as laid down in the golden rule. It also means that the rulers (the political system) accept the verdict by the people – there cannot be a wrong result (for a fuller discussion of this issue see Chomsky 2006).

If we consider development as a process of improvement and innovation, it seems obvious that this includes both freedom and the fact that the people concerned (the regional population) should have their word to say. They should be free to formulate complaints and suggest new ways of overcoming old problems, ways maybe based on

Freedom And Democracy

local knowledge and expertise, but also geared to regionally specific needs. Even recognizing problems may best be done by the local and regional population, as they are often specific: what constitutes a problem for an urban expert, may not be considered as such by the rural locals. Our circumstances of life and profession strongly influence our perception. But even if formulating complaints and suggesting policies may be possible, they must also be heard and instigate a positive response.

Regional development is probably at its best when combining a bottom-up with a top-down approach, when people and rulers cooperate. The two are complementary: local needs can be addressed from a general perspective, and solutions can be discussed and found by mutual consensus. A functioning democracy – meaning that both people (voters) and the governing elite talk and listen to each other – can guarantee success. Sen (1999) devotes an entire chapter to this issue (pp.146-159), and from it emerges that democracy is in fact hard work, not sitting back and letting others do the job.

Regional development as people participation

The definition of highly developed and less developed regions is a matter of (subjective) perception, often undertaken without consulting the population concerned. The western perspective usually dominates this distinction. Material indicators such as salary level, industrial output, unemployment, life expectancy etc. will be used in the process of definition, and measures to remedy a situation of 'underdevelopment' (if such a state of affairs really exists) will be taken along materialist lines. Usually, they are characterized by a top-down attitude: experts know what has to be done, politicians will implement the measures, and the population has to be content to have been remembered at all. This attitude has guaranteed the spread of western values across the globe, in particular to many African countries, where the native elites have absorbed them eagerly, thus continuing the policy of the former colonial elites (Mbeki 2008). This is epitomized by the following statement: “Whereas the developmental functions of the state are often patchy, and inadequate, sometimes almost non-existent, its extractive ones are omnipresent.” (Clapham 1985, p. 40) The control function of the state and the maintenance of power therefore figure prominently on the agenda. It is understandable that from such a narrow perspective, development means first and foremost the welfare of the elites.

However, if development is looked at from a broader perspective, more elements than just economic considerations have to be taken into account – at least if

development is seen as a process benefiting the people, not just the elites. Freedom from material want is related to other freedoms, such as the possibility to obtain adequate education, to enjoy democratic rights, to feel safe, to have sufficient economic opportunities, to have access to a good health service, etc. (Sen 1999, pp.127 f.). These are fundamental human rights, which are all too often neglected or even intentionally denied. If they are respected and granted, the people will also be able to contribute their share for regional development and thus eliminate poverty.

A region will really be able to develop itself if the basic ideas are carried by its inhabitants who have to be invited to express themselves and articulate their needs and desires right from the outset. Formulating wishes and uttering complaints are, however, only possible if a true democratic spirit reigns, i.e. if they are listened to, their ideas are taken seriously, and policies to address the wishes and complaints are implemented. The outcome of regional development is likely to be of a better quality if the population may follow the process right through, if it is not a unidirectional (top-down) but a bi-directional (bottom-up – top-down) process. There is thus an obvious and intimate relationship between development and democracy. A truly democratic regime will create the fundamental conditions for people to think critically and thus follow a development project.

Under such circumstances, people will have a chance to participate actively in regional development. People participation refers “to the degree to which a population may actively contribute to the decisions in matters concerning itself and its future.” (Leimgruber 1996, pp. 143 f.) It usually follows a certain path that leads from an informal level (1, information and 2, discussion) to formal involvement (3, decision, 4, contribution to realization, 5, control; Figure 1). Vettiger-Gallusser (1986, p. 69), who developed this model, calls the two levels false and genuine participation. If the political system allows, levels 1 and 2 will usually be applied, but they are not real participations. Only levels 3 to 5 can be called true participation in a process, but they may pose difficulties to the political elites. Power games may, in the extreme case, even prevent discussion.

Freedom And Democracy

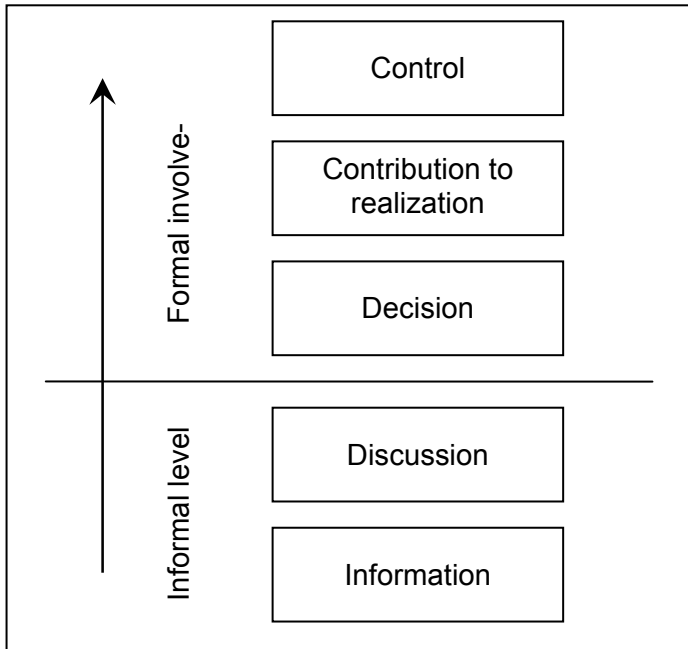


Fig. 1: Model of political participation
Source: Vettiger-Gallusser, 1986

The Swiss political system with direct democracy favours all five steps, and the people watch jealously over their participatory rights. Law-making is a slow process, and the outcome is far from certain. The people have to be convinced of the qualities and the potential of a new or modified law, but it is the voters' final verdict that determines its fate. The governments (on all levels) have to take great care and act wisely if they want to succeed.

The country's mountain regions development policy, for instance, has evolved along this line. The first phase (from the late 1940s into the 1970s) was characterized by top-down subsidy-oriented measures (Leimgruber 1985, 1986). They benefited individual mountain farms that were defined according to various criteria (height a.s.l., exposition, slope, accessibility etc.). The goal of this instrument was to improve the income of the farmers. Changes in attitude eventually led to a rethinking of regional policy, leading to a second phase. Subsidies gave way to more focused regional investment, as represented by the Law on Investment in Mountain Regions (LIM; Leimgruber 1996, p.149 ff.). In order to reduce disparities and improve the quality of life in mountain regions, the law requested the creation of regions

(associations of municipalities) that had to draw up a development project with respective plans for infrastructure investment. The chief goal was to prevent out-migration by creating favourable living conditions (sports facilities, old people's homes, road networks, improvement of educational facilities etc.), which would mean a reduction of regional disparities. Regional populations had a distinct say in the project process as the instrument of direct democracy enabled them to intervene in every step.

The new regional policy, enforced in 2008, finally looks more at the competitive advantages and the potential of regions, but most mountain regions still retain their particularity of being economically disadvantaged. Promotion of the entrepreneurial and innovative spirit, and a knowledge-based regional development are some of the key strategies to diminish regional disparities, strengthen regional economies, and maintain the decentralized settlement pattern of the country (http://www.sab.ch/Neue_Regionalpolitik.403.0.html; 26.01.09).

Grassroots movements

Although legal possibilities for people participation in local and regional development exist, they may either not suffice to achieve the desired aim or remain words without action. Public opinion has found other ways of making its voice heard, and it is individuals as well as groups that have begun to manifest their discontent with the lack of decisive action to solve problems. This is best illustrated by grassroots movements that have made their appearance in the 1980s (Willis 2005, p.27) and have since spread across the globe (Ekins 1992). Focusing essentially on social inequality and environmental degradation, they are not tied to a particular country (rich or poor) or a political party; rather are they context-bound, originating in a specific local or regional problem that has not or not sufficiently been addressed by governments, and they attempt to fill the gap left by such inaction. They are rooted in the population (although international alliances may develop over time), consider themselves as being servants to the people and, eventually, operate as intermediaries between them and the ruling hierarchy. They may exist for a certain time, as long as the problem persists, and then be dissolved, or they may grow and develop into mature non-governmental organizations with a clear profile. Their range of action varies from local/regional to national and international.

Grassroots movements excel by actions rather than words. They put people's concerns into the foreground, using peaceful demonstrations and civil disobedience –

Freedom And Democracy

non-violent means – in order to achieve their goal. Examples of grassroots movements abound, as an inspection via any Internet search machine will reveal. Utilizing this new means of communication allows such associations to reach audiences far afield, keep their information up to date, and recruit members and sympathizers (including donors) across the planet. As private, voluntary non-profit organizations, they depend essentially on external funding by members and donors, and income from advertising. State contributions (subsidies) are rare. All these sources are fragile and depend on the goodwill of the public.

Grassroots movements and non-governmental organizations (NGOs) have sprung up from the bottom, founded by concerned citizens. However, not all NGOs grew out of grassroots movements, just as not every grassroots movement will develop into an internationally active NGO (with a long-term outlook, and a wide field of activities). Therefore, we prefer to distinguish between the two (see Leimgruber 2004, p. 267). Many environmental organizations, for example, have been created from a top-down perspective, and yet they were based on the personal concern of one person or a small group. Self-help citizen groups, on the other hand, are usually confined to local settings, and they are based on the bottom-up philosophy, yet often founded (and driven) by an individual or a handful of concerned citizens. Their time perspective may be undetermined or clearly defined (awaiting the solution of the problem it was created for).

Three examples may demonstrate the wide range and the potential of grassroots movements. They have in common that they want to change an unsatisfactory situation, that they operate in favour of environmental and social justice, and that they target so-called ordinary people.

Umthati

Umthati is a Non-Profit Organization with its headquarters in the South African city of Grahamstown (Eastern Cape). Its name derives from the Xhosa word for the Sneezewood tree (*Ptaeroxylon obliquum*), “a symbol of strength and the renewal of life” (Umthati Training Project, n.d., p.3). It was founded in 1993 by Irene Walker “on the ruins of the Apartheid system, which are, among others, social inequality, lack of proper infrastructure, an inadequate education system” (Leimgruber 2008, p.139). First its range of activity was essentially local, but within a few years it had developed into a regionally operating organization, active within a 200 km radius and reaching out even into the Northern Province. Umthati started by offering five different programmes: home gardening, cooking and nutrition, entrepreneurial skills, school

community gardens, and art from waste. A new project, Africulture, has since been added, aiming at promoting biodiversity, among others through the protection and cultivation of indigenous plants, mainly medical herbs. Besides, the programme includes the collaboration with traditional healers (<http://www.umthathi.co.za/>; 24.05.2008). With this new activity, supported also by the Royal Botanical Gardens at Kew (London), Unthathi has developed from a grassroots movement into a regional NGO.

The focus, however, remains on the self-help idea: people receive training in order to become independent and provide for their own needs. Home gardens thus ensure the supply of vegetables for individual households, school gardens prepare the young generation for their adult life. Both programmes reach beyond the simple food issue and include health education and ecological considerations, thus promoting long-term thinking. The addition of the Africulture programme is a logical consequence of previous efforts. The entrepreneurial skills programme lays the foundations for the creation of small businesses and includes basic training in economics and bookkeeping.

Bolivarian circles

In President Hugo Chavez' Venezuela, a highly decentralized network of grassroots movements has appeared since the beginning of the 21st century. Named after Simon Bolivar, the Bolivarian circles explicitly defend the goals of President Chavez' revolution and the 1999 constitution (<http://www.zmag.org/znet/viewArticle/10076>; 07.06.2008). They can be traced back to an initiative by Hugo Chavez himself who saw grassroots movements as a better instrument for people participation in development than political parties. Despite official backing, they are in fact independent groups and must organize funding out of their own initiatives (ibid.). The outlook of the Bolivarian circles is holistic, as their coordinator, Dr. Rodrigo Chavez, stresses in an interview: "I believe in education and prevention, but the more I got involved in trying to address that situation, the more convinced I became that only the people themselves could solve their own problems. Health problems were just another expression of our society's ills." (ibid.).

Bolivarian circles act locally and address specific problems. Health care, fighting hunger, care for children after school, support for small businesses (including access to credits) are among their activities (<http://www.venezuelanalysis.com/analysis/131>; 07.06.08). Their activities in favour of the population at the lower end of the social ladder as well as their backing by the presidency places them into the political left.

Freedom And Democracy

For this reason they are under fire from the representatives of the mainstream economy who fear for their privileges and oppose the transformation of societies. Their existence may depend on the political continuity of the regime, but even if it would change, the networks are in place and stand a good chance of survival.

The virtual grassroots community

We are used to define grassroots movements as a physical collection of members who work actively in various domains in order to achieve the organization's goals. This physical aspect has increasingly become supplemented by the Internet community, a virtual collectivity of people who do not necessarily know each other but who share similar ideas. They can meet via the web, deposit signatures, contribute to blogs, or create blogs themselves. The advent of the weblog (abbreviated to 'blog') has created a new possibility for global networking. Blogs are, for example, on-line diaries, personal and institutional presentations, or commentaries on daily events. They offer themselves for social criticism in the largest possible sense. "In fact, the blogosphere is the most obvious, and most successful, manifestation of the political internet thus far – hence, perhaps, the vitriol of some of the attacks made against it (in Italy, it has so unsettled the élites that a law is being proposed to force bloggers to register with the state)." (Colvile 2008, p.25) Blogging represents a new form of democracy, and the example of Italy shows that it is an uncomfortable form for those in power. The liberty of expression is at stake if blogs have to be registered. The fear of the elites is justified by the fact that most people in the North and an increasing number of individuals and groups in the South dispose of the basic material conditions for participation, a computer with Internet access. The fear of the Authorities is demonstrated by internet censorship in China, the arrest of bloggers in Egypt (2006) because of political activism and criticism (http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/6164798.stm; 25.06.2008) and Saudi Arabia (2007), accused of criticism and calls for political reforms (<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/12/31/AR2007123101915.html>; 25.06.2008).

Conclusion

Nothing in this paper is really new, most of it has either been forgotten or pushed aside in favour of mainstream thinking and the profit-oriented economy. E.F. Schumacher's groundbreaking book 'Small is beautiful' pointed to the issue as far back as 1973. Its subtitle – 'Economics as if people mattered' – points to a crisis point in economic thinking: what is the economy good for, whom does it really serve? A

partial answer comes from Barber (2008): as far as consumer goods are concerned, it serves to satisfy hedonism or the emptiness in many people's lives, not to satisfy their basic needs. Customers in the North increasingly buy for the sake of buying, acquiring goods they do not need, that are superfluous. A conscious look at TV ads is illustrative in this respect and reveals a decadent society.

Regional development is (or should be) first and foremost for the welfare of the people. This means that they have to have their say about the processes involved, that they have a right to be informed and learn about the advantages and the drawbacks, that they can decide themselves whether they want a project to be implemented or not. If the people do not back development projects, all efforts may have been in vain. The ill success of programmes initiated by the World Bank and the International Monetary Fund, which were based on a macroeconomic philosophy, demonstrates the inadequacy of top-down approaches when it comes to ease people's problems. Both "are not democratic either in terms of their internal functioning or in terms of the impact of their policies. The major institutions that dominate the global market economy are autocracies: they are very hierarchical and very elitist." (Danaher2001, p.38). Regional development, by the very nature of the term, has to do with regional populations and the issues of their daily life, both of which have to be taken seriously. However, only if such populations obtain the education and information required in an atmosphere of freedom (free choice), can they decide for or against. The numerous examples described in Ekins (1992) – which could be completed by many more that have appeared in the past 20 years – are ample testimony.

References

- Barber B.R. (2008), *Consumed. How markets corrupt children, infantilise adults and swallow citizens whole*, Norton, New York.
- Boeree C.G. (1997), Erich Fromm, 1900 – 1980, in *Personality Theories* [e-Text], (<http://www.ship.edu/~cgboeree/fromm.html>); 21.11.2005.
- Bruges J. (2004), *The little earth book. A provocative look at a planet in crisis*, 4th ed., Alastair Sawday, Bristol.
- Chomsky N. (2006), *Failes states. The abuse of power and the assault on democracy*, London, Penguin.
- Clapham C. (1985), *Third world politics. An introduction*, Croom Helm, London.
- Colville R. (2008), *Politics, policy and the Internet*, London, Centre for Policy Studies.

Freedom And Democracy

- Dahl R.A. (2008), Democracy, Encyclopaedia Britannica 2008, Ultimate Reference Suite DVD.
- Danaher K. (2001), 10 reasons to abolish the IMF & World Bank, Open Media Pamphlet Series, New York, Seven Stories Press.
- Desan W. (2006), Sartre, Jean-Paul, Encyclopædia Britannica 2007, Ultimate Reference Suite DVD.
- Ekins P. (1992): A new world order. Grassroots movements for global change. London: Routledge
- Frey B.S. & Stutzer A. (2003), Testing theories of happiness, Institute of Empirical Research in Economics, University of Zurich, Working Paper No. 147.
- Leimgruber W. (1985), What is a mountain region? Innsbrucker Geographische Studien 13, pp. 99-107.
- Leimgruber W. (1986), From plain to mountain: zoning in Switzerland, *Nordia* 20:1, pp. 49-56, Oulu.
- Leimgruber W. (1995), Local efforts and people participation in the development of marginal regions. A summary of 10 years' research at the Fribourg Department of Geography, *Boletín de Estudios Geograficos*, Universidad Nacional de Cuyo, Facultad de Filosofía y Letras, Instituto de Geografía, vol. 26/tomo 2, p. 391-408, Mendoza (Argentina).
- Leimgruber W. (1996), Marginal regions: a challenge for politics. Local development efforts: native potential and people participation, in M. E. Furlani de Civit, C. Pedone & N.D. Soria (eds.), *Development issues in marginal regions II: policies and strategies*, International Geographical Union, Study Group on Development Issues in Marginal Regions, Proceedings Mendoza & Santiago de Chile, September 4-9, 1995, Mendoza: Universidad de Cuyo, Instituto di Geografía, pp. 143-160.
- Leimgruber W. (2004), *Between global and local. Marginality and marginal regions in the context of globalization and deregulation*. Ashgate, Aldershot.
- Leimgruber W. (2008), *Building the future through education: the Umthati school garden project in the Eastern Cape, South Africa*, in *The global challenge and marginalization* (ed. Márcio M. Valença, Etienne Nel, Walter Leimgruber), New York, Nova Science Publisher, pp. 133-144.
- Maslow A. (1943), A theory of human motivation, *Psychological Review* 50, pp. 370-96.

Walter Leimgruber

- Max-Neef M. (1982), *From the outside looking in: experiences in barefoot economics*, Uppsala, Dag Hammarskjöld Foundation.
- Mbeki M. (2008), *Change is inevitable in Zimbabwe*, The Star Online, 2008/02/25.
- Norbert-Hodge H. & Gorelick S. (2004), *Towards an economics of happiness*, in Ura & Galay (eds.), pp. 77-104.
- Schätzl L., (1981), *Wirtschaftsgeographie 1: Theorie*, 2nd edition, Schöningh, Paderborn.
- Schumacher E.F. (1973), *Small is beautiful. Economics as if people mattered*, Blond and Briggs, London (3rd. Edition 1999).
- Sen A. (1999), *Development as freedom*, OUP.
- Sivaraksa S. (2004), *Adding spirit to economics*, in Ura & Galay (eds.), pp.409-418
- Standford Encyclopedia of Philosophy (2006), *Confucius*, <http://plato.stanford.edu/entries/confucius/>(cons. 06.03.2008).
- The Dalai Lama (1998), *The four noble truths. Fundamentals of the Buddhist teachings*, Harper Collins, New Delhi (5th impr., 2000).
- Umthati Training Project (n.d.), *Celebrating 10 years of work with peri-urban and rural communities in the Eastern Cape*, Grahamstown.
- Ura K. & Galay K. (eds. 2004), *Gross National Happiness and development*, The Centre for Bhutan Studies, Thimpu.
- Vettiger-Gallusser B. (1986): *Berggebietsförderung mit oder ohne Volk?* Basler Beiträge zur Geographie 34.
- Von Fritz K. (2008), *Western philosophy, Hellenistic and Roman philosophy* Encyclopaedia Britannica 2008, Ultimate Reference Suite DVD.
- Willis K. (2005), *Theories and practices of development*, Abingdon, Routledge.

Freedom And Democracy

Annex 1: Max Neef's Human basic needs matrix

| Fundamental Human Needs | Being (qualities) | Having (things) | Doing (actions) | Interacting (settings) |
|-------------------------|--|---|--|---|
| subsistence | physical and mental health | food, shelter work | feed, clothe, rest, work | living environment, social setting |
| protection | Care, adaptability autonomy | social security, health systems, work | Co-operate, plan, take care of, help | social environment, dwelling |
| affection | respect, sense of humour, generosity, sensuality | Friendships, family, relationships with nature | share, take care of, make love, express emotions | Privacy, intimate spaces of togetherness |
| understanding | Critical capacity, curiosity, intuition | Literature, teachers, policies educational | analyse, study, meditate investigate, | schools, families universities, communities, |
| participation | Receptiveness, dedication, sense of humour | Responsibilities, duties, work, rights | Cooperate, dissent, express opinions | Associations, parties, churches, neighbourhoods |
| leisure | Imagination, tranquillity spontaneity | games, parties, peace of mind | Day-dream, remember, relax, have fun | Landscapes, intimate spaces, places to be alone |
| creation | imagination, boldness, inventiveness, curiosity | Abilities, skills, work, techniques | invent, build, design, work, compose, interpret | spaces for expression, workshops, audiences |
| identity | sense of belonging, self-esteem, consistency | language, religions, work, customs, values, norms | get to know oneself, grow, commit oneself | places one belongs to, everyday settings |
| freedom | Autonomy, passion, self-esteem, open-mindedness | equal rights | dissent, choose, run risks, develop awareness | anywhere |

<http://www.rainforestinfo.org.au/background/maxneef.htm> (06.07.2008)

Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragungen – ein Werkstattbericht

Uli Molter

1 Einführung und Problemstellung

Der Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeographie der TU Chemnitz unter Leitung von Prof. Jurczek untersucht u.a. verschiedene grenzraumbezogene Fragestellungen mit einem Schwerpunkt auf dem sächsisch-böhmischen Grenzraum. Die Wichtigkeit solcher vergleichenden und integrativen Studien ergibt sich nicht zuletzt aus dem europäischen Integrationsprozess und den nach und nach erfolgenden Grenzöffnungen und damit verstärkt auftretenden Fragestellungen.

Verschiedentlich wird beobachtet, dass vergleichende (qualitative) Studien auf regionaler Ebene immer mehr ins Zentrum der empirischen Sozialforschung gerückt sind. Solche sog. cross-national surveys sind meist vergleichend angelegt, um regionale Unterschiede zu erkennen. Diese Unterschiede zeigen sich in harten messbaren Größen wie Bruttoinlandsprodukt pro Kopf oder der Größe des Straßennetzes pro km² bis hin zu Zahlen der Arbeitslosigkeit oder demographischen Angaben. Ergänzend sind zum Verständnis divergierender Entwicklungen qualitative Daten zur Wahrnehmung, Einschätzung oder Empfindungen unterschiedlichster Akteure im Grenzraum notwendig (Studien zu Grenträumen). (vgl. Lynn et al 2006: 7)

Im vorliegenden Artikel wird die geplante Vorgehensweise bei einer grenzüberschreitenden Befragung skizziert, die Nutzungspotentiale einer möglichen zukünftigen Einrichtung aus dem verkehrlichen Infrastrukturbereich aufzeigen soll. Es werden typische Herausforderungen bei der Konzeption der Erhebungssystematik vorgestellt und mögliche Lösungen diskutiert.

Beispiel: Bedarfsabschätzung für ein geplantes grenznahes Güterverkehrszentrum

Zielstellung

Zielstellung ist die Abschätzung des Bedarfs für ein zu bauendes Güterverkehrszentrum GVZ im sächsischen Teil des sächsisch-polnisch-tschechischen Grenzraumes. Es soll mittels eines geeigneten Verfahrens abgeschätzt werden, in wieweit eine aus-

reichende Anzahl Kunden (Gewerbebetriebe) die Dienste des GVZ nutzen und sich ggf. dort ansiedeln würden.

Regionale Einordnung

In dem grenznahen Ort in Ostsachsen steht eine ehemalige Gewerbefläche mit direktem Bahnanschluss zur Verfügung, die wieder genutzt werden soll. Auf politischer Seite besteht Einigkeit darüber, die Fläche für ein Güterverkehrszentrum für den Kombinierten Verkehr zu nutzen.

Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie haben gezeigt, dass die Fläche aus raumplanerischer Sicht dazu geeignet ist und auch die bahntechnischen Voraussetzungen (größte zulässige Achslast, Steigungen etc.) gegeben sind. Einschränkend sind Lärmschutzauflagen, wonach sich keine stark emittierenden Industriebetriebe in dem Gebiet ansiedeln dürfen.

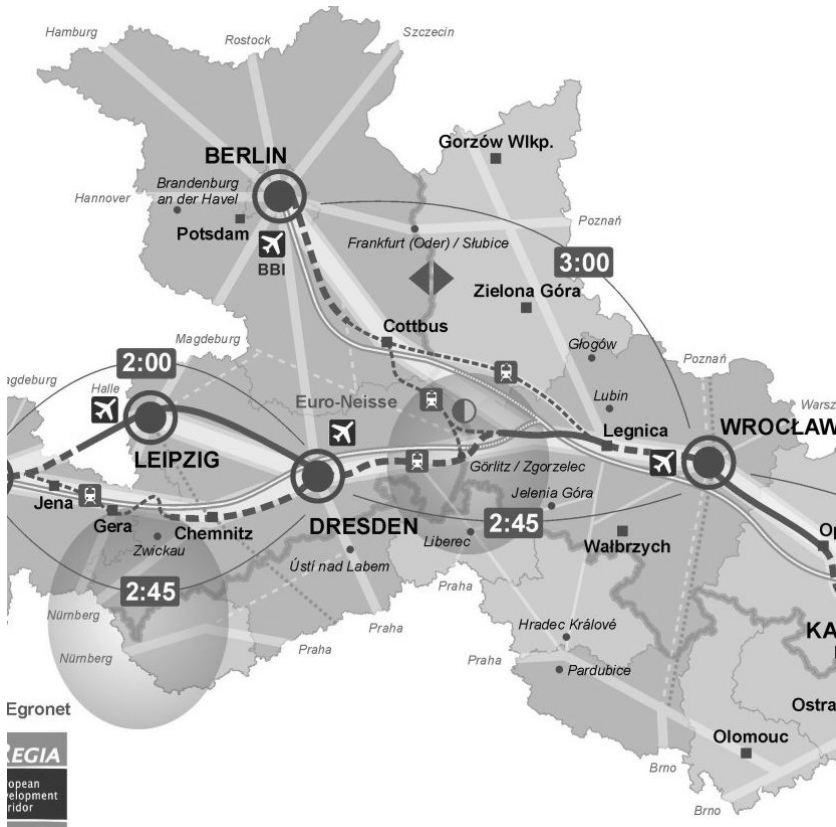


Abbildung 1: Ostsachsens Position auf der Via Regia. Quelle: <http://www.edc-viaregia.eu/fileadmin/Inhalte/Strategy/Accessibility.jpg>, leicht bearbeitet

Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragung

Die fragliche Region wird im Raumordnungsbericht 2005 als „Peripherraum sehr geringer Dichte“ bzw. „Peripherraum mit Verdichtungsansätzen“ charakterisiert und es kann davon ausgegangen werden, dass endogene (hier regionale) Potentiale nicht ausreichen, das GVZ wirtschaftlich zu betreiben. (vgl. Lutter 2005: 20)

Des Weiteren liegt das fragliche Gelände im paneuropäischen Korridor III Dresden/Berlin – Wrocław – Katowice – Kraków – Lvov – Kiev (vgl. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit o.J.), der Sachsen u.a. mit Südpolen verbindet und ist damit Teil der alten Via Regia, deren verknüpfendes Element auch in aktuellen Entwicklungsprojekten wieder aufgegriffen wird. (siehe z.B. VIA REGIA – Kulturstraße Europas²⁴, Europäischer Entwicklungskorridor ED-CIII²⁵)

Damit kommt dem Standort eine Scharnierfunktion zwischen den Randbereichen des westeuropäischen Kernraumes („Blaue Banane“) und einer sich ggf. neu entwickelnden mittel- und osteuropäischen Kernregion „New Banana“ entlang einer Nord-Süd-Achse Berlin – Wien – Zagreb zu (siehe ausführlich dazu Projekt „sustrain-ic“²⁶).

Ein erfolgreiches ostsächsisches GVZ kann und darf potentielle Nachfrager aus den grenznahen Gebieten Polens und Tschechien nicht unbeachtet lassen und muss diese in die Analyse einbeziehen.

Erhebungsbezogene Grundlagen

Im Rahmen einer Voranalyse wurden vom Auftraggeber bereits potentielle logistikintensive Kunden des GVZ in einer Datenbank mit Kontaktdaten und Ansprechpartnern vermerkt und strukturiert. Dazu wurden verschiedene Branchentypen mit typischen Verladevolumina und Gütern gebildet.

Zur weiteren Abschätzung der möglichen Nachfrage wurde eine schriftliche Befragung der Ansprechpartner in potentiellen Betrieben in Polen, Deutschland und der Ukraine mittels eines standardisierten Fragebogens (in polnischer, deutscher und in ukrainischer Sprache) durchgeführt. Diese wurde mit einem kurzen Anschreiben per Briefpost verschickt. Der Rücklauf, besonders aus Polen und der Ukraine war sehr gering, womit keine belastbaren Ergebnisse erzielt werden konnten.

Die neu durchzuführende Erhebung muss auf diese erste Befragung Rücksicht nehmen, besonders da sich die Unternehmen ein zweites Mal mit der Thematik befassen

24 <http://www.via-regia.org/strasse/>

25 <http://www.edc-viaregia.eu/> bzw.

26

http://www.landesentwicklung.sachsen.de/download/Landesentwicklung/Plazer_070510_Dr esden_kurz2.pdf und

http://www.landesentwicklung.sachsen.de/download/Landesentwicklung/SIC_ShortFactbook_de_060907.pdf

müssen. Eine zweite, rein schriftliche Befragung kam daher nicht in Frage. Des Weiteren muss dezidiert auf die sehr geringe Rücklaufquote in Polen und der Ukraine eingegangen werden, die größtenteils durch Probleme grenzüberschreitender Befragungen hervorgerufen wurde.

2 Empirische Sozialforschung an Staatsgrenzen

Besondere Anforderungen an grenzüberschreitende empirische Erhebungen ergeben sich in allen Phasen der Arbeitsprozesses: Konzeption (Operationalisierung, Auswahl der Grundgesamtheit etc.), Datenerhebung, Analyse und Auswertung. (Lynn et al. 2006)

Systematische Fehler und Vergleichbarkeit grenzüberschreitender Erhebungen

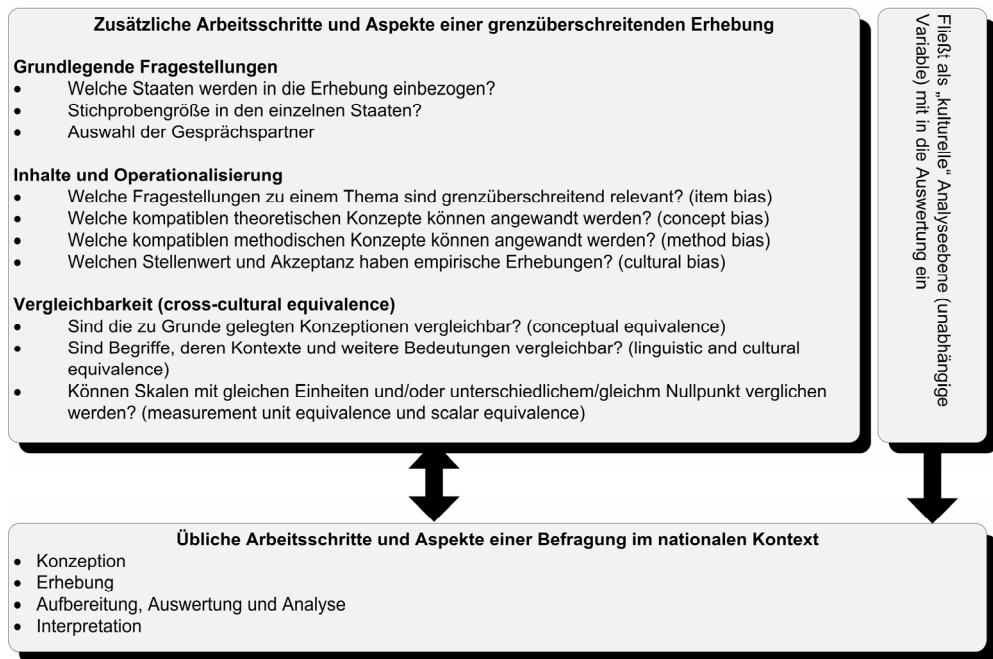


Abbildung 2: Spezifische Aspekte grenzüberschreitender Erhebungen

Quelle: Eigene Darstellung, nach Smith, Tom W. 2003: 70ff und Harkness, Janet A.;

Mohler, Peter Ph.; van de Vijver, Fons J. R. 2003: 11ff

Im Folgenden werden nur die spezifisch grenzüberschreitenden Herausforderungen bei der Konzeption einer qualitativen Befragung aufgegriffen und diskutiert. Diese umfassen Probleme der Auswahl der Gesprächspartner, der Art der Kontaktaufnah-

Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragung

me sowie der Eindeutigkeit und Vergleichbarkeit der Fragen, zentraler Begriffe sowie Merkmale.

Eine zentrale Aufgabe bei der Durchführung grenzüberschreitender Befragungen ist die Unterscheidung der Einflussgrößen auf die Antworten der Befragten: Welche Einflussgrößen sind kulturell bedingt (also eindeutig der Herkunft des Befragten zuzuordnen) und welche sind „universell“, also fach- und themenbezogen. Erstgenanntes kann als zusätzliche Ebene des Erhebungsdesigns interpretiert werden: Ausgehend von den ursprünglich zu erhebenden Sachverhalten müssen kulturelle Unterschiede und Besonderheiten, die Einfluss auf das Befragungsergebnis haben können, mit in die Überlegungen einbezogen werden. Abb. 2 veranschaulicht den Sachverhalt. (vgl. Lynn et al. 2006: 10)

Neben relativ einfachen Aspekten wie die Auswahl der zu behandelnden Staaten oder der unterschiedlichen Stichprobengrößen spielen besonders die Fragen zu relevanten Inhalten und Fragestellungen sowie der jeweiligen Operationalisierung und Vergleichbarkeit verschiedener Merkmale in grenzüberschreitenden Erhebungen eine zentrale Rolle. Es können mehrere mögliche systematische Fehler („bias“) unterschieden werden, die sich auf die Anwendbarkeit theoretischer und methodischer Konzepte (concept und method bias), die Relevanz bestimmter Fragen und Themen (item bias) sowie grundlegende kulturelle (systematische) Unterschiede im Umgang mit empirischen Erhebungen (cultural bias) beziehen. (vgl. Harkness et al. 2003: 13f)

Die Vergleichbarkeit (hier unter dem Oberbegriff cross-cultural equivalence zusammengefasst) soll sicherstellen, dass die Ergebnisse der jeweiligen Erhebungsteile in allen Phasen und Aspekten vergleichbar sind. Johnson 2003 hat ca. 50 unterschiedliche Begriffe der Vergleichbarkeit (equivalence) in der Fachliteratur ausgemacht. In diesem Beitrag wird nur auf drei wesentliche eingegangen. (vgl. Johnson 2003: 2ff)

In der Konzeptionsphase einer Erhebung ist zu klären, in wieweit die zu Grunde gelegten Konzeptionen in allen beteiligten Staaten bzw. Kulturkreisen vergleichbar sind. Einen zentralen Punkt einer qualitativen Erhebung machen die Fragen zur Eindeutigkeit und Vergleichbarkeit verschiedenster Begriffe aus (linguistic and structural equivalence). Nicht zuletzt werden quantitative Daten genutzt, deren Vergleichbarkeit ebenfalls sichergestellt werden muss (measurement unit equivalence und scalar equivalence). (vgl. Smith 2003: 70ff)

3 Beispiel und Diskussion

Ausgehend von der schwierigen Erhebungssituation vor Ort (Zweiterhebung) und den noch zu diskutierenden spezifischen Problemen und Herausforderungen grenzüberschreitender Befragungen wurde folgendes dreistufiges Erhebungsverfahren vorgeschlagen:

- 1) Voralysen: Branchenspezifische Transportintensitäten
- 2) Onlinegestützte Telefonbefragung
- 3) Vertiefende Unternehmengespräche (Expertengespräche)

○ Erhebungsdesign: Quantitative vs. qualitative Verfahren

Zu Beginn der Konzeption muss geklärt werden, welche methodischen Vorgehensweisen dem Sachthema angemessen, der speziellen Situation vor Ort sowie dem grenzüberschreitenden Charakter gerecht werden und vergleichbar sind. (concept bias, method bias sowie conceptual equivalence, siehe auch Abb. 2)

Eine Bedarfsanalyse kann quantitativ oder qualitativ erfolgen. Der Vorteil quantitativer Verfahren ist die, je nach Qualität des zur Verfügung stehenden Datenmaterials, genaue Berechnung unterschiedlicher Umschlagsvolumina in verschiedensten Branchen. Hierzu können unterschiedliche Verkehrsberechnungsmodelle eingesetzt werden. Im Vergleich zur mittlerweile methodisch sehr weit ausdifferenzierten Methodik bei der Berechnung und Simulation von Personenverkehr ist diese in gleicher Qualität und Prognosegenauigkeit für den Güterverkehr nur ansatzweise vorhanden. (Beckman 2004: 6.4-1)

Des Weiteren stellen die mathematischen Modelle mitunter sehr hohe Anforderungen an die Eingangsdaten (Strukturmerkmale, genaue Abbildung der Infrastrukturen mit Belastungsfaktoren etc., ggf. Verhaltensmodelle). Eingangsdaten in solch hoher Qualität liegen für Grenzüberschreitende häufig nicht vor (vgl. z.B. Bundesministerium für Verkehr 2003: 20ff). Die Verwendbarkeit der Daten leidet stark unter mangelnder Vergleichbarkeit (aufgrund unterschiedlicher Parameter und Berechnungsvorschriften), Aktualität sowie sehr häufig unterschiedlichen geographischen Bezugsräumen. So sind z.B. Daten auf Gemeindeebene in Deutschland und Tschechien durch die sehr unterschiedliche Größe (Einwohnerzahl und Fläche) kaum vergleichbar. Nicht zuletzt unterliegen sehr detaillierte Daten mitunter datenschutzrechtlichen Einschränkungen und dürfen ggf. gar nicht verwendet werden. Mathematische Modelle sind häufig für

Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragung

eine bestimmte Region, ein bestimmtes nationales Regelwerk aufgebaut und kalibriert worden. Im grenzüberschreitenden Kontext spielen häufig ganz andere Einflussfaktoren eine Rolle, die die Modelle oft nicht ausreichend gut abbilden können. So spielen z.B. im grenzüberschreitenden Personenverkehr Fahrtmotive wie Preisgefälle, andere Öffnungszeiten, anderes Warenangebot eine ganz andere Rolle als dies im nationalen Kontext der Fall ist.

Nicht zuletzt haben quantitative Verfahren den Nachteil, häufig keine Erklärungen für bestimmte Sachverhalte zu liefern. Gründe, Motivationen und Befindlichkeiten der relevanten Akteure bleiben häufig im Dunkeln und können, da sie in rein quantitativ ausgerichteten Verfahren nicht erhoben werden, keine weiteren Erklärungen liefern. Insbesondere ist es sehr schwer, die Besonderheiten grenzüberschreitender Erhebungen (vgl. Abb. 2) als eigenständige Einflussgröße zu erfassen.

Qualitative Verfahren liefern deutlich mehr Informationen zu den Beweggründen der Akteure, in einer bestimmten Art und Weise zu handeln.

Insbesondere in bisher wenig erforschten Sachgebieten ist das zumeist thesengenerierende qualitative Vorgehen im Vorteil, nähert es sich dem Sachgebiet doch offen und ohne eingrenzende Variablen und Methoden. Mitunter sind viele den Befragten wichtige Sachverhalte in der Konzeptionsphase einer Befragung dem Forscher unbekannt, d.h. er weiß gar nicht genau, wonach er fragen muss, was insbesondere bei grenzüberschreitenden Fragestellungen relevant wird (siehe Abb. 2 „item bias“). Eine Interviewsituation, in der der Befragte relativ frei erzählen kann, fördert die Konzentration auf die ihm wichtigen Aspekte.

Wie bereits erläutert, stellt ein besonderes Problem grenzüberschreitender Erhebungen die Eindeutigkeit und Vergleichbarkeit von Begriffen und Sachverhalten in unterschiedlichen Kulturkreisen dar. Häufig sind es nur Nuancen in der Bedeutung eines Begriffes, die aber auf die Fragestellung einen entscheidenden Einfluss haben können (vgl. z.B. Smith 2003: 70f). Mittels standardisierter, nicht persönlicher Erhebungen können Unsicherheiten dieser Art nur sehr schwer entdeckt werden, Interviewsituationen erlauben dagegen ein Nachfragen des Interviewers, wenn der Verdacht auf ein Missverständnis besteht.

Probleme ergeben sich in qualitativen Verfahren aufgrund der forschungstechnisch bedingten geringeren Fallzahl. Die Ergebnisse sind nicht ohne weiteres auf andere Räume oder Akteure übertragbar. Des Weiteren stellen insb. bei ausführlichen, persönlichen Gesprächen interkulturelle Unterschiede eine sehr große Hürde dar. Bereits die „falsche“ Kontaktaufnahme zum zu Befragenden kann einen Misserfolg zeitigen.

○ **Voranalyse: Branchenspezifische Transportintensitäten**

Oben erwähnte Adressendatenbank zu möglichen Interessenten, ihrer Branchenzugehörigkeit und möglichen Ladevolumina müssen validiert und mit typischen Werten aus der amtlichen Statistik abgeglichen werden. Eine Validierung der Werte über Werte für Transportintensitäten für verschiedene Transportaufgaben muss erfolgen. Die Transportintensitäten können anhand geeigneter sozioökonomischer Variablen erfasst werden. Unterschieden werden die sozioökonomischen Daten anhand der Art des Verkehrs: So sind im Binnenverkehr Variablen zu inländischer Produktion und inländischem Konsum über die Wertschöpfung einzelner Branchen abschätzbar. Für den Export müssen exportierende inländische Produktionsunternehmen betrachtet werden, wohingegen beim Import Produkte für die inländische Produktion und den inländischen Konsum relevant sind. Transitverkehre können über die Außenhandelsverflechtungen unterschiedlicher Staaten abgebildet werden. (vgl. dazu Bundesministerium für Verkehr 2007: 17)

Problematisch ist der Grad der Datenverfügbarkeit und -vergleichbarkeit für die jeweiligen Erhebungsstaaten. Trotz diverser Harmonisierungsanstrengungen auf europäischer Ebene sind weiterhin sehr viele statistische Daten nur eingeschränkt vergleichbar. Es ergeben sich Unterschiede in der Aktualität der Daten, der Bezugsgrößen, der Definition einzelner Variablen und Parameter sowie der Aggregiertheit in Veröffentlichungen (measurement unit equivalence und scalar equivalence).

○ **Zweigeteilte Befragung**

Aufgrund der Vielzahl potentieller Interessenten für das GVZ ist es nicht möglich, mit allen vertiefende Gespräche zu führen. Sowohl der Erhebungsaufwand als auch der Analyseaufwand ist bei qualitativen Verfahren deutlich größer als bei quantitativen und würde bei der hier fraglichen Zahl (x-hundert) ins Unermessliche steigen. Daher ist eine Vorauswahl besonders relevanter Akteure nötig.

1. Erhebungsschritt – Onlinegestützte Telefonumfrage

Möglichst alle potentiellen Interessenten für das GVZ werden mittels einer onlinegestützten Telefonumfrage befragt. Eine Telefonumfrage bietet den Vorteil, mit den Verantwortlichen kostengünstig und einfach Kontakt aufzunehmen und fragliche Sachverhalte schnell zu erörtern. (vgl. z.B. Schnell 2005: 363) Andererseits ist das

Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragung

Telefon eine sehr besondere Art der Kommunikation, die in verschiedenen Kulturen sehr unterschiedlich gehandhabt und akzeptiert wird. (vgl. Kleiner, Pan 2006: 81f)

Kontaktaufnahme

Einen zentralen Punkt für die nachfolgende Erhebung stellt die Art und Weise der Kontaktaufnahme dar, die durch die bereits durchgeführte ungenügende Erhebung nochmals erschwert wird. So unterscheiden sich eingeführte Verfahren zwischen Deutschland einerseits und Polen und Tschechien andererseits sehr deutlich. Während in Deutschland ein „offizielles“ Schreiben einer Institution (z.B. einer Universität) oft ein ausreichender Ausweis von Seriosität ist, wird in Polen und Tschechien sehr viel mehr Wert auf persönliche Kontakte und Empfehlungen gelegt. Die (fast) anonyme Form des Briefes, insb. wenn er von einer ausländischen (hier deutschen) Institution kommt, wird meist nicht ernst genommen und führt damit zu Ausfällen in der Stichprobe. (vgl. auch Kurnol, Schmidt 2007: 9f)

Die Kontaktaufnahme für das Telefoninterview geschieht per Briefpost. Im Anschreiben werden die beteiligten Institutionen und das Anliegen erläutert. Insbesondere wird den Unternehmen mitgeteilt, dass in den kommenden Tagen ein Anruf durch einen Projektmitarbeiter erfolgen wird, um die im beigelegten Fragebogen skizzierten Fragen kurz zu erörtern. Ein direkter Anruf ohne Vorwarnung („cold call“) ist ungeeignet und schreckt die zu Befragenden ab bzw. verärgert sie. In der Nicht-Akzeptanz sind in Europa nur geringe Unterschiede festzustellen.

Ergänzend zu dem beigelegtem Fragebogen werden die Angeschriebenen auf eine Website hingewiesen, auf der sie den (nicht interaktiven) Fragenkatalog nochmals aufrufen können, u.a. um die Unsicherheit der Befragten bzgl. der Fragen und der Seriosität der Untersuchung zu mindern. Des Weiteren ist es stets von Vorteil, wenn die Befragten die Fragen sehen und lesen können, statt sie nur zu hören. Damit wird bereits auf mögliche kulturelle Unterschiede in der Bewertung und Akzeptanz für telefonische Befragungen eingegangen. Durch die doppelte Verfügbarkeit der Fragen in schriftlicher Form (Papierausdruck, Website) sowie der Wiederholung am Telefon, ist es für den Befragten möglich, die für ihn angenehmste Variante auszuwählen. Auch Probleme, die durch eine möglicherweise sehr unterschiedliche Art und Geschwindigkeit zum eigentlichen Punkt des Anrufs zu kommen (vgl. Kleiner, Pan 2006: 84f), vorhanden sein können, können dadurch abgemildert werden.

Wichtig ist, dass die Webseite über die Internetadresse (Uniform Resource Locator URL) der TU Chemnitz aufgerufen wird, so dass für die Befragten erkennbar wird, mit welcher Institution sie es zu tun haben. Ein weiterer Vorteil ist die ständige Verfügbarkeit des Fragebogens: Erfahrungsgemäß verlegen viele Befragte einen Fragebo-

gen, so dass er dann zum Zeitpunkt des Anrufes nicht verfügbar ist. Es kann davon ausgegangen werden, dass in nahezu allen Betrieben ein Internetanschluss vorhanden ist und der Fragebogen dann einfach und schnell aufgerufen werden kann.

Den polnischen und tschechischen Befragten wird ein Empfehlungsschreiben einer offiziellen Stelle, eines Wirtschaftsverbandes (z.B. der jeweiligen IHK) oder einer Partnereinrichtung (z.B. Universität oder Forschungseinrichtung) beigelegt, welches als verbindendes Element zwischen der TU Chemnitz und dem Befragten fungiert.

Kombinierte Telefon-Online-Befragung

Ziel der kombinierten Befragung ist es, eine enge Auswahl an potenziellen Interessenten für die Nutzung des Terminals für den Kombinierten Ladungsverkehr KLV oder die Ansiedlung auf dem fraglichen Gelände zu erhalten. Die generelle Bereitschaft muss dazu abgefragt werden.

Aus den Erfahrungen der ersten Erhebung und der Kenntnis, dass Unternehmensvertreter generell geringe zeitliche und personelle Ressourcen zur Verfügung haben, sich an langwierigen Erhebungen zu beteiligen, müssen die Fragen relativ leicht und schnell zu beantworten sein.

In Anlehnung an die erste Befragung und Erfahrungen aus anderen Erhebungen lässt sich folgender standardisierter Fragenkatalog skizzieren:

1) Wareneingang

Herkunft der Güter (Mehrfachantworten, Hauptquelle)

Transportbehältnis/Güterart (Container, Tank, Paletten etc./Stückgüter, Schüttgüter, Gefahrgüter etc.)

Abschätzung der Menge (Stück, ggf. Tonnen)/der Häufigkeit (pro Tag, pro Woche etc.)

Transportmittel (Hauptweg) (LKW, Bahn, Schiff, Flugzeug)

2) Warenausgang

Ziele der Güter (Mehrfachantworten möglich, Hauptziel)

Transportbehältnis/Güterart (Container, Tank, Paletten etc.)

Abschätzung der Menge (Stück, ggf. Tonnen)/der Häufigkeit (pro Tag, pro Woche etc.)

Transportmittel (Hauptweg) (LKW, Bahn, Schiff, Flugzeug)

Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragung

Vergleichbarkeit von Fachbegriffen aus dem Transportwesen

Typische interkulturelle Probleme dürften bei dieser Art der Fragen nur wenige zu erwarten sein. Vielmehr muss sichergestellt sein, dass die Begriffe korrekt und in ihrem eigentlichen Sinn korrekt übersetzt werden.

Dazu ist es nötig, die Übersetzung in einem iterativen Verfahren zwischen jeweiligen Muttersprachlern mit Kenntnissen in der jeweils anderen Sprache sowie fachbezogenen Experten mehrmals zirkulieren zu lassen, um eventuelle Bedeutungsunterschiede zu eliminieren. Sachbezogen müssen ggf. national übliche Mengenbezeichnungen und -einheiten angepasst und Umrechnungsvorschriften beachtet werden. (vgl. dazu z.B. Johnson 2006: 13)

Deutlich weitergehende Aspekte der sprachlichen und kulturellen Äquivalenz werden im Zusammenhang mit den Experteninterviews (2. Erhebungsschritt) diskutiert.

Ablauf

Mit Hilfe der Adressdatenbank werden die verantwortlichen Mitarbeiter der Unternehmen angerufen und nochmals kurz das Anliegen geschildert. Mit Verweis auf das erfolgte Anschreiben und den vorliegenden Fragebogen werden die oben skizzierten Fragen erörtert. Außerdem werden scheinbar „nebenbei“ gemachte Aussagen (z.B. zur Vergabe von Transportaufträgen etc.) der Befragten vom Befrager notiert und bei der späteren Analyse berücksichtigt.

Die Unternehmensvertreter werden von jeweiligen muttersprachlichen Projektmitarbeitern telefonisch kontaktiert. Dadurch wird das Auftreten typischer Problemfelder bei grenzüberschreitenden Telefoninterviews vermieden. Dazu gehören u.a. die Art und Weise das Gespräch zu beginnen (Nennung des eigenen Namens, einleitende, allgemeine Gesprächsfloskeln („small talk“) etc.) (vgl. Kleiner, Pan 2006: 84f). Des Weiteren müssen unterschiedliches Antwortverhalten und Vermeidungsstrategien (z.B. das Vermeiden von „nein“-Antworten auf ja-/nein-Fragen, Reihenfolge der Fragen (induktiv oder deduktiv) sowohl bei der Konzeption als auch bei der Durchführung beachtet werden (vgl. Kleiner, Pan 2006: 85f).

Analyse

Nachdem alle Unternehmensvertreter aus der Adressdatenbank in dieser Form befragt worden sind, werden die erhobenen Daten bereinigt und aufbereitet. Insbesondere müssen die Daten gruppiert, kategorisiert und codiert werden: Angaben zu Herkunft und Ziel der Güter können zu Regionen zusammengefasst werden. Nennungen zum Transportbehältnis und der Güterart werden nach einschlägigen Systematiken

kategorisiert und codiert. Für die Güterarten empfiehlt es sich, die Systematiken²⁷ NST „Nomenclature uniforme des marchandises pour les statistiques de transport“ in Verbindung mit CPA „Schaffung einer neuen statistischen Güterklassifikation“²⁸ zu verwenden, die besonders für das Transportwesen in der Europäischen Union konzipiert wurden, damit grenzüberschreitende Probleme in der Vergleichbarkeit vermieden werden können.

Nach erfolgter Aufbereitung und Codierung der Daten kann die eigentliche Analyse durchgeführt werden, die aus den gewonnenen Daten potentielle GVZ-Interessenten extrahieren soll.

Letztlich werden 15 bis 20 potentielle Interessenten für das GVZ extrahiert und gesondert untersucht. Es wird versucht, die gemachten Aussagen anhand von ggf. vorhandenen Umsatzzahlen, Betriebsflächen und -anlagen etc. und den sonstigen Anmerkungen der Befragten zu validieren.

Um genaue und belastbare Informationen zu einer möglichen Nutzung des GVZ oder einer Ansiedlung zu erhalten, werden mit Vertretern der potentiellen Interessenten vertiefende Interviews geführt.

2. Erhebungsschritt: Vertiefende, leitfadengestützte Interviews

Ziel der Interviews ist es, die möglichen Beweggründe für eine (Nicht-)Nutzung des GVZ und eine mögliche Ansiedlung zu erörtern. Insbesondere ist es in den Gesprächen möglich, spezifische Anforderungen der einzelnen Interessenten aber auch besondere Einstellungen und Verfahrensweisen in Deutschland, Polen und Tschechien zu erfahren, die für die mögliche Ausgestaltung des GVZ von Bedeutung sein könnten. (vgl. ausführlich zu qualitativen Interviews z.B. Lamnek 2006: 329ff)

Um die Auskunftsbereitschaft der zu interviewenden Unternehmensvertreter zu erhöhen, wird insbesondere in Polen und Tschechien durch vorhandene persönliche Netzwerke der durchführenden Institution ein „Kontakt von oben“ hergestellt. In den meisten Fällen ist es möglich, eine persönliche Beziehung über eine deutsche Planungsbehörde und den jeweiligen Bürgermeister oder Verantwortlichen für das jeweilige Gewerbegebiet zu etablieren. Dieses Vorgehen reduziert deutlich die Unsicherheit der zu Interviewenden, stellt Vertrauen her und führt zu deutlich belastbaren Ergebnissen.

27 siehe ausführlicher dazu z.B. das Statistische Bundesamt <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Verkehr/Gueterbefoerderung/Verzeichnisse,templateId=renderPrint.psml>

28 nach Verordnung (EG) Nr. 451/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.4.2008

Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragung

Die Gespräche werden in den Büros und Geschäftsräumen der Unternehmen durchgeführt, wodurch die Befragten in vertrauter Atmosphäre in der Regel auskunftsfreudiger sein werden. (vgl. Lamnek 2006: 353)

Die Interviews werden leitfadengestützt durchgeführt. Dieses Verfahren macht es möglich, im Vorfeld sehr viele typische Probleme grenzüberschreitender Befragungen zu vermeiden. Im Folgenden wird besonders auf die Herausforderungen der sprachlichen und kulturellen Äquivalenz eingegangen.

Vergleichbarkeit: Sprachliche und kulturelle Äquivalenz

Eine zentrale Herausforderung beim Design grenzüberschreitender Erhebungen ist das nötige Herstellen der sprachlichen und kulturellen Äquivalenz. Um vergleichbare Ergebnisse in unterschiedlichen Kulturkreisen zu erhalten, müssen die zu erhebenden Sachverhalte für alle Befragten eindeutig und unmissverständlich sein, gleich verstanden und gleich bewertet werden. (vgl. Smith 2003: 72)

Durch die offene Herangehensweise muss insbesondere der Interviewer direkt auf Äußerungen und ggf. missverstandene Fragen reagieren und Unsicherheiten beseitigen.

Gestaltung der Fragen

Das Erhebungsmaterial muss für jeden Kulturkreis, in dem die Befragung stattfindet, sprachlich eindeutig und vergleichbar sein, so dass unter ceteris paribus Bedingungen ein Befragter in allen Regionen die gleichen Antworten liefert.

Smith hebt hervor, dass Probleme selten durch mangelhafte Übersetzungen zustande kommen als vielmehr durch intrinsische Unterschiede sowohl in der Kultur als auch der dazugehörigen Sprache. (vgl. Smith 2003: 70)

Denkbar sind Fälle, in denen ein Sachverhalt in einer Sprache (und damit einem Kulturkreis) begrifflich deutlich stärker differenziert wird als in anderen Sprachen. So wird beispielsweise der englische Begriff *education* ins Spanische korrekt mit *educación* übersetzt, umfasst aber für die spanisch sprechenden Immigranten in den USA neben den auch uns geläufigen Inhalten zusätzlich soziale Werte wie Etikette, Anstand etc. (vgl. Smith 2003: 70f) Der deutsche Begriff „Netzwerk“ umfasst sowohl technische (z.B. Computernetzwerk) als auch soziale und institutionelle Netzwerke. Die direkte tschechische Übersetzung *sít* bezieht sich nur auf Computernetzwerke. Andere Netzwerke haben andere Begriffe oder müssen umschrieben werden.

Mitunter finden sich Fälle, in denen eine direkte Übersetzung eines Begriffes gar nicht möglich ist, weil es in der anderen Sprache kein Pendant gibt. Eine Lösung kann dann in der Umschreibung des fraglichen Begriffes liegen. (vgl. Smith 2003: 71)

Deutlich komplizierter wird es, wenn Begriffe für sich genommen in allen fraglichen Kulturen eindeutig sind, in bestimmten Kontexten aber mitunter etwas völlig anderes bedeuten. Solche Fälle sind nicht immer leicht zu erkennen und erfordern ein sehr behutsames und kontrollierendes Vorgehen bei der Erstellung des Erhebungsdesigns und insbesondere Aufmerksamkeit bei der Durchführung der Interviews.

Effekte im Antwortverhalten

Bereits bei der Konzeption der Erhebung müssen unterschiedliche Effekte im Antwortverhalten der Befragungsteilnehmer berücksichtigt werden. Diese Effekte treten auch in nationalen Erhebungen auf, sind jedoch gravierender, wenn sie mit dem Kulturkreis des Befragten korreliert sind. Smith spricht von „response effects“. (vgl. Smith 2003: 80ff)

- **Heikle Themen/unerwünschtes Verhalten:** Manche Themen können in bestimmten Ländern nicht/kaum angesprochen werden (soziale Tabus: die Gesellschaft unterscheidet mitunter sehr stark, welche Themen in Befragungen erhoben werden dürfen und welche nicht). Die Bereitschaft zu bestimmten Fragestellungen Auskunft zu geben ist mitunter sehr unterschiedlich ausgeprägt.
- **„Ja-sager“-bias:** In unterschiedlichen Kulturen neigen Befragte unterschiedlich stark dazu, dem Interviewer zuzustimmen und ihm das zu erzählen, was er vermeintlich hören will
- **Unterschiedliches Auswahlverhalten vorgegebener Kategorien:** In manchen Kulturen ist es eher üblich, moderate Einschätzungen abzugeben, in anderen werden extremere Aussagen bevorzugt. Ähnliche Unterschiede können beim Antwortverhalten bzgl. „weiß nicht“ bzw. Mittelkategorien beobachtet werden.
- **Die Reihenfolge der Fragen** (und damit der für die folgende Frage geschaffene Kontext) hat bereits bei nationalen Befragungen einen großen Einfluss, grenzüberschreitend wird er durch ein unterschiedliches Antwortverhalten noch relevanter.

Von zentraler Bedeutung in den Interviews ist die eindeutige Verwendung von Fachbegriffen aus der Verwaltungs- und Behördensprache, die in vielen Fällen umschrieben werden müssen, weil entsprechende Pendanten in den anderen Sprachen aufgrund unterschiedlicher nationaler Strukturen fehlen oder deutlich anders funktionieren. Ebenso müssen die Verwaltungsstruktur und -prozesse dem Interviewer bekannt sein und ggf. für den Befragten transformiert werden.

Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragung

Das fragliche GVZ soll in Deutschland liegen, weswegen deutsche Vorschriften, Gesetze sowie Verwaltungsabläufe relevant werden. Sobald der tschechische oder polnische Befragte Probleme bzgl. der Nutzung eines GVZ nennt, sollte der Interviewer schnell einschätzen könne, ob diese Probleme auch in Deutschland in der beschriebenen Form relevant sein könnten und ggf. nachfragen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass auf mögliche unterschiedliche Konnotationen Rücksicht genommen wird und diese Unterschiede in der nachfolgenden Analyse berücksichtigt werden. (vgl. u.a. „cultural bias“ bei Lynn et al. 2006: 17 und Smith 2003: 70f)

Die Erhebung muss in die jeweiligen aktuellen nationalen Diskurse und Themen eingeordnet werden. Wenn in der jeweiligen (nationalen) Öffentlichkeit ein bestimmtes (politisches) Thema sehr ausführlich diskutiert wird (während das im Nachbarland gerade nicht der Fall ist), wird ein Befragter im erstgenannten Land auf die fragliche Problematik eingehen, wenn sie ihn in irgendeiner Weise betrifft, während Befragte im anderen Land das Thema völlig ausblenden. Diese Effekte sind zeitabhängig: Nach Abflauen der Diskussion bestimmen andere Themen die öffentliche Diskussion. Würde die Befragung dann stattfinden, führte sie mitunter zu anderen Ergebnissen. (vgl. z.B. Smith 2003: 71)

4 Fazit

Die skizzierte Vorgehensweise zeigt die vielfältigen Herausforderungen grenzüberschreitender empirischer Sozialforschung auf. Diese reichen von scheinbar trivialen Vergleichen von Ziffern bis hin zu komplexen linguistischen Problemen und der fehlenden Eindeutigkeit von Begriffen in unterschiedlichen (kulturellen) Kontexten. Nicht zuletzt bereitet im vorgestellten Forschungsfeld auch die Dominanz planungsrechtlicher Begriffe Probleme.

Grenzüberschreitende Sozialforschung muss sich sehr stark an den jeweiligen Rahmenbedingungen orientieren und auf die jeweiligen (möglichen) Probleme eingehen. Die Rahmenbedingungen umfassen die Staaten oder Kulturkreise, in denen die Untersuchung stattfinden soll, die Thematik mit ihren ganz speziellen Fragestellungen sowie verfügbare Ressourcen zur Durchführung der Erhebung. Im vorliegenden Fall kam die kaum verwertbare erste Erhebung erschwerend hinzu und hat die Auswahl der Erhebungsmethoden und -instrumente weiter verkompliziert.

Die befragenden Wissenschaftler sollten die zusätzliche Ebene der Befragung ständig als zusätzlichen Parameter und abschließend als zusätzliche unabhängige Variable berücksichtigen und den Ablauf der Untersuchung daran anpassen. Des Weiteren

sind ausreichende Pretests durchzuführen, die viele Hürden und Stolperfallen bereits im Vorfeld der Untersuchung eliminieren können.

Quellen

- Beckman, K. J. (Hg.) (2004): Unveröffentlichtes Skript zur Lehrveranstaltung "Methodik der Verkehrsplanung". Institut für Stadtbauwesen, RWTH Aachen. Aachen.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2007): Abschätzung der langfristigen Entwicklung des Güterverkehrs bis 2050. Schlussbericht. Bearbeitet von ProgTrans, Basel. Unter Mitarbeit von Lutz Ickert, Ulrike Matthes und Stefan Rommerskirchen et al. Basel.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (Hg.) (2003): Entwicklung grenzüberschreitender integrierter Gesamtverkehrssysteme (GIG) am Beispiel der Städte Görlitz/Zgorzelec und Frankfurt (Oder)/Slubice. Projektbeschreibung. Potsdam. Online verfügbar unter http://www.forum-grenzstaedte.net/de/files/Projektbeschreibung_de.pdf, zuletzt geprüft am 09.03.2007.
- Harkness, Janet A.; Mohler, Peter Ph.; van de Vijver, Fons J. R. (2003): Comparative Research. In: Harkness, Janet A.; van de Vijver, Fons J. R.; Mohler, Peter Ph. (Hg.): Cross-cultural survey methods. Hoboken, NJ: Wiley-Interscience, S. 3-16.
- Johnson, Timothy P. (2006): Approaches to Equivalence in Cross-Cultural and Cross-National Survey Research. In: Harkness, J. (Hg.): ZUMA-Nachrichten Spezial Volume 3. Cross-Cultural Survey Equivalence. Mannheim, S. 1-40.
- Kleiner, Brian; Pan, Yuling (2006): Cross-Cultural Communication and the Telephone Survey Interview. In: Harkness, Janet A. (Hg.): ZUMA-Nachrichten Spezial Volume 12. Conducting Cross-National and Cross-Cultural Surveys. Papers from the 2005 Meeting of the International Workshop on Comparative Survey Design and Implementation (CSDI). ZUMA. Mannheim, S. 81-90.
- Kurnol, Jens; Schmidt, Hans-Jürgen (2007): Grenzüberschreitende Raumentwicklung zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik. Přeshraniční územní rozvoj: spolupráce mezi Německem a Českou Republikou. Herausgegeben

Besondere Herausforderungen grenzüberschreitender Befragung

von Bundesministerium für Verkehr Bau und Stadtentwicklung und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Bonn. (Forschungen, 122).

- Lamnek, Siegfried (2006): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4., vollst. überarb. Aufl., [Nachdr.]. Weinheim: Beltz PVU.
- Lutter, Horst (Hg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Bonn.
- Lynn, Peter; Japac, Lilli; Lyberg, Lars (2006): What's so special about crossnational surveys. In: Harkness, Janet A. (Hg.): ZUMA-Nachrichten Spezial Volume 12. Conducting Cross-National and Cross-Cultural Surveys. Papers from the 2005 Meeting of the International Workshop on Comparative Survey Design and Implementation (CSDI). ZUMA. Mannheim, S. 7-20.
- Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hg.) (o.J.): Paneuropäische Verkehrskorridore. Online verfügbar unter http://www.smwa.sachsen.de/de/Verkehr/Grenzueberschreitender_Verkehr/Paneuropaeische_Verkehrskorridore/16975.html, zuletzt aktualisiert am 06.07.2009, zuletzt geprüft am 06.07.2009.
- Schnell, Rainer (2005): Methoden der empirischen Sozialforschung. 7., vollst. überarb. und erw. Aufl. München, Wien: Oldenbourg.
- Smith, Tom W. (2003): Developing Comparable Questions In Cross-National Surveys. In: Harkness, Janet A.; van de Vijver, Fons J. R.; Mohler, Peter Ph. (Hg.): Cross-cultural survey methods. Hoboken, NJ: Wiley-Interscience, S. 69-91.

Geographie und Naturschutz

Ergebnisse aus Studien in subtropischen und tropischen Wäldern

Klaus Müller-Hohenstein

Einführung

Seit geraumer Zeit werden in der geographischen Literatur integrative Forschungsansätze diskutiert (Müller-Mahn D. & U. Wardenga 2005) und erfolgversprechende Versuche auch vorgestellt (z.B. Bohle H.-G. 2005, Müller-Mahn D. 2005).

Dennoch hat es den Anschein, als würden komplexe, disziplinübergreifende Themen, die einer integrativen und interdisziplinären (nicht multidisziplinären) Zusammenarbeit bedürfen, nur selten bearbeitet. Abgesehen davon, dass hier dringend benötigte Lösungen für Fragen der Entwicklung und Bewahrung von Gesellschaft und Umwelt fehlen, wird auch eine große Chance für unser Fach vertan.

Im Folgenden soll an einem weiteren integrativen Ansatz erläutert werden, wie dringend erforderlich die Zusammenarbeit von sozial- und naturwissenschaftlich arbeitenden Geographen sein kann und warum diese so schwierig ist. Es geht um den Schutz von tropischen und subtropischen Wäldern. Trotz der Einrichtung zahlreicher Nationalparks und anderer Schutzgebiete schreiten Degradierung und komplette Zerstörung von Wäldern in diesen Räumen nahezu ungebremst voran. Woran liegt dies?

Dass dies im konkreten Fall stets auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist, soll hier gezeigt werden. Die folgenden Ergebnisse beruhen auf floristischen und faunistischen Erhebungen einerseits sowie Einzelbeobachtungen und Gesprächen mit Betroffenen zur aktuellen Situation in mehreren südamerikanischen, afrikanischen und südasiatischen Schutzgebieten andererseits. In einem Fall eines zu planenden Schutzgebiets in südäthiopischen Gebirgswäldern wurden umfangreiche, detaillierte Einzel- und Gruppeninterviews mit allen Interessentengruppen von der Ministerebene bis zu den Familien der lokalen Bevölkerung durchgeführt. Bei diesen Interviews wurde nach dem Vorschlag eines RRA (Rapid Rural Appraisal nach Schönhuth & Kievelitz 1994) vorgegangen. Diskutiert wurden die wichtigsten Fragen, die für die Erarbeitung eines wissenschaftlich begründeten Schutzkonzepts beantwortet werden müssen.

Grundlegende Überlegungen und Schritte zur Erarbeitung eines Schutzkonzepts auf wissenschaftlicher Grundlage

Zwei übergeordnete Fragen stehen hier im Mittelpunkt. Die erste lautet:

„Was muß geschützt werden?“

Zunächst ist festzustellen, ob es überhaupt nötig ist, den ausgewählten Wald und seine Lebensgemeinschaft zu schützen. Es ist zu klären, ob es noch vergleichbare Wälder gibt, ob in diesen Wäldern das Überleben von Pflanzen- und Tierarten gefährdet ist, auch ob er in nationale oder internationale Schutzkategorien eingeordnet werden kann. Schon diese Fragen werden überwiegend von naturwissenschaftlich arbeitenden Geographen, also z.B. ökologisch orientierten Pflanzen- und Tiergeographen, beantwortet werden müssen. Weitere Disziplinen der Physischen Geographie sind gefordert, wenn es um die inhaltliche Kennzeichnung und räumliche Abgrenzung eines potentiellen Schutzgebiets und seiner geoökologischen Grundlagen geht. Es müssen Arten- und Gesellschaftsinventare erstellt werden, was oft schon für Pflanzen schwierig ist, für viele Tiergruppen zur Zeit noch unmöglich. Hier ist oft die Zusammenarbeit mit Spezialisten aus der Biologie unerlässlich. Der gegenwärtige Status der Wälder ist festzuhalten, also etwa ihr Störungsgrad und die Möglichkeiten einer Regeneration. Letzteres schließt auch Kenntnisse zu wichtigen Pflanze-Tier-Beziehungen mit ein. Biozönotische Konnexe, nach Möglichkeit die gesamte Lebensgemeinschaft, müssen in eine Beurteilung mit einbezogen werden. Letztlich gehören zu den zu erhebenden Grundlagen auch Daten zum Standort, zu den Böden und wenn vorhanden, klimatische Kenngrößen. Bereits bei der Behandlung dieser ersten übergreifenden Frage wird deutlich, dass eine enge Zusammenarbeit zahlreicher Spezialisten erforderlich ist.

Die zweite Frage lautet:

„Wer muß schützen?“

Allein über eine an Naturschutzziele ausgerichtete Inventarisierung und möglicherweise existierende gesetzliche Verordnungen bis hin zu internationalen Vereinbarungen läßt sich ein funktionierender Schutz nicht erreichen. Jetzt gilt es zu klären, wer für die Umsetzung von Schutzmaßnahmen verantwortlich ist und wie diese realisiert wird. Diese zweite übergreifende Frage muss in erster Linie von Kollegen aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften beantwortet werden. Häufig sind auf nationaler Ebene gesetzliche Grundlagen geschaffen worden, es fehlt aber an Durchfüh-

Geographie und Naturschutz

rungsbestimmungen, Fachkräften und finanziellen Mitteln. Die regionalen und lokalen Ebenen, die letztlich für konkrete Schutzmaßnahmen zuständig sind, kennen oder respektieren die von nationalen Regierungen verabschiedeten Gesetze und Anordnungen oft nicht. Vor allem die lokale Bevölkerung, die in der Regel auf die Ressourcen geplanter oder bestehender Schutzgebiete angewiesen sind und diese seit Generationen gewohnheitsrechtlich nutzen, kann sich ohne Kompensation nicht an Verordnungen halten.

„Kompensation“ ist ein erstes wichtiges Stichwort in diesem Kontext. Der lokalen Bevölkerung gehen stets Ressourcen verloren, unabhängig davon, ob die Nutzung legal oder illegal war. Auf jeden Fall muß es weiterhin möglich sein, die lokalen Bedürfnisse an Brennholz, Holz für Hausbau, landwirtschaftlichen Geräten und Kleinmöbeln sowie an Pflanzen für medizinische Zwecke zu befriedigen. Die Rechtslage, Nutzung und Landbesitz betreffend, ist in vielen Fällen unsicher und den direkt Betroffenen auch nicht im einzelnen bekannt. Ohnehin wird die bestehende Landverteilung oft als nicht gerecht empfunden. Neue, von „oben“ getroffene und zu Einbußen führende Entscheidungen werden als ungerecht angesehen und bei meist mangelhafter Kontrolle auch nicht respektiert. Sozio-ökonomisch und politisch begründete Fragen sind hier zu klären.

Kompensation kann auf zweierlei Weise erreicht werden. Zum einen ist zu prüfen, ob die aktuelle Ressourcennutzung nicht verbessert werden kann, etwa durch eine Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Nutzung (z.B. besseres Saatgut, Kulturpflanzen mit höheren Erträgen, ertragreichere Tierrassen, agrotechnische Verbesserungen unter Beachtung der Nachhaltigkeit). Zu testen sind auch Anbausysteme, die anderenorts erfolgreich, aber im betroffenen Raum noch nicht bekannt sind (z.B. Tests von agroforstlichen Elementen, Einführung von Terrassenanbau, gegebenenfalls Nutzung eines nicht ausgeschöpften Bewässerungspotentials). Infrastrukturelle Verbesserungen, welche den leichteren Zugang zu Märkten erlauben, sind zu berücksichtigen.

Zum anderen ist auch an Möglichkeiten alternativer Einkommen zu denken, die bisher nicht genutzt wurden. Sie können eventuell durch wohlüberlegte touristische Angebote erreicht werden, gerade im Zusammenhang mit aufgrund ihrer Fauna und Flora attraktiven Schutzgebieten. Eine Kombination von Natur- und Kulturtourismus kann in vielen Fällen erwogen werden, wobei auf soziale Verträglichkeit zu achten ist und zumindest ein Teil der Einkünfte zur Erhaltung des Schutzgebiets investiert werden sollte. Das lokale Handwerk kann mitunter zusätzliche Einkommen ermöglichen. In jüngerer Zeit haben sich in vielen Fällen Angebote von Mikrokrediten

für die lokale Bevölkerung und die Einbindung in Einrichtungen des „fairen Handels“ als nützliche Instrumente erwiesen.

Eine unerläßliche Voraussetzung für diese zu prüfenden Maßnahmen ist die aktive, gleichberechtigte Teilnahme der direkt betroffenen lokalen Bevölkerung. „Partizipation“ ist somit ein zweites wichtiges Stichwort. Aus vielen Studien zur Erhaltung tropischer Wälder ist bekannt, daß aufgrund fehlender Kommunikation unter allen Beteiligten und insbesondere der Nichtbeachtung der direkt betroffenen örtlichen Bevölkerungsgruppen Konflikte entstanden oder verstärkt wurden. Diese Konflikte betreffen vor allem zwei wichtige Aspekte: zum einen die Abgrenzung der zu schützenden Gebiete und zum anderen die damit verbundenen Nutzungseinschränkungen bzw. die noch mögliche Nutzung. Akzeptable Lösungen solcher Konflikte können nach unseren Erfahrungen nur in angemessenen Übereinkünften eines „access and benefit sharing“ liegen, was zwar seit langem gefordert aber selten praktiziert wird. Zu denken ist auch an eine Übertragung von Besitztiteln an Flächen bei gleichzeitigen Auflagen für Schutzmaßnahmen. Hierdurch kann Verantwortung für die Erhaltung des Schutzgebiets erreicht werden. Direkter Besitz ist offensichtlich eine besonders starke Motivation nicht nur für Schutzbemühungen sondern auch für die Anwendung schonender und nachhaltiger Nutzungsformen.

Allerdings sind Verhandlungen unter Partnern, die einen gleichberechtigten Dialog bisher kaum kannten, sehr schwierig. Selbst die gewählten Vertreter der lokalen Bevölkerung sind allein aufgrund der mangelhaften Bildungsmöglichkeiten auf dem Land den zugeordneten Partnern aus der Stadt in Argumentation und Rhetorik unterlegen. Die Vertreter staatlicher Institutionen befürchten bei jedem erzielten Kompromiß einen „Machtverlust“. Bei allen uns bekannten einschlägigen Bemühungen wird in diesen Verhandlungen auch klar, daß ganz unterschiedliche wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte zu beachten sind, ganz dringend auch hier eine Zusammenarbeit erforderlich ist, wobei sich leider immer wieder potentielle Partner gegenüberstehen, die sich nicht verstehen können oder wollen. So scheitert die Einrichtung von Schutzgebieten bereits in der konzeptionellen Phase.

Wesentliche Bausteine eines Schutzkonzepts

Zielvorstellungen und Schwerpunkte im Naturschutz haben sich in der jüngeren Vergangenheit mehrfach verändert. Trotz vieler Argumente für neue Formen zwischen Arten- und Prozeßschutz ist in den hier fokussierten Räumen der möglichst umfassende Schutz von Lebensgemeinschaften in ihren Lebensräumen, also der Schutz

Geographie und Naturschutz

kompletter Ökosysteme, das höchste anzustrebende Ziel. Erreicht werden kann ein solches Ziel nur durch Maßnahmen, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen akzeptiert und umgesetzt werden können. Modelle, die einen solchen Schutz zumindest theoretisch versprechen, sind auf Zonen unterschiedlicher Nutzung sowie auf solche mit vollständigem Ausschluß jeglicher Nutzung oder anderer Beeinflussung gegründet. Ein solches Zonenkonzept kann man mit Amend & Amend 2000 als ein „ecological-economic-zoning“ bezeichnen.

Diese Konzepte wurden in erster Linie in europäischen Ländern entwickelt und umgesetzt, doch sind sie in allen Räumen, deren lokale Bevölkerung auf die land- und forstwirtschaftliche Nutzung angewiesen ist, erfolgversprechend. Da bei der räumlichen Abgrenzung und inhaltlichen Definition eines solchen mehrzonigen Schutzgebiets die betroffene Bevölkerung jedoch meist nicht ausreichend informiert, geschweige denn bei den Planungsdiskussionen beteiligt wurde, ist eine erfolgreiche Umsetzung mit strikter Einhaltung formulierter Ziele bisher kaum gelungen.

Bei den Überlegungen zur Gestaltung eines Zonenkonzepts sind natürlich auch von Wissenschaftlern erarbeitete Ergebnisse der Grundlagenforschung zu berücksichtigen. Bei der Frage nach der erforderlichen Mindestgröße eines Schutzgebiets wurde u.a. diskutiert, ob gegebenenfalls mehrere kleine, inhaltlich und funktional identische Gebiete ebenso gut gewählt werden können wie ein größeres. Diese SLOSS-Diskussion (single large or several small) ist in vielen Fällen wichtiger theoretischer Hintergrund, spielt aber mangels Wahlmöglichkeit praktisch kaum eine Rolle. Gleiches gilt für die MVP-Diskussion (minimum viable population size). In dieser geht es um die Mindestzahl an fortpflanzungsfähigen Individuen einer zu schützenden Art, durch welche der Fortbestand dieser Art unter den gegebenen Verhältnissen gesichert erscheint. Diese Mindestzahl ist für viele Individuen nicht bekannt. In der Praxis spielen aber solche Daten kaum eine Rolle, entscheidend sind nationale und lokale politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

In allen uns bekannten konkreten Fällen erscheint ein vierzoniges Konzept, welches inhaltlich den besonderen örtlichen und regionalen Verhältnissen angepaßt werden muß, als besonders aussichtsreich. Eine erste Zone, die Kernzone, ist von bis zu drei Pufferzonen umgeben. Diese Zone, ausgewiesen durch vegetationskundliche und faunistische Erhebungen bzw. vorliegende Daten, enthält besonders naturnahe, d.h. wenig gestörte Waldbestände. Sie ist der Bereich absoluten Schutzes. Hier dürfen allenfalls wissenschaftliche Untersuchungen, etwa zur Regeneration der Bestände oder zur Ökophysiologie einzelner Arten, vorgenommen werden. Alle störenden

Einflüsse sind streng untersagt. Der Schutz ist in erster Linie durch die lokale Bevölkerung zu gewährleisten.

In einer ersten Pufferzone sind noch keine Siedlungen erlaubt, ebenso keine landwirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere keine die natürliche Sukzession störende Beweidung. In den hier stärker degradierten Wäldern können aber Formen nachhaltiger Waldwirtschaft entwickelt und getestet werden. Dabei geht es insbesondere um autochthone Baumarten, Anreicherungsversuche und weitere angepasste waldbauliche Maßnahmen. In der zweiten Pufferzone mit traditionellen ländlichen Siedlungen sollte Raum für agroökologische Experimente sein. Hier ist die Einführung bewährter agroforstlicher Elemente, die eine höhere Produktionsvielfalt und -sicherheit versprechen, zu prüfen. Die Tierhaltung kann möglicherweise ebenso intensiviert werden wie der Anbau in den fast in allen ländlichen Siedlungen der Tropen zu findenden Hausgärten. In der dritten Pufferzone werden gegenwärtig oft schon relativ extensive Formen der Landwirtschaft betrieben und Forstplantagen mit überwiegend schnellwüchsigen exotischen Baumarten angelegt. Hier können über bessere Saatgutauswahl, produktivere Tierrassen und ein angepasstes Weidemanagement Verbesserungen erreicht werden. Vor allem sind aber die Holzplantagen geeignet, die durch Verbote bedingten Nutzungseinbußen aus den Naturwäldern zu kompensieren und sogar für bescheidene monetäre Einkommen zu sorgen.

Ein Ergebnis solcher Erhebungen und Überlegungen muß eine detaillierte, kommentierte Karte des gewählten Schutzgebiets mit seinen Pufferzonen sein. Diese Karte und die damit geplante Umsetzung muß vor allem in ihren vorgegebenen Begrenzungen und geplanten inhaltlichen Gestaltungen von allen Betroffenen, im Regelfall also von allen zuständigen nationalen, regionalen und lokalen Behörden, allen möglicherweise vertretenen land- und holzwirtschaftlichen Unternehmen und insbesondere von allen lokalen Bevölkerungsgruppen und ihren gewählten Vertretern akzeptiert werden.

Dieser knappe Entwurf macht nochmals deutlich, wie viele Disziplinen bei der Entwicklung eines so komplexen Konzepts erforderlich sind, daß die Vertreter dieser Disziplinen eng zusammenarbeiten müssen und daß eine erfolgreiche Umsetzung entscheidend von der Mitsprache und Akzeptanz der unmittelbar betroffenen Bevölkerung abhängt.

Konsequenzen für die Geographie

Interdisziplinäre Zusammenarbeit wird gegenwärtig gern als mit entscheidende, eine Förderung erst ermöglichende Voraussetzung für Forschergruppen gefordert und von diesen auch in Absichtserklärungen formuliert. Die bisherigen Ergebnisse zeigen aber oft nur wenig kompatible, nicht aufeinander abgestimmte und zusammengeführte Ergebnisse multidisziplinärer Teams. Dabei wird anscheinend diese Forderung nach echter Interdisziplinarität noch eher von Sozial- als von Naturwissenschaftlern erhoben. Besonders klar wurde sie von Drenth (2008, S.39) formuliert: *Disciplines vary in content, issues and methods. But there are also quite some common objectives, interests and concerns, the most important of which may be the common goal of searching for testable truth with objective and independent evidence. The communalities render it possible, or even imperative, to communicate and to cooperate. The diversity implies complementarity and calls for interdisciplinarity in the study of today's numerous and complex phenomena in science and society*. Naturwissenschaftler scheinen in vielen Fällen zur auch hier geforderten Zusammenarbeit durchaus bereit zu sein, allerdings beschränkt sich dabei das Verständnis von Wissenschaft allzu oft nur auf die naturwissenschaftlichen Disziplinen. Nur „science“ im angloamerikanischen Sinn von Naturwissenschaft ist Wissenschaft. Erfolgreiches Teamwork kann aber auch bedeuten, daß die beteiligten Kollegen ihre eigenen speziellen Interessen dem Erreichen des gemeinsamen Ziels unterordnen.

Wie einleitend schon angeführt haben besonders Sozialgeographen in der jüngeren Vergangenheit wiederholt eine sogenannte „Schnittstellenforschung“ diskutiert und an konkreten Fällen exemplifiziert. Für eine solche „Integrationsthematik“ ist die Naturschutzproblematik, insbesondere in der „Dritten Welt“, ein solcher Forschungsbereich. Hier liegen nach unserer Einschätzung große Chancen, Antworten auf Fragen zu finden, warum eine Zusammenarbeit von Natur- und Sozialwissenschaftlern so schwierig ist und wo die Schnittstellen liegen, deren Fokussierung diese Schwierigkeiten überbrücken hilft. Hier müssen Hürden, die gegenseitiges Verständnis verhindern, abgebaut und theoretische Konzepte und praktische Arbeitsanleitungen gefunden werden.

Gerade in der Geographie, unter deren Dach sich Kollegen mit sowohl natur- als auch sozialwissenschaftlichen Schwerpunkten ihrer Arbeiten und Interessen befinden, sollte es besonders gut möglich sein, kompetente Teams für die Erarbeitung von Schutzkonzepten zusammenzustellen. Fachlich spezialisierte Geographen haben wiederholt nachgewiesen, daß sie in Fragen des Natur- und Umweltschutzes durchaus

mit den Spezialisten aus anderen Fachbereichen mithalten können. Darüber hinaus berücksichtigen Geographen mehr als andere Disziplinen wichtige räumliche Aspekte: Distanzen, Muster, Abgrenzungen, Maßstäbe. Sie haben seit geraumer Zeit erkannt, daß eine vollständige, alle funktionalen Verknüpfungen berücksichtigende Ökosystemanalyse, die auch menschliches Handeln und seine Konsequenzen mit einschließt, nicht erreicht werden kann. Das für ein Naturschutzkonzept erforderliche Verständnis entscheidender ökosystemarer Zusammenhänge ist in der Geographie jedoch oft belegt worden.

Die natur- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen und ihre Vertreter in der Geographie haben sich jedoch in den letzten Jahrzehnten immer weiter „auseinandergelebt“. Es wird beklagt, daß man nicht mehr dieselbe Sprache spricht. Dabei gibt es wenigstens einen Lösungsvorschlag der einen gangbaren Weg aufzeigt. Es handelt sich um das „Drei-Säulen-Modell“ von Weichhardt (2005), in welchem als Bindeglied zwischen der Physiogeographie und der Humangeographie als Plattform für interdisziplinäres Arbeiten an komplexen Integrationsthemen die „Gesellschaft-Umwelt-Forschung“ positioniert ist.

Es scheint aber nicht nur Berührungspunkte zwischen Natur- und Sozialwissenschaftlern zu geben sondern auch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern. Erstere liefern oft Ergebnisse, die ein daran interessierter Praktiker kaum verstehen kann. Letztere wagen nur selten, Wissenschaftler um Rat zu fragen. Gerade bei Mitarbeitern großer Entwicklungshilfeorganisationen scheint man manchmal sogar bewußt Wissenschaftlern aus dem Weg zu gehen. Es ist in diesem Zusammenhang sehr bedauerlich, daß das so erfolgreiche tropenökologische Begleitprogramm der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) eingestellt wurde.

Das oft spürbare Spannungsfeld zwischen akademischem Anspruch und Praxisrelevanz muß aufgelöst werden. Wissenschaftler sollten in der Lage sein Vorschläge für Problemlösungen zu machen, die in der Praxis auch umgesetzt werden können. Allerdings ist die erforderliche Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern keine Einbahnstraße. Auch die in Projekten längerfristig vor Ort arbeitenden Partner in der Entwicklungszusammenarbeit müssen mit ihren Fragen an die Wissenschaftler herantreten. Bisher sind jedenfalls sowohl von der Wissenschaft als auch von der Praxis die dringenden Probleme des Naturschutzes in der dritten Welt nicht ausreichend wahrgenommen und gute Chancen verpasst worden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat auf der Vertragsstaatenkonferenz im Mai 2008 in Bonn angekündigt, zunächst bis 2012 weitere 500 Mio Euro und dann im folgenden pro Jahr 500 Mio Euro für den Schutz der Biodiversität (und damit auch den Natur-

Geographie und Naturschutz

schutz) zur Verfügung zu stellen. Hoffentlich zeigt der Einsatz dieser Beträge bald die dringend benötigten Erfolge bevor es zu spät ist.

Dank

Von unschätzbarem Wert war bei den Arbeiten in Äthiopien die wissenschaftliche und sprachliche Unterstützung meines äthiopischen Kollegen und Freundes Dr. Asferachew Abate. Wir danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die einen Teil unserer Arbeiten in Äthiopien gefördert hat, ebenso wie den äthiopischen und deutschen Kollegen im Munessa-Shashemene-Projekt für anregende Diskussionen. Unser besonderer Dank gilt der Bevölkerung im Arbeitsgebiet, die uns stets freundlich unterstützt hat und die wie wir auf baldige Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage in und in der Umgebung eines Schutzgebiets in ihren Wäldern wartet.

Auswahl wichtiger Quellen

Grundlegende Daten und Erkenntnisse zu den hier vorgelegten Ergebnissen stammen aus eigenen Anschauungen und Studien aus Nationalparks in Südamerika (Ecuador: Podocarpus; Chile: Villarica; Argentinien: Nahuel Huapi), Indonesien (Sulawesi: Lore-Lindu) und Afrika (Marokko: Sousse-Massa, Tazzeka; Tunesien: Bou Hedma; Kenia: Tsavo-West, Shimba Hills; Tansania: Kilimandjaro, Tarangire; Äthiopien: Nechsar, Abiata-Shala, Awash). Besonders umfangreiche Daten liegen von Geländearbeiten und Interviews der eigenen Arbeitsgruppe über bestehende und ein zu planendes Schutzgebiet in Äthiopien vor.

Wichtige Arbeiten zu Teilaspekten des Naturschutzes in der Dritten Welt sind in einem von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und dem Bundesamt für Naturschutz (BFN) herausgegebenen Band enthalten: Naturschutz in Entwicklungsländern. Neue Ansätze für den Erhalt der biologischen Vielfalt (2000). Max Kasperek Verlag, Heidelberg. Zu nennen sind hier insbesondere

Amend T. & S. Amend : Zonierung von Schutzgebieten. S. 95-104.

Hagmann J. & T. Amend : Partizipative Ansätze in Naturschutz und Entwicklung. S.221-228.

Stadler J. : Schutzgebiete: Anforderungen und Typisierung. S. 81-86.

Klaus Müller-Hohenstein

Weitere Planungsgrundlagen finden sich in Veröffentlichungen des IUCN (1997) Draft Guidelines for National Systems Planning for Protected Areas und IUCN (2008) Community Conserved Areas: a Bold New Frontier for Conservation. Gland.

Von geographischer Seite ist ein von Müller-Mahn D. & U. Wardenga 2005 herausgegebener Band von besonderer Bedeutung: Möglichkeiten und Grenzen integrativer Forschungsansätze in Physischer Geographie und Humangeographie. Forum ifl 2. Enthalten sind hier u.a.

Bohle H.-G.: Umwelt und Gesundheit als geographisches Integrationsthema, S. 55-67.

Müller-Mahn D.: Von „Naturkatastrophen“ zu „Complex Emergencies“ – Die Entwicklung integrativer Forschungsansätze im Dialog mit der Praxis. S. 69-77.

Weichhardt P.: Auf der Suche nach der „dritten Säule“. Gibt es Wege von der Rhetorik zur Pragmatik? S. 109-136.

Aus naturwissenschaftlicher Sicht sind folgende Beiträge grundlegend:

Shafer C. L. (1990): Nature Reserves. Island Theory and Conservation Practice. Smithsonian Institution Press. Washington DC

Shaffer M. L. (1981): Minimum Population Sizes for Species Conservation. Bioscience 31 : 131-134.

Simberloff D. S. (1982): Refuge Design and Island Biogeographic Theory. Effects of Fragmentation. The American Naturalist 120 : 41-50.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht ist von besonderer Bedeutung:

Drenth P. J. D. (2008): Social Sciences: Truthful or Useful? European Review 16: 39-53

Aus der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit sind zu nennen:

Richter W. v.: Problems and Limitations of Nature Conservation in Developing Countries. A Case Study in Zaire (S. 185-193) und

Vollmer U.: Protection of Tropical Ecosystems in Bilateral Development Cooperation (S. 177-184)

beide in: Proc. International and Interdisciplinary Symp „Tropical Ecosystems“ (eds. W. Erdelen, N. Ishwaran, P. Müller), 1991, Saarbrücken.

Geographie und Naturschutz

Schönhuth M. & U. Kievelitz (1994): Participatory Learning Approaches – Rapid Rural Appraisal, Participatory Appraisal – an Introductory Guide. Roßdorf (Schriftenreihe der GTZ 248).

Aus eigenen Arbeiten wurden Daten und Ergebnisse entnommen:

Müller-Hohenstein K. (1987): Geographie im Dienste der Dritten Welt. Verh. Dt. Geographentag Stuttgart, 45: 37-47.

Müller-Hohenstein K. & Asferachew Abate (2004): Rain Forest Margins and their Dynamics in South-East Ethiopia. In: Gerold G. et al (eds.): Land Use, Nature Conservation and Stability of Rain Forest margins in South-East Asia. Berlin, Springer, 217-238.

Erweiterung und Vertiefung: Auswege aus dem Zielkonflikt

Beate Neuss

1. Wie weiter mit Vertiefungen – und Erweiterungen?

Peter Jurczek hat in den letzten Jahrzehnten die Erforschung von europäischen Grenzregionen zum Kern seiner Arbeit gemacht. Besonders interessierte ihn der oft zögerliche Prozess der Annäherung der Regionen auf beiden Seiten der Grenze und die Auswirkungen der EU-Programme auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in den Grenzbereichen. Die Europäische Union sorgte dafür, dass es ihm an „frischen“ Themen nicht mangelte. Im Jahr 1995 traten Österreich, Schweden und Finnland bei, 2004 die Tschechische und Slowakische Republik, Polen, Ungarn, die baltischen Staaten und schließlich 2007 Rumänien und Bulgarien.

Die Untersuchung der Grenzgebiete dieser Regionen bietet noch Stoff für mehr als ein Jahrzehnt Gelehrtenätigkeit – aber ob in überschaubarer Zeit noch neue Staaten der Europäischen Union als Vollmitglieder beitreten werden, ist weniger gewiss. In Frankreich muss seit 2007 jeder Beitritt zur EU in einem Referendum für gut befunden werden. Gar manche potentiellen Mitglieder auf dem Balkan oder auch die Türkei bringen aus Sicht der Mitgliedstaaten Hypothesen im politischen oder wirtschaftlichen Bereich mit sich. Das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichtshofes zum Begleitgesetz des Lissabonner Vertrages²⁹ engt die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung ein, weil das Gericht seine eigenen Kontrollbefugnisse betont. Mehr aber noch stehen die Forderungen der CSU, im neuen Begleitgesetz die Verhandlungen in Brüssel an Weisungen des Bundestages und des Bundesrates zu binden, der Erweiterung und Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses entgegen.³⁰ Es scheint, dass zwei Jahrzehnte nach der Wiederherstellung der nationalen Einheit die Logik der europäischen Integration, wie von einigen Partnern 1989/90 befürchtet, hinter der nationalen Selbstbehauptung zurück steht – wiewohl diese im 21. Jahrhundert unter den Bedingungen der Globalisierung nur noch im Rahmen einer dynamischen europäischen Politik erreicht werden kann. Es mag als Paradoxon erscheinen, gilt aber für kleine und große Staaten in Europa gleichermaßen.

²⁹ Urteil des 2. Senates vom 30. Juni 2009, BVerfG, 2 BvE 2/08.

³⁰ CSU beharrt auf ihren europapolitischen Positionen, www.faz.net, 19.7.09.

Die Frage, „Wie weiter mit Europa?“, hat also nicht nur durch das Scheitern des irischen Referendums wieder zu einer heftigen Debatte in der Öffentlichkeit geführt. In Anbetracht der bisherigen Entwicklung des Erweiterungs- und Vertiefungsprozesses stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen beide Bestrebungen noch vorangetrieben werden können. Die Erfahrung zeigt, dass wohl nur differenzierte Formen der Mitgliedschaft und eine differenzierte Verbindung, z.B. in einer „privilegierten Partnerschaft“ (CDU/CSU) oder „modulisierten Mitgliedschaft“ (Auswärtiges Amt) weitere Mitglieder und weitere Vertiefung ermöglichen. Neu sind Überlegungen zur Flexibilisierung der Mitgliedschaft nicht.

Es ist daher an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen, welche Formen von Kerneuropa oder differenzierter Integration bereits praktiziert werden, welcher Nutzen für die Integration zu verzeichnen ist und ob veränderte Integrationsformen auch in Hinblick auf neue Herausforderungen oder Erweiterungen hilfreich sein könnten.

Der Begriff Kerneuropa ist fest mit Wolfgang Schäuble und Karl Lamers verbunden, die diesen Begriff 1994 prägten. Es ist vergessen, dass Kerneuropa am Beginn des Integrationsprozesses überhaupt stand! Es war eine Gruppe von Staaten, die sich 1950 aus der Fruchtlosigkeit der Verfassungsdiskussion seit 1947 in der Europa-Bewegung und seit 1949 im Europarat löste, um über die schwache Kooperation der Staaten im Europarat hinauszukommen, mit der die Herausforderungen nicht zu meistern waren.³¹ Die sechs Gründerstaaten der EGKS und später von EWG und Euratom entschieden sich für die Schaffung „einer europäischen politischen Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten“³²: EGKS, EWG und Euratom. Aber auch in dieser Aufgabenstellung liegt ein bis heute quälender Widerspruch: „Begrenzte Funktionen“ weist auf den eher lockeren Verbund (Union) hin, „echte Vollmachten“ auf Föderalisierung.

Folgende Fragen sind zu beantworten: Welche Konzepte gibt es, trotz wachsender Mitgliederzahl und wachsender Heterogenität Vertiefung zu erreichen? Gibt es ein potentielles Kerneuropa? Eine Avantgarde wechselnder Staaten? Welche Wirkungen könnte der Lissabonner Vertrag entfalten? Welche Chancen und schließlich welche Gefahren ergeben sich aus der Vorgehensweise der EU-Mitglieder?

³¹ Heinrich Schneider: „Kerneuropa“. Ein aktuelles Schlagwort und seine Bedeutung, EI Working Paper Nr. 54, Europainstitut, Wirtschaftsuniversität Wien, S. 12ff.

³² Beratende Versammlung des Europarates: Auftrag zur Schaffung einer Politischen Autorität, in: Walter Lipgens (Hrsg.): 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984, Bonn 1986, S. 279.

2. Erweiterung und Vertiefung gleichzeitig sind inkompatibel

Es ist offenkundig: Die Union der 27 ist nicht zu vergleichen mit der EG 12, von der EWG mit sechs Mitgliedern ganz zu schweigen. Seit der ersten Beitrittsrunde 1973 ist die Heterogenität immer rascher gewachsen, ist sie immer gravierender geworden. Bereits die Verhandlungen über die Verträge von Amsterdam und vor allem Nizza haben erkennen lassen, dass die große Zäsur des Endes des Ost-West-Konflikts nicht nur radikale Strukturveränderungen in Mitteleuropa, sondern auch tief greifende Auswirkungen auf die EU zur Folge hatten. Noch nie war die Union so inhomogen und vielfältig in allen relevanten Aspekten – geographisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich, kulturell, in den politischen Traditionen und Erfahrungen. Sie hat nun große und kleine, reiche und arme, neue und alte Mitglieder mit einer großen Vielfalt an Interessen, Bedürfnissen, Fähigkeiten und Defiziten und – nicht zuletzt – an Einstellungen zu staatlicher Souveränität. Die Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses wird vor diesem Hintergrund immer schwieriger.

Seit dem Maastrichter Vertrag 1993 sind keine großen Integrationsschübe mehr zu verzeichnen gewesen, obwohl das Bewusstsein stark war, dass die institutionellen Strukturen der EU nicht den inneren und äußeren Herausforderungen entsprachen und keinesfalls auf weitere Mitglieder ausgelegt waren. Wenn nach Maastricht mit 15 Mitgliedern nur graduelle, letztlich kleine Schritte zur Vertiefung möglich waren, woher sollte die Kraft kommen, mit 27 oder gar mehr höchst unterschiedlichen Mitgliedern die Defizite entscheidend abzubauen? Auch der deutsch-französische Motor ist in dieser Konstellation geschwächt. Tatsächlich bewiesen die Verhandlungen in Amsterdam und Nizza und das Scheitern des Verfassungsvertrages, dass die Kraft nicht reichte, 15 Mitglieder und 12 Beitrittskandidaten in die gleiche Richtung zu ziehen. Der Lissabonner Reformvertrag ist eine erfreuliche Weiterentwicklung der Institutionen und Politikbereiche, bleibt aber hinter den Hoffnungen, die an eine europäische Verfassung geknüpft wurden, weit zurück. Der Erweiterungsreigen ist noch nicht beendet ist.

Island begehrt die Mitgliedschaft. Die Türkei und die Balkan-Staaten haben Anspruch auf Mitgliedschaft, wenn sie die Kriterien erfüllen – und die EU sich erweiterungsfähig sieht. Die EU ist ein Club mit magnetischen Eigenschaften: die jeweils unmittelbare Nachbarschaft will beitreten. Offenbar bietet auch nur der Anreiz einer in Aussicht gestellten Mitgliedschaft genügend Impulse für friedliche Entwicklung und nachhaltige Reformanstrengungen. Eine künftige Mitgliedschaft legitimiert die Zumu-

tungen von Reformen für die Bürger und bietet zugleich materielle Belohnungen und Sanktionen. Das problematische Ergebnis: Weder war die EU in vollem Sinn erweiterungsfähig, als sie in den letzten fünf Jahren zwölf Staaten aufnahm, noch waren alle Staaten reif für die Mitgliedschaft. Der verfrühte Beitritt Bulgariens und Rumäniens hat den Reformeifer nicht gestärkt – wie erhofft – sondern erlahmen lassen.³³ Die EU hat gelernt, dass die Transformation vor dem Beitritt abgeschlossen sein muss.

Seit 1981 war stets das Ziel vorrangig, mit Hilfe der Mitgliedschaft die Staaten sicherheitspolitisch und demokratisch zu stabilisieren. Aber auch wenn die Beitrittsreife künftig eindeutig nachgewiesen werden soll, wäre es unrealistisch zu erwarten, dass die EU sich von der klassischen europäischen Sicherheitsstrategie – Beitrittsangebote – verabschiedet. Sie wird sich weiterhin um den Preis der eigenen Kohärenz erweitern. Die Zahl von dreißig Mitgliedsstaaten könnte in einem Jahrzehnt deutlich überschritten sein. Die Heterogenität wird also wachsen. Fest steht aber: Erweiterung und Vertiefung sind nicht kompatibel – jedenfalls dann nicht, wenn Vertiefung als Ziel für alle angesehen wird.

3. Abgestufte und differenzierte Integration sind europäischer Alltag

Die erste Krise der Europäischen Integration – die „Politik des leeren Stuhls“ durch den französischen Präsidenten de Gaulle – entwickelte sich über die Souveränitätsfrage. Als sich die EG nach Jahren der Krisen und Stagnation anschickte, Großbritannien und weitere Staaten aufzunehmen, ließ sich London von Paris zusichern, dass der Luxemburger Kompromiss (das Einstimmigkeitsprinzip) erhalten bleibe. Dennoch verkündete die EG der Haager Gipfelkonferenz 1969 das Ziel der Vertiefung der Integration. Der auch schon damals uneinlösbare Leitspruch lautete: „Vertiefung und Erweiterung“ – ein Dauermotto für Europa. Somit wurde offenkundig, was seit der Krise 1965/66 erkennbar war: Die europäischen Staaten konnten wegen der unterschiedlichen Vorstellungen über staatliche Souveränität, Tiefe und Endzweck der

³³ Commission of the European Communities: Report from the Commission to the European Parliament and the Council on Progress in Bulgaria under the Co-operation and Verification Mechanism, COM (2009) 402 final, 22.7.2009; Report from the Commission to the European Parliament and to the Council on Progress in Romania and the co-operation and Verification Mechanism, COM (2009) 401 final, 22.7.2009.

Erweiterung und Vertiefung

Integration nicht gemeinsam und gleichzeitig voranschreiten. Ralf Dahrendorf ging 1973 davon aus, dass Fortschritte nur in einem Europa à la carte möglich seien.³⁴

Damit begann gedanklich der Abschied von einem wesentlichen Grundprinzip der EG-Verträge: dass gleiches Recht für alle gilt, gleichzeitig akzeptiert und umgesetzt werden muss. Das galt in der Praxis bereits nicht mehr. Seit Beginn der 70er Jahre war es immer wieder zur Suspendierung des gemeinsamen Rechts für einige Mitglieder gekommen, weil sie den Anforderungen nicht folgen konnten. Italien bekam Sonderregelungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zugesprochen, weil es dem Wettbewerb nicht standhalten konnte. Neumitglieder erhielten Übergangsregeln. Für Großbritannien wurden zwar die Regeln der Finanzierung des Gemeinsamen Marktes nicht verändert, durch den seit nun mehr als dreißig Jahren gewährten „Brittenrabatt“ aber ausgehebelt. In beiden Fällen handelte es sich sogar um eine Regression der Integration. Da sie mit temporären Notlagen begründet wurde – im Fall Italiens traf dies zu –, war dies keine Frage unterschiedlicher Integrationsziele. Aber Leistungskraft und Leistungswille reichten nicht aus, um gleiches Recht für alle gleich anwendbar zu machen. „Elastizität statt Starrheit“³⁵ war nun gefragt.

Seither werden Konzepte einer differenzierten Integration diskutiert. Willy Brandt brachte das „Europa der mehreren Geschwindigkeiten“ in den Tindemans-Report von 1975 ein, der Vorschläge zur Reform der EG machte.³⁶

Inzwischen gibt es zahlreiche Begriffe, die unterschiedliche Vorgehensweisen im Differenzierungsprozess charakterisieren: neben „Europa der mehreren Geschwindigkeiten“ bzw. „der zwei Geschwindigkeiten“ noch „abgestufte Integration“, „Europa der konzentrischen Kreise“, „L’Europe à la géométrie variable“, „L’Europe à la carte“ (beliebige Beteiligung in Politikfeldern), „Kerneuropa“, „Avantgarde“, „Gravitationszentrum“ und „Pioniergruppe“, „differenzierte“ bzw. „flexible Integration“ und schließlich der Begriff des Lissabonner Reformvertrages, „Verstärkte Zusammenarbeit“. In die Vielfalt der möglichen Konzepte floss der kreative Schweiß vieler europäischer Vordenker!

Kein EU-Mitglied kann zu weiterer Integration gezwungen werden. In der EU gilt die souveräne Entscheidung darüber, welche Schritte mitgetragen werden. Aber integra-

³⁴ vgl. Ralf Dahrendorf: Plädoyer für die Europäische Integration, München, Zürich 1973, bes. S. 73ff.; ders.: A Third Europe? Third Jean Monnet Lecture, Firenze 1979.

³⁵ Schneider (2004), S. 19.

³⁶ Bereits 1974 hatte Brandt den Begriff „Abstufung der Integration“ benutzt und erklärt: „Hierbei kann es sich keineswegs um eine ‚Abkoppelung‘ handeln, sondern es muß darum gehen, den gemeinsamen Rahmen zu erhalten und das gemeinsame Dach zu stärken“. Rede des Vorsitzenden der SPD Willy Brandt in Paris, 19.11.1974 (Auszug), in: EA 1/1975, S. 33ff.

tionswillige Länder sollen keiner Blockade unterliegen – darauf suchen die Konzepte eine Antwort.

Drei Grundmodelle stehen zur Diskussion:

- Das „Europa der mehreren Geschwindigkeiten“. Die Idee ist, dass alle Staaten das gleiche Integrationsziel erreichen wollen bzw. müssen, aber nicht alle gleichzeitig in der Lage sind, es zu erreichen, primär aus Gründen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, aber auch aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit.³⁷ Eine Gruppe übernimmt die zeitliche Vorreiterrolle und treibt dabei den Integrationsprozess voran. Für die schwächeren Mitglieder wird eine Übergangsperiode vereinbart, in der sie ihre Defizite aufarbeiten können. „Den Mitgliedern [wird] kein Recht auf grundsätzlich abweichende Integrationsziele zugestanden, sondern nur auf die zeitliche Streckung...“.³⁸
- Das „Kerneuropa“, „Europa der konzentrischen Kreise“ oder „géometrie variable“. Es geht von einer Gruppe von Mitgliedern aus, die bereits eng integriert sind und auch an allen nichtobligatorischen Integrationsprojekten teilnehmen. Staaten mit geringerem Integrationsgrad gruppieren sich um den Kern. Dieser ist bereit, im Vertiefungsprozess voranzuschreiten. Klassischerweise dachte man dabei an die sechs Gründungsstaaten der EWG. Die Grundidee ist, dass der Kern einen Sog ausübt und die Schwächeren sukzessive in eine tiefere Integration hineinzieht. Davon ging auch das Schäuble/Lamers-Papier³⁹ aus. Weil der Vorschlag 1994 auf Vertrauensbildung in die zu schaffende Währungsunion und ihre Stabilisierung gerichtet war, nahmen die beiden Politiker jedoch Italien zunächst von der Kerngruppe aus, nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen, weil Vertrauen in die Lira fehlte. Der feste Kern muss „sich nicht nur selbstverständlich an allen Politikbereichen beteiligen, sondern darüber hinaus gemeinsam erkennbar gemeinschaftsorientierter handeln als andere und gemeinsame Initiativen einbringen, um die Union weiterzuentwickeln.“⁴⁰ Er darf nicht durch das Veto der anderen Mitglieder blockiert werden. Joschka Fischer spitzte das Modell Kerneuropa als Avantgarde weiter zu, die er sich als supranational-föderale Gruppe außerhalb der EU denken konnte. Dieses „Gravitationszentrum“ ist idealerweise kollektiv Mitglied in der EU – als Vertrag im Vertrag –, wo es mit einer Stimme spricht.⁴¹ Eine rechtlich so weit von der EU gelöste Avantgarde hätte für den erreichten gesamteuropäischen Integrationsprozess einschneidende Folgen.
Um diesen Kreis legen sich dann Staaten mit jeweils geringerer Integrations-

³⁷ Wolf Schäfer: Differenzierte Integration, in: Wirtschaftsdienst 8/2007, S. 497.

³⁸ Schäfer (2007), S.497.

³⁹ Wolfgang Schäuble/Karl Lamers: Überlegungen zur europäischen Politik, Bonn, 1.September 1994.

⁴⁰ Schäuble/Lamers, S. 5.

⁴¹ Joschka Fischer: Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration, Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin am 12. Mai 2000, Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht, FCE 12/00 (Spezial 2), S. 9.

Erweiterung und Vertiefung

fähigkeit, die aber einbezogen werden, sobald ihre Probleme gelöst sind und ihre Bereitschaft zur Teilnahme ausreicht. Die Kreise sind funktional, nicht geographisch gedacht. Sie können auch über die EU hinausgreifen, dann sind z.B. der Europäische Wirtschaftsraum, der Europarat oder die OSZE als Kreise anzusehen. Im Gegensatz zum Konzept der mehreren Geschwindigkeiten wird hier nicht nur an eine temporäre Duldung der Abweichung gedacht, sondern an eine dauerhaft abweichende Integrationstiefe verschiedener Staatengruppen mit unterschiedlichem Niveau der Integrationstiefe. Die Konstruktion der Europäischen Währungsunion ist ein gutes Beispiel für die Umsetzung mehrerer Modelle differenzierter Integration: Alle EU-Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten müssen sich bereit erklären, in die Währungsunion einzutreten. Die Teilnehmer müssen sich durch Fähigkeit qualifiziert haben. Eine bereits qualifizierte Gruppe schreitet voran und schafft den Euro, das war 1999.⁴² Weitere Staaten treten bei, sobald sie den Entwicklungsstand erreicht haben. Griechenland, das 2001 zur Währungsunion stieß, Slowenien 2007, Malta, Zypern 2008 und die Slowakei 2009 sind dafür

Beispiele.

Das Konzept Kerneuropa bzw. Avantgarde wurde politisch gelegentlich als Drohmittel instrumentalisiert, um die Unwilligen unter Druck zu setzen, Konzessionen zu machen.⁴³ Kerneuropa provoziert auch stets den Gedanken einer ersten und zweiten Liga, erst- und zweitrangiger Mitgliedschaft. Als der Europäische Rat zunächst unfähig war, sich über das Verfassungsdokument zu einigen, drohte Joschka Fischer in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag: „Zwangsläufig würde damit die Entwicklung eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Kerne vorgezeichnet.“⁴⁴

- Das Modell „Europa à la carte“ oder „flexible Integration“ geht von einer selektiven Integration aus, bei der die Mitglieder letztlich entscheiden, ob sie an einer Vertiefung teilnehmen oder sich dauerhaft fernhalten, weil sie das Integrationsziel nicht teilen. Das opting-out Großbritanniens und Dänemarks in der Währungsunion ist ein Beispiel dafür. Die Sonderregelung für beide Mitglieder wurde nach dem Scheitern des Maastrichter Vertrages in Referenden der beiden Staaten notwendig und war die einzige Möglichkeit, den Maastrichter Vertrag in Kraft treten nicht zu lassen. Die Regelung erfolgte in der Hoffnung, dass, wie Jean Monnet es seinerzeit formuliert hatte, Großbritannien schon folgen werde, wenn die Integration ihren Erfolg beweise. Man hoffte auf die Sogwirkung Europas. Heute, ein Jahrzehnt nach der Einführung der Währungsunion, ist offenkundig, dass ein opt-in Londons und Kopenhagens auf längere Dauer nicht absehbar ist, obwohl der Erfolg des Euro

⁴² Vertrag über die Europäische Union vom 7.2.1992, Protokoll über die Konvergenzkriterien nach Artikel 109j des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und EUV, Art. 102-109.

⁴³ So z.B. bei den Verhandlungen über die Einheitliche Europäische Akte und den Regierungsverhandlungen über den Verfassungsvertrag.

⁴⁴ Regierungserklärung des Bundesaußenministers Joschka Fischer vor dem Deutschen Bundestag am 11. Dezember 2003, zit. nach: Das Parlament, 15.12.2003, S. 17.

nicht umstritten ist und er in der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise seine Vorzüge unter Beweis stellt.

Wir haben es beim Euro scheinbar mit „Ins“, also den Mitgliedern, „Pre-ins“, den künftigen Mitgliedern, und dauerhaften „Outs“ zu tun. Tatsächlich ist das Bild weit differenzierter: Die drei Modelle sind in der EU-Realität eine *Ménage à trois* eingegangen. Schweden wäre fähig und in der Lage, dem Euro beizutreten, hält sich aber – von der EU toleriert – aus dem Wechselkursmechanismus MKM II fern. Somit erfüllt es formal nicht die Mitgliedskriterien und umgeht die Mitgliedschaft. Damit ist Großbritannien ein „formelles opt-out-Mitglied“, Schweden hingegen ein „informelles opt-out-Mitglied“, ein Vertreter des *Europa à la carte*. Allerdings kennen wir auch „faktische Ins“: Das sind die Staaten in und außerhalb der EU, die ihre Wechselkurse an den Euro koppeln, die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank übernehmen und damit de facto Mitglieder des Währungsraums sind – allerdings ohne an den Entscheidungen mitwirken zu können. Schweden, Dänemark und junge Mitgliedsländer gehören dazu sowie Bulgarien bereits vor dem Beitritt.⁴⁵

In der Haltung zum Euro ist die Überlappung verschiedener Konzeptionen besonders markant. Aber auch in anderen Bereichen erfolgt die Vertiefung schon seit Jahren nach den Modellen eines Europas sowohl der verschiedenen Geschwindigkeiten als auch der differenzierten Integration. Schengen ist 1995 außerhalb der EG entstanden und erst im Amsterdamer Vertrag integriert worden. Der Schengen-Raum ist ein weiteres Beispiel für einen Club im Club, für den Fähigkeiten nachgewiesen werden müssen, um voll partizipieren zu können; so müssen die Grenzkontrollen eine bestimmte Qualität erreichen. Eine Besonderheit ist, dass auch Nicht-Mitglieder der EU voll und rechtlich gebunden teilnehmen, wie Island, Norwegen und die Schweiz, während Großbritannien, Irland und Dänemark nur Teile der Vereinbarung übernommen haben.

Für die Anwendung der Grundrechte-Charta haben Großbritannien, Dänemark und Polen zeitlich unbeschränkt Dispens erhalten. Die Sozial-Charta ist ebenfalls ein Beispiel für eine Vertiefung, der London zunächst fernblieb. Allerdings übernahm sie Tony Blair dann doch für sein Land. Auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik startete in einer kleinen Gruppe, bis heute sind nicht alle Mitglieder beteiligt. Es scheint, als ob jenseits des alten supranationalen Kerns der Verträge – dem Binnenmarkt – die neuen Komplexe der Vertiefung zunächst außerhalb der Verträge und dann in Gruppen gestaltet werden (müssen). Fortschritt in der Integration im

⁴⁵ Bernhard Herz/Alexandra Hild: Ist die EWU ein Modell für eine EU der zwei Geschwindigkeiten? In: Wirtschaftsdienst 8/2007, S. 505.

Erweiterung und Vertiefung

Sinne der tieferen Zusammenarbeit mit Souveränitätstransfer, um den großen neuen Herausforderungen der Globalisierung und äußeren Bedrohungen gerecht zu werden, lässt sich längst nicht mehr in der EU 27 erreichen. Er wird über diverse Modelle der Vertiefung erreicht. Die zunehmende Vagheit der Begriffe – von Kerneuropa zur flexiblen Integration und Verstärkten Zusammenarbeit – zeigt, wie die Strukturiertheit der Vertiefungsprozesse abnimmt.

4. Es gibt einen Kern – er ist „ausgefranst“

Das Bild des sich integrierenden Europa ist also sehr vielfältig und zuweilen wenig übersichtlich. Haben wir es aber nicht letztlich doch mit einem Kerneuropa im Sinne von Schäuble und Lamers oder einer Avantgarde (Fischer) zu tun? Immerhin sind die sechs Gründerstaaten in allen Vertiefungsgebieten voll integriert, obwohl nicht alle von Anfang an dabei waren. Italien fehlte in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Eine Ausnahme ist auch der Prüm-Vertrag zur Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Innern, bei dem Italien fehlt, aber Österreich und Spanien teilnehmen. Prüm ist, wie Schengen, ein Beispiel verstärkter Zusammenarbeit zunächst außerhalb der Verträge.⁴⁶ Eine von den Gründern abweichende Avantgarde ist künftig häufiger zu erwarten.

Deutschland und Frankreich waren in allen Fällen Vordenker und Motor der Integration. Aber das deutsch-französische Verhältnis ist schwieriger geworden: Frankreich hat noch immer nicht seine Rolle in einem Europa gefunden, das zunehmend von einer deutschen Zentralmacht geprägt und nach Osten erweitert ist. Die „gefühlte Großmacht“ Frankreich sucht nach Kristallisationspunkten, die ihr eine politische Vorrangstellung garantieren – der Vorschlag für eine Mittelmeer-Union war auch ein Ausdruck dafür. Deutschland kann noch nicht als dauerhaft gefestigt und akzeptiert in seiner Rolle angesehen werden. Das führt zu Reibungsverlusten zwischen den beiden Regierungen, deren negative Auswirkung für Europa im Nizza-Prozess zu besichtigen war. Auch unter Präsident Sarkozy ist die strategische Abstimmung zwischen beiden Staaten mangelhaft; im Verhältnis zu Russland, in der Haltung zu China und in der Mittelmeerpolitik wurde dies offenkundig. Der Motor stottert also und schwächt Kerneuropa. Hinzu kommt – zwei Jahrzehnte nach der deutschen Einheit – dass der Weg in vertiefte Integration im Rahmen der Europäischen Union nicht nur

⁴⁶ Daniela Kietz/Andreas Maurer: Von Schengen nach Prüm. Sogwirkung verstärkter Kooperation und Anzeichen der Fragmentierung in der EU, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 24, Mai 2006.

beim Bundesverfassungsgericht auf Kritik stößt sondern auch bayerische Politiker den Weg in die Vertiefung erschweren. Die Vertrautheit der Gründer-Staaten miteinander und die Bereitschaft – wie es bei Schäuble/Lamers heißt –, „gemeinsam erkennbar gemeinschaftsorientierter [zu] handeln“⁴⁷, wird dennoch künftig unabdingbar sein, will Europa im 21. Jahrhundert bestehen. Unabdingbar ist wegen des heiklen Gleichgewichts beider Staaten wohl auch, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam an den Integrationsprojekten arbeiten. Andersfalls sind Blockaden und Misserfolge garantiert.

Wer könnte noch zum Kern gerechnet werden? Joschka Fischer schlug die damals so genannte Euro-11-Gruppe als Avantgarde vor. Diese Gruppe ging in einem als „technisch“ empfundenen Bereich voran, ist aber bei als „politisch“ eingeschätzten Fragen weniger kohärent und teilt nicht alle Bereiche der Integration vollständig. Als Euro-16-Gruppe kann sie sicher nicht mehr als politisch kohärent genug gelten, um als Kern oder Avantgarde die Integration voranzutreiben und als Gravitationszentrum zu wirken. Die Frage ist also, welche Staaten schon jetzt oder bald zum Kern hinzustoßen: Spanien, Portugal und Österreich wären denkbar, künftig auch mittelosteuropäische Mitglieder, die jetzt noch zu sehr raschen Regierungswechseln mit der Folge stark wechselnder Europapolitik unterliegen, als dass sie zum Kern gerechnet werden könnten. Nicolas Sarkozy möchte Spanien und Großbritannien in den Kern einbeziehen. Es ist allerdings nicht zu erkennen, dass London unter Gordon Brown oder dem Oppositionsführer David Cameron stärker „in the heart of Europe“ verankert ist als unter Blair.

Das Europa im 21. Jahrhundert ist nicht mehr das Europa der Mitte des letzten Jahrhunderts, in dem ein Kerneuropa auf einer leeren Fläche mit einer neuen politischen Konstruktion Neuland erobern konnte. Die Bedingungen für Kerneuropa sind auch anders als in den 90er Jahren. Heute liegt ein komplexes System an Verbindlichem vor, ein *Acquis communautaire*, dessen Verlust nachhaltige Wirkung auf den Wohlstand, die Bedeutung und die Stabilität Europas hätte.

Bereits der Aufbau einer Drohkulisse mit Kerneuropa führte zu Ansätzen von Gegenkoalitionen. Polen und Spanien unternahmen im Konflikt über die Irak-Politik 2003 dazu erste Schritte. Zurückbleibende EU-Mitglieder interpretierten Überlegungen über ein Kerneuropa als Versuch, der EU ein Direktorium aufzuzwingen, oder gar als Aufbau einer neuen Hegemonialpolitik. Diese sollte 1950 explizit und dauerhaft mit den supranationalen europäischen Strukturen überwunden werden. Eine Sondergruppe in der EU mit eigenen Integrationsformen, gar, wie auch von Fischer

⁴⁷ Schäuble/Lamers, S. 5.

Erweiterung und Vertiefung

vorgeschlagen, eigenen Institutionen, würde sofort bei den übrigen Mitgliedern die übliche Allergie vor einem „Direktorium“ und die Sorge eigener Marginalisierung aufkommen lassen. Man denke beispielsweise an die Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis, wenn Deutschland Mitglied eines formellen Kerns wäre, Polen aber außerhalb stünde.

Der Reformvertrag lässt den Austritt aus der EU zu. Denkbar wäre also das Ausscheiden einer Gruppe aus der Union und eine Neugründung außerhalb. Abgesehen von der Frage, ob dies für die Staaten innenpolitisch überhaupt durchsetzbar wäre, ob das Unternehmen nicht bereits am Neuaushandeln des Integrationsstandes scheitern würde: Dieses Szenario einer Neugründung ist nicht real, bestenfalls vorstellbar in einer weiter ausgedehnten und zerfaserten, zugleich völlig blockierten EU in einer internationalen Notlage. Nicht nur neue Mitglieder würden von einem „Zwei-Klassen-Europa“ sprechen, zumal sich die traditionell maßgeblichen Staaten vermutlich innerhalb des Kerns befänden. Betrachtet man jedoch die Schwierigkeiten, europäische Verträge in Kraft zu setzen, lässt sich konstatieren: Diese Kerngruppe hätte nicht die Kraft, ihre eigene Organisation politisch auszugestalten, zu steuern und gleichzeitig als Gravitationszentrum die EU zusammenzuhalten und mitzuziehen.

„Contervailing coalitions“ wären wohl die Folge, mit verheerenden Auswirkungen für die EU-Politik, für innergemeinschaftliches Vertrauen und Solidarität. Die Neugründung außerhalb der EU würde den Kontinent in eine Krise stürzen, weil die innerhalb von 50 Jahren mühsam errichtete Stabilitätsgemeinschaft scheitern würde. Sie bedarf des Magnets im Innern, um mehr zu sein als eine Freihandelszone oder OSZE. Folglich wäre der Preis der Neugründung zu hoch. Netto verbliebe kein Gewinn – nur Verlust. Als Folge könnte die EU in ihrer Stabilität geschwächt und degradiert werden. Mehr als einen nicht festgeschriebenen, „ausgefranten“ Kern kann es nicht geben.

5. Eine Verfassung zur Gestaltung einer Vertiefung wird es (lange) nicht geben

Letztlich standen alle Überlegungen seit 1994 über die engere Zusammenarbeit eines Kerns unter der Vorstellung, die Union nicht nur handlungsfähiger, kohärenter und politischer zu machen, sondern zu einem europäischen Verfassungsdokument zu gelangen, das eine europäische „finalité“ definiert. Wolfgang Schäuble und Karl Lamers sprechen in ihrem ersten Papier 1994 von der Notwendigkeit „eines verfassungsähnlichen Dokuments“; sie fordern explizit eine Verfassung, als sie ihre Gedan-

ken 1999 neu auflegen.⁴⁸ Ebenso geht Fischer in seinen Überlegungen an der Humboldt-Universität im Jahr 2000 davon aus, dass sich eine Avantgarde zu einer grundlegenden föderalen Umgestaltung der Institutionen bereit findet und auf der Grundlage eines „Vertrags im Vertrag“ in der EU darauf hinwirkt. Dieser „Vertrag im Vertrag“ sei der „Nukleus einer Verfassung“⁴⁹; sie müsse kommen.

Zwei Mal ist im letzten Vierteljahrhundert der Anlauf zu einer Verfassung genommen worden: Das Europäische Parlament legte 1984 ein Verfassungsdokument vor, das, ohne größeren Aufruhr zu verursachen, „schubladisiert“ wurde. Der Verfassungskonvent präsentierte 20 Jahre später einen weiteren Entwurf, der nach Jahren engagierter, auch erregter Diskussion und des „Reflexionsphase“ genannten Stillstandes abgespeckt wurde. Es ist bemerkenswert, dass auch der „Kern“ der Gründerstaaten Integrationsprojekte nur dann erfolgreich angehen kann, wenn sie nicht gekoppelt sind mit Verträgen, die aufgrund ihres Verfassungscharakters auf eine definierte Finalität der EU hinzuweisen scheinen. Die Bereitschaft zur Vertiefung kann bei großen Schlücken aus der Flasche mit dem Etikett „politische Union“ nicht einmal bei den sechs Gründern vorausgesetzt werden, zumal wenn sie an Referenden gekoppelt sind: Der Maastrichter Vertrag wurde in Frankreich nur knapp angenommen, der Verfassungsvertrag scheiterte an Frankreich und den Niederlanden – zwei Gründungsmitgliedern.

Der Lissabonner Reformvertrag wurde sorgfältig aller an Staatlichkeit und Verfassung gemahnender Symbole – wie Flagge, Hymne und Amtsbezeichnungen – entkleidet. Erfahrungsgemäß sind nach solchen Fehlschlägen die Ambitionen der Politiker für einen beträchtlichen Zeitraum zurückgeschraubt. Neue Anläufe sind vorläufig nicht zu erwarten, weil das Maß an Fehlschlägen, das sich die Politik erlauben darf, begrenzt ist. Seit nunmehr 60 Jahren bemüht sich Europa um eine Verfassung – es ist derzeit äußerst zweifelhaft, dass sich eine Kerngruppe dafür zusammenfinden wird. Da bei einem Vertrag außerhalb der EU mit oder ohne Verfassungscharakter, wie ihn Fischer vorschlägt, Parlamente und Bürger des präsumtiven Kerneuropas mitentscheiden müssten, fällt es schwer, sich einen derartigen Kraftakt in naher Zukunft vorzustellen.

Letztlich hat sich Europa entschieden, auf dem traditionell inkrementalen Weg langsamer Reformen fortzuschreiten, zunächst einmal alle Mitglieder mitzunehmen und die „finalité politique“ erneut offen zu lassen. Einige Regelungen für Institutionen im

⁴⁸ Schäuble/Lamers, S. 4; dies.: Europa braucht einen Verfassungsvertrag. Überlegungen zur europäischen Politik II, 3. Mai 1999.

⁴⁹ Fischer, S. 6.

Erweiterung und Vertiefung

Lissabonner Vertrag kommen sachte den „Freunden der Verfassung“ entgegen. Die Möglichkeit aus dem Staatenverbund auszutreten einerseits und die Regeln für die „verstärkte Integration“ andererseits ermöglichen die Vertiefung, ohne einen „Masterplan“ für das Endziel. Klarere Regeln für die Verstärkte Zusammenarbeit und die Chance, Blockierer durch völliges Opt-out per Austritt loszuwerden, deuten an, dass die Vertiefung weiterhin Chancen auf dem graduellen Weg hat – sollte die irische Blockade schließlich überwunden werden können. Für den Verzicht auf ein supranationales Europa außerhalb des EU-Vertrages sprechen auch andere gewichtige Gründe: Für die unmittelbare Zukunft gilt es, den Ratifikationsprozess des Lissabon-Vertrages nicht zu beschädigen.

Der Lissabonner Vertrag bietet einige institutionelle Neuerungen, deren integrative Wirkung sich dann erst entfalten muss. Wird z.B. die neu geregelte Präsidentschaft durch Personifizierung und Dauerhaftigkeit die Integrationsbereitschaft fördern? Oder in einigen Staaten sogar eher hemmen? Wie werden die erweiterten Rechte des Parlaments wirken? Bevor erneut konstitutionelle Gedankenspiele öffentlich gemacht werden, wird man die Entwicklung abwarten.

6. Der Ausweg: Differenzierte Integration – supranational oder intergouvernemental

Die Entwicklung der Union hat gezeigt, dass tief greifende Integrationsschritte, die heute sowohl für den Zusammenhalt als auch für die Legitimation der EU entscheidend sind, nur von einigen Staaten begonnen werden konnten. Zu nennen sind hier der Euro mit der EZB sowie alle Instrumente, die zur inneren und äußeren Sicherheit der EU beitragen. Von der EU wird erwartet, dass sie als effektiver globaler Akteur auftritt – ihre Heterogenität verhindert, dass ihre Willensbildung schnell und geschlossen zu den notwendigen Schritten, z.B. in Fragen der Sicherheit, führt.

Der Reformvertrag schreibt den Nizza-Vertrag fort und bietet in Artikel 10 die „Verstärkte Zusammenarbeit“ als Instrument für Vertiefung an. Sie ist möglich im Rahmen der nicht ausschließlichen Zuständigkeit der Union (also z.B. nicht im Binnenmarkt) und kann Organe der Union in Anspruch nehmen. Der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt der Union darf nicht beeinträchtigt werden. Die Verstärkte Zusammenarbeit „ist darauf ausgerichtet, die Verwirklichung der Ziele der Union zu fördern, ihre Interessen zu schützen und ihren Integrationsprozess zu stärken. Sie steht allen Mitgliedern... jederzeit offen“, wenn sie die „gegebenenfalls fest-

gelegten Teilnahmevoraussetzungen“ erfüllen.⁵⁰ Die verstärkt zusammenarbeitenden Mitglieder und die Kommission werden verpflichtet, die Teilnahme möglichst vieler Mitgliedsstaaten zu fördern. Erkennbar steht bei Artikel 10 des Lissabonner Vertrags die Idee einer Kern- oder Avantgarde-Gruppe Pate, die in einer abgestuften Integration voranschreitet und einen Integrationssoog entfaltet, der weitere oder alle Mitglieder nach sich zieht. Die europäischen Organe – Kommission, Europäisches Parlament, Rat und der Hohe Vertreter für die Außenpolitik – werden regelmäßig über die Entwicklung informiert. Die Unionstreue der Avantgarde ist rechtlich garantiert, ebenso die Kontrolle durch die EU-Institutionen.

Allerdings sind die mutigen Pioniere an der Leine des Rates: Ihre vertiefte Kooperation ist abhängig von der Zustimmung des Rates, die dieser erteilt, wenn er „feststellt, dass die mit dieser Zusammenarbeit angestrebten Ziele von der Union in ihrer Gesamtheit nicht innerhalb eines vertretbaren Zeitraums verwirklicht werden können“⁵¹. Wer die Zeitläufte der EU kennt, ahnt hier förmlich längere krisenhafte Prozesse, die vorangehen müssen, bevor der Rat bereit ist, das Plazet zu geben. Auch wird die Größe der Avantgarde definiert: Neun Staaten – nach jetzigem Stand ein Drittel der Mitglieder – müssen sich zusammenfinden. Die EU-Organe werden in die Entscheidung eingebunden: In einem Antrag an die Kommission muss die Vertiefung begründet werden, die Kommission kann dem Rat einen Vorschlag vorlegen. Rat (qualifizierte Mehrheit) und EP müssen zustimmen.

Für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – im Zweifel ein Bereich, der für Verstärkte Zusammenarbeit besonders interessant ist – gelten erschwerte Regeln: Der Antrag muss an den Rat gerichtet sein. Der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik muss zur Kohärenz des Vorhabens mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU Stellung nehmen, die Kommission zur Kohärenz mit den übrigen Bereichen. Das EP wird unterrichtet. Schließlich entscheidet der Rat einstimmig.

Diese Regeln unterscheiden sich übrigens nicht gravierend von denen des Nizza-Vertrags, der ein Quorum von acht Staaten setzte. Sie fanden bisher keine Anwendung. Denkbar ist deshalb, dass sich auch künftig nicht ausreichend Mitglieder finden werden, denn bisher war die Avantgarde stets kleiner. Daher ist wie in den letzten Jahrzehnten doch eine vertiefte Kooperation außerhalb der Verträge zu erwarten. Die Verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Verträge wird im Zweifel schwerfällig sein

⁵⁰ Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Art. 280 c.

⁵¹ ebd., Art. 10,2.

Erweiterung und Vertiefung

– immerhin nehmen alle Mitglieder an den Ratssitzungen der Gruppe teil, wenn sie auch nicht mit abstimmen können. Allerdings könnten die stets voll informierten und in die Erörterungen der Sachfragen bereits einbezogenen Staaten zweifellos leichter zur Avantgarde aufschließen. Vorwürfen der Marginalisierung oder Diskriminierung wird der Boden entzogen.

Der Reiz des Vorrangehens außerhalb des EU-Vertrages lässt sich jedoch am „Vertrag von Prüm über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere der Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der Illegalen Migration“⁵² ablesen, den sieben EU-Mitgliedsstaaten 2005 außerhalb der EU abgeschlossen haben. Man verzichtete auf die Verstärkte Zusammenarbeit unter dem Nizza-Vertrag. Dennoch erwies sich der Prümer Vertrag nicht als Faktor der Spaltung für die EU. Zehn weitere EU-Mitglieder sind beigetreten. Die Regelungen des Prümer Vertrags werden nun im Lissabonner Vertrag in die Dritte Säule integriert. Für die Prüm-Staaten bestehen aber darüber hinausgehend eigene Rechte fort (z.B. Nachteile der Polizei). Dies zeigt, dass auch die Zusammenarbeit außerhalb der EU den Sog zur Vertiefung bewirken kann – wiederum allerdings „differenziert“.

7. Differenzierung und Flexibilisierung als Lösung im Erweiterungsprozess?

Im Prinzip scheint sich die EU derzeit einig zu sein: Neue Mitgliedschaften sind nicht gewünscht, werden aber – z.B. auf dem Balkan – dennoch aus Gründen der eigenen Sicherheit und der Stabilisierung der Staaten als unabdingbar angesehen. Auch stellt sich generell die Frage, wie die EU mit ihrer Nachbarschaft künftig kooperiert. Ist die flexible Integration eine Chance, Staaten wie die Türkei – und andere potentielle Kandidaten im Osten und Süden – fest an die euroatlantische Interessengemeinschaft zu binden, ohne die EU durch eine Vollmitgliedschaft zu überfordern? Ohne „zu Überdehnung, Identitätsverlust und Desintegration“⁵³ zu führen? Das Ergebnis mag „privilegierte Partnerschaft“ heißen, „Teilmitgliedschaft“ oder „modularisierte Mitgliedschaft“.

⁵² KFZ-Daten, Datenaustausch, DNA-Analyse, Datenbanken, Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung, gemeinsame Polizeieinsätze, Katastrophenfälle, Terrorismusbekämpfung. Teilnehmer: Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Spanien, Österreich.

⁵³ Andreas Maurer: Alternativen denken!, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, SWP-aktuell 36, Juli 2007, S. 4.

Ansätze dafür finden sich bereits: Die ehemaligen EFTA-Staaten teilen – mit Ausnahmen in wenigen Bereichen – den Binnenmarkt mit der EU und können sich an EU-Programmen und politischen Großprojekten beteiligen. Die Türkei ist als einziges Nichtmitglied Teil der Zollunion: In beiden Fällen musste der betreffende Acquis communautaire übernommen werden. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP) mit zehn Mittelmeeranrainern kann sich auf sämtliche Politikfelder erstrecken. Sie findet derzeit als politische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit und als Kooperation auf sozialem und kulturellem Gebiet statt. Bis 2010 soll eine Freihandelszone errichtet werden.

So könnten „[i]m Rahmen einer differenzierten Mitgliedschaftspolitik Module höherer und niedrigerer Integrationsfähigkeit und -willigkeit“⁵⁴ konzipiert werden, je nach Staat – z.B. Türkei, andere Mittelmeer-Partner, Ukraine oder Georgien – differenziert. Die weitere Einbeziehung der Türkei in die GASP und ESVP wäre mit dem NATO-Mitglied vergleichsweise leicht zu realisieren.⁵⁵

Die Module der Teilintegration oder privilegierten Partnerschaft müssten genügend Anreize für den Verzicht auf die komplexere und sanktionsbewehrte Mitgliedschaft bieten. Die abgestufte und nach Bereichen flexible Integration mit eigenen institutionellen Strukturen könnte diesen Anreiz bilden, insbesondere wenn eine spätere Vollmitgliedschaft offen gelassen wird.

Die Einbeziehung von Elementen der differenzierten Integration in den Erweiterungsprozess griffe auf Verfahren zurück, die bereits zwischen EU-Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern im westeuropäischen Raum praktiziert werden.

8. Fazit

Der höchst unterschiedliche wirtschaftliche, politische und technologisch-infrastrukturelle Stand der EU 27 macht gemeinsame Schritte in fast allen Politikfeldern vorläufig unwahrscheinlich. Ohne Differenzierung keine Vertiefung und keine Erweiterung! Auch abgestufte Integration, in der sich alle Mitglieder auf ein Ziel mit zeitlich variabler Realisierung einigen können, erscheint wenig wahrscheinlich. So bedarf die Europäische Union des Voranschreitens einiger Mitglieder, um über die Sogwirkung längerfristig eine tiefere Integration zu erreichen. Es gibt keinen völlig

⁵⁴ Maurer, S. 2.

⁵⁵ Die Türkei trägt bereits Gemeinsame Standpunkte der EU mit, lässt die Nutzung von Nato-Einrichtungen für EU-geführte Missionen zu, beteiligt sich an der EU-Mission „Concordia“ in Mazedonien. Die Grenzen liegen in der Bereitschaft, sich zu europäischen Sicherheitsinteressen z.B. im Irak zu bekennen.

Erweiterung und Vertiefung

gefestigten und durch Konstanz definierten Kern innerhalb der EU, der sämtliche bisherige Politikbereiche teilt und alle Vertiefungen gemeinsam unternimmt. Wohl aber Kerne in verschiedenen Politikfeldern, Clubs im Club, die weitgehend deckungsgleich sind und Integrationschritte zunächst außerhalb des Vertrags in Gang setzen. Gelegentlich werden dritte Staaten in die Sacharbeit einbezogen.

Dieses Patchwork-Europa ist flexibel. Heißt das, wir haben mit differenzierten Integrationsformen ein wirksames Mittel gegen Stagnation, wie sie sich mit dem Scheitern des Lissabonner Vertrags erneut ankündigte? Und eine Möglichkeit, Erweiterungen zu umgehen, indem wir Teilmitgliedschaften ermöglichen? Ja, denn schon längst fallen formale und reale Mitgliedschaft in vielen Fällen auseinander. Allerdings: Differenzierte Integration ist unumgänglich, aber nicht ohne Risiko:

1. Zunächst einmal leiden Transparenz und Legitimation der Entscheidungen. Wer erfasst denn noch die neue Unübersichtlichkeit? Welche Gruppe von Staaten hat welche Politik oder welchen Teil innerhalb eines Politikfeldes zu verantworten? Nur in der Verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen des EU-Vertrags sind die institutionellen Regelungen und Kontrollen festgelegt und ist das Europäische Parlament beteiligt.
2. Die sich überschneidenden Gruppen mit unterschiedlicher Integrationstiefe könnten rechtlich klare Regeln erschweren oder verhindern. Das gilt umso mehr, weil der Rechtskörper des Gemeinschaftsrechts immer weitere Politikfelder erfasst und differenzierte Integration in Konflikt mit ihm geraten könnte.⁵⁶ Der institutionelle Zusammenhalt und die Arbeitsfähigkeit sind gefährdet, der Gesetzgebung droht die Fragmentierung.
3. Insbesondere die Avantgardebildung außerhalb der Union und die flexible Integration von Nicht-EU-Mitgliedern beinhalten das Risiko paralleler Institutionen.
4. Identitätsprobleme könnten sich verstärken, das Empfinden könnte schwinden, einer „Schicksalsgemeinschaft“ mit ähnlichen Problemen und einer gemeinsamen Zukunft anzugehören.
5. Mitgliedsstaaten haben die Chance, Vertiefung nur noch in Teilgruppen zuzulassen, um so den politischen und supranationalen Charakter der Union zu regieren, supranationale Entscheidungsstrukturen zurückzudrängen sowie Föderalisierung und Verfassung dauerhaft unmöglich zu machen.
6. Neumitglieder könnten leichter aufgenommen werden, weil beide Seiten von vorne herein von einem dauerhaften opt-out ausgehen, was zu einem Europa à la carte und einem Zerfasern dessen führt, was wir heute noch als klar umgrenzte Europäische Union verstehen.
7. Sollte es zur (unwahrscheinlichen) formalen Gründung eines Kerneuropas nach Austritt aus der Union kommen (gemäß Lissabonner Vertrag), könnte es zu einer Krise und Schwächung Europas kommen, mit der Folge sowohl

⁵⁶ Kietz/Maurer, S. 3.

der Rivalität zwischen der neuen Einheit und der Rest-EU als auch der des Zerfalls europäischer Strukturen.

Europa ist Einheit in Vielfalt. Es kann jedoch eine Vielfalt geben, die die Einheit durch Chaos ersetzt. Das Kunststück wird sein, das rechte Maß an Vergemeinschaftung und an Flexibilität zu finden.

Der Reformvertrag versucht das, indem er die „Verstärkte Zusammenarbeit“ innerhalb des Vertrages anbietet. Ob diese Lösung angenommen wird, muss sich zeigen. Zweifellos wird es auch zu Kooperationen außerhalb kommen. Sie erscheinen derzeit wahrscheinlicher, weil Politiker die anstrengende Überzeugungsarbeit scheuen und populistische Äußerungen auch dann an Kraft gewinnen, wenn sie eindeutig falsch sind – dies hat das irische Referendum gezeigt. Plausibel für eine Vertiefung jenseits der Verträge erscheinen insbesondere Felder der inneren und äußeren Sicherheit (Verteidigung, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts).

Für Integrationsfortschritte inner- wie außerhalb der EU-Institutionen liegt die politische Verantwortung primär bei den Gründerstaaten. Nach wie vor gilt, was sowohl Wolfgang Schäuble und Karl Lamers als auch Joschka Fischer betonten: Die deutsch-französische Kooperation ist essentiell für jeden Fortschritt – er lässt sich nicht gegen Deutschland oder gegen Frankreich erreichen. Diese „leadership“ ist unabdingbar, bedarf aber in der EU 27 weiterer Partner. Der Verdacht einer hegemonialen Politik in der EU darf jedoch nicht aufkommen; der anti-hegemoniale Konsens ist Grundlage des Erhalts und der Fortentwicklung der EU.

Dieser nicht abgeschlossene, offene Kern ist (bzw. die Kerne sind) nach wie vor der magnetische Pol, ohne den die EU ihren supranationalen Charakter und damit wohl auch ihre Zukunftsfähigkeit als europäischer und globaler Akteur in der Wirtschaft und Politik verlieren würde. Differenzierte Integration ist ohne ihn nicht denkbar. Übrigens auch nicht ohne einen breiten *Acquis communautaire*, der weiterhin die Zollunion, den Binnenmarkt, Wettbewerbsregeln etc. beinhalten muss. Es wird in der Verantwortung der Voranschreitenden liegen, die revolutionäre Idee gemeinschaftlicher supranationaler Institutionen und Entscheidungen in der europäischen Schicksalsgemeinschaft nicht zu verwässern. „Wer den Strauß der europäischen Integration frisch halten will, muss ihn in die kleine Vase stecken, solange es eine große nicht gibt“.⁵⁷ Am besten man wählt eine dieser modernen Vasen mit mehreren Abteilungen, die sich zur Mitte, dem Kern, hin öffnen! Dann wird es auch künftig keinen Mangel an neuen Grenzregionen geben, an denen die Folgen der Grenzöffnung und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit untersucht werden kann.

⁵⁷ Sommer, Theo: Wer auf alle wartet, kommt nie ans Ziel, in: Die Zeit, 15.9.94.

Besonderheiten der Entwicklung regionaler Teilräume in Ostdeutschland

Isolde Roch

1 Einleitung

Forschungen des IÖR zu Prozessen und Perspektiven ökologischer Regionalentwicklung hinterfragen die Entwicklungen in ausgewählten regionalen Teilräumen (www.ioer.de – P 230). Zur Ermittlung von Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der Entwicklungsprozesse wurde u. a. folgenden Fragen nachgegangen: Welche Konflikte treten auf? Welche politischen Aufmerksamkeiten sind zu nennen? Welche Instrumente der Planung und Entwicklung sind hervorzuheben? Welche Potenziale sind charakteristisch? Welche Perspektiven gibt es? Für die regionalen Teilräume „Industrie- und Bergbauregionen“, „Mittelstädte“ und „Städtische Verflechtungsgebiete, Brachen“ werden in Kapitel 2 die Entwicklungen orientiert an diesen Fragestellungen dargestellt.

Die Untersuchungen in Form von Dokumentenanalysen, Expertengesprächen und Auswertung von Projekten weisen insgesamt eine Dominanz der raumspezifischen Besonderheiten vor regionalen Gemeinsamkeiten nach. Die „homogene“ Region ist nur an wenigen Gemeinsamkeiten festzumachen wie z. B. an allgemeinen Entwicklungstrends und an Einflussnahmen auf die Entwicklungen. Die Herausbildung von Teilräumen spezifischer Prägung ist auf dem Vormarsch. Offenbar werden neue Disparitäten durch die ökonomischen Bedingungen in Zusammenhang mit den Lagebedingungen und dem Zugang zu Forschung und Bildung verursacht.

Im dritten Kapitel werden ausgehend von charakteristischen Potenzialen der dargestellten Entwicklungen Anforderungen an die Steuerung regionaler Entwicklungen aus der Perspektive der Nachhaltigkeit und Effizienz zur Diskussion gestellt.

2 Potenziale und Konflikte der Entwicklung ausgewählter regionaler Teilräume

Aus dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit konnten, bezogen auf den Entwicklungsverlauf der untersuchten Teilräume, Konflikte aufgedeckt werden. Diese resultieren aus einer Vielzahl von Einflüssen u. a. aus Besonderheiten der Naturraumausstattung

Isolde Roch

(Schutzgebiete, Freiräume und ihrer Nutzung), aus dem Zustand der Raumstruktur (Industrie- und Bergbauregionen, Brachen) und der Entwicklungsstrategien nach der Wende. Abbildung 1 skizziert diese raumspezifischen Konflikte nachhaltiger Entwicklung im Vergleich der drei Teilräume.

| Industrie- und Bergbauregionen | Mittelstädte und Verflechtungsbereiche | Freiräume/Brachen im städtischen Verflechtungsraum |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Schwerwiegende Umweltschäden in großflächiger Dimension als Hindernis für wirtschaftlichen Wandel • Negativimage • Arbeitslosigkeit • Verhinderungsalianzen oder geringe Kapazitäten für Gestaltung des Wandels | <ul style="list-style-type: none"> • Einschränkung der mittelstädtischen Handlungsspielräume durch lokale und überlokale Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung • Mangel an Personal für politisch-administrative Steuerung • Rasante Veraltung der Planungsgrundlagen durch rasant ablaufenden Strukturwandlungsprozess in Ostdeutschland | <ul style="list-style-type: none"> • Umlandzersiedlung, u. a. „beleuchtete Schafweiden“ • Industriebrachen und leer stehende Wohngebäude in der Stadt • Paradoxon des ungebremsten Wachstums der Städte mit Brachen in zentralen Lagen |

Abb. 1: Welche Konflikte treten auf?

Im Teilraum Industrie- und Bergbauregionen werden die Konflikte ihrer nachhaltigen Entwicklung von den Ursachen der großflächigen Dimension schwerwiegender Umweltschäden bedingt, die das Negativimage im Zusammenwirken mit hoher Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit bei der Wohnbevölkerung als Innensicht und in der Wahrnehmung aus der Außensicht begründen. Hinzu treten hausgemachte Behinderungen wie „Verbindungsallianzen“ (vgl. Wirth/Lintz) und strategische Fehlentscheidungen bei den Bemühungen um Revitalisierung dieser Gebiete durch zentrale und lokale Einflussnahme bei den bereits erläuterten Aktivitäten der Außenentwicklung durch Gewerbeparks, Ansiedlung großflächiger Handelseinrichtungen in den Wohngebieten und auch durch industrielle Großansiedlungen mit Landes- und Bundesförderung, die die raumkonkreten Bedingungen und Potenziale unzureichend berücksichtigen. Während bei der Sanierung der Umweltschäden dank wirksamer Programme, politischer Aufmerksamkeiten und großer Anstrengungen der Kommunen und

Entwicklung regionaler Teilräume in Ostdeutschland

Bevölkerung sehr gute Erfolge zu verzeichnen sind (vgl. Roch „Entwicklungsphasen im sächsisch-böhmisch-schlesischen Dreiländereck), bleibt das Beharrungsvermögen des Negativimages in der Außensicht. Es bezieht sich gegenwärtig noch auf die Arbeitslosigkeit und die Niedriglöhne der Unternehmen. Die neuen Landschaften mit ihren Wohnqualitäten und touristischen Angeboten der Bergbaufolgelandschaften wie im Umland von Leipzig, im Fürst-Pückler-Land Lausitz und im Raum Most im Nordböhmischen Becken (vgl. Abb. 2) werden noch unzureichend honoriert. Die Nachhaltigkeitsaspekte Wirtschaft, Soziales/Kulturelles und Ökologie sind nach dem Strukturbruch noch unzureichend aufeinander abgestimmt. Allerdings besteht dafür im Umbauprozess eine herausragende Möglichkeit. In stadtnahen Bergbau- und Industriegebieten wie in Olbersdorf bei Zittau und Markkleeberg bei Leipzig bestehen dazu bereits gute Beispiele.



Abb. 2: Zukunft gestalten (Foto: Gerhard Kassner, Robert Hermann, IBA-Archiv, Johannes am Ende, In: Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land (Hrsg.) (2005): Landschaften verwandeln. Empfehlungen am Beispiel dreier industriell gestörter Landschaften in Europa. Zusammenfassung der Ergebnisse des italienisch-polnisch-deutschen Projektes „Restrukturierung von Kulturlandschaften“ – REKULA, S. 14)

Die Konflikte nachhaltiger Entwicklung mittelstädtischer Verflechtungsbereiche beziehen sich einerseits auf Defizite eines angepassten, raumspezifischen Handelns in der Planung und Entwicklung und andererseits auf Einschränkungen der Steuerungsmöglichkeit des rasant ablaufenden Strukturwandlungsprozesses. Die besonderen Bedingungen dieses Teilraumes (vgl. Leimbrock 2009) werden als Potenziale zu wenig offensiv genutzt. Dies gilt insbesondere für die Möglichkeiten zur Inwertsetzung und zum Austausch ökologischer Funktionen des unbebauten Raumes mit den

Dienstleistungen der Stadt. Die Partnerschaft Stadt-Land kann für diesen Teilraum individuell bezogen auf die Naturraumausstattung in Einklang mit dem Nachhaltigkeitsprinzip besser ausgeformt werden, als das für Großstädte und Agglomerationsräume möglich ist. Die Einschränkungen diesbezüglicher Handlungsspielräume bestehen in Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung (vgl. Leimbrock ebenda), aber auch im Mangel an Personal für die lohnenswerte politisch-administrative Steuerung, die mit der Entwicklung von Leitbildern und Förderung der Partnerschaften mit den Umlandgemeinden zur Umsetzung dieser Zielsetzungen nachhaltiger und identitätsfördernder Entwicklungen beginnt und in einen Managementprozess münden sollte. Die rasanten Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur mit Auswirkungen auf die anzupassende Stabilisierung der Infrastruktur erschweren die verantwortungsbewusste Steuerung der Siedlungsentwicklung zusätzlich.

Kritisch sind im städtischen Verflechtungsraum für die nachhaltige Entwicklung die Auswirkungen von Siedlungswachstum im Außenbereich bei Schrumpfung in den Stadtkernen (s. o.) zu sehen. Der ständig steigende Anteil besiedelter Flächen in Verbindung mit der Erzeugung von Individualverkehr durch Arbeits- und Versorgungspendeln bei Rückgang der Bevölkerungszahl und der industriellen Flächennutzung einschließlich Lagerflächen widersprechen dem Nachhaltigkeitsprinzip. Die Auflockerung historischer Industriegebiete und enger Wohngebiete der Gründerzeit kommt durch die Gestaltung von Freiräumen auf Brachflächen trotz schwieriger Verhandlungen zur Nutzung bzw. Zwischennutzung diesbezüglicher privater Grundstücke schrittweise voran. Die neue innerstädtische Begrünung bietet Ansätze für die Förderung ökologischer Leistungen (vgl. Arlt/Lehmann 2008), wenn sie städtebaulich konstruktiv (vgl. Roch 2008) genutzt werden. Eine Möglichkeit des Umgangs mit den Erscheinungen der Zersiedlung des Umlandes besteht in der Einbindung größerer neuer Wohngebiete in das Netz des ÖPNV. Damit können einerseits die negativen Auswirkungen des Individualverkehrs auf die Luftbelastung und „Verstopfungen“ der Innenstädte durch Stau eingeschränkt werden und andererseits die Inanspruchnahme hochwertiger Versorgungseinrichtungen durch wenig mobile Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden.

Charakteristische Potenziale der regionalen Teilräume

Nachfolgende raumspezifische Potenziale sollten für die Entwicklung der Teilräume aufgegriffen werden (vgl. Abb. 3).

Entwicklung regionaler Teilräume in Ostdeutschland

| Industrie- und Bergbau- regionen | Mittelstädte und Ver- flechtungsbereiche | Freiräume/Brachen im städtischen Verflech- tungsraum |
|---|--|---|
| <p>Stark differenziert</p> <ul style="list-style-type: none"> • neue Landschaften, z. B. Seenlandschaften für besondere Lebensqualität und Tourismus • Industrielle Folgenutzungen • High-Tech-Standorte | <ul style="list-style-type: none"> • Standortvorteile durch Umweltverträglichkeit, Funktionsmischung, Überschaubarkeit und demokratische Partizipation • Damit grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung | <ul style="list-style-type: none"> • Potenziale für die Grün- und Freiflächenausstattung • Potenziale für ökologische Aufwertungen • Raum für kreative Nutzungen, aber Gefahr der Fragmentierung des Freiraums |

Abb. 3: Welche Potenziale sind charakteristisch?

Die Potenziale für die Entwicklung von Industrie- und Bergbaugebieten sind sehr unterschiedlich. Während Industriegebiete aufgrund der traditionsreichen Erfahrungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten des noch vorhandenen Arbeitskräftepotenzials auf industrielle Folgenutzungen setzen können und die Entwicklung zu High-Tech-Standorten anstreben bei Vernetzung mit der Wissenschaft, besticht in Bergbaugebieten auch das Potenzial für die Herausbildung neuer Lebensqualitäten. Die Bearbeitung lebloser Materie und Gestaltung von Seenlandschaften (Garten, Weinberge) und touristischer Attraktionen gilt als historische, verantwortungsvolle Chance. Über die neuen Nutzungsformen und den Umgang mit den entstehenden Ökosystemen entscheiden auch die Lagebedingungen. Die Anbindung an Versorgungszentren, die Arbeitsplatzangebote und das Einzugsgebiet für potenzielle Touristen sind neben anderen Bedingungen für die Aktivierung dieser Potenziale von Bedeutung.

Mittelstädte und ihre Verflechtungsbereiche verfügen über wesentliche Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung in Form ihrer Umweltverträglichkeit, Funktionsmischung, Überschaubarkeit und demokratischen Partizipation der Bevölkerungsgruppen an den Entscheidungen zur Stadtentwicklung.

Im städtischen Verflechtungsraum bieten die Freiräume und Brachen die Grundlagen für die Grünflächenausstattung. Ihre ökologischen Funktionen gelten als relevanter Beitrag zur Förderung von Umwelt- und Lebensqualitäten. Sie bieten Möglichkeiten zur bedarfsgerechten ökologischen Aufwertung in einzelnen Stadtgebieten (vgl. Arlt/Lehmann 2008) und Grundlagen für gruppenspezifische Freizeitnutzungen

(Roch ebenda 2008), die in das Entwicklungsziel der stadtreionalen Freiraumentwicklung eingebunden werden sollten.

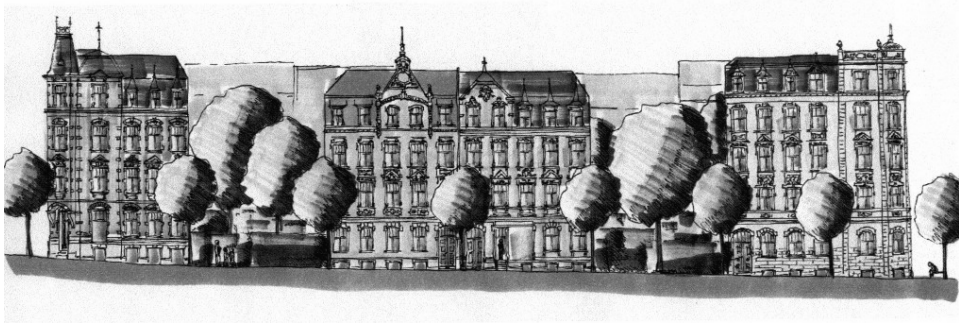


Abb. 4: Plauen – Das Stadtumbauprinzip der grünen Lücke im Gründerzeitgebiet Bahnhofsvorstadt (Zeichnung: Stadt Plauen)

Politische Aufmerksamkeit für die regionalen Teilräume

Auf die Handlungsbedarfe in den Teilräumen und mögliche Entwicklungsoptionen und -ziele wurde seitens der Politik in Bund und Ländern unterschiedlich reagiert (vgl. Abb. 5 auf der nächsten Seite).

Die Industrie- und Bergbauggebiete erlangten nach der politischen Wende und bereits im Vorfeld aufgrund der gravierenden Umweltschäden höchste Aufmerksamkeit auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Die Sanierungsprogramme stützen sich auf die Entwicklung gleichwertiger Lebensbedingungen als Leitbild der Raumordnung (1994). Die frühe „Leuchtturmpolitik“ auf Landes- und Bundesebene, jetzt dokumentiert in den neuen Leitbildern der Raumordnung, unterstützte den Wandlungsprozess in Industriegebieten wesentlich.

| Industrie- und Bergbauregionen | Mittelstädte und Verflechtungsbereiche | Freiräume/Brachen im städtischen Verflechtungsraum |
|--|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Nach 1990 große Aufmerksamkeit für Umweltschäden • Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen • Leuchtturmpolitik | <ul style="list-style-type: none"> • Mittelstädte im Anpassungsprozess • Eher „im Windschatten“ des Interesses von Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft | <ul style="list-style-type: none"> • Höchste Priorität für Revitalisierung von Brachflächen bis Ende der 1990er Jahre • Anschließend Baulückenmanagement • Erhöhung der Lebensqualität durch Ausgleich von Gründefiziten • Stärkere Einbeziehung der Bevölkerung |

Abb.5: Welche politischen Aufmerksamkeiten sind zu nennen?

Entwicklung regionaler Teilräume in Ostdeutschland

Die politische Aufmerksamkeit für die Entwicklung der Mittelstädte, ihre Erfolge und Misserfolge verlief eher im Windschatten der Aufmerksamkeit für die Oberzentren und ihrer Vernetzungen. Im Rahmen des Anpassungsprozesses an die neuen Entwicklungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft erzielten Mittelstädte in der öffentlichen Diskussion Aufmerksamkeit. Beispiele sind die Schließung von Theatern, Auflösung oder Kooperationen von Orchestern, Erhaltung von Bildungs- und Forschungseinrichtungen bis hin zu den aktuellen Diskussionen zur Sicherung der Bevölkerungsversorgung unter den Bedingungen der Kreisreform und Reduzierung zentraler Orte. Hier sind die Mittelstädte indirekt angesprochen.

Für Brachen gab es im städtischen Verflechtungsraum bis Ende der 1990er Jahre höchste politische Aufmerksamkeit, die durch Fördergelder bekräftigt wurde. Der Ausgleich der Gründefizite und die Verbesserung der Lebensqualität durch Begrünung der Brachen wurden öffentlich kommuniziert und von Bevölkerungsgruppen aktiv unterstützt. An die Revitalisierung der Brachen schloss sich ein Baulückenmanagement an. Die Einbeziehung der Bevölkerung und Mitsprache bei diesen Aktivitäten als Forderung aus der Vorwendezeit gilt als guter Erfolg nachhaltiger Entwicklung.



Abb. 6: Bergbaufolgelandschaft in der Lausitz (Foto: Peter Radke, In: Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land (Hrsg.) (2005): Landschaften verwandeln. Empfehlungen am Beispiel dreier industriell gestörter Landschaften in Europa. Zusammenfassung der Ergebnisse des italienisch-polnisch-deutschen Projektes „Restrukturierung von Kulturlandschaften“ – REKULA, S. 10)

Entwicklungsperspektiven für die regionalen Teilräume

Mögliche Entwicklungsperspektiven (vgl. Abb. 7) beziehen sich auf die nachhaltige Entwicklung, die raumspezifischen Potenziale und den erreichten Stand im Anpassungsprozess an die neuen Rahmenbedingungen regionaler Entwicklung.

Die Perspektiven für die Industrie- und Bergbauggebiete werden differenziert gesehen. Während für lagebegünstigten industriellen Standorte und Agglomerationsgebiete die Entwicklungsperspektiven eher günstig eingeschätzt werden durch Nähe zur Forschung und als Voraussetzung für Produktentwicklung sowie in Schlagdistanz zur Reaktion auf Nachfragen, werden periphere Räume in Bezug auf Revitalisierungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Bereiche eher problematisch beurteilt. Wesentliche Wettbewerbsnachteile bestehen in diesen Gebieten durch schlechte Erreichbarkeit, unzureichenden Zugang zur spezialisierten wirtschaftsnahen Infrastruktur und zur Mitwirkung in relevanten Netzwerken. Eine Kompensation dieser Wettbewerbsnachteile kann nicht aus eigener Kraft geleistet werden. Die Herausbildung einer eigenständigen Standort- und Lebensqualität durch interkommunale Vernetzungen bei Einbindung von Mittelstädten erscheint hingegen chancenreich.

In den Mittelstädten und ihrem Verflechtungsbereich gilt es, die positiven Voraussetzungen für die nachhaltige Entwicklung durch Inwertsetzung der raumkonkreten Potenziale und Umsetzung nachfolgender allgemeingültiger Teilziele zu nutzen. Diese Teilziele beziehen sich auf den differenzierten Umgang mit Brachen im Rahmen der Umbaumaßnahmen und auf den differenzierten Umgang mit Wohnungsleerständen der überkommenen Bausubstanz und den Baustrukturen. Die Leitbilder der Umbauziele sollten sich auf den regionalen Verflechtungsraum beziehen und mit Nachbargemeinden gemeinsam entworfen werden. Als alternative Entwicklungsstrategie zu den Großstädten sollten Mittelstädte auf Kooperationsprojekte mit Umwelterientierung setzen.

Für Freiräume und Brachen im städtischen Verflechtungsraum sind perspektivisch Handlungsansätze in der Freiraumplanung, des Naturschutzes und der bedarfsgerechten Freiraumversorgung im Rahmen der Gestaltung neuer Lebensqualität zu sehen. Dies erscheint bei der erwarteten Zunahme des Anteils der Brachen und Freiräume an der Flächennutzung als besondere Herausforderung. Für die weitere Differenzierung der Freiflächentypen und die ökologischen Aufwertungen werden Chancen gesehen. Durch Aufwertung innerstädtischer Umwelt- und Lebensqualitäten könnte die Flächeninanspruchnahme im Umland eingeschränkt werden.

Entwicklung regionaler Teilräume in Ostdeutschland

| Industrie- und Bergbauregionen | Mittelstädte und Verflechtungsbereiche | Freiräume/Brachen im städtischen Verflechtungsraum |
|--|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Günstige Perspektiven für Großstädte und Agglomerationen • Kleinere Städte in peripheren Räumen bleiben problematisch | <ul style="list-style-type: none"> • Differenzierter Umgang mit innerstädtischen Brachen im Rahmen der Umbaumaßnahmen • Differenzierter Umgang mit Wohnungsleerständen, überkommener Bausubstanz und Baustrukturen • Erfordernis eines Denkens in regionalen Verflechtungsräumen • Gemeinsame Kooperationsprojekte mit Umweltorientierung als alternative Entwicklungsstrategie mittelstädtischer Verflechtungsräume | <ul style="list-style-type: none"> • Revitalisierung von Brachen eher die Ausnahme • Neue Handlungsansätze der Freiraumplanung, des Naturschutzes und der Freiraumversorgung bei Zunahme der Freiflächen/Brachen • Chancen für neue Arten von Freiflächen für die ökologische Aufwertung • Attraktive Städte tragen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme im Umland bei |

Abb. 7: Welche Perspektiven gibt es?



Abb. 8: Brache mit Vegetation in der Innenstadt (Collage: Tittel, IÖR Dresden)

3 Anforderungen an die Steuerung nachhaltiger Entwicklung

Die Anforderungen an die Steuerung stützen sich auf die empirischen Forschungsergebnisse. Die Untersuchungen bescheinigen einen relativ großen Einfluss der Förderpolitiken auf die Raumentwicklung in verschiedenen räumlichen Facetten. Der nahezu inflationäre Einsatz vielfältiger informeller Instrumente verhilft offensichtlich zu schnellen Erfolgen, zu Aufmerksamkeit für den Raum und zu Selbstbewusstsein der Akteure. Die Entwicklungen vollziehen sich vielerorts unkoordiniert im Bezugsraum, wenn kein Regionalmanagement für Koordination und kontinuierliche schrittweise Zielerfüllung sorgt. Die Koordination von Zielen und Maßnahmen der Fachplanungen wie z. B. der Landschaftsplanung, Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, Entwicklung des ländlichen Raums, letzteres durch die Landwirtschaft mit Bezug zur Entwicklung der Landnutzung, bleibt unerledigt. Kritisch ist zu bewerten, dass z. B. Projektarbeit und Förderpolitik weitgehend von den mittel- und langfristigen Zielen der Raumplanung entkoppelt sind.

Die Instrumente der Raumplanung geraten immer stärker unter Druck. Sie gelten als hindernd und in der Anwendung kompliziert und äußerst zeitaufwendig. Die Erlangung der Verbindlichkeit der Regionalpläne in Sachsen erfolgte ca. 10 Jahre nach der politischen Wende. Die Bauleitplanung hingegen war sofort aktiv. Sie arbeitete allerdings bis zum Jahr 2000 mit Wachstumszielen und wurde durch Änderungen administrativer Zuschnitte immer wieder gestört. Eine an den Strukturwandel und seriöse Prognosen angepasste Flächennutzungs- und Bebauungsplanung, die Verbindlichkeit anstrebt, ist seit Anfang des 3. Jahrtausends in Arbeit. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der zunehmenden Überlagerung der raumordnerischen Instrumente in Deutschland durch neue EU-Instrumente. Der hohe Stellenwert, der z. B. der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in den EU-Ländern einschließlich in den deutschen Bundesländern beigemessen wird, nimmt zum Teil Aufgaben der Landschaftsplanung wahr. Nicht so populär für die Umsetzung sind Fragen des Immissions- und Bodenschutzes. Auch die Regelungen der EU im Naturschutz und in der Umweltverträglichkeit erfordern weiteres hoch qualifiziertes Fachpersonal bzw. externe Gutachter sowie hohen Arbeits- und Zeitaufwand bei der Erarbeitung der Regionalpläne.

Für die nachhaltige Raumentwicklung erscheint das planerische Instrumentarium aufgrund seiner Verbindlichkeit, mittelfristigen Zielorientierung und Koordination der Teilziele als unverzichtbar. Aus den wissenschaftlichen Untersuchungen der aus-

Entwicklung regionaler Teilräume in Ostdeutschland

gewählten regionalen Teilräume ist zu schlussfolgern, dass sich eine effiziente, nachhaltige Regionalplanung künftig stärker den Besonderheiten widmen sollte, die in den differenzierten Handlungsbedarfen und Potenzialen zum Ausdruck kommen. Diese Besonderheiten beziehen die „neuen“ Bevölkerungsstrukturen ebenso ein wie deren gruppenspezifische Verhaltensweisen und Bedarfe, die für die Anpassung der sozialen Infrastruktur von Bedeutung sind. Fragen der Identitätsförderung und -nutzung raumbezogener Bindungen für lokale Entwicklungen sollten ebenso Beachtung finden wie die Ausprägung und Pflege von Kulturlandschaften. Letztere präsentieren sich immer stärker als weiche Standortfaktoren (vgl. Schätzl in Roch/Banse/Leimbrock 2008).

Bei der Weiterentwicklung der raumplanerischen Instrumente sollten zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung Entwicklungsziele stärker mit Angeboten für die Raumentwicklung verbunden werden. Für diese Orientierung auf Entwicklung sollten informelle Instrumente aufgrund ihrer sichtbaren Entwicklungserfolge komplementär genutzt werden. Unabdingbar für die Prozesssteuerung erscheint mittelfristig eine „Entrümpelung“ des Instrumentenkastens verbunden mit der Verankerung einer überschau- und händelbaren Raumplanung in der EU. Ihr fachübergreifender Auftrag und die kontinuierliche Wirksamkeit bei mittelfristiger Sichtweise erscheinen für die relevanten Aufgaben bei der nachhaltigen Entwicklung wettbewerbsfähiger Regionen unverzichtbar und erfolgversprechend.

Quellen

- Binas, E. (Hrsg.) (2009): Görlitzer Beiträge zur Transformationsforschung. „Hilft die ‚Region?‘ – Chancen und Probleme im Transformationsprozess sog. strukturschwacher Regionen“ (Arbeitstitel). vorauss. P. Lang Verlag 2009.
- Glöckner, R. (2008): Entwicklungsverläufe ausgewählter Siedlungstypen im Vergleich – Ein Beitrag zur Evaluation umweltschonender Sanierungs- und Entwicklungsprozesse des deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländerecks. Diplomarbeit, vorgelegt an der TU Dresden, Institut für Geographie, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie Ost- und Südosteuropas.
- Heiland, S. (2006): Zwischen Wandel und Bewahrung, zwischen Sein und Sollen: Kulturlandschaft als Thema und Schutzgut in Naturschutz und Landschaftsplanung. In: Danielzyk, R., Heiland, S., Matthiesen, U., Tzschaschel, S. (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Ver-

ständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 228. Hannover, S. 43-71.

- Jeřábek, M. (2006): Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung aus den Untersuchungsgebieten – Tschechische Republik Labe. In: Roch, I.; Petriková, D. (2007): *Border-Free River Basins. Mitteleuropäische Ansätze zu Management und Förderung landschaftsbezogener Identität*. Hannover.
- Leibenath, M. (2009): Zwischen Ideenimport und Interdisziplinarität: Gedanken zur theoretischen Fundierung eines komplexen Forschungsfelds. In: Jeřábek, M.; Roch, I. (Hrsg.) (2009): "Grenzübergreifende ökologische Regionalentwicklung", In: *Acta Universitatis Purkynianae der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem*. Tagungsband.
- Leimbrock, H. (2009): Entwicklungsimpulse für Mittelstädte und ihre Verflechtungsbereiche – Großprojekte. In: Jeřábek, M.; Roch, I. (Hrsg.) (2009): "Grenzübergreifende ökologische Regionalentwicklung", In: *Acta Universitatis Purkynianae der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem*. Tagungsband.
- Lintz, G.; Schmude, K. (2005): *Germany: Tackling the East-West Divide*. In: Müller, B.; Finka, M.; Lintz, G.: *Rise and Decline of Industry in Central and Eastern Europe. A Comparative Study of Cities and Regions in Eleven Countries*. (Central and Eastern European Development Studies – CEEDES), Springer, Berlin. S.81-110.
- Lintz, G. (2009): Umweltpolitikintegration als ein Analyseansatz für die ökologische Regionalentwicklung. In: Jeřábek, M.; Roch, I. (Hrsg.) (2009): "Grenzübergreifende ökologische Regionalentwicklung", In: *Acta Universitatis Purkynianae der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem*. Tagungsband.
- Lintz, G.; Wirth, P. (2009): Erfolgsfaktoren der Sanierung und Entwicklung von Bergbauregionen. In: Jeřábek, M.; Roch, I. (Hrsg.) (2009): "Grenzübergreifende ökologische Regionalentwicklung", In: *Acta Universitatis Purkynianae der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem*. Tagungsband.
- Mathey, J.; Stutzriemer, S. (2009): Grenzüberschreitende Landschaftsentwicklung – ein Rückblick. In: Jeřábek, M.; Roch, I. (Hrsg.) (2009): "Grenzübergreifende ökologische Regionalentwicklung", In: *Acta Universitatis Purkynianae der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem*. Tagungsband.

Entwicklung regionaler Teilräume in Ostdeutschland

- Müller, B.; Wirth, P.; Danielzyk, R.; Priebs, A. (2000): Sanierung und Entwicklung in Ostdeutschland - regionale Strategien auf dem Prüfstand. In: IÖR-Schriften 32. Dresden. S. 192.
- Roch, C. S. (2006): Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung aus den Untersuchungsgebieten – Deutschland Elbe. In: Roch, I.; Petriková, D. (2007): Border-Free River Basins. Mitteleuropäische Ansätze zu Management und Förderung landschaftsbezogener Identität. Hannover.
- Roch, I. (2006): Die Entwicklung der Kulturlandschaft „Elbtal Dresden“. In: Danielzyk, R., Heiland, S., Matthiesen, U., Tzschaschel, S. (Hrsg.): Kulturlandschaften als Herausforderung für die Raumplanung. Verständnisse – Erfahrungen – Perspektiven. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 228. Hannover, S. 182-196.
- Roch, I. (2008): Das Potenzial Freiraum in der Nutzung und Wahrnehmung. In: Roch, I.; Banse, J.; Leimbrock, H. (Hrsg.) (2008): Freiraum- und Wohnqualitäten. Potenziale für den städtischen Umbau. Shaker Verlag Aachen.
- Roch, I. (2009): Gemeinsamkeiten und Besonderheiten regionaler Entwicklung. In: Jeřábek, M.; Roch, I. (Hrsg.) (2009): "Grenzübergreifende ökologische Regionalentwicklung", In: Acta Universitatis Purkynianae der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem. Tagungsband.
- Roch, I.; Banse, J.; Leimbrock, H. (Hrsg.) (2008): Freiraum- und Wohnqualitäten. Potenziale für den städtischen Umbau. Shaker Verlag Aachen.
- Roch, I.; Glöckner, R. (2007): Sustainable Development in the Saxonia-Bohemia Ore Mountains (Erzgebirge) – Intermediate Results of an Evaluation research Project. Nachhaltige Entwicklung im sächsisch-böhmischen Erzgebirge – Zwischenergebnisse einer Evaluation. In: X-Border-GI2007-Symposium. Proceedings 6th Saxonian GIS-Forum.
- Rohrerová, L.; Vesely, R. (2006): Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung aus den Untersuchungsgebieten – Tschechische Republik March. In: Roch, I.; Petriková, D. (2007): Border-Free River Basins. Mitteleuropäische Ansätze zu Management und Förderung landschaftsbezogener Identität. Hannover.
- Schätzl, L. (2008): Wirtschaftsentwicklung in Bonn und Dresden. In: Roch, I.; Banse, J.; Leimbrock, H. (Hrsg.) (2008): Freiraum- und Wohnqualitäten. Potenziale für den städtischen Umbau. Shaker Verlag Aachen.
- Schmidt, R. (Hrsg.) (1995): Strukturwandel und Entwicklungsfragen altindustrialisierter Regionen – Ergebnisse, Probleme und Chancen eines ökologisch verträg-

Isolde Roch

lichen Strukturwandels von Industrieregionen in Sachsen, Sachsen - Anhalt und Thüringen. 3. IÖR-Symposium am 4./5. Okt. 1994 in Dresden. IÖR-Schriften 13. Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. Dresden.

Wirth, P.; Lintz, G.(2006): Rehabilitation and development of mining regions in Eastern Germany – Strategies and outcomes. In: Moravian Geographical Reports 14/2, S. 69-82.

Zum Stand sächsisch-tschechischer Hochschulbeziehungen

Ilona Scherm

Als Nicht-Geographin einen Artikel zum runden Geburtstag eines Geographieprofessors zu schreiben, entpuppt sich zunächst als Herausforderung. Aber wenn man sich seit neun Jahren in deutsch- bzw. sächsisch-tschechischen Projekten tummelt, dann muss es wohl ein Thema aus dem sächsisch-tschechischen Hochschulbereich sein. Ist doch der Jubilar seit vielen Jahren als Grenzraumforscher zunächst an der bayerisch-tschechischen, dann an der sächsisch-tschechischen Grenze tätig, wofür er und die von ihm betreuten Projekte entsprechende Auszeichnungen erhielten.⁵⁸ Und nicht zuletzt ist Peter Jurczek seit Jahren der „Pilsen-Beauftragte“ der TU Chemnitz, der die Beziehungen mit dem langjährigen Kooperationspartner Westböhmische Universität Pilsen (Zapadočeska univerzita v Plzni) koordiniert und pflegt.

Sächsisch-tschechische Hochschulbeziehungen im Allgemeinen

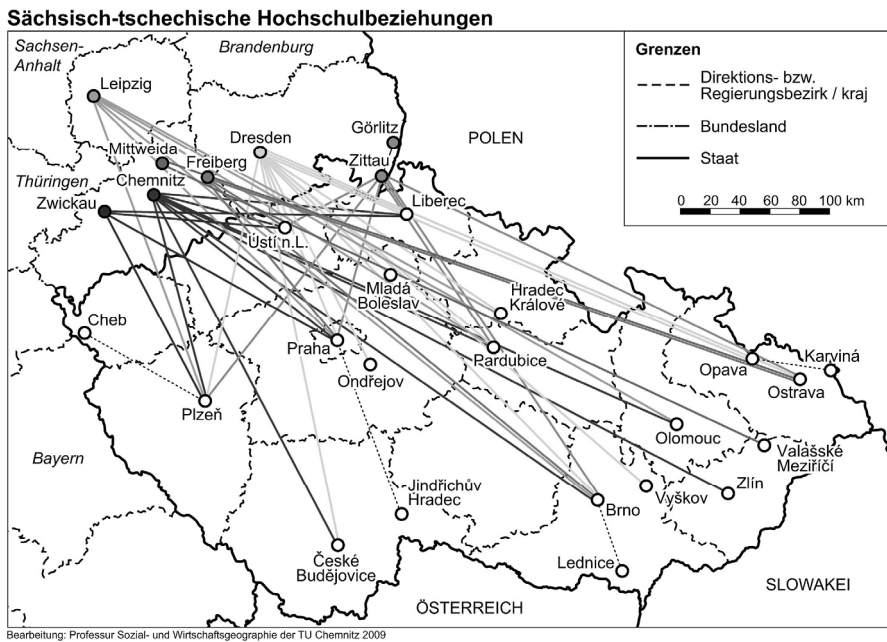
Betrachtet man die Zusammenarbeit sächsischer und tschechischer Hochschulen in der Datenbank der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK), so erhält man ein vielfältiges Geflecht von Beziehungen, das sich über das Gebiet der gesamten Tschechischen Republik erstreckt (siehe Karte 1). Von den insgesamt 359 gelisteten Kooperationen⁵⁹ deutscher Hochschulen entfallen 79 auf sächsische Institutionen⁶⁰, das sind über 20 Prozent. Immerhin hat der Freistaat Sachsen auch eine 454 km lange Grenze zur Tschechischen Republik. – Im Vergleich dazu sind es in Bayern, dem

⁵⁸ Peter Jurczek erhielt im November 2005 vom Rektor der Westböhmischen Universität Pilsen die Verdienstmedaille „für die Entwicklung langjähriger internationaler Zusammenarbeit zwischen der TU Chemnitz und der Westböhmischen Universität und für seinen persönlichen Einsatz bei der Tätigkeit des Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums“. Im Sommer 2008 konnte Jurczek den Ehrenpreis der Initiative Südwestsachsen e.V. in der Kategorie „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien“ entgegen nehmen, im Oktober 2008 wurde das Sächsisch-Tschechische Hochschulkolleg von der "Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)" mit einer Urkunde im Rahmen der Verleihung des "Cross Border Award 2008" bedacht.

⁵⁹ Diese Zahl dürfte allerdings mit Vorbehalt gesehen werden, da z.B. bei den Kooperationen der TU Chemnitz die Projekt bezogene mit der Südböhmischen Universität České Budějovice nicht aufgeführt ist.

⁶⁰ <http://www.hochschulkompass.de/> > Statistik, > Kooperationen nach Staat und deutschem/ausl. Hochschultyp (aufgerufen 20.05.2009)

zweiten Bundesland mit gemeinsamer Grenze zu Tschechien, nur 68 institutionelle Beziehungen zwischen Hochschulen. – Nicht nur die Hochschulen im unmittelbaren sächsisch-tschechischen Grenzraum wie die Technische Universität in Liberec oder die Jan-Evangelista-Purkyně-Universität in Ústí nad Labem gehören zu den bevorzugten Partnern sächsischer Hochschulen, sondern auch weiter entfernte wie die Südböhmische Universität in České Budějovice, die Universitäten in Brno, die Tomáš Bat'a-Universität in Zlín, die Schlesische Universität in Opava oder die Universität in Ostrava.



Karte 1: Sächsisch-Tschechische Hochschulbeziehungen

Inhaltlich gestalten sich die Beziehungen sächsischer und tschechischer Hochschulen vielfältig, meist handelt es sich um Erasmus-Verträge oder Projekt bezogene Kooperationen. Dabei geht es um die gegenseitige Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, den Austausch verschiedener Personengruppen: von Forschenden, Lehrenden, Studierenden, des wissenschaftlichen Nachwuchses, von Praktikanten, von nicht-wissenschaftlichem Personal. Außerdem werden Vereinbarungen über Stipendien getroffen. Im Bereich der Zusammenarbeit in Lehre und Forschung werden gemeinsame Veranstaltungen, Zusammenarbeit bei Projekten, der Austausch von Literatur, gemeinsame Publikationen, gemeinsame Veranstaltungen, aber auch die Entwicklung neuer Lehrmaterialien sowie Weiterbildungskurse genannt. Für die grenzübergreifende Kooperation auf längere Sicht scheinen gemeinsame Curricula

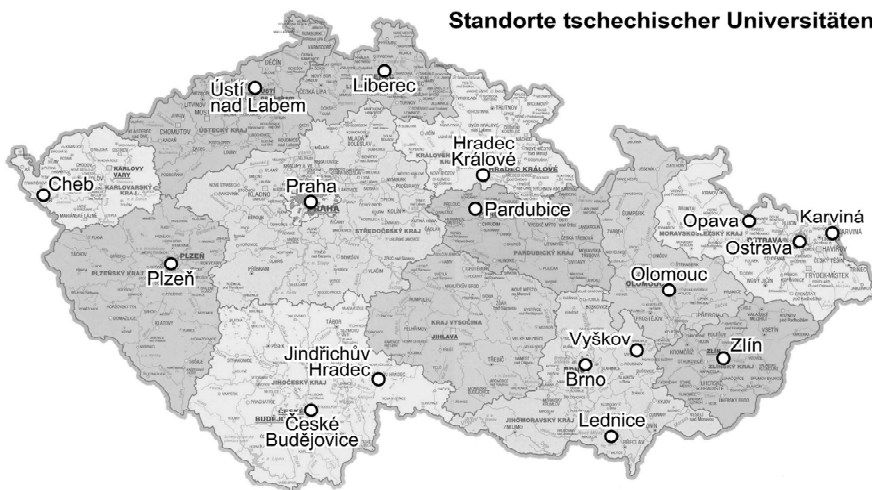
Zum Stand sächsisch-tschechischer Hochschulbeziehungen

von besonderer Bedeutung zu sein. Auf dem Gebiet der universitären Infrastruktur wird bei der Auflistung der Kooperationen auf der Homepage der HRK die Zusammenarbeit zentraler Einrichtungen wie Hochschulrechenzentren (Datenkommunikationsverbund), Bibliotheken, der Verwaltung gelistet.

Bevor einige spezielle Formen der Hochschulzusammenarbeit vorgestellt werden, sollen in einem Exkurs grundlegende Informationen über das tschechische Hochschulwesen gegeben werden, um abschließend Probleme und Chancen der Kooperation anzusprechen.

Grundlegende Informationen über die tschechische Hochschullandschaft

Das Hochschulwesen in der Tschechischen Republik bzw. zunächst in der Tschechoslowakei änderte sich nach 1990 wie auch in den anderen Transformationsländern Ost-Mitteleuropas. Die Hochschulen erhielten eine weitgehende Autonomie, und die Einheit von Forschung und Lehre steht nunmehr im Vordergrund. In den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts erfolgte eine Reihe von Neugründungen bzw. Umbenennungen tschechischer Hochschulen. Derzeit gibt es 28 (26+2) öffentliche und staatliche Universitäten und Hochschulen unter Zuständigkeit des tschechischen Ministeriums für Bildung (<http://www.msmt.cz/>), die nahezu flächendeckend über das Gebiet der Tschechischen Republik verteilt sind.



Karte 2: Standorte tschechischer Universitäten

Bearbeitung: Torsten Nisser, Sozial- und Wirtschaftsgeographie, TU Chemnitz, 2009

Mit gleich mehreren Hochschulen führen die Städte Prag und Brünn die Liste der Universitätsstandorte an. Daneben gibt es eine Reihe von Regionaluniversitäten in nahezu jedem Bezirk (kraj) sowie Außenstellen von Prager oder Brünner Hochschulen.

Eine Besonderheit des tschechischen Hochschulwesens ist es, dass es keinerlei den deutschen Fachhochschulen vergleichbare Einrichtungen gibt. Allerdings wurde in den letzten Jahren eine Reihe privater Hochschulen gegründet mit steigender Tendenz der Gründungen. Auf der homepage des Ministeriums für Bildung sind derzeit (Juni 2009) 45 solcher Schulen verzeichnet, die eine staatliche Akkreditierung erhalten haben, darunter die Hochschule von Škoda Auto in Mladá Boleslav, Hochschulen, die als „Ableger“ ausländischer Bildungsinstitutionen (z.B. University of New York in Prague s.r.o.) gelten oder Hochschulen von religiösen Glaubensgemeinschaften (z.B. International Baptist Theological Seminary of the European Baptist Federation o.p.s. in Prag). Viele dieser „Privaten“ haben sich vor allem auf Management, Marketing, Handel, Bank- oder Finanzwesen oder Politikwissenschaften spezialisiert. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie – im Gegensatz zu den staatlichen Universitäten und Hochschulen – Studiengebühren verlangen.

Spezielle Formen der sächsisch-tschechischen Hochschulzusammenarbeit

An dieser Stelle soll bewusst nicht näher auf die von Peter Jurczek initiierten Projekte der sächsisch-tschechischen Hochschulkooperation wie „Sächsisch-Tschechisches Hochschulzentrum“ (STHZ, 2003-2006)⁶¹ mit der „Sächsisch-Tschechischen Fachbibliothek“ (STFB)⁶², „Sächsisch-Tschechisches Hochschulkolleg“ (STHK, 2006-2008)⁶³ und „Sächsisch-Tschechische Hochschulinitiative“ (STHI, ab 2009) einge-

⁶¹ Dazu u.a. Peter Jurczek (2006): Das „Sächsisch-Tschechische Hochschulzentrum“ (STHZ): bildungsgeographisches Vorhaben im deutsch-tschechischen Grenzraum; in: Regionální výzkum v severozápadních Čechách = Acta Universitatis Purkynianae, Bd. 124, , Ústí nad Labem/CZ, S. 21-24 oder Ilona Scherm (2007): Das Sächsisch-Tschechische Hochschulzentrum an der Technischen Universität Chemnitz – ein state-of-the-art-Bericht. In: Miloš Řezník (Hg.): Grenzraum und Transfer. Perspektiven der Geschichtswissenschaft in Sachsen und Tschechien. Berlin, S. 159-164 (= Chemnitzer Europastudien, Bd. 5)

⁶² Dazu Ilona Scherm (2008): Die Sächsisch-Tschechische Fachbibliothek (STFB): eine Bibliothek der besonderen Art an der TU Chemnitz. In: Roland Schöne (Hg.): "Grenzen lernend überwinden", Projektdokumentation und ausgewählte Beispiele guter Praxis der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit im Bildungsbereich, Chemnitz, S. 80. Die Sächsisch-Tschechische Fachbibliothek im Internet: http://www.bibliothek.tu-chemnitz.de/STHZ/sthz_medien.html

⁶³ vgl. Peter Jurczek (2008): Hochschulkooperationen im deutsch-tschechischen Grenzgebiet – Vorläufer zur Entwicklung eines europäischen Wissenschaftsraumes auf regionaler Ebene; in: Jahrbuch

Zum Stand sächsisch-tschechischer Hochschulbeziehungen

gangen werden oder auf die beiden durch den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds (DTZF) finanzierten Studien „Zu den künftigen Entwicklungschancen im deutsch-tschechischen Grenzraum“ (2007/08) und „Das wissenschaftliche Potential und die regionalen Verflechtungen von Universitäten im deutsch-tschechischen Grenzraum“ (2009/10). Es sollen hier die „Chemnitz-Pilsner-Kolloquien“, die im Herbst 2009 im nordböhmischen Pernink ihre 15. Auflage erfahren und vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) im Rahmen seines Förderprogramms „Ostpartnerschaften“ und der TU Chemnitz und der Westböhmischen Universität Pilsen finanziell unterstützt werden, auch nur der Vollständigkeit halber erwähnt werden.

Deutsch-tschechische Studiengänge

Vielmehr sollen hier spezielle Formen der Zusammenarbeit vorgestellt werden, wie der deutsch-tschechische Masterstudiengang der TU Chemnitz und der VUT Brno, Produktionssysteme/výrobní systémy. Dieser Studiengang, der erstmals zum Wintersemester 2008/09 an beiden Hochschulen angeboten wurde, ist konsekutiv zu den grundständigen Bachelorstudiengängen Automobilproduktion, Maschinenbau, Mikrotechnik/Mechatronik an der TU Chemnitz sowie Strojní inženýrství, Stavba strojů a zařízení, Strojírenská technologie (Maschineningenieurwesen, Bau von Fertigungsmaschinen und Einrichtungen, Fertigungstechnologien) an der VUT Brno. Nach vier Semestern, von denen das erste parallel an beiden Hochschulen absolviert wird, das zweite in Chemnitz, das dritte in Brno und das abschließende vierte an einer der beiden Hochschulen nach Wahl, steht der Doppelabschluss Master of Science und Inženýr mit tschechischem Staatsexamen. Neben einer Reihe von Basismodulen zu fachspezifischem, konstruktivem oder betriebswirtschaftlichem Methodenwissen stehen Schwerpunktmodule zur Fertigungs- und Automatisierungstechnik, zu Fertigungssystemen und Robotern sowie Veranstaltungen zum Studium generale auf dem Stundenplan der Studierenden, z.B. Rechtliche Grundlagen der Ingenieurstätigkeit (Právní základy inženýrské činnosti) oder Management rizik u výrobních strojů (Risikomanagement bei Fertigungssystemen). Neben der Durchführung eines Projek-

für Föderalismusforschung 2007, Baden-Baden, S. 549-564 sowie Ilona Scherm (2008): Das "Sächsisch-Tschechische Hochschulkolleg" an der Technischen Universität Chemnitz – "Česko-saské vysokoškolské kolegium" na Technické univerzitě Chemnitz", in: Jurczek, Peter (Hg.): Europäische und nationale Metropolregionen - dargestellt am Beispiel von Sachsen und Tschechien. Mit CD-ROM. Chemnitz, S. 95-97 und dies. (2008): Das Sächsisch-Tschechische Hochschulkolleg (STHK): zentraler Anlaufpunkt grenzüberschreitenden Austauschs im Hochschulbereich. In: Roland Schöne (Hg.): "Grenzen lernend überwinden", Projektdokumentation und ausgewählte Beispiele guter Praxis der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit im Bildungsbereich, Chemnitz, S. 78-79.

tes steht die Sprachausbildung in den ersten drei Semestern im Vordergrund. So sind „Tschechisch als Fremdsprache Sprachniveau B2“ und „Tschechisch im Maschinenbau“ für die deutschen Studierenden verpflichtend, für die tschechischen Kommilitonen stehen im Gegenzug „Deutsch als Fremdsprache Sprachniveau B2“ und „Deutsch im Maschinenbau“ wechselseitig in Chemnitz und Brno auf dem Programm.

Kritisch kann hier angemerkt werden, dass deutsche Studierende, um einem Studiengang in Tschechisch folgen zu können, in Chemnitz keineswegs ein adäquates Sprachlehrangebot zur Verfügung steht, da das Sprachzentrum der Universität seit einigen Jahren – trotz der Studiengänge mit Mittel-Ost-Europa-Spezialisierung – über keinen Lektor für Tschechisch mehr verfügt, sondern den Unterricht durch Lehrbeauftragte abdeckt. Dies mag für einen grundlegenden Unterricht in dieser Sprache ausreichen, nicht jedoch für eine fachorientierte Ausbildung. Falls in naher Zukunft an der TU Chemnitz weitere deutsch-tschechische Doppelstudiengänge ins Leben gerufen werden, deren Initiierung beispielsweise im Rahmen der „Sächsisch-Tschechischen Hochschulinitiative (STHI)“ geplant ist, so ist hier Handlungsbedarf geboten.

„Eine Hochschule geht ins Ausland“ – die Außenstelle der Westböhmischen Universität Pilsen in Plauen⁶⁴

Im Normalfall bewegen sich deutsche Studenten im Rahmen von Auslandsstudien zu einer Hochschule ihrer Wahl in Europa oder Übersee, etwa im Rahmen eines Erasmus-Austausches oder ähnlicher Programme. Im Vogtland ist seit 2008 ein anderer Fall eingetreten, eine ausländische Hochschule bewegte sich ins Ausland: Die Westböhmische Universität Pilsen hat mit dem Studiengang Grafikdesign eine Außenstelle gegründet und damit das Oberzentrum Plauen zum Hochschulstandort gemacht. 17 Studierende aus Sachsen und Bayern wurden am 18.11.2008 in Plauen feierlich immatrikuliert.⁶⁵ Mit diesem „Sonderfall, der im zusammen wachsenden Europa ein Regelfall werden sollte, so der Leiter der Außenstelle, Klaus Helbig⁶⁶, kamen langjährige Bemühungen um diese Außenstelle zum Tragen. Erste Kontakte von Plauen nach Pilsen gab es bereits 1994 im Rahmen der ersten Sommerakademie Plauen⁶⁷,

⁶⁴ Für die Informationen zu diesem Thema und Einsichtnahme in Presseartikel und Unterlagen danke ich Achim Schulz, Geschäftsführer der Euregio Egrensis, AG Sachsen/Thüringen in Plauen, und seinen Mitarbeitern.

⁶⁵ Blick vom 05.11.2008, S. 3

⁶⁶ Vogtlandanzeiger vom 15./16.11.2008

⁶⁷ Vogtlandanzeiger vom 19.02.2009.

Zum Stand sächsisch-tschechischer Hochschulbeziehungen

konkrete Überlegungen zu einem grenzübergreifenden Studienort im Vogtland kamen kurz nach der Jahrtausendwende dazu, als Angehörige der Westböhmischen Universität Pilsen und der Leiter der Plauener Euregioakademie, Klaus Helbig, in einem Kooperationsvertrag ihre Absicht manifestierten, die Studiengänge „Kunst und Gestaltung“ sowie „Angewandte Sprachwissenschaft“ als „Ableger“ der Pilsner Universität in Plauen einzurichten und daneben einen Dozentenaustausch, die Entwicklung von Projekten, Praktikumsplätze für Studenten und ähnliche Aktivitäten planten.⁶⁸ Dass es dann doch mehr als sechs Jahre dauerte, bis die ersten Studenten in Plauen eingeschrieben werden konnten, lag an einer Reihe bürokratischer Hürden, die zu nehmen waren. Im April 2008 wurde dann ein Vertrag zwischen der Stadt Plauen und dem Institut für Kunst und Design der Westböhmischen Universität Pilsen geschlossen und damit der Weg für die Bildung der Außenstelle geebnet. Jedoch stellten sich auch nach dem offiziellen Beginn des Studienjahres im Herbst weitere administrative Probleme ein; so war die Frage des BaFöG-Bezugs für die deutschen Studierenden einer Hochschule auf sächsischem Boden, jedoch nach tschechischem Hochschulrecht⁶⁹, während des gesamten ersten Semesters ungeklärt, da die Außenstelle durch das sächsische Wissenschaftsministerium noch nicht offiziell genehmigt war. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Studierenden finanziell ohne staatliche Unterstützung⁷⁰ – eine Tatsache, die Politiker und Medien längere Zeit bewegte.⁷¹ Erst nach Inkrafttreten des neuen Sächsischen Hochschulgesetzes geriet Bewegung in die Angelegenheit, und die Anerkennung der Außenstelle einer ausländischen Universität in Deutschland ermöglichte auch die Zahlung an die Plauener Studenten. Kaum war diese Hürde genommen, so hat man in Plauen weitergehende Pläne: Wegen des großen Interesses gibt es Überlegungen, ab September 2009 neben dem Bachelor-Studiengang Grafikdesign einen zweiten für Illustration einzurichten.⁷²

Aus Sicht des Oberbürgermeisters von Plauen, des Landrats des Vogtlandkreises und weiterer regionaler Entscheidungsträger ist mit dem Start dieser tschechisch-sächsischen Bildungseinrichtung ein lange gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen. Ist doch in der ehemaligen Planungsregion Südwestsachsen bisher nur die Westsächsische Hochschule Zwickau mit ihren Standorten in Reichenbach und Schneeberg als (Fach-)Hochschule vorhanden, so dass die Studenten in andere Regionen Sachsens,

⁶⁸ Vertrag vom 07.04.2002, unterzeichnet vom damaligen Prorektor Vostracký und Klaus Helbig.

⁶⁹ Vogtlandanzeiger vom 28.09.2007, S. 4.

⁷⁰ „Die Bettelstudenten von Plauen“ war der Titel eines Berichtes in der „Freien Presse“ vom 29.10.2008. Weiter heißt es: „Unterstützung für Studierende der Außenstelle der Universität Pilsen bleibt im Behörden-Dickicht auf der Strecke“.

⁷¹ Freie Presse vom 28.02./01.03.2009, S. 15; Vogtlandanzeiger vom 28.02.2009, S.5.

⁷² Freie Presse vom 17.02.2009, S. 12.

aber auch ins benachbarte Hof oder nach Thüringen gingen. Mit der Gründung der Pilsner Außenstelle in Plauen ist ein erster Schritt getan, um das Bildungsangebot weiter auszubauen. Nicht unerwähnt bleiben sollten aber neben den sprachlichen Problem (der Unterricht wird von den tschechischen Dozenten auf Deutsch abgehalten, Tschechisch-Unterricht ist im Angebot) auch infrastrukturelle: So ist beispielsweise für die Leitung der Außenstelle kein Etat vorhanden.⁷³ Verwunderlich ist auch, dass auf der Homepage der Westböhmisches Universität Pilsen die Plauener Außenstelle nur am Rande erwähnt wird.⁷⁴

Probleme sächsisch-tschechischer Hochschulbeziehungen

Nach diesen Beispielen aus der Praxis sollen im Überblick einige Probleme der sächsisch-tschechischen Hochschulbeziehungen erwähnt werden. Außer den aus allen grenzüberschreitenden bekannten und in interkulturellen Lehrbüchern hinlänglich zitierten unterschiedlichen „Kulturen“, die auch den Alltag von Hochschulbeziehungen bestimmen (wie z.B. Terminplanung), oder der Abhängigkeit von Kooperationen von bestimmten Personen und deren Engagement für deutsch-tschechische Beziehungen, gibt es eine Reihe hochschulspezifischer Probleme.

So reduzieren unterschiedliche Semesterzeiten die Möglichkeiten beispielsweise von Projekt bezogener Arbeit auf etwa sieben Monate. Auch der studentische Austausch wird dadurch beeinträchtigt, da Studenten dadurch Studienzeit verlieren. Für tschechische Studenten kommt bei Auslandssemestern meist noch die Doppelbelastung hinzu, an der Heimathochschule die Prüfungen des dort laufenden Semesters abzulegen.

Ein weiteres Problem liegt in der Attraktivität des jeweiligen Nachbarn. Für tschechische und sächsische Studenten sind mittlerweile Austauschziele in Nord- und Westeuropa, den USA oder in Australien attraktiver als ein Semester beim „Nachbarn gleich hinterm Zaun“. Und wenn es schon Tschechien ist, dann locken die Universitäten von Prag und Brno eher als die regionalen Hochschulen in Ústí nad Labem, Liberec oder Plzeň. Studenten aus Westböhmen dagegen entscheiden sich eher für

⁷³ Vogtlandanzeiger vom 19.02.2009.

⁷⁴ Unter http://www.uud.zcu.cz/deutsch/dokumenty/Aufnahmeverfahren_2009_10_Plauen.pdf findet man auf Deutsch zwar die Bedingungen der Aufnahme in den Studiengang für das Studienjahr 2009/2010, kann diesen auch entnehmen, dass es ab Herbst eine weitere Spezialisierung „Mediale und didaktische Illustration“ geben wird, aber es gibt keine explizite Seite über die Plauener Außenstelle.

Zum Stand sächsisch-tschechischer Hochschulbeziehungen

bayerische Partneruniversitäten wie Bayreuth, Regensburg oder Passau, wenn es nicht die traditionellen Hochschulen wie München oder Berlin sind.

Auch für die Wissenschaftler sind die Kollegen aus Sachsen bzw. aus Tschechien nicht oder nicht mehr die „erste Wahl“ bei den Kooperationspartnern. Deutsch-tschechischer Wissenschaftsaustausch hat nicht das gleiche Image wie ein Austausch etwa mit Institutionen in den USA oder in Asien.

Nicht unterschätzt werden darf auch die sprachliche Asymmetrie. Auf Seiten deutscher Wissenschaftler findet man selten Kenntnisse des Tschechischen, so dass sich zwar Englisch als „lingua franca“ immer stärker durchsetzt, wobei eben auch hier nicht immer davon ausgegangen werden kann, dass auf beiden Seiten die Englischkenntnisse so gut sind, dass eine Fachkommunikation reibungslos verläuft bzw. in dieser Sprache publiziert werden kann.

War es bis 2008 die fehlende Möglichkeit, grenzüberschreitende Hochschulaktivitäten auf tschechischer Seite mit einer Kofinanzierung zu realisieren, so ist es nun die verstärkte Bürokratie, die durch Programme wie Ziel3/Cil3 manche Kooperationsvorhaben verzögert oder unmöglich macht. Dazu kommen auch die begrenzten finanziellen Mittel tschechischer Hochschulen, um einen Eigenanteil bei Projekten zu ermöglichen. Leider ist es auch nicht möglich, dauerhaft außerhochschulische Einrichtungen mit Tschechien-Bezug in Deutschland zu finanzieren, was zu einer Kontinuität begonnener Kooperation beitragen würde.

Für die Zusammenarbeit problematisch erweisen sich auch Unterschiede in der Vermittlung von Studieninhalten oder der Voraussetzungen zur Erlangung von Studienleistungen, was immer wieder zu Irritationen bei Studenten und Lehrenden führt. Auch im wissenschaftlichen Werdegang der Hochschullehrer auf beiden Seiten gibt es Unterschiede. Dazu kommt die schon erwähnte steigende Zahl der privaten Hochschulen in Tschechien, in denen die Lehre im Vordergrund steht.

Zum Schluss: die Chancen

Einige Perspektiven der sächsisch/deutsch-tschechischen Zusammenarbeit sollen abschließend erwähnt werden. Durch den Anstieg von englischsprachigen Lehrveranstaltungen haben sich die Möglichkeiten für Studenten verbessert. Dazu kommt die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen im Rahmen des Bologna-Prozesses. Stipendien von Stiftungen oder durch den DAAD fördern Austauschmaßnahmen, wobei es spezielle Programme für die Zielgruppe „Mittel-Ost-Europa“ gibt.

So gibt es eine Reihe von Kontakten und Projekten, die im Laufe der Jahre immer weiter ausgebaut und gefestigt wurden. Nur so, aber vorrangig auf der Basis persönlicher Beziehungen und auf der Basis persönlichen Vertrauens konnten Projekte wie das „Sächsisch-Tschechische Hochschulzentrum“ oder das „Sächsisch-Tschechische Hochschulkolleg“ erfolgreich arbeiten und damit der Grundstein gelegt werden für eine weitere Zusammenarbeit von Hochschulen in Sachsen und Nordböhmen. Peter Jurczek ist dabei einer der Wegbereiter.

Quellen

Duda, Gerhard; Wojciechowski, Krzysztof (Hg.) (2005): Trans-Uni. Herausforderungen des Managements bei der internationalen Hochschulzusammenarbeit in den Grenzregionen. Bonn (= Beiträge zur Hochschulpolitik 11/2005).

Jurczek, Peter (2008): Einstellungen und Vorschläge zur Regionalentwicklung im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet. In: Jurczek, Peter; Niedobitek, Matthias (Hg.): Europäische Forschungsperspektiven. Elemente einer Europawissenschaft. Berlin (= Chemnitzer Europastudien Bd. 8), S. 337-353.

Jurczek, Peter (2007): Hochschulkooperationen im deutsch-tschechischen Grenzgebiet – Vorläufer zur Entwicklung eines europäischen Wissenschaftsraumes auf regionaler Ebene. In: Jahrbuch für Föderalismusforschung. Baden-Baden. S. 549-564.

Factors determining the development of a creative sector in European metropolitan regions

Tadeusz Stryjakiewicz

1. Introduction

One of the major questions discussed in contemporary regional studies is the place and role of a creative sector in the development of regions, in particular metropolitan regions.

In geographical literature, creativity appears as an essential factor of regional development in G. Törnqvist's *Creativity and the renewal of regional life* (1983). There he introduced the notion of a 'creative milieu', which he saw as possessing three kinds of resources:

- (a) a large body of information readily transferable within such an area,
- (b) a body of knowledge based not only on the accumulation of data, but also on the accumulation of knowledge over time, e.g. in university centres, and
- (c) expertise in specified types of activity.

The combination of those three types of resources is a condition for an emergence of a fourth - creativity, i.e. an ability to create new forms and values, whether material (e.g. products) or immaterial (e.g. symbolic values, ideas). In the 1980s the 'creative milieu' concept found widespread application, especially in Swedish regional studies and theories of regional development (Andersson 1985). In turn, Malecki (2000) highlighted the significance of knowledge and creativity in the formation of regions' competitive advantage (cf. also Musterd et al. 2007, Chojnicki, Czyż 2008).

The discussion about the role of creativity in regional development as well as about the factors determining the growth of a creative sector owes its present animation primarily to the works by Richard Florida, *The rise of the creative class ...* (2002) and *Cities and the creative class* (2005a). In his opinion, human creativity is the most significant source of socio-economic development (including the establishment of new firms and the creation of new jobs). Socio-economic development produces a new socio-economic stratification in which an increasingly important position is

occupied by the so-called creative class. Its distinguishing feature is the involvement of its members in the type of work whose function, as in Törnqvist, is the formation of significant new forms, and a substantial proportion of the value added of the work is immaterial in nature (Florida 2005a: 34). According to Florida's estimates, in the United States the creative sector accounts for about 30% of total employment, but for as much as 47% of the wage-packet, as the mean pay in this group is almost twice that in the manufacturing and service sectors. In turn, the research conducted under a project (run by Asheim and Gertler) "Technology, Talent and Tolerance in European Cities: A Comparative Analysis" shows that in eight advanced European economies (Denmark, Finland, The Netherlands, Germany, Norway, Sweden, Switzerland, and Great Britain) the proportion of employment in the creative sector reaches 38% (cf. Boschma, Fritsch 2007: 245). In another research project, ACRE [Accommodating Creative Knowledge: Competitiveness of European Metropolitan Regions within the Enlarged Union], on which I shall report in the further part of this article, in the 13 European metropolitan regions under analysis (including East-Central Europe), the employment rate of the creative sector ranges from 18% in Poznan to 31% in Milan. However, it is advisable to approach all the above figures with a measure of caution because of the different underlying definitions and classifications of the creative sector and different employment statistics. Despite the above difficulties, an increase in the importance of the creative sector in the socio-economic structure of the selected regions seems to be an incontrovertible fact.

Locational preferences of the creative class, whether residential or working, display a distinct tendency towards spatial concentration. Clusters of the creative class can be found in some specific types of area called creative regions, and their formation - Florida claims - is facilitated by factors described as 3Ts: Technology, Talent, and Tolerance. In those regions creative people (such as scientists, artists, architects, designers, experts and analysts, computer programmers) stimulate one another's ventures, while the outside environment, with its openness, diversity, multiculturalism, tolerance and talent promotion, enhances their work by creating conditions for avant-garde, unconventional patterns of behaviour and daring visions of development and planning conceptions. They are areas highly advanced technologically, featuring a high quality of life, and attracting talent. Usually, such areas are metropolitan regions.

Florida's theory has attracted some sharp criticism, but on the other hand it has proved a source of inspiration for a host of interesting regional studies. Their wider discussion can be found in the work by Stryjakiewicz (2008). It seems that the many

Factors determining the development of a creative sector

theory-related reservations notwithstanding, a discussion about the role of the creative class in regional development or of factors determining the formation of a creative city/region gives regional studies a new impulse and makes researchers look for new topics. The present article will seek an answer to the question of what factors affect the development of the creative sector in metropolitan regions. The analysis is based on the preliminary results of an international research project, ACRE, which will be described briefly below.

2. Outline of the ACRE project and its research methodology

The ACRE project rests on the assumptions that it is primarily some metropolitan areas that are (or are likely to become) the creative regions of the modern world, and that the development of the creative sector is the chief factor responsible for the growth of their competitiveness. Hence the full title of the project is *Accommodating Creative Knowledge: Competitiveness of European Metropolitan Regions within the Enlarged Union*. The project is financed under the 4th Framework Programme of the European Union, and the time allotted for its completion is four years (2006-2010). It involves a consortium of 13 partners from various parts of Europe (Amsterdam, Barcelona, Birmingham, Budapest, Dublin, Helsinki, Leipzig, Milan, Munich, Poznan, Riga, Sofia, and Toulouse). They represent various types of metropolitan areas, located in the 'old' and 'new' EU states, performing or not the functions of a capital, following a variety of development paths, and displaying a long or a short presence of the creative sector. The project is co-ordinated by Professor Sako Musterd from the Amsterdam Institute for Metropolitan and International Development Studies (AMIDSt), and the present author is one of its participants. As has already been mentioned, the project's central question is: What conditions stimulate the emergence and development of creative urban regions in the extended European Union? In particular, the focus is on the role of so-called 'soft' factors in this process (cultural heritage, ethnic diversity, a tolerant atmosphere, the attractiveness of the residential environment and public space, a feeling of security).

To answer the above questions, a wide-ranging empirical research has been instituted which rests on questionnaires, surveys and interviews, and embraces the following target groups: higher school graduates, workers and managers employed in the creative knowledge sector, and transnational migrants that have arrived to work in

this sector. The research is carried out in all the 13 metropolitan regions according to the same methodology, so as to make the results comparable interregionally. Apart from interregional comparisons, the project also foresees a detailed analysis of processes taking place within the individual metropolitan regions (in terms, e.g., of the dynamics of change on the labour market or a change in the core-suburbia relations). For this reason the results will be of great significance for devising development strategies of the creative sector in the regions under analysis.

The project is implemented in several work packages:

1. A survey of the literature and theoretical output to date.
2. An analysis of the development paths pursued so far and the state of the creative sector (as reflected in the statistics available) in the metropolitan regions concerned.
3. A comparative study, with conclusions about similarities and differences among the regions and an attempt at a classification.
4. Determination of the importance of the selected social groups (graduates of higher schools, employees and managers of the creative sector, migrant foreigners) in each of the regions.
5. An analysis of opinions of the above-mentioned social groups based on questionnaires and interviews prepared along common methodological guidelines.
6. A synthesis of the results of empirical studies: preparation of a report integrating the conclusions of the individual research teams highlighting similarities and differences in the development processes of the metropolitan regions of Western, Central and Eastern Europe.
7. Preparation of guidelines for regional development policies and strategies accommodating the various development paths, and determination of the possible contribution of creative regions to the development of Europe.
8. Dissemination of the project results.

The results of the studies carried out under the ACRE project are published on the completion of each stage in a series of English-language reports, also available in an electronic version at <http://acre.socsci.uva.nl>. Preliminary conclusions drawn from an analysis (based on secondary sources of information) of the development paths of the creative sector to date can be formulated as follows:

1. The emergence of creative regions can be of an evolutionary, steered or mixed nature.

Factors determining the development of a creative sector

2. Creative activities have a tendency towards spatial concentration in metropolitan areas, both at the inter- and intra-regional scale (town planners speak of 'creative spaces' or 'creative city districts'; these are districts with interesting architecture, readily accessible public space, rich in cultural-entertainment facilities and recreation grounds, location sites of so-called cultural industries like film-making, publishing, radio and TV, etc.).
3. Three types of 'success regions' can be distinguished in terms of the development of the creative sector:
 - culture-oriented (Barcelona, Milan),
 - those oriented towards information-communications technology and highly specialised business services (Munich, Birmingham, Helsinki), and
 - those showing a balance between the two (Amsterdam, Dublin).
4. The spatial dimension of the behaviour and the distribution of the creative class are connected, among other things, with the processes of suburbanisation and urban renewal. Some firms of the creative sector are happy to locate in the revitalised areas of the inner city, while other prefer attractive sites in the suburban zone.
5. The building of creative regions relies very much on a policy supporting this type of development (at the European Union, national, regional and local levels).
6. Specific features of metropolitan regions in the post-communist states of East-Central Europe include their late entry onto the development path of the creative sector, its relative over-representation in capital cities, and inadequate policy supporting this type of development, especially at the central level. In development strategies emphasis is put on 'hard' factors (understandably enough, considering the long years of neglect, e.g. in infrastructure), while factors associated with the development of social and human capital remain in the background (interest in the latter focuses primarily on a quantitative increase in the number of students and the organisation of vocational training). There is also a paucity of concrete initiatives in the field of public-private partnership (PPP), which is a crucial factor of development of the creative sector in the advanced Western economies.

The present article discusses the results of the stage of research under the ACRE project intended to assess the importance of factors attracting the creative class to the

given metropolitan region. The assessment was based on opinions of workers of the creative sector as expressed in interviews carried out along identical guidelines in all the participating regions. The interview questionnaire covered the following issues (a full list of questions can be found at the project website cited):

1. Duration of living in the region, previous place of residence, reasons for choosing the region as a place to live and work.
2. Assessment of the natural environment and general living conditions in the region.
3. Assessment of spatial accessibility and transport infrastructure.
4. Assessment of job opportunities, wages, and conditions of work.
5. Assessment of the availability of housing, housing conditions, and neighbourhood links.
6. Assessment of recreation and leisure opportunities.
7. Assessment of the atmosphere of tolerance and openness of the residents and the sense of security.
8. Assessment of the quality of higher-level education.
9. Strength of links with the region as expressed, e.g., in the declared intention of staying in it or changing the place of residence and work.

The project assumptions foresaw 200 interviews in each of the 13 participating regions. In actuality, the sample of respondents ranged from 196 (Birmingham) to 251 (Riga). A total of 2,751 interviews were carried out⁷⁵. The results of the research that provided the basis of the present article have been published in 13 reports listed in the bibliography. Use was also made of an unpublished overview by Grossetti, Engsig and Martin-Brelot from the Interdisciplinary Centre of Urban and Sociological Studies in Toulouse.

Because of the very broad scope of the research, an attempt was made to verify only two hypotheses deriving from Florida's conception. One states that mobility of the creative class is a condition of development of the creative sector; the other, that soft factors play a greater role in the development of the creative sector than hard factors. It should be emphasised that the article is a report on work in progress, hence the conclusions may change or be modified on completion of the further stages of the project.

⁷⁵ Because of incomplete data, Birmingham and Budapest were not included in the analysis of mobility of workers of the creative sector.

3. Verification of some of Florida's hypotheses

One of the most important, and most controversial, thoughts of Florida's on the role of the creative class in the process of regional development is his claim that creative persons display a much higher mobility and migrate primarily to places with such characteristics as a tolerant urban climate and openness towards new ideas and newcomers (cf. Florida 2002, 2003, 2005b). Boschma and Fritsch (2007: 244) write:

"A main reason for this preference is that diversity serves as a source of inspiration in the innovation process (Andersen, Lorenzen 2005). In addition, the creative class attaches great values to urban facilities and cultural services such as cinemas, bars, museums, art galleries, restaurants and trendy shops. In other words, Florida places emphasis on the socio-cultural underpinnings of regional development. (...) According to Florida, this type of 'people's climate' provides a conducive environment for regional growth. This stands in contrast to conventional beliefs that refer to qualities of places in terms of 'business climate', such as low taxes or good infrastructure. The essence of Florida's proposition is that places with a good 'people's climate' retain and attract creative people who, in turn, induce new economic activities, such as start-ups and high-tech firms. Therefore, the creative class is not attracted to places with high growth *per se*. On the contrary, regional growth is expected to be more of an outcome of the presence of creative people, or in the terminology of Florida, jobs will follow people instead of people following jobs."

Paradoxically enough, the attempts at a verification of the above hypotheses made so far (e.g. Andersen, Lorenzen 2005; Boschma, Fritsch 2007; Stam, de Jong, Marlet 2008) have largely rested on statistical indices rather than on opinions of creative people whose behaviour is the direct concern of those hypotheses. That is why the preliminary results of the ACRE project presented here deserve special attention - they reflect the preferences and motives of people making decisions about their places of residence and work.

3.1. Mobility or regional embeddedness of the creative class?

The results of the research among workers representing the creative sector show their mobility to be rather low. As many as 48% of them live and work in the city where they were born (Table 1). However, there are considerable differences in this matter among the metropolitan regions: in Barcelona, Milan and Poznan this proportion amounts to 60-70%, while in Toulouse, Dublin and Amsterdam it is 23-34%. In turn, the biggest number of foreign-born creative-sector workers can be found in Dublin,

Tadeusz Stryjakiewicz

at 43% (by comparison, in Poznan, Helsinki and Sofia this figure amounts to 1-2%, with about 9% as the average).

| Metropolitan region | City (metropolitan core) | Surrounding region | Other regions of country | Abroad | Total |
|---------------------|--------------------------|--------------------|--------------------------|--------|-------|
| Amsterdam | 34.0 | 6.6 | 45.3 | 14.2 | 100 |
| Barcelona | 70.9 | 7.5 | 12.1 | 9.5 | 100 |
| Dublin | 32.5 | 1.7 | 22.5 | 43.3 | 100 |
| Helsinki | 43.5 | 1.4 | 53.7 | 1.4 | 100 |
| Leipzig | 43.8 | 17.0 | 36.4 | 2.8 | 100 |
| Milan | 67.8 | 7.7 | 20.8 | 3.8 | 100 |
| Munich | 44.8 | 12.2 | 33.1 | 9.9 | 100 |
| Poznan | 59.8 | 12.2 | 27.0 | 1.1 | 100 |
| Riga | 48.4 | 3.2 | 31.2 | 17.2 | 100 |
| Sofia | 52.3 | 1.0 | 45.1 | 1.6 | 100 |
| Toulouse | 23.4 | 11.4 | 54.3 | 10.9 | 100 |
| Mean value | 47.8 | 7.5 | 35.4 | 9.2 | 100 |

Table 1: Places of birth of workers representing the creative sector in selected metropolitan regions of Europe (in %)

Source: the ACRE project

The tendency towards regional embedding of the creative class is even stronger when studied in terms of the spatial relation between its current place of residence and work and the place of study (Table 2). Here the least 'local' seems to be the creative class of Munich and Toulouse. Worth noting are the metropolitan regions of Riga and Dublin, which stand out for their high proportion of representatives of the creative sector who have acquired higher education abroad⁷⁶.

⁷⁶ In the case of Riga, this high percentage is due to the fact that persons who studied in the former USSR (e.g. at the schools of Moscow or nearby St. Petersburg) are categorised today as foreign-educated.

Factors determining the development of a creative sector

| Metropolitan region | City (metropolitan core) | Surrounding region | Other regions of country | Abroad | Total |
|---------------------|--------------------------|--------------------|--------------------------|--------|-------|
| Amsterdam | 65.3 | 1.3 | 28.0 | 5.3 | 100 |
| Barcelona | 88.1 | 2.0 | 3.5 | 6.5 | 100 |
| Dublin | 66.7 | 1.4 | 12.6 | 19.4 | 100 |
| Helsinki | 73.8 | 2.9 | 20.9 | 2.4 | 100 |
| Leipzig | 61.8 | 9.7 | 26.3 | 2.2 | 100 |
| Milan | 80.5 | 1.9 | 14.5 | 3.1 | 100 |
| Munich | 50.5 | 14.7 | 29.9 | 4.9 | 100 |
| Poznan | 92.6 | 1.1 | 6.3 | - | 100 |
| Riga | 67.7 | 0.6 | 5.5 | 26.2 | 100 |
| Sofia | 82.8 | - | 17.2 | - | 100 |
| Toulouse | 60.4 | - | 37.6 | 2.0 | 100 |
| Mean value | 71.6 | 3.2 | 18.7 | 6.5 | 100 |

Table 2: Places of study of workers representing the creative sector in selected metropolitan regions of Europe (in %)

Source: the ACRE project

Figure 1 shows the position of the analysed metropolitan regions in terms of the mobility /embeddedness of creative sector workers. It disproves Florida's hypothesis about a much higher level of mobility of the creative class for most of the regions concerned. It is only the creative sector of Dublin that can boast a nearly 40% proportion of immigrant workers (i.e. those not connected with a region through their place of birth or study), while in Amsterdam, Toulouse and Munich they contribute to 25%. The regions of the most immobile workers are Poznan and Barcelona.

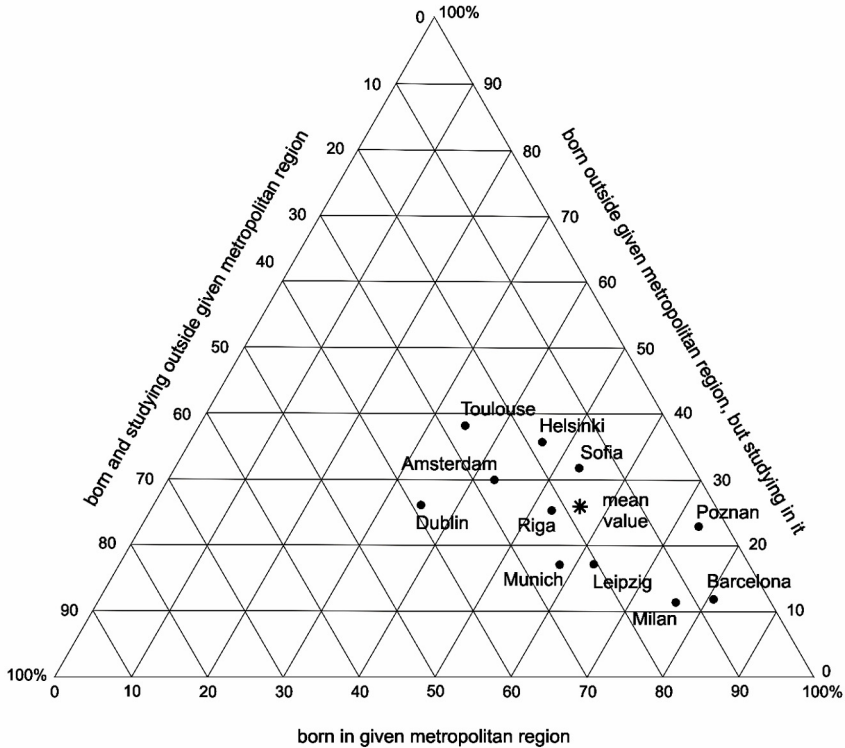


Figure 1: Position of the analysed metropolitan regions in terms of the mobility /regional embeddedness of creative sector workers
 Source: own drawing on the basis of unpublished material by Grossetti, Engsig and Martin-Brelet (2008); data from the ACRE project

3.2. *Hard or soft factors of development of the creative sector?*

Both in the ACRE project and in most works on the creative sector, factors of its location and development are generally divided into hard (objectively identifiable and easy to measure, e.g. size of a city, transport accessibility, wages in a region) and soft (subjectively identifiable and hard to measure, e.g. availability and quality of housing, attractiveness of the natural environment, safety, atmosphere of tolerance). While in general terms this division seems straightforward enough and hardly controversial, in the case of very detailed empirical studies there appear difficulties with ascribing some factors to one of the dichotomic categories. Moreover, factors featuring very strongly in the ACRE project - apart from those mentioned above and referring to certain features of the metropolitan regions as places of residence and work of the creative class - are personal considerations, like an association with the place of birth

Factors determining the development of a creative sector

and study or nearness of family and friends. Therefore, the following factors of location and development of the creative sector are distinguished in the present article:

1. those of a personal nature connected with the dependence of individual respondents on their personal life trajectories the development of a creative sector; and
2. those connected with selected features of a metropolitan region:
 - hard;
 - soft.

An assessment of the importance of the most significant factors affecting the decisions of creative-class representatives as to a place to live and work is presented in Table 3 (personal factors are given in boldface and soft ones in italic). These are average data for all the metropolitan regions analysed.

| Factor | Rank I | Rank II | Rank I + II |
|--|--------|---------|-------------|
| 1. Closeness of family | 16.6 | 20.6 | 37.2 |
| 2. Closeness of friends | 8.1 | 27.5 | 35.6 |
| 3. Job opportunities in region (large number of jobs fitting skills possessed) | 8.9 | 26.6 | 35.5 |
| 4. Place of studies | 12.1 | 18.5 | 30.6 |
| 5. Employment in given place by firm | 19.1 | 11.1 | 30.2 |
| 6. Place of birth | 17.6 | 11.2 | 28.8 |
| <i>7. Rich leisure and recreation offer in region</i> | 2.9 | 20.8 | 23.7 |
| 8. Size of city | 3.8 | 18.1 | 21.9 |
| <i>9. Cultural diversity</i> | 2.9 | 14.6 | 17.5 |
| <i>10. Attractive natural environment</i> | 2.7 | 14.1 | 16.8 |

Table 3: Chief factors underlying the choice of a metropolitan region as a place of residence and work by employees of the creative sector (% of respondents listing the given factor as first or second; factors of a personal nature are given in boldface, and soft ones, in italics)

Source: the ACRE project

The results of the research only partly corroborate Florida's hypothesis as to the overriding significance of soft factors in the location decisions of creative people. Rather, the factors predominating in the respondents' motives are personal ones connected with their life paths (the closeness of family and friends, ties with the place of birth and study). While the table also lists soft factors associated with the features of a region, like its rich leisure and recreation offer, cultural diversity and an attractive

natural environment, they are mentioned after some hard factors, especially job opportunities. Thus, it is attractive jobs that seem to lure the creative class rather than the other way round. Moreover, as follows from Grossetti, Engsig and Martin-Brelot's (2008) research, the above soft factors tend to be mentioned more often by people living in a region for a longer time, which may indicate that, instead of driving the creative class to mobility, they deepen its embeddedness (rooting) in the region. In the entire sample examined, soft factors were listed in 1st and 2nd places by a mere 10.1% of the respondents, while 22.4% did not mention even a single one. Among the most crucial factors of the location and development of the creative sector, there were none that Florida claims to play an important role. Thus, an atmosphere of openness and tolerance was ranked first by a mere 1.5% of the respondents and second by 8%, while a friendly attitude towards gays and lesbians, by 0.5% and 5.3%, respectively.

| Metropolitan region | Factors of personal nature | Factors connected with place of residence and work | | Total |
|---------------------|----------------------------|--|------|-------|
| | | hard | soft | |
| Amsterdam | 38.5 | 35.3 | 26.2 | 100 |
| Barcelona | 62.0 | 27.0 | 11.0 | 100 |
| Birmingham | 55.0 | 39.2 | 5.8 | 100 |
| Budapest | 70.6 | 24.4 | 5.1 | 100 |
| Dublin | 49.8 | 40.2 | 10.0 | 100 |
| Helsinki | 43.7 | 33.3 | 23.0 | 100 |
| Leipzig | 37.8 | 47.8 | 14.4 | 100 |
| Milan | 61.3 | 30.4 | 8.4 | 100 |
| Munich | 29.0 | 57.0 | 14.0 | 100 |
| Poznan | 59.6 | 23.8 | 16.6 | 100 |
| Riga | 53.0 | 15.2 | 31.8 | 100 |
| Sofia | 90.5 | 9.5 | - | 100 |
| Toulouse | 46.9 | 42.2 | 10.9 | 100 |
| Mean | 53.6 | 32.5 | 13.9 | 100 |

Table 4: Importance of the factors of location and development of the creative sector in the individual metropolitan regions (% of respondents listing the given group of factors in the first place)

Source: the ACRE project

It should be noted, however, that the significance of the three groups of factors of the location and development of the creative sector varies highly among the metropolitan regions involved (Table 4). The role of personal factors is the greatest in those of East-Central Europe (Sofia, Budapest, Poznan) and the southern states of

Factors determining the development of a creative sector

the 'old' EU with the traditionally strong family ties (Barcelona, Milan). Hard factors predominate in the choice of residence and jobs in the German metropolises of Munich and Leipzig, and soft ones, in those of Northern Europe: Riga, Amsterdam and Helsinki. While in Amsterdam soft factors were mentioned in 1st and 2nd places by 18.4% of the respondents, in Sofia - by only 1.1%. In Milan and Poznan more than 40% of the creative-sector workers did not indicate even a single soft factor as a motive for their selection of the city as the place of residence and work.

| Metro-politan region | City size | Job opportunities and high wages | Convenient transport connections | Availability and quality of housing | Quality of higher education | Weather/climate, attractive | Recreation and entertainment | Openness to other people and cultural | Personal factors | Other* |
|----------------------|-----------|----------------------------------|----------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------|-----------------------------|------------------------------|---------------------------------------|------------------|--------|
| Amsterdam | | | | + | | | + | + | | |
| Barcelona | | | | | + | + | | + | | |
| Dublin | | + | | | | | | + | | + |
| Helsinki | + | + | + | + | + | | + | + | | |
| Leipzig | | + | | + | | | | | | |
| Milan | | + | | | | | | | + | |
| Munich | | + | | | | + | | | | |
| Poznan | | | + | | + | | | | + | |
| Riga | + | | | + | + | | | + | + | + |
| Toulouse | + | | | | | + | | | | |

* In the case of Dublin – possibility of communicating in English; in the case of Riga – safety

Table 5: Chief factors of attractiveness of a metropolitan region in the opinion of creative persons 'from outside' (i.e. not connected with the region through birth or study)

Source: own compilation on the basis of unpublished material by Grossetti, Engsig and Martin-Brelot (2008); data from the ACRE project

Grossetti, Engsig and Martin-Brelot (2008) emphasise that in an analysis of locational preferences of the creative class special attention should be paid to opinions of those who have come to the given region from outside (i.e., those not associated with it through their place of birth or study). They can be used to construct a table listing the chief factors attracting such creative 'outsiders' to the metropolitan regions (cf. Table 5; owing to incomplete data, the creative-sector workers of Birmingham, Budapest and Sofia are left out). In those opinions, personal factors play a decidedly minor role. In turn, hard factors (job opportunities and high wages) seem equally

important as soft ones (openness to other people and cultural diversity). Worth noting is the recurrence of such factors as the availability and quality of housing as well as the quality of higher education. Readily visible are the profiles of the metropolitan regions, which can be divided into four types:

- 1 - those with the predominance of soft factors (Amsterdam, Barcelona, Riga),
- 2 - those with the predominance of hard factors (Leipzig, Munich, Milan),
- 3 - those with a relative balance between the soft and hard factors (Dublin, Helsinki), and
- 4 - those with a poorly developed profile (Poznan, Toulouse).

4. Conclusion

The preliminary results of the research carried out under the ACRE project show the factors underlying the development of the creative sector in metropolitan regions to be much more complicated than Florida has ever assumed. The conclusions following from the present article can be summed up in two points:

1. There is no single 'model' of the location and development of the creative sector. The factors attracting the creative class to the metropolitan regions are largely connected with areas of a specific culture. In those where family and friendship ties are traditionally strong (e.g. regions situated in Italy, Spain or Poland), personal factors come to the fore. Also, the creative class in those regions typically displays lower mobility. Florida's hypotheses emphasising the role of soft factors and the mobility of the creative class in the development of the creative sector are borne out primarily in those regions where tradition plays a less important role and where society has been open and multi-cultural for centuries (with Amsterdam as the best example).
2. The preferences of the creative-sector workers as to a place to live and work also depend on the kind of activity they are engaged in. Pratt (2008) rightly observes that the notion of the creative class embraces a very wide spectrum of activity: from artists (bohemians) and computer programmers (the so-called super-creative core) to legal advisers (creative experts). Florida's hypotheses find the strongest support in the case of cultural industries (e.g. pattern designing, video, film-making, artistic activity, entertainment), and to a lesser extent, in knowledge intensive industries (e.g. designing of computer software, consulting). Thus, one might agree with Pratt (2008) that from the point of

Factors determining the development of a creative sector

view of preference specificity and spatial behaviour, the notion of the creative class should be associated primarily with the cultural industries. A fuller determination of the contribution of those types of activity to the development of metropolitan regions requires further studies. To carry them out in a comparative and dynamic approach, it is necessary to make the terminology, classification and statistics of the creative sector more precise, and on the other hand, to work out more clear-cut criteria of delimitation of metropolitan regions.

References

Sources of data

- ACRE report 5.1: Bontje M., Pethe H., Rühmann P., 2008. The Amsterdam region – A home for creative knowledge workers and graduates?, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.2: Eastaway M. P., Garuz J., T., Ferrando L. G., Pradel i Miquel M., Solsona M. S., 2008. Why in Barcelona?, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.3: Brown. J. et al., 2008. Birmingham: Towards a creative knowledge economy?, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.4: Kovács Z., Egedy T., Földi Z., Keresztély K., Szabó B., Balogi A., 2008. Everyday life and attitude of creative people in the Budapest Metropolitan Region, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.5: Kepsu K., Vaattovaara M., 2008. Creative knowledge in the Helsinki Metropolitan Area, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.6: Lange B., Burdack J., Thalmann R., Manz K., Nadler R., Dziuba C., 2008. Creative Leipzig, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.7: Hafner S., Heinritz G., Miosga M., von Streit A., 2008. Requirements and demands of Munich's creative knowledge workers, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.8: Stryjakiewicz T., Grzywińska E., Kaczmarek T., Męczyński M., Parysek J. J., Stachowiak K., 2008. Poznan welcomes talents, AMIDSt, Amsterdam.

Tadeusz Stryjakiewicz

- ACRE report 5.9: Paalzow A., Pauna D., Sauka A., Kilis R., Dombrovsky V., 2008. Riga: A place for creative people?, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.10: Dainov E., 2008. The creative & knowledge class in Sofia, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.11: Martin-Brelot H., Grossetti M., Peyroux E., Eckert D., Thouzellier C., 2008. Career trajectories and residential satisfaction in Toulouse, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.12: Mingione E., Zajczyk F., dell' Agnesse E., Mugnano S., d' Ovidio, Sadini C., 2008. Milan: A city easy for working but difficult for living?, AMIDSt, Amsterdam.
- ACRE report 5.13: Murphy E., Redmond D., McKnight D. et al., 2008. The creative knowledge economy in Dublin, AMIDSt, Amsterdam.

Other references

- Andersen K. V., Lorenzen M., 2005: The geography of the Danish creative class: A mapping and analysis, Copenhagen Business School. <http://www.kreativeklasse.dk/index.php?id=75>.
- Andersson A., 1985: Creativity and regional development. Papers of the Regional Science Association, 56, p. 5-20.
- Boschma R. A., Fritsch M., 2007: Creative class and regional growth in Europe. [In:] P. Jakubowska, A. Kukliński, P. Žuber (eds), The future of European regions, Ministry of Regional Development, Warsaw, p. 243-253.
- Chojnicki Z., Czyż T., 2008. Gospodarka oparta na wiedzy jako czynnik rozwoju regionalnego. [In:] T. Czyż, T. Stryjakiewicz (eds), O nowy kształt badań regionalnych w geografii i gospodarce przestrzennej, Biuletyn KPZK PAN 237, p. 146-158.
- Florida R., 2002. The rise of the creative class and how it's transforming work, leisure, community and everyday life. New York, Basic Books.
- Florida R., 2003: Entrepreneurship, creativity and regional economic growth, [In:] D. M. Hart (ed.), The emergence of entrepreneurship policy: governance start-ups, and growth in the US knowledge economy, Cambridge University Press.
- Florida R., 2005a: Cities and the creative class. New York, Routledge.
- Florida R., 2005b: The flight of the creative class. New York, Harper.

Factors determining the development of a creative sector

- Grossetti M., Engsig J., Martin-Brelot H., 2008: Why are they here? First analysis of the WP-5 data set. LISST, Toulouse (unpublished material of the ACRE project).
- Malecki E. J., 2000: Knowledge and regional competitiveness. *Erdkunde*, 54 (4), p. 334-351.
- Musterd S., Bontje M., Chapain C., Kovacs Z., Murie A., 2007: Accommodating creative knowledge. A literature review from a European perspective. ACRE Report 1, AMIDSt, Amsterdam.
- Pratt A. C., 2008: Creative cities: the cultural industries and the creative class. *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 90 (2), p. 107-117.
- Stam E., de Jong J. P. J., Marlet G. 2008: Creative industries in the Netherlands: structure, development, innovativeness and effects on urban growth. *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 90 (2), p. 119-132.
- Stryjakiewicz T., 2008: Regiony kreatywnej wiedzy – zarys międzynarodowego projektu badawczego ACRE. [In:] T. Czyż, T. Stryjakiewicz (eds), O nowy kształt badań regionalnych w geografii i gospodarce przestrzennej, *Biuletyn KPZK PAN* 237, p. 129-145.
- Törnqvist G., 1983: Creativity and the renewal of regional life. [In:] A. Buttimer (ed.), *Creativity and context. Lund Studies in Geography, Series B*, 50, p. 91-112.

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen – Erfolgsbedingungen und Handlungsempfehlungen zur Unterstützung der Entwicklung ländlicher Räume

Gabi Troeger-Weiß

Einführung

Mit der Diskussion um die „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ der Ministerkonferenz für Raumordnung vom Sommer 2006 wird die immer größer werdende Bedeutung von Wachstumsräumen und Metropolen als Wachstumsmotoren und dynamischen Leistungsträgern sehr deutlich. Neben diesen Regionen existieren in der Bundesrepublik Deutschland auch zahlreiche ländliche bzw. peripher gelegene Räume außerhalb des engeren metropolitanen Verflechtungsraumes, deren regionalökonomische und wirtschaftsgeographische Betrachtung eine positive und zukunftsfähige Entwicklung zeigt und die damit dem pauschalen Bild dieser Regionen als „Schrumpfungs- und Entleerungsräume“ widerspricht (vgl. BBR 2005: 85ff.). In diesen Räumen zeigen sich erheblich Wachstumspotenziale in Verbindung mit einer wachsenden Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahl sowie einer hohen Bruttowertschöpfung. Auch diesen Regionen sollte in Zukunft im Sinne der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse Aufmerksamkeit und Förderung zuteil werden, um die vorhandenen positiven Trends zu unterstützen.

Die Bundesraumordnung hat das Potenzial dieser Räume, einen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbeitrag zu liefern, erkannt. In den „Leitbildern und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ beschreibt sie im – neben den anderen beiden Leitbildern „Daseinsvorsorge sichern“ und „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ gleichrangigen – Leitbild „Wachstum und Innovation“, dass es auch außerhalb der Metropolen Regionen und Standorträume mit erheblichen Wachstumsbeiträgen gibt, die in Ergänzung zu den Metropolregionen ein eigenständiges und zukunftsfähiges Entwicklungsprofil aufweisen (vgl. Geschäftsstelle der MKRO beim BMVBS 2006:12). Sie erkennt darüber hinaus die Notwendigkeit an, diese Wachstumsräume gezielt zu unterstützen, da diese als Innovationszentren und spezialisierte Technologiestandorte durchaus von internationaler Bedeutung sein können (vgl. Geschäftsstelle der MKRO beim BMVBS 2006:15). Zusätzlich sind in

der zeichnerischen Darstellung zu diesem Leitbild mögliche „Wachstumsräume außerhalb engerer metropolitaner Verflechtungsbereiche“ dargestellt.

Wie können vorhandene Wachstumsmotoren unterstützt und ausgebaut sowie ähnliche Entwicklungen in anderen Regionen angestoßen werden? Zur Klärung dieser Fragestellung und zur Konkretisierung von Handlungsansätzen zur Entwicklung und Förderung derartiger Räume im Sinne einer Neuthematisierung des Ansatzes der endogenen Regionalentwicklung hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen zusammen mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Programm „Modellvorhaben der Raumordnung“ das Forschungsprojekt „Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen“ am Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung an der Technischen Universität Kaiserslautern in Auftrag gegeben.⁷⁷

Ziel des Projektes war es, Faktoren für die Herausbildung dynamischer Korridore, kleinerer Agglomerationen, Mittelstädte und wachstumsintensiver Standorträume außerhalb des engeren metropolitanen Verflechtungsraums zu identifizieren und herauszuarbeiten. Dazu wurden die Räume Bamberg, Bodenseekreis, Borken, Cham, Emsland, Ohre- bzw. Bördekreis, Ortenaukreis und Wartburgkreis/Eisenach näher untersucht. In einem zweiten Schritt wurden Handlungsmöglichkeiten der Raumordnung und Regionalentwicklung zur nachhaltigen Unterstützung und Förderung der positiven Entwicklungen in diesen Wachstumsregionen aufgezeigt.

Grundlagen

Um sich der Thematik der „Wachstumsregionen/-motoren“ zunächst theoretisch zu nähern, sind verschiedene Ansätze zur Erklärung unterschiedlicher regionaler Entwicklungsdynamiken zu betrachten. An dieser Stelle sollen die theoretischen Konzepte regionaler bzw. regionalwirtschaftlicher Entwicklung zielgerichtet zusammengefasst werden, um die bereits bestehenden Ansätze, Programme und Projekte zur Förderung der Wachstumsregionen außerhalb der Metropolen zu bewerten. Mit Hilfe daraus abgeleiteter Kriterien kann im weiteren Verlauf untersucht werden, ob und wie

⁷⁷ Das Projekt wurde von Oktober 2006 bis Oktober 2007 am Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern von Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß, Dr. Hans-Jörg Domhardt, Christina Kaltenegger und Andreas Hemesath bearbeitet. Die Betreuung von Seiten des BMVBS erfolgte durch Jens-Uwe Staats, von Seiten des BBR von Dr. Rupert Kawka. Ausführliche Projektergebnisse wurden veröffentlicht unter: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg., 2008): Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen, Werkstatt: Praxis, Heft 56, Berlin/Bonn.

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

die jeweiligen Förderansätze und Programme in den einzelnen Wachstumsregionen theoretisch geeignet sind, um das Wachstum der Region zu fördern.

Bezogen auf das Konzept der wissensorientierten Regionalentwicklung (vgl. Maier/Tödting/Trippel 2006:107ff.), können demnach insbesondere solche Programme und Projekte als positiv bewertet werden, die den Aufbau oder die Stärkung von regionalen Netzwerkstrukturen zum Ziel haben. Sei es im Rahmen eines innovativen Milieus (vgl. Fromhold-Eisebith 1999:30f., Maier/Tödting 2006:89f.), eines regionalen Innovationssystems (vgl. Thomi/Werner 2001:202ff.) oder einer Lernenden Region (vgl. Stahl/Schreiber 2003:27, Hassink 2001:222) sind solche Ansätze geeignet, um die Innovationstätigkeit und damit das Wachstum in einer Region zu fördern. Die Übertragbarkeit dieser drei Theorien wissensbasierter Regionalentwicklung und die Anwendung über Konzepte ist nicht nur auf städtische Agglomerationszenarien sondern auch auf periphere, ländlichere Regionen möglich (vgl. Fraunhofer-Institut für experimentelles Software-Engineering (IESE) 2006:35f.), so dass Elemente dieser Wachstumstheorien für die Förderung von Wachstumsmotoren außerhalb des engeren metropolitanen Verflechtungsraums ebenfalls geeignet sind. Statt der räumlichen Lage sind hierbei vielmehr das Humankapital, insbesondere in Form der Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit der regionalen Akteure, von hoher Bedeutung für das Wachstum und die Innovationsfähigkeit einer Region. Auch andere weiche Faktoren wie das regionale Alltagsbewusstsein (vgl. Danielzyk/Wiegandt 1987:441ff.) und die Identitätsbildung sind von Bedeutung, so dass bewusstseinsbildende und imagestärkende Maßnahmen (bspw. durch Traditionspflege) gute Ansätze für die Entwicklung einer Region sind. Einen wichtigen Faktor für die Regionalentwicklung stellt auch die politische Struktur dar, wo vor allem starke und engagierte Persönlichkeiten, die von einer breiten Mehrheit getragen und akzeptiert werden, oftmals für den entscheidenden Vorsprung im Vergleich zu anderen Regionen sorgen.

Auch in den polarisationstheoretischen Ansätzen (vgl. Maier/Tödting/Trippel 2006:77ff.) zur Erklärung räumlicher Entwicklung werden vielfach Imagewirkungen angeführt. So sind benachteiligte Regionen teilweise mit negativen Vorurteilen, Fehleinschätzungen und Falschinformationen behaftet, die positive Entwicklungen behindern (vgl. Hamm/Wienert 1990:40). Deshalb sollten Förderansätze und Wachstumskonzepte auch an diesen Punkten ansetzen, was bedeutet, dass auch die Kommunikation der Region nach außen eine wichtige Rolle einnimmt. Imagekampagnen im Rahmen von Regionalmarketing können auf diese Weise entscheidend zur positiven Entwicklung von Regionen außerhalb des engeren metropolitanen Verflechtungsraums beitragen und sind somit als klar positiv zu bewerten. Gerade für Wachs-

tumsregionen im ländlich-peripheren Raum, die früher über lange Zeit hinweg von extremer Rückständigkeit geprägt waren, sind Projekte und Programme zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit wichtige Instrumente.

Da in den Wachstumsregionen außerhalb des engeren metropolitanen Verflechtungsraums selten dominante städtische Zentren mit Agglomerationswirkungen vorzufinden sind, kann die mit einer räumlichen Dimension verbundene Wachstumspoltheorie, wonach ein Wachstumspol eine wachstumsfördernde Funktion für sein Umland übernimmt, nur begrenzt auf diese Regionen übertragen werden. Da sich zudem die, aufgrund der These des Branchenzyklus für das langfristige Wachstum einer Region wichtigen breit diversifizierten Branchenstrukturen, in räumlich großen Regionen besser herausbilden können (vgl. Hamm/Wienert 1990:37), erscheint es wahrscheinlich, dass in den Fällen der oft nur mit Mittelzentren ausgestatteten Wachstumsregionen fernab der Metropolen nur die Region als Ganzes einen Wachstumspol darstellen könnte. So sollten es diese Wachstumsregionen als Chance ansehen, die ganze Region in ein Wachstumskonzept einzubeziehen und in diesem räumlichen Rahmen Wachstumsansätze zu identifizieren. Hinsichtlich der Ausprägung einer breit gefächerten Branchenstruktur spielt insbesondere die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen eine große Rolle.

Ferner sind auch Infrastrukturelemente wie Flughäfen oder Universitäten notwendige aber nicht hinreichende Impulse für das regionale Wachstum (vgl. Frey 2005:471). Ebenso liefern oft einzelne starke Unternehmen, insbesondere exportorientierte, wichtige Impulse (vgl. Stiller 2005:850). Insgesamt entscheidend ist dabei, dass die wachstumsfördernden Faktoren verbunden und zum Nutzen für die ganze Region aktiviert werden. Hier ergibt sich ein Bezug zu den Netzwerkstrukturen der wissensbasierten Regionalentwicklung, wodurch die Bedeutung dieses Konzepts noch einmal hervorgehoben wird.

Ebenfalls in diesem Zusammenhang sind auch regionale Strategien zur Entwicklung von Clustern zu betrachten (vgl. Zürker 2007:54f.), so dass auch dahingehende Förderansätze als gut zu bewerten sind. Die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, die Bündelung von Wissen und Kompetenzen sowie die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen machen Clusterinitiativen erfolgreich und treiben so die regionale Entwicklung voran. Die Folgeeffekte in Form der Ansiedelung neuer Unternehmen, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der sich für die Region daraus ergebenden positiven langfristigen Wirkungen steigern die Wettbewerbsfähigkeit der Region. Clusterstrukturen können deshalb bis zu einem gewissen Grad als starke Motoren regionalen Wachstums angesehen werden und damit für die Entwicklung der Wachs-

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

tumsregionen außerhalb des engeren metropolitanen Verflechtungsraums eine wichtige Rolle einnehmen.

Aus den betrachteten Theorien resultierend lässt sich demnach im Hinblick auf die Bewertung der bestehenden Ansätze, Programme und Projekte zur Förderung der Wachstumsregionen außerhalb der Metropolen ableiten, dass insbesondere folgende Strukturmerkmale als Erfolgsfaktoren angesehen werden können und folglich für die folgende Untersuchung entscheidende Kriterien sind:

- Regionale Netzwerkstrukturen,
- Intensive Kooperationsbeziehungen zwischen den regionalen Akteuren,
- Stark engagierte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft,
- Imagestärkende Initiativen (z. B. Regionalmarketing),
- Aktive Wirtschaftsförderungsgesellschaften (insb. hinsichtlich der Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen),
- Infrastruktureinrichtungen oder Unternehmen, die „Leuchtturm-Effekte“ auslösen,
- Netzwerk- und Kooperationsstrukturen sowie wissenstransferbezogene Beziehungen, die Clusteransätze entstehen lassen und
- eine hohe Exportorientierung der regionalen Wirtschaft.

Strukturanalytische Betrachtung der bisherigen Entwicklung

Um erste wachstumsfördernde sowie auch möglicherweise entwicklungshemmende Kennwerte und Faktoren herauszufiltern, wurde zunächst eine Strukturanalyse in den Bereichen Raum- und Siedlungsstruktur, Bevölkerung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie Infrastruktur durchgeführt. Als sich aus der Strukturanalyse ergebende wesentliche Erkenntnisse werden im Folgenden die zentralen Stärken und Schwächen sowie wachstumsfördernden und wachstumshemmenden Strukturen dargestellt, so dass erkennbar wird, welche Faktoren für alle oder zumindest die meisten der acht Untersuchungsräume prägend beziehungsweise nur für wenige einzelne Räume spezifisch sind (vgl. BMVBS/BBR 2008:11ff.).

Raum- und Siedlungsstruktur

Aus dem Bereich der Raum- und Siedlungsstruktur ist vor allem die ausbaufähige Ausstattung mit oberzentralen Funktionen für alle analysierten Regionen prägend, was somit als entwicklungshemmender Faktor angesehen werden muss. So besitzen sechs der acht Untersuchungsräume kein Oberzentrum und im Ortenaukreis sowie in der Kreisregion Bamberg haben die einzigen Oberzentren Offenburg und Bamberg nur etwa 60.000 beziehungsweise 70.000 Einwohner. Des Weiteren für fünf der acht Räume prägend ist die periphere Lage, so dass einzig die Wartburg- und Ohrregion

sowie die Region Bamberg nicht direkt an einer Grenze zum Ausland liegen. Zudem lässt sich bezüglich der Einwohnerdichte festhalten, dass für sechs der acht Untersuchungsräume eine überaus dünne Besiedlung typisch ist und dies als ein weiterer entwicklungshemmender Faktor angesehen werden kann. Nur im Bodenseekreis sowie im Kreis Borken liegt die Bevölkerungsdichte über dem Bundeswert.

Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Im Bereich der Bevölkerungsentwicklung sind vor allem die weitgehend positiven Entwicklungsverläufe während der letzten 25 Jahre auffällig und können damit als tendenziell entwicklungs- und wachstumsfördernde Faktoren festgehalten werden. So nahm die Bevölkerung in diesem Zeitraum einzig in den beiden ostdeutschen Regionen ab, wobei sich nur in der Kreisregion Wartburgkreis/Eisenach eine schon länger anhaltende kontinuierliche Schrumpfung vollzieht. Abgesehen vom Landkreis Cham, wo die Entwicklung der Bevölkerung insgesamt leicht schwächer ausfiel als im Land Bayern, können zudem alle Untersuchungsräume auf eine günstigere Bevölkerungsentwicklung als ihr jeweiliges Bundesland zurückblicken. Auch hinsichtlich der zu erwartenden Entwicklung für die Zukunft dürfen – abgesehen vom Landkreis Cham und der Wartburgregion – alle Untersuchungsräume mit einer im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlichen und damit auch wachsenden Bevölkerungsentwicklung bzw. Einwohnerzahl rechnen. Eine positive Bevölkerungsentwicklung ist damit auch zukünftig eine Stärke der Wachstumsregionen außerhalb des engeren metropolitanen Verflechtungsraums, da sich deshalb die mit dem demographischen Wandel einhergehenden Probleme zunächst nicht in der Schärfe und Dringlichkeit stellen werden.

Ein weiterer positiver Aspekt dieser Räume ist die Altersstruktur. In den Analyseregionen ist überwiegend eine relativ junge Bevölkerung festzustellen, was ebenfalls als entwicklungsfördernder Faktor festgehalten werden kann. So zählt der prozentuale Anteil der Einwohner unter 20 nur in den beiden ostdeutschen Räumen einen geringeren Wert als auf Bundesebene. Bezüglich der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung weisen demnach nur diese beiden Untersuchungsräume sowie teilweise auch der Landkreis Cham spezifische Negativmerkmale auf. Während in allen anderen Regionen die Bevölkerungszahl sowohl in der Vergangenheit kontinuierlich zunahm, als auch in der Zukunft weiter zunehmen soll und sich zudem relativ jung strukturiert darstellt, ist insbesondere die Wartburgregion mit einer deutlich abnehmenden und relativ alten Bevölkerung sehr schlecht positioniert.

Wirtschaftsstruktur und -entwicklung

Hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur und -entwicklung ist ausnahmslos für alle Untersuchungsräume die hohe Bedeutung des Produzierenden Gewerbes prägend. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt besitzt dieser Sektor in allen Räumen einen deutlich höheren Beschäftigtenanteil, wodurch gleichzeitig die unterdurchschnittliche Bedeutung des Dienstleistungssektors in diesen Regionen ersichtlich wird. Im Gegensatz zu den jeweiligen Entwicklungen auf Landesebene nahm dementsprechend auch die Beschäftigtenzahl im Produzierenden Gewerbe in den letzten 25 Jahren in vielen Untersuchungsräumen nur leicht oder gar nicht ab. Somit kann zusammenfassend eine starke Industriebasis als eine prägende Stärke aller analysierten Wachstumsräume festgehalten werden. Auch die Beschäftigtenentwicklung insgesamt verlief im Allgemeinen sehr positiv, so dass ab Mitte der 1990er Jahre nur die beiden ostdeutschen Kreise Verluste zu verzeichnen hatten. Prägend für die anderen sechs Kreise ist aber der insgesamt hohe Zuwachs der Beschäftigten seit 1980, der zudem überall höher als im jeweiligen Bundesland ausfiel. Diesbezüglich konnten auch die beiden ostdeutschen Regionen eine bessere Entwicklung als ihr Bundesland verzeichnen, weshalb auch die positive Beschäftigtenentwicklung als ein Kennzeichen der betrachteten Wachstumsregionen herangezogen werden kann und gleichfalls ein entwicklungsfördernder Faktor für die Zukunft ist.

Abgesehen von den beiden Gebieten in den neuen Bundesländern, wo allerdings die sektoralen Entwicklungen erst ab Ende der 1990er Jahre analysiert werden konnten, ist zudem das hohe Wachstum im Dienstleistungsbereich in allen Untersuchungsräumen ein weiteres zentrales Merkmal. Dabei muss aber auf das vergleichsweise niedrige Ausgangsniveau hingewiesen werden. Damit ist erkennbar, dass mittlerweile auch in den Regionen, wo der sekundäre Sektor ein immer noch hohes Gewicht besitzt, der sektorale Strukturwandel Spuren hinterlässt und somit auch der tertiäre Sektor mitentscheidend für die positive Entwicklung dieser Regionen ist.

Weiterhin ist in den meisten Untersuchungsräumen die Branchenstruktur als entwicklungsfördernde Struktur anzusehen. So besteht in den meisten Räumen eine sehr breit diversifizierte Branchenstruktur mit in erster Linie klein- und mittelständischen Betrieben. Ausnahmen hinsichtlich der Diversifizierung stellen jedoch die Wartburgregion mit einem sehr dominierenden Metall- und Fahrzeugbausektor sowie der Bodenseekreis mit einem starken Maschinenbaubereich und der Landkreis Cham mit sehr vielen Beschäftigten in der Elektronikbranche dar. Insbesondere in der Kreisregion Wartburgkreis/Eisenach ist die sehr starke Konzentration auf nur wenige Wirtschaftszweige als spezifischer Faktor, der die Entwicklung der Region langfristig

hemmen könnte, zu betrachten. Somit muss auch im Bereich der Wirtschaftsentwicklung und -struktur angemerkt werden, dass vor allem die Wartburgregion nur in wenigen Punkten in das typische Bild der anderen Wachstumsregionen passt, welches im allgemeinen durch eine sehr positive Beschäftigtenentwicklung, einen stabilen sekundären Sektor, einen florierenden tertiären Sektor sowie eine breit diversifizierte, klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur gekennzeichnet ist. Auch bezüglich der Arbeitslosenquote ist die Wartburgregion neben der Ohreregion der einzige Untersuchungsraum mit einem im Vergleich zur Bundesebene überdurchschnittlich hohen Wert. Prägend für die anderen Regionen ist dagegen eine weit unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote (hinsichtlich des jeweiligen Landesdurchschnitts), die ein wesentliches Merkmal und sogleich eine Stärke der Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen darstellt.

Infrastruktur

Im Bereich der bevölkerungs- und wirtschaftsnahen Infrastruktur ist insbesondere die in sechs der acht Untersuchungsregionen sehr gute Verkehrsinfrastruktur hinsichtlich des Straßennetzes prägend, was eindeutig eine zentrale Stärke sowie ein entwicklungs-fördernder Faktor für diese Regionen ist. Nur der Landkreis Cham und der Boden-seekreis besitzen hier eine zentrale Schwäche. Abgesehen vom Ortenaukreis muss allerdings für alle Untersuchungsräume angemerkt werden, dass im Bereich des Flug-verkehrs infrastrukturelle Schwachpunkte bestehen. Allgemein geltend gemacht werden muss an dieser Stelle ebenso die schwache Ausstattung mit höherwertigen Bil-dungseinrichtungen und Forschungsinstituten, was der auffälligste Schwachpunkt der analysierten Regionen ist. In diesem Bereich besitzt im engeren Sinne die Region Bamberg als Universitätsstandort eine spezifische Stärke.

Determinanten und Erfolgsfaktoren für regionale Wachstumsmotoren

Historische Ausgangssituation und Pfadabhängigkeit

Als entscheidende europäische Einflussfaktoren auf die positive Entwicklung der untersuchten Regionen sind in erster Linie die wirtschaftliche Grenzöffnung im Sinne des freien Binnenmarkts innerhalb der EU-15 im Jahr 1993 sowie der Fall des Eisernen Vorhanges 1989 bzw. die deutsche Wiedervereinigung 1990 zu nennen. Als wei-terer Einflussfaktor der europäischen Integration kann die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 genannt werden. Beispielsweise war die Kreisregion Bamberg bis zum Fall des Eisernen Vorhangs in einer relativen Grenzlage gelegen und ist durch die Wie-

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

dervereinigung in eine zentrale Lage auf der Achse München-Berlin gerückt. Nachdem die Landkreise Emsland, Borken, Ortenau- und Bodenseekreis lange Zeit erhebliche Nachteile durch ihre periphere Lage am Rande der Bundesrepublik in Kauf nehmen mussten, rückten sie durch die Öffnung des EU-Binnenmarkts in eine zentrale Lage innerhalb der EU.

Darüber hinaus erlebte der Landkreis Emsland vor allem in der Zeit nach dem Ende des Warschauer Pakts starke Bevölkerungszuwächse durch die Zuwanderung von Spätaussiedlern. Zwischen 1988 und 1996 sind über 20.000 Aussiedler, vor allem aus Russland und Kasachstan, in den Landkreis gewandert. Aufgrund der zudem in den 1950er Jahren erfolgten Ansiedlung Vertriebener in der Region sowie niederländischer Gebietsforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt zudem die allgemeine Entwicklung des Emslandes entscheidende Impulse. Unter anderem aufgrund dieser europäischen Einflussfaktoren wurde der „Emslandplan“ initiiert, der historisch gesehen das wichtigste Instrument der positiven Entwicklung im Landkreis Emsland war. Mit Hilfe dieses umfassenden Entwicklungsprogramms gelang es auch die Phasen des Strukturwandels ohne größere Probleme zu überstehen.

Für die beiden ostdeutschen Untersuchungsräume war die deutsche Wiedervereinigung der entscheidende Einflussfaktor während der letzten Jahrzehnte. Insbesondere die Ohreregion konnte entscheidend von diesen veränderten nationalen Rahmenbedingungen profitieren. Aber auch der Wartburgkreis entwickelte sich unter anderem aufgrund seiner ehemaligen Grenz- und jetzigen zentralen Lage zu einer der prosperierendsten Regionen Thüringens. Für beide Gebiete war dabei von zentraler Bedeutung, dass sie an einer Hauptverkehrsachse zwischen Ost- und Westdeutschland liegen.

Durch die EU-Osterweiterung konnte im Jahr 2004 schließlich auch der Landkreis Cham von seiner Lage in unmittelbarer Nähe zum osteuropäischen Markt profitieren. Hinzu kommt, dass der Landkreis vor dem Wegfall des Eisernen Vorhangs in absoluter Randlage des westlichen Einflussbereichs gelegen war, nun ist er stärker in die Mitte der Europäischen Union gerückt. Seitdem werden die Wirtschaftsbeziehungen zu Tschechien verstärkt. Es existieren z. B. Kooperationsvereinbarungen zwischen den Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie ein gemeinsames Wirtschaftsportal wurde eingerichtet.

Als nationaler Einflussfaktor kann auch der Niedergang der Landwirtschaft gelten. So mussten insbesondere in ehemals landwirtschaftlich geprägten Gebieten wie der Ohreregion, dem Landkreis Cham und dem Landkreis Emsland Lösungen im Hinblick auf den Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze gefunden werden. Während im Landkreis

Emsland die Industrie Ersatzarbeitsplätze schuf, ergaben sich in der Ohrregion größere Probleme aufgrund dieses Strukturwandels.

Zusätzlich zu europäischen und nationalen Einflussfaktoren wirkten sich in einzelnen Räumen auch regionale sektorale Strukturänderungen nachhaltig aus. So hatte sich im Kreis Borken und teilweise auch im Landkreis Emsland der Niedergang der Textilindustrie zunächst starke negative Auswirkungen, insbesondere in arbeitsmarktstruktureller Hinsicht. Gleiche Folgen hatte der Arbeitskräfteabbau in der emsländischen Erdölindustrie. So setzte in diesen Regionen sehr rasch eine weiterführende hochwertigere Industrialisierung ein und konnte damit auch den starken Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft auffangen. In der Wartburgregion dagegen ist seit mehreren Jahrzehnten der Metallsektor der entscheidende Entwicklungsfaktor. Nachdem lange Zeit der Bergbau für Beschäftigung im Metallsektor sorgte, übernimmt heute der Fahrzeugbau diese Rolle. Der Niedergang dieses Wirtschaftszweigs könnte fatale Folgen für diese Region haben.

In einer ähnlichen Lage befindet sich der Untersuchungsraum Stadt und Landkreis Bamberg. Auch hier war die Wirtschaft lange Zeit von der Keramikindustrie geprägt, nach deren Einbruch sich die Automobil- und Automobilzulieferindustrie als Monopraxis etabliert hat. Die im Rahmen des Forschungsprojekts befragten Experten sehen hier eine Gefahr für die Zukunft Bambergs. Als positiv und entscheidend für die gute Entwicklung Bambergs hingegen wird immer wieder die traditionell wichtige Lage an der historischen Verkehrs- und Wirtschaftsachse des Main- und Regnitztals genannt. Der Landkreis Cham hat lange Zeit neben seiner Randlage in Europa und Deutschland auch unter seiner Randlage in Bayern leiden müssen. Allerdings war der Vorteil der traditionell von Land- und Bauwirtschaft geprägten Region, dass durch die dünne Besiedlung bei Bedarf rasch ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden konnten und bis heute können.

Fachliche Determinanten

Unter fachlichen Determinanten der regionalen Entwicklung sind an dieser Stelle die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, der Tourismus als Wirtschaftszweig, die Betriebsgrößenstruktur, das Vorhandensein von cluster- und wissensbasierten Strukturen sowie das allgemeine Qualifikationsniveau von Arbeitnehmern und die infrastrukturelle Ausstattung zu verstehen. Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die reinen fachlichen Determinanten zwar in vielen Fällen entwicklungsfördernd ausgeprägt sind und sich damit auch sehr vorteilhaft auf die regionale Entwicklung auswirken, doch dürfen nur wenige dieser Faktoren als eine grundsätzliche Bedingung für die Herausbildung von Wachstumsmotoren außerhalb des

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

engeren metropolitenan Verflechtungsraums angesehen werden. So gibt es im Bereich fast aller aufgeführten fachlicher Determinanten Regionen, die Ausnahmen darstellen und trotz anderer, eher negativ ausgeprägter Strukturen, Wachstumstendenzen aufweisen.

Die einzige fachliche Determinante, deren Entwicklung positiv verläuft und die damit als ein wichtiger und entscheidender Erfolgsfaktor angesehen werden kann, ist die klein- und mittelständische Betriebsgrößenstruktur. Allerdings kommt es dabei weniger auf das quantitative Vorhandensein dieser Betriebe an, sondern vielmehr darauf, dass sich die kleinen und mittleren Betriebe in den Untersuchungsräumen im Hinblick auf Mentalität, Arbeitsweise und Produktionsausrichtung besonders erfolgsunterstützend darstellen.

Die anderen fachlichen Determinanten erweisen sich zwar auch in mehreren Untersuchungsräumen als wachstumsfördernd, doch belegen zugleich mehrere Beispiele, dass diese Punkte nicht allein entscheidend für das regionale Wachstum sind. So erweisen sich eine starke Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur sowie Unternehmen, deren Headquarter in der Region liegt, zwar als großer Vorteil für die langfristige Entwicklung, doch haben sich gleichwohl manche Regionen trotz einer starken Ausrichtung auf wenige Wirtschaftszweige sowie einer Betriebsstruktur, die hauptsächlich durch Zweigbetriebe gekennzeichnet ist, positiv entwickelt. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Kreisregion Bamberg. Ähnliches gilt für das Ausstattungsniveau der Verkehrsinfrastruktur. So sind zwar auch in vielen Regionen gute Straßenverbindungen ein entscheidender Vorteil für die regionale Entwicklung und erweisen sich dort als klarer Erfolgsfaktor, doch belegen die Untersuchungsräume Landkreis Cham und Bodenseekreis, dass auch dies keine unabdingbare Voraussetzung für regionales Wachstum sein muss. Die im Allgemeinen als sehr entscheidend angesehenen wissensbasierten Strukturen mit einer guten Ausstattung mit höherwertigen Bildungs- und Forschungseinrichtungen sind sogar nur in einer der untersuchten Regionen (Region Bamberg) in einer relevanten Größenordnung vorhanden.

Aus diesen Ausführungen wird deutlich, dass das reine Vorhandensein bestimmter Strukturen allein nicht entscheidend für die positive Entwicklung einer Region ist, sondern, dass durch intensive Kooperationen und ein aktives, innovatives Management des Zusammenspiels der verschiedenen Determinanten vorhandene Schwächen abgedeckt oder kompensiert werden. So tragen in den meisten Untersuchungsräumen die sehr aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik sowie eine hohe betriebliche Ausbildungsbereitschaft entscheidend dazu bei, dass sich das schwache Ausstattungsniveau im Bereich der Bildung und Forschung nicht entscheidend nachteilig auswirkt.

Außerdem besitzen in vielen Regionen informelle Unternehmensnetzwerke mit intensiven Kooperationsbeziehungen und der Ausschöpfung von Synergieeffekten eine hohe Bedeutung, womit auch im Hinblick auf mögliche vorteilhafte Clusterstrategien reagiert wird. Dies wurde von der überwiegenden Zahl der Experten betont.

Daran lässt sich schließlich erkennen, dass insgesamt eher weiche Faktoren wie die Kooperationsbereitschaft und Handlungsfähigkeit der regionalen Akteure und weniger das alleinige Vorhandensein bestimmter harter Determinanten den Erfolg in den Wachstumsregionen bestimmen. Entscheidend für eine positive Entwicklung ist dabei die Ausschöpfung der eigenen Potenziale, um somit mögliche Schwächen auszugleichen.

Determinanten im Bereich der regionalen Anpassungsfähigkeit

Die regionale Anpassungsfähigkeit einer Region entscheidet im Wesentlichen über deren Entwicklung. So spielen die Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse des regionalen und sektoralen Strukturwandels ebenso wie die gezielte Inanspruchnahme von Fördermitteln oder die Entwicklung von wachstumsfördernden Projekten eine große Rolle, Regionen zukunftsfähig zu gestalten. Vor allem aufgrund der in ganz Deutschland spürbaren sich verändernden Rahmenbedingungen durch demographischen Wandel, Globalisierung und einen härter werdenden Standortwettbewerb sind immer neue und innovative Strategien von den einzelnen Regionen gefordert, um weiter erfolgreich bestehen zu können.

Der generellen Inanspruchnahme von Fördermitteln wird – mit Ausnahme der ostdeutschen Untersuchungsräume – keine zentrale Bedeutung zugesprochen. So lässt sich auch kein Zusammenhang zwischen Höhe der Fördersumme und Erfolg der Region herstellen. Dennoch werden Fördermittel aus EU-, Bundes- und Landesmitteln in allen Untersuchungsräumen als Hilfestellung für die Umsetzung von Projekten und Maßnahmen in Anspruch genommen. Die Differenzen in der Höhe der Inanspruchnahme von Bundesfördermitteln lassen sich nur im Ansatz erklären. So geben die bayerischen Untersuchungsräume an, eher auf Landesmittel als auf Bundesmittel zurückzugreifen, da hier sich hier die Beantragung weniger schwierig darstellt. Alle befragten Experten betonten allerdings, dass die Fördermittel nie der Ausschlag für Projekte oder Maßnahmen seien.

Rückschlüsse auf Schwerpunktsetzungen bei der regionalen Entwicklung sowie auf die Innovativität eines Raumes lassen die Art und Vielfalt regionaler Projekte und -initiativen zu. In den meisten Untersuchungsräumen spielen die Landratsämter eine entscheidende Rolle bei der Initiierung und oft auch bei der Umsetzung von Projekten. Solche Projekte fördern das Image eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

sowohl nach außen als auch nach innen. Die Bedeutung für das Eigenimage lässt sich an der Bekanntheit der Projekte in der Bevölkerung und bei den befragten Experten ablesen. Besonders positiv heben sich hier die Landkreise Cham und Emsland hervor, die mit einem breiten und viele Themen umfassenden Spektrum an Projekten aufwarten, während im Ohrekreis hier noch starker Nachholbedarf besteht.

Einen sehr wichtigen Faktor für das Wachstum und die positive Entwicklung einer Region sehen alle Experten in der Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie Forschung und Entwicklung. Zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen können sich eher aus einer solchen Symbiose entwickeln. Die Einrichtung von Innovations- und Gründerzentren sowie die gezielte Förderung solcher Vernetzungen durch die Wirtschaftsförderung spielt daher in den meisten Untersuchungsräumen eine bedeutende Rolle. Besonders die Entwicklung von Clustern, die von vielen Experten als zukunftsfähigste Formen der Wirtschaftsentwicklung eingestuft werden, profitiert von einer engen Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Organisatorische und institutionelle Determinanten

Organisatorische und institutionelle Determinanten spiegeln die Innovationskraft, die Anpassungsfähigkeit und das Engagement der Akteure einer Region wieder. In dieser Untersuchung lässt sich zum Beispiel ein Zusammenhang zwischen der Art und der Anzahl an regionalen Entwicklungsinitiativen und der Häufigkeit anderer Erfolgsfaktoren, die zu einem regionalen Wachstum führen, feststellen.

Regionale Entwicklungsinitiativen nehmen als innovative und meist informelle Organisationsstrukturen einen entscheidenden Stellenwert ein. Sie helfen auf neue Anforderungen zu reagieren, denen klassische und formale Organisationsstrukturen oft nicht gewachsen sind und auf die sie nicht schnell genug reagieren können. Darüber hinaus widmen sie sich gezielt den Potenzialen aber auch den Schwächen der Untersuchungsräume und bauen diese aus bzw. ab. Ihnen kommt damit in den Untersuchungsräumen eine sehr wichtige Rolle zu und sie werden von vielen Experten als Erfolgsfaktoren für das regionale Wachstum beschrieben. In besonderer Vielfalt sind solche Initiativen in Cham und Bamberg vorhanden, während sich im Ohrekreis noch Nachholbedarf zeigt. Er verfügt nicht nur über die geringste Anzahl an Entwicklungsinitiativen, diese sind auch in der Bevölkerung kaum bekannt.

Eine ebenso große Bedeutung wird den innerregionalen Netzwerken zugesprochen. Sie dienen dazu, Kompetenzen zu bündeln, regionale Akteure zu vernetzen und den Dialog in den jeweiligen Räumen zu fördern. Dabei kommt neben betrieblichen Netzwerken vor allem den Netzwerken zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung

eine sehr große Rolle zu. Sie werden als Grundlage zur Schaffung eines unternehmerfreundlichen Klimas betrachtet. Experten betonen immer wieder, dass durch funktionierende Netzwerke neue Unternehmen angelockt und Existenzgründungen begünstigt werden. Als wichtiger Erfolgsfaktor für ein funktionierendes Netzwerk kann die Größe des betreffenden Raumes betrachtet werden. Ist der Raum zu groß, wird es schwierig, die regionalen Akteure möglichst umfassend an einen Tisch zu bringen. Dies ist wahrscheinlich der Grund, warum sich der Untersuchungsraum Cham hier als besonders positives Beispiel hervorhebt. Die relativ geringe Größe des Landkreises begünstigt die Bekanntheit untereinander und damit die Bereitschaft zur Netzwerkbildung.

Neben solchen Netzwerken, die möglichst viele Akteure zusammen bringen, ist auch die bedeutende Rolle von Führungspersönlichkeiten, Trendsettern oder „opinion leaders“ für die positive Entwicklung der betrachteten Räume unumstritten. Sie dienen vor allem dazu, als zentrale Kraft viele andere zu begeistern und mitzureißen. Des Weiteren laufen bei Ihnen „die Fäden zusammen“ und sie können die verschiedenen Aktivitäten in der Region bündeln und koordinieren. Meistens findet man diese Persönlichkeiten in Person des Landrates wieder, besonders sind an dieser Stelle die Landräte aus dem Emsland und aus Cham hervorzuheben. Daneben werden aber auch immer wieder Unternehmer genannt, die sich für ihre Region einsetzen und diese aktiv unterstützen. Von den Experten werden solche „starken Persönlichkeiten“ als einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für ihren jeweiligen Raum genannt.

Personale Determinanten – Existenz kreativer Milieus

Übereinstimmend wird in allen Untersuchungsräumen die Identifikation und Verbundenheit der Bevölkerung und der regionalen Akteure als sehr wichtiger Wachstumsfaktor eingestuft. Alle Untersuchungsräume verfügen nach Aussage der befragten Experten über eine hohe Identifikation der Bevölkerung mit Ihrer Region. Das große Selbstbewusstsein, das der Bevölkerung in den Untersuchungsregionen zugeschrieben wird, rührt aus der positiven Entwicklung der Untersuchungsräume und damit dem aus der Abgrenzung zu Nachbarregionen, die sich weniger positiv entwickelt haben. Besonders im Landkreis Cham und im Landkreis Emsland wird außerdem immer wieder die große Regionsverbundenheit der ansässigen Unternehmen – die zumeist aus der Region heraus entstanden sind – genannt. Dieser Faktor wirkt sich dementsprechend positiv auf die gesamte Wirtschaftsstruktur der Region und deren Stabilität aus.

Zur Verifikation der Expertenaussagen wurden in vier der Untersuchungsräume umfassende schriftliche Bevölkerungsbefragungen durchgeführt. Neben der Lebensqua-

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

lität und der Verbundenheit mit der Region wurde hier vor allem der Kenntnisstand über Projekte, Aktionen und Entwicklungsinitiativen der Untersuchungsräume gefragt. Dabei lässt sich feststellen, dass die verschiedenen personalen Determinanten immer in den gleichen Räumen stärker oder schwächer ausgeprägt sind. So lässt sich im Raum Bamberg die höchste Identifikation und Verbundenheit der Bevölkerung mit der Region beobachten, dicht gefolgt von Cham und dem Emsland. Auch beim Selbstbewusstsein von Bevölkerung und Akteuren, den Selbstimagestrukturen und der Einschätzung von Wachstumsfaktoren zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Ohrregion wird bei allen Faktoren mit Abstand am schlechtesten bewertet, wobei sich für alle vier intensiver untersuchten Räume gezeigt hat, dass die Bevölkerung teilweise eine bessere Entwicklung verschiedener Faktoren „gefühlte“ hat, als sich dies durch die Strukturdaten begründen lässt. Die Bevölkerungsbefragung hat gezeigt, dass das Meinungsbild zumeist mit dem der befragten Experten übereinstimmt. Ein gutes Selbstimage, Identifikation und Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrer Region und das Selbstbewusstsein der Bevölkerung und von Akteuren können zu einer positiven regionalen Entwicklung beitragen.

Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

Als Erfolgsbedingungen für Wachstumsmotoren außerhalb von Metropolen sind an erster Stelle aus dem Bereich der organisatorischen und institutionellen Determinanten die große Bedeutung von innerregionalen Netzwerken sowie der hohe Stellenwert „starker“ Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft zu nennen. In allen vier näher betrachteten Untersuchungsräumen sind diese beiden miteinander zusammenhängenden regionalen Ausprägungen entscheidende Erfolgsfaktoren für die positive Entwicklung. Durch die Bildung von informellen Netzwerken zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung entstand in den Untersuchungsräumen ein wirtschaftsfreundliches Klima, das als entwicklungsfördernder Faktor im Hinblick auf die Ansiedlung von neuen Investoren eine große Bedeutung besitzt. Innerhalb dieser Netzwerke sind stets die führenden politischen Persönlichkeiten der Region die zentralen Integrationsfiguren und Antriebskräfte. So nehmen in den Landkreisen Emsland und Cham sowie in der Ohrregion und der Kreisregion Bamberg die Landräte beziehungsweise Oberbürgermeister eine elementare Rolle bei der Entwicklung ihres Landkreises beziehungsweise ihrer Region ein. Durch hohes Engagement, intensive und aktive Wirtschaftsförderung sowie innovative Ideen tragen zudem auch viele andere regionale

Akteure erheblich zum Erfolg dieser Regionen bei. Durch zumeist klare politische Mehrheiten besitzen die politischen Führungspersonlichkeiten zudem eine breite Unterstützung in der Bevölkerung, womit sich in diesen Räumen auch eine spezielle Mentalität entwickeln konnte. Dies ist vor allem in den Landkreisen Emsland und Cham spürbar. Ausgehend von äußerst schwierigen Ausgangslagen entwickelten sich in beiden Regionen ein Gemeinschaftsgefühl sowie eine Mentalität, die sich durch enormen Fleiß, hohes bürgerschaftliches Engagement, Bescheidenheit und eine hohe regionale Identität auszeichnet. Durch die Erfahrung der Not, sind es die Bürger gewohnt, besonders hart zu arbeiten. Diese weichen Standortfaktoren sind bei der Frage nach den Erfolgsfaktoren für Wachstumsmotoren außerhalb von Metropolen als erstes zu nennen.

Keine Bedingung, aber ebenfalls von großem Vorteil für eine positive Regionalentwicklung sind bestimmte Ausprägungen fachlicher Determinanten, welche die Wirtschafts- und Infrastruktur betreffen. Die Wirtschaftsstruktur, die in den meisten Untersuchungsräumen durch eine hohe Diversifizierung sowie eine starke klein- und mittelständische Basis mit einem teilweise hohen Industrieanteil geprägt ist, besitzt eine geringe Anfälligkeit für Konjunktur- sowie Strukturkrisen und erweist sich als unabhängig von den Entscheidungen weniger Großbetriebe. Ebenfalls prägend im Bereich der regionalen Betriebsstrukturen ist zudem das Vorhandensein vieler hoch spezialisierter Marktführer in engen Markt- oder Produktbereichen, die zudem eine hohe Innovationsdynamik ausstrahlen. Alle Untersuchungsräume sind durch ein äußerst wirtschaftsfreundliches Klima geprägt. Des Weiteren sind fast alle analysierten Wachstumsregionen durch eine gute Verkehrsinfrastruktur gekennzeichnet. Vor allem die guten Autobahnanbindungen gelten somit oftmals als entscheidende Erfolgsfaktoren.

Allerdings zeigen die Beispiele der Landkreise Cham und Bodenseekreis, dass es auch ohne diesen Vorteil zu einer positiven Regionalentwicklung kommen kann. Hier wiederum sind stattdessen die Vielzahl der endogen initiierten Projekte sowie die schon angesprochene intensive Arbeit in Netzwerken von hoher Bedeutung. Die Bedeutung regionaler Entwicklungsinitiativen als innovative Organisationsstrukturen gilt vor allem für die Zukunft als wichtiger Erfolgsfaktor für eine weiterhin positive Entwicklung der außerhalb des engeren metropolitanen Verflechtungsraums gelegenen Regionen. So wirkt es sich positiv aus, sich als eigenständige (Wachstums)-Region zu positionieren und zu vermarkten, sich auf seine eigenen Stärken zu konzentrieren und sich nicht auf Hilfe von außen zu verlassen.

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

Zusammenfassend lässt sich an dieser Stelle sagen, dass es in Form der genannten Faktoren zwar einige Aspekte gibt, die in fast allen Untersuchungsregionen für den Erfolg mitverantwortlich sind, doch spielen oft auch Alleinstellungsmerkmale, die in vielen Fällen historisch begründet sind, eine wichtige Rolle bei der Entwicklung. Dazu gehört in erster Linie die schon angesprochene Ausprägung der Mentalität. Auch durch traditionelle oder konfessionelle Einstellungen, wie beispielsweise die katholische Prägung in den Kreisen Borken, Bamberg und Emsland, die mit zu dem dort starken Bevölkerungswachstum beiträgt, werden Entwicklungen beeinflusst. Des Weiteren sind traditionell starke Wirtschaftszweige, wie der Metallsektor in der Wartburgregion, zum Teil nachhaltig für die regionale Entwicklung bestimmend. Ebenfalls sehr spezifisch ist die Situation in der Ohreregion gewesen, als der Raum unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung von den Problemen der Landeshauptstadt Magdeburg profitieren konnte und sich zahlreiche Investoren in der Ohreregion ansiedelten.

Allerdings kann trotz alledem allgemeingültig gesagt werden, dass stets nur dann eine erfolgreiche Entwicklung möglich ist, wenn die vorhandenen Potenziale von den regionalen Akteuren nutzbar gemacht werden und es den Entscheidungsträgern gelingt, durch innovatives und geschicktes Handeln die Entwicklung der Region positiv zu beeinflussen. Die Nutzung vorhandener Standortpotenziale ist auch elementar, wenn es um die originären Standortvorteile eines ländlichen Raums geht. Eine große Flächenverfügbarkeit, relativ niedrige Standortkosten sowie ein attraktives Wohnumfeld sind große Vorteile gegenüber Ballungsräumen und in zahlreichen ländlichen Regionen vorzufinden, entscheidend sind allerdings ferner regional spezifische Entscheidungs- und Steuerungsstrukturen sowie spezifische Milieus, die in nur wenigen Regionen außerhalb der Metropolen gegeben sind, um sie zu Wachstumsmotoren entwickeln zu können.

Fazit und Handlungsempfehlungen für die Raumordnung

Was nun Möglichkeiten für die Umsetzung der Maßnahmen und Strategien sowie der Projekte betrifft, so sind die Voraussetzungen hierfür

personale Strukturen,
organisatorische Strukturen.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Bereitschaft der regionalen Akteure, überdurchschnittliches Engagement für die Erreichung von gemeinsamen Zielen zur

Entwicklung einer Region einzubringen. Um eine periphere, strukturschwache ländliche Region zu einem Wachstumsmotor zu formen, bedarf es

*einer strukturierten konzeptionellen Grundlegung,
eines hohen regionalen Selbstbewusstseins und Zielstrebigkeit,
Durchhaltevermögens,
der Fähigkeit, Bevölkerungsgruppen sowie regionale und kommunale Akteure
für gemeinsame Zielsetzungen und Strategien zu gewinnen.*

Neben den personellen und organisatorischen Voraussetzungen sind eine konzeptionelle Grundlage und eine Strategie für die Entwicklung einer Region erforderlich. Mit einer solchen Entwicklungsstrategie sollten sich möglichst viele Akteure identifizieren können. Um die Einbindung und Integration eines breiten Spektrums von Bevölkerungsgruppen und Entscheidungsträgern zu erreichen, erscheinen folgende Wege erforderlich:

*gezielte Aktionen zur Steigerung der Identifikation mit der Region,
Förderung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements,
Schaffung attraktiver Lebens- und Arbeitsbedingungen,
Schaffung und Unterstützung familien- und seniorengerechter Strukturen
(z.B. Betreuungsangebote, Versorgungsinfrastruktur, attraktives Wohnumfeld
und anderes),
Schaffung einer attraktiven Bildungsinfrastruktur,
Verfügbarkeit von einer ausreichenden Zahl und Qualität von Ausbildungs-
plätzen,
Unterstützung bei der Vermittlung von Schulabgängern in geeignete Ausbil-
dungsplätze,
Aufbau von Ausbildungsplatzinitiativen zur Ansprache, Information und
Unterstützung von Schülern sowie zur Koordination zwischen den Bedarfen
der Unternehmen und den Interessen der Auszubildenden,
Initiativen zur Eingliederung älterer Arbeitnehmer ins Berufsleben.
Weitere wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung und die Unterstüt-
zung von Wachstumsmotoren sind ferner
Ausweisung von qualitativ hochwertigen Industrie- und Gewerbeflächen,
Ausstattung mit entsprechender Infrastruktur und Servicestruktur,
schnelle und flexible Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren,
Unterstützung von Neu- und Ausgründungen,*

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

Investitions- und Standortmarketing sowie Regionalmarketing zu Ansiedlung neuer Unternehmen,

wirtschaftsfreundliches Klima auf kommunaler und regionaler Ebene sowohl im politischen Raum als auch im Bereich der Administration,

Aufbau von Netzwerken zwischen Unternehmen und kommunalen sowie regionalen Entscheidungsträgern, Verbänden und Anderen (z. B. Kompetenznetzwerke, Clusterstrukturen u. a.).

In besonderer Weise von Bedeutung ist der Einsatz von Regional-, Standort- und Investitionsmarketing um die Stärken und Potentiale einer Region bzw. eines Standorts nach innen und auch nach außen kreativ und umfassend darzustellen. Eine besondere Wirkung entfaltet dieses neue Instrument der Raumordnung und Landesplanung in Hinblick auf die Beeinflussung des Eigen- und Fremdimages, was sich gerade in strukturschwachen und ländlichen Regionen in besonderer Weise als Notwendigkeit erweist. In den untersuchten Regionen hat sich gezeigt, dass Regional-, Standort- und Investitionsmarketing, ggf. in Verbindung mit kommunalen bzw. Stadtmarketing deutlich und nachweisbar dazu beigetragen hat, dass

Unternehmen ihren bisherigen Standort beibehalten haben (Bestandspflege),

Neuansiedlungen (Existenzgründungen und Ansiedlungen) gelungen sind und

Bevölkerungsgruppen für die jeweilige Region gewonnen werden konnten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es eines Pakets von Handlungsansätzen bedarf, um eine positive regionale und regionalwirtschaftliche Entwicklung zu erreichen.

Was die Übertragung auf andere Regionen betrifft, so ist dies durchaus möglich, wobei die entsprechenden skizzierten Voraussetzungen gegeben sein sollten. Wesentlich ist, dass die Entwicklungsansätze und -strategien eine Orientierung ermöglichen; die Untersuchung kann Ideen und Best Practice – Beispiele liefern. Berücksichtigt werden muss, dass Veränderungsprozesse im Sinne des sozioökonomischen Strukturwandels einen dauerhaften Prozess darstellen, d. h. in den Untersuchungsregionen hat sich gezeigt, dass der Weg von einer strukturschwachen Region zu einem Wachstumsmotor in der Regel mindestens 10-15 Jahre gedauert hat.

Quellen

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg., 2005): Raumordnungsbericht 2005, Berichte Band 21, Bonn.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg., 2008): Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen, Werkstatt: Praxis, Heft 56, Berlin/Bonn.
- Danielzyk, Rainer; Wiegandt, Claus-Christian (1987): Regionales Alltagsbewusstsein als Faktor der Regionalentwicklung? – Untersuchungen im Emsland, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8.1987, S. 441-449.
- Fraunhofer-Institut für experimentelles Software-Engineering (Hrsg., 2006): Wissensbasierte Regionalentwicklung – Diskussion der Bedeutung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen für den Transfer von Wissen und Technologie in kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) – Das Beispiel des Fraunhofer-Instituts für experimentelles Software-Engineering in Kaiserslautern, Kaiserslautern.
- Frey, René (2005): Infrastruktur, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg., 2005): Handwörterbuch der Raumordnung, S. 469-475.
- Fromhold-Eisebith, Martina (1999): Das „kreative Milieu“ – nur ein theoretisches Konzept oder Instrument der Regionalentwicklung? in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 2/3.1999, S. 168-175.
- Geschäftsstelle der Ministerkonferenz für Raumordnung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg., 2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland, Berlin.
- Hamm, Rüdiger; Wienert, Helmut (1990): Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen im internationalen Vergleich, Schriftenreihe des rheinisch-westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Heft 48, Berlin.
- Hassink, Robert (2001): The Learning Region – A Fuzzy Concept or a Sound Theoretical Basis for Modern Regional Innovation Policies? in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jahrgang 45, Heft 3/4.2001, S. 219-230.
- Maier, Gunther; Tödtling, Franz (2006): Regional- und Stadtökonomik 1 – Standorttheorie und Raumstruktur, 4. aktualisierte und erweiterte Auflage, Wien/New York.

Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

- Maier, Gunther; Tödtling, Franz; Trippel, Michaela (2006): Regional- und Stadtökonomik 2 - Regionalentwicklung und Regionalpolitik, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage, Wien/New York.
- Stahl, Thomas; Schreiber, Rainer: Regionale Netzwerke als Innovationsquelle – das Konzept der „lernenden Region“ in Europa, Campus Forschung Band 868, Frankfurt/New York.
- Stiller, Silvia (2005): Raumentwicklung, ökonomische, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg., 2005): Handwörterbuch der Raumordnung, S. 850-856.
- Thomi, Walter; Werner, Robert (2001): Regionale Innovationssysteme – zur territorialen Dimension von Wissen und Innovation, in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jahrgang 45, Heft 3/4.2001, S. 202-218.
- Zürker, Matthias (2007): Cluster als neue Komponente der wirtschaftsbezogenen Raumentwicklung, Dissertation, Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Band 22, Kaiserslautern.

Städtesystem und Städtepolitik in Finnland

Perttu Vartiainen

Einführung

Finnland, eines der am dünnsten besiedelten Länder Europas (17,4 Einwohner/qkm), verfügt mit der Region Helsinki (1,26 Millionen Einwohner im Jahr 2007) über nur eine Metropolregion. Desweiteren gibt es in Finnland acht weitere Stadtregionen mit über 100 000 Einwohnern. Trotz der daraus resultierenden relativ ländlichen Prägung, bilden Städte unterschiedlicher Grösse einen wichtigen Bestandteil der finnischen Raumstruktur. Obgleich der Grossteil des finnischen Raumes in europäischen Typologien als ländlich eingestuft wird (siehe Schmidt-Thomé & Vihinen 2006), wird schon seit Mitte der 1990er Jahre die grosse Bedeutung der Städten für die Regionalentwicklung des Landes hervorgehoben.

„Städte“ werden in der finnischen Städtepolitik generell als funktionale Stadtregionen verstanden. Mit der fortschreitenden Ausdehnung der städtischen Pendlergebiete über Verwaltungsgrenzen hinaus, hat auch die traditionelle, administrative Abgrenzung von städtischen und ländlichen Gemeinden als Illustration der finnischen Raumstruktur an Bedeutung verloren. Heute leben schon vier Fünftel der finnischen Bevölkerung in den 30 grössten Stadtregionen des Landes. Im ländlichen Raum hat dies auch zu einer stärkeren Differenzierungen zwischen Stadtumlandgebieten und des restlichen ländlichen Raumes geführt.

Es sollte in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden, dass, aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte im gesamten Land, die Dienstleistungsausstattung in den mittelgrossen finnischen Städten vergleichsweise vielseitig ist. Ausserdem ist die Zentralitätsfunktion dieser mittelgrossen Städte oft höher als es in dichter besiedelten Gebieten der Fall ist. Dies wurde durch die starke Rolle des Staates im Aufbau der Infrastruktur und des finnischen Dienstleistungsversorgungsnetzes noch verstärkt. Zudem haben starke lokale und regionale Verwaltungsstrukturen sowie das dezentralisierte Universitätsnetzwerk zur Entwicklung des finnischen Städtesystems beigetragen.

In dem sich von der Rezession der 1990er Jahre erholenden Finnland, wurde ein verstärktes Augenmerk auf die Bedeutung der Städte als Motoren der regionalökonomischen Entwicklung gelegt. Zu jener Zeit wurde die Städtepolitik auch zu

einem festen Bestandteil der finnischen Regionalentwicklungspolitik. Auch die Wissenschafts- und Innovationspolitik konzentrierte sich in einem zunehmenden Maße auf Städte als Kompetenzzentren der wissensbasierten Wirtschaft.

Das finnische Städtesystem

Die Analyse und Darstellung des finnischen Städtesystems wurde zu einem Werkzeug einer neuen finnischen Städtepolitik zum Ende der 90er Jahre. Die Basis dazu bildete ein Forschungsprojekt, welches vom finnischen Umweltministerium beim Autor diesen Artikels in Auftrag gegeben wurde (Vartiainen 1995). Das Ziel dieses Forschungsprojektes war es, die Charakteristiken des sich zunehmend international ausgerichtenden und horizontal vernetzten Städtesystems besser darzustellen, als es mit der durch Walter Christaller geprägten traditionellen und hierarchisch ausgerichteten Analyse zentraler Orte und deren Einflussgebiete möglich war. Das Folgeprojekt „Städtenetzwerkstudie 1998“ (Vartiainen & Antikainen 1998; Antikainen & Vartiainen 1999) stand schon in direkter Verbindung mit mit einer neuen, ganzheitlichen Städtepolitik. Diese Forschungsarbeit wurde in den für Regionalpolitik zuständigen Ministerien weitergeführt und aktualisiert (Antikainen et al. 2006).

Janne Antikainen, der heute als Direktor für Regionalentwicklung im Arbeits- und Wirtschaftsministerium tätig ist, hat diese Arbeit nicht nur zum Nutzen der finnischen Städtepolitik sondern auch im Rahmen des europäischen ESPON (European Spatial Observation Network) Forschungsnetzwerks weitergeführt und modifiziert. Aus Sicht des europäischen Raumplanungsdiskurses hat die Städtenetzwerkforschung dazu beigetragen, das Potential für polyzentrische Entwicklung in europäischen Städte- und Raumstruktursystem zu analysieren (Antikainen & Vartiainen 2006).

Stadtregionen werden in der Städtenetzwerkforschung auf Basis ihrer Grösse und Zentralitätsfunktion sowie ihrer funktionalen Spezialisierung im Städtesystem positioniert (siehe Tabelle 1). Zudem werden Stadtregionen im Bezug auf Faktoren wie Fachkompetenzbereiche, kulturelle Dienstleistungen, und Grad der Internationalisierung untersucht. Durch diese Methode können die für das Städtesystem wichtigen funktionalen Stadtregionen identifiziert werden. Hierbei sollte berücksichtigt werden, dass der Verwaltungsbegriff „Stadt“ im finnischen Kontext auch sehr kleine und ländliche Gemeinden miteinschliessen kann.

Städtesystem und Städtepolitik in Finnland

| | | | |
|-------------------|------------------------------------|---------------------------------------|---|
| SYNTHESE 1 | Stärkeklasse | Grösse | <ul style="list-style-type: none"> • Bevölkerungsanzahl • Wertschöpfung der Industrieproduktion oder Exportwert • Bilanz des Hotel- und Restaurantssektors |
| | | Zentralitätsfunktion | <ul style="list-style-type: none"> • Handelsbilanz • Regionaladministrative Funktion • Universitätsstandort • Hauptgeschäftsstellen der 500 grössten Unternehmen |
| | | Funktionale Spezialisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Industrie • Private Dienstleistungen • Öffentliche Dienstleistungen |
| SYNTHESE 2 | Entwicklungsvoraussetzungen | Kompetenzbereiche | <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsplätze im wissensbasierten Sektor / Anteil an gesamten Arbeitsplätzen • Ausgaben für Forschung und Entwicklung • Technologiezentren / Belegschaft der Unternehmen • Zahl der Hochschulabschlüsse (der über 15-jährigen) |
| | | Kulturdienstleistungen | <ul style="list-style-type: none"> • Kinobesuche • Theaterbesuche • Museumsbesuche • Symphoniekonzertbesuche |
| | | Grad der Internationalisierung | <ul style="list-style-type: none"> • Wert der Industriexporte • Internationaler Flugverkehr • Schiffsverkehr, maritim • Wareimporte/exporte in den Häfen • Übernachtungen ausländischer Gäste • Teilnehmer an internationalen Konferenzen • Hochschulstudenten • Transportaufkommen an Grenzübergängen / Anzahl der Fahrzeuge |
| | Entwicklung | | <ul style="list-style-type: none"> • Zu- und Abwanderung • Entwicklung der Beschäftigungslage • Arbeitslosenquote |

Tabelle 1: Darstellungsrahmen für das finnischen Städtesystems

Quelle: Antikainen et al. 2006

Die Städtenetzwerkstudie betont die Mehrdimensionalität des Städtesystems. Auch kleine Städte können eine durchaus wichtige und spezifische Rolle im zunehmend internationalen und kompetenzorientierten Gesellschaftsstrukturen und Unternehmenskulturen einnehmen. So sind auch manche grössere, altindustriell geprägte Regionen in ihrer Entwicklung hinter vergleichbar grossen oder sogar kleineren, aber

Perttu Vartiainen

vielseitig ausgerichteten, Universitätsstädten zurückgeblieben. Eine positive Korrelation zwischen Grösse und Erfolg der Stadtregionen ist jedoch deutlich erkennbar.

Das finnische Städtenetz ist vom Gegensatz zwischen der Metropolregion Helsinki und den kleineren Regionalzentren geprägt (siehe Tabelle 2.). Die finnische Städtenetzwerkforschungstudie wurde als Argument für eine raumstrukturtypspezifische Regional- und Städtepolitik genutzt. So ist eine für die Metropolregion Helsinki konzipierte Städtepolitik zum Beispiel nicht unbedingt auf altindustrielle Regionalzentren anwendbar.

| STADTREGIONEN | | |
|------------------------------------|--|--------------------|
| TYP0 1 | TYP0 2 | Stadtregion |
| A Metropolregion | A1 Region Helsinki | Helsinki |
| | A2 Metropolumland | Lohja |
| | | Porvoo |
| | | Riihimäki |
| B Vielseitige Universitätsregionen | B1 Technologiezentren | Tammisaari |
| | | Jyväskylä |
| | | Oulu |
| | B2 Sonstige, vielseitige Stadtregionen | Tampere |
| | | Turku |
| | | Joensuu |
| C Provinzzentren | C1 Vielseitige, starke Industrieregionen | Kuopio |
| | | Vaasa |
| | | Kouvola |
| | C2 Sonstige Provinzzentren | Lahti |
| | | Pori |
| | | Hämeenlinna |
| | | Kajaani |
| | | Kokkola |
| | | Kotka-Hamina |
| | | Lappeenranta |
| | | Mariehamns stad |
| | | Mikkeli |
| | | Rauma |
| Rovaniemi | | |
| Seinäjoki | | |
| D Spezialisierte Industrieregionen | D1 Starke Industrieregionen | Imatra |
| | | Kemi-Tornio |
| | | Salo |
| | D2 Kleine, spezialisierte Stadtregionen | Etelä-Pirkanmaa |
| | | Jakobstadsregionen |
| | | Jämsä |
| | | Raahe |
| | | Vakka-Suomi |
| Varkaus | | |
| Äänekoski | | |
| E Kleine Regionalzentren | E Spezialfälle | Savonlinna |
| | | Ylä-Savo |

Tabelle 2: Typologie der Grundtypen der finnischen Stadtregionen

Quelle: Työ- ja elinkeinoministeriö 2009

Städtesystem und Städtepolitik in Finnland

Aufgrund fortlaufender Querschnittsanalysen konnte die Städtenetzwerkstudie auch als Instrument zur Darstellung und Interpretation von Veränderungen im Städtesystem herangezogen werden. Dadurch konnte festgestellt werden, dass sich Veränderungen im Städtenetzwerk sehr langsam vollziehen, aber eine klare Entwicklungstendenz aufweisen: die Bedeutung grosser Agglomerationen steigt. Mit Ausnahme einiger vereinzelter, stark spezialisierter Regionalzentren, konnten sich kleinere Stadtregionen dagegen nicht im städtischen Wettbewerb behaupten.

Die Typologie der finnischen Stadtregionen bewährt sich auch als Interpretationsrahmen für die Entwicklungstendenzen von Städten und Regionen. In Abbildung 1 ist der deutliche Zusammenhang zwischen der Position im Städtesystem und Bevölkerungszunahme klar ersichtlich. Bemerkenswert ist das starke Wachstum der mehrdimensionalen und technologisch ausgerichteten Universitätsregionen, auch im Vergleich zur Metropolregion Helsinki. Die Bevölkerungsentwicklung in kleinen, oft industriell ausgerichteten, Stadtregionen ist dagegen klar negativ. Dieser Trend gilt im verstärkten Maße auch für die Gebiete, die sich ausserhalb jeglicher funktionaler Stadtregionen befinden (Typen M1 und M2).

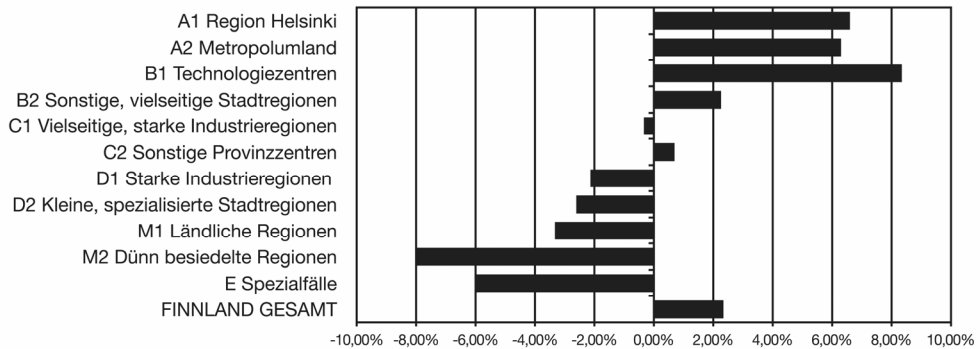


Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung (%) 2000-2007 nach Grundtypen der Stadtregionen

Quelle: Työ- ja elinkeinoministeriö 2009

Aus den Ergebnissen der Städtenetzwerkstudie ist klar ersichtlich, dass bei weitem nicht alle finnische Stadtregion Wachstumszentren der globalen wissensbasierten Wirtschaft sein können, so wie sie noch während der 80er Jahre Zentren des finnischen Wohlfahrtsstaates und der verbunden regionalen Verwaltung sein konnten. Heutzutage scheinen einzig die grösseren Stadtregionen, sowie diversifizierte Universitätsregionen, ein hinreichend attraktives und vielseitiges Umfeld für die Unternehmen der internationalen Wirtschaft bieten zu können.

Städtepolitik in Finnland

Die finnische Städtepolitik hatte ihren Ursprung in der sich in einem zunehmenden Maße zur programmisierten wandelnden Regionalpolitik Finnlands (Vartiainen 1998). Im Gegensatz zum redistributiven Charakter der klassischen, wohlfahrtsorientierten Regionalpolitik – oder Kohäsionspolitik in EU Jargon – ist die heutige Städtepolitik stark an wettbewerbs- und wachstumsorientiert. Städte werden in dieser Doktrin als Zentren zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, Innovationen, Wirtschaftswachstum und Wohlfahrt gesehen. Aus Sicht der Regionalentwicklung, ist der Grundgedanke der Städtepolitik in der Absicht die Grundstrukturen sich schwächer entwickelnder Regionen zu stärken und ein polyzentrisches Städtenetzwerk zu schaffen. Aufgrund dieser Tatsache liegt das Augenmerk dieser Politik nicht nur auf den Städten an sich, sondern auch, in einem ganzheitlichen Sinne, auf den umliegenden ländlichen Räumen.

Die aktuelle, programmisierte Regionalpolitik in Finnland hat einen städtischen Charakter. Dies manifestiert sich durch das neue Kompetenzzentrenprogramm (1994), welches auch heute noch das Aushängeschild der finnischen regionalen Innovationspolitik darstellt. Die städtische Ausrichtung des Kompetenzzentrenprogramms beruht auf der Tatsache, dass dieses Programm, wie jedes regionale Innovationssystem, auf funktionalen Stadtregionen basiert. Das Kompetenzzentrenprogramm ist ein zeitlich begrenztes Sonderprogramm, mit dessen Hilfe verfügbare Mittel auf bestimmte Schwerpunktfelder konzentriert werden sollen. Das Programm richtet sich an Unternehmen deren zentrale Geschäftstätigkeit auf der Nutzung von Forschungs- und Entwicklungsarbeit basiert. Im Zeitraum von 2007 bis 2013 besteht das Kompetenzzentrenprogramm aus 13 Cluster-Programmen. In jedem Cluster sind die im jeweiligen Fachgebiet wichtigsten Universitätsstandorte durch ihre regionalen Kompetenzzentren vertreten.

Die neue finnische, ganzheitliche Städtepolitik basiert auf der Arbeit des „Ausschusses zur Städtepolitik“, welches im Jahr 1996 aktiv war. Der Abschlussbericht des Ausschusses trug den Titel „Städte als Wachstumsgeneratoren“. Das Hauptinstrument dieser neuen, ganzheitlichen Städtepolitik waren das Stadtentwicklungsprogramm (1997) sowie das Regionalzentrenprogramm (2001).

Das Ziel des Stadtentwicklungsprogrammes, welches im Zeitraum von 1997 bis 2000 implementiert wurde, war es, die Kooperation innerhalb von Stadtregionen sowie Entwicklungsmassnahmen zur Nutzung bereits bestehender Rahmenbedingungen zu fördern. Die Grundidee war es, ökonomische, soziale und ökologisch nachhaltige

Städtesystem und Städtepolitik in Finnland

Stadtentwicklung zu unterstützen. Nach der Jahrtausendwende, verblieb nur noch die Metropolregion Helsinki Teil des Satdtdentwicklungsprogrammes, da die Metropolregion nicht Bestandteil des von der finnischen Regierung im Jahre 2001 lancierten Regionalzentrenprogramm wurde. Ab 2004 wurde auch ein spezielles Entwicklungsprogramm für grosse Stadtregionen eingeführt. Die derzeitige Regierung hat im Jahr 2007 eine Initiative zur Metropolraumpolitik für die Region Helsinki ins Leben gerufen, welche sich speziell den Themen Landnutzung, Wohnungsbau, Verkehrsentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Multikulturalismus, Immigration, Zweisprachigkeit sowie sozialer Zusammenhalt widmet. Obgleich das Arbeits- und Wirtschaftsministerium seit 2008 für Regionalpolitik zuständig ist, ist in diesem Fall das Umweltministerium das federführende Ministerium.

Das Regionalzentrenprogramm ist ein wichtiges Element des Prinzips der polyzentrischen Entwicklung, welches wiederum fester Bestandteil der nationalen Raumordnungspolitik in Finnland ist. Die Ziele und Aktivitäten des Programms basieren auf den speziellen Eigenschaften sowie Kernkompetenzen der jeweiligen Regionen. Das Ziel ist es Stadtregionen verschiedener Grösse zu starken regionalen und lokalen Zentren weiterzuentwickeln. Im Zeitraum zwischen 2001 und 2006 wurde das Programm in 34, ab 2007 in 35, Stadtregionen implementiert. Die Auswahl der Teilnehmerstädte am Regionalzentrenprogramm orientierte sich direkt an der von der Städtenetzwerkstudie entwickelten Typologie. Ausserdem wurden auch einige kleine, ländlich geprägte Regionalzentren in das Programm aufgenommen.

Zur Illustrierung des Inhalts des Kompetenzzentrenprogrammes sowie des Regionalzentrenprogrammes kann man das Beispiel der Region Joensuu heranziehen. Die Region Joensuu (116.000 Einwohner) ist die neuntgrösste Stadtregion Finnlands und gehört in der Städtenetzwerktypologie zur Klasse B2 (sonstige, vielseitige Universitätsregionen). Die Universität Joensuu (8.000 Studenten) ist die am östlichsten gelegene multidisziplinäre Universität Kontinentaleuropas. Im Einflussbereich der Universität, des europäischen Forstinstituts (EFI), dem finnische Institut für Waldforschung (Metla) sowie weiteren, kleineren Umweltforschungseinrichtungen hat sich ein starkes Forstwissenschafts- und Umweltforschungscluster gebildet.

Im technologischen Bereich liegen die besonderen Kompetenzen der Universität in den Bereichen Fotonik und Materialforschung. Neben der Universität ist in Joensuu ausserdem die multidisziplinäre Nordkarelische Fachhochschule mit 4.000 Studenten aktiv.

Die Region Joensuu nahm am Kompetenzzentrenprogramm sowie dem Regionalzentrenprogramm von Beginn an teil. Joensuu ist der Hauptstandort für das nordka-

Perttu Vartiainen

relische Kompetenzzentrumprogramm, welches von dem zum Stadtkonzern Joensuu gehörende Forschungspark Joensuu geleitet wird (die Universität Joensuu ist auch zweitgrösster Teilhaber am Forschungspark). Joensuu nimmt im Zeitraum 2007 bis 2013 an vier nationalen Clusterprogrammen teil, welche alle stark mit den Forschungs- und Entwicklungskompetenzen der Universität, der Fachhochschule sowie weiteren Forschungseinrichtungen verflochten sind. Die Cluster sind im einzelnen:

- 1) Nanotechnologie
 - Fotonik
 - Materialforschung
 - Präzisionsmechanik
- 2) Regenerative Forstindustrie
 - Waldressourcen und Forstplanung
 - Verfahren zur Holzakquisition und Logistik
 - Naturfaserkomposite
- 3) Energietechnologie
 - Produktion von Holzbiomasse, Brennholz und Pellets
 - Energieholzressourcen und Akquisition von Energieholz
 - Neue Geschäftsmodelle für regenerative Energien
- 4) Von Forschung zum Produkt im Wohnungsbau
 - Energieeffizienter und umweltfreundlicher Wohnungsbau
 - Nutzerorientierte Wohnungsbaulösungen und Wohndienstleistungen
 - Konzepte zur Bauentwicklung
 - Nutzung neuer Stein-, Absperr-, Sicherheits- und Kompositprodukte im Bau

Das Regionalzentrenprogramm der Region Joensuu wird vom Entwicklungszentrum der Region Joensuu (Josek Ag), welches von der Stadt Joensuu sowie den umliegenden Gemeinden betrieben wird, administrativ verwaltet. Die Implementierung des Programms basiert auf einem engen Kooperationsnetzwerk zwischen verschiedenen Akteuren der Region. Neben den Hochschulen nehmen ausserdem weitere regionale, sekundäre Ausbildungseinrichtungen sowie Wirtschaftsförderungsorganisationen an dem Programm teil. Die Realisierung des Programms ist eng mit dem Wirtschaftsentwicklungsprogramm der Region Joensuu verbunden. Folgende Fachbereiche und damit verbundene Entwicklungsmaßnahmen werden im Zeitraum 2007 bis 2009 finanziert:

- 1) Stärkung der Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen durch die Förderung von Kooperationsnetzwerken, business know-how und Internationalisierung

Städtesystem und Städtepolitik in Finnland

- Stärkung von Unternehmensnetzwerken und Lieferantenmanagement
 - Implementierung und Koordination der unternehmerischen Internationalisierungsstrategie der Region Joensuu, Schwerpunkt Russland
 - Verhinderung des Fachkräftemangels
 - Unternehmenswachstumsprogramme
- 2) Nutzung der in der Region Joensuu existierenden technologischen Fachkompetenzen und damit verbundener Unternehmertätigkeit
- Technologietransfer und Übertragung in die Praxis, auch zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen
 - Förderung der Kommerzialisierung von Innovationen
 - Förderung der Produktentwicklung
- 3) Stärkung des Unternehmertums im Sozial- und Dienstleistungsbereich
- Wachstumsprogramme im Dienstleistungsbereich
 - Technologische Lösungen zur selbstständige Bewältigung von Aufgaben
 - Kreative Industrien und Erlebnisindustrie

Fazit

Die polyzentrische Städtepolitik, welche seit Mitte der 90er Jahre in Finnland ausgeübt wird, wurde in den letzten Jahren von zwei gegensätzlichen Gesichtspunkten her kritisiert. Erstens wird konkurrenzfähigkeitsorientierte Städtepolitik als Feind der traditionellen Regionalpolitik, welche das Ziel hat "das ganze Land bewohnt zu halten", gesehen (Remahl 2008). Zweitens wird, aus Sicht der sich seit der Jahrtausendwende vertärenden Metropol-Ideologie, die Möglichkeit der Entwicklung eines polyzentrischen Städtesystems als unrealistisch angesehen (Antikainen & Vartiainen 2005). Diese Sichtweise propagiert eine stärkere Fokussierung der finnischen Städtepolitik auf eine einzelne (Helsinki) oder einige „international konkurrenzfähige“ Stadtregionen. So hat sich seither auch immer mehr der Gedanke durchgesetzt, dass die Metropolregion Helsinki die Schlüsselrolle im Streben nach Erfolg der gesamten Nation spielt, welches wiederum die Idee einer polyzentrischen Raumstruktur in eine untergeordnete Rolle zwingt. Auch aus Sicht der Regionalentwicklungspolitik, erscheint der Stern des Polyzentritäts-Gedanken zu sinken. So werden ab dem Jahr 2010 alle Stadtentwicklungsprogramme zusammen mit den regionalen ländlich ausgerichteten Programmen zu einem, ganz Finnland umfassenden, Entwicklungsprogramm zusammengelegt (KOKO, regionales Kohäsions- und Konkurrenzfähigkeitsprogramm). Andererseits komplettiert dieses neue Denken nur die schon von der Städtenetzwerkstudie hervorgehobenen Sichtweise der lokalspezifischen Regionalentwicklungspolitik, dass alle Raumstrukturen, einschliesslich städtischer und ländlicher Räume, be-

rücksichtigt werden müssen. Die Differenzierung zwischen Stadt und Land basiert auch auf sehr kontextspezifische Umstände. So werden „Städte“ in der jüngeren finnischen Gesellschaftspolitik als nodale Agglomerationen von Arbeitsplätzen, Dienstleistungen und Innovationen gesehen und nicht, wie in vielen anderen Länder Europas üblich, als gemeinschaftlicher Begriff für städtebauliche, kulturelle und das Lebensumfeld beschreibende Aspekte. Geographie ist von Bedeutung!

Quellen

- Antikainen, Janne & Juho Luukkonen & Tarja Pyöriä (2006): Kaupunkiverkko ja kaupunkiseudut 2006. Sisäasiainministeriön julkaisusarja 10/2006.
- Antikainen, Janne & Perttu Vartiainen (1999): Framing the Urban Network in Finland - the Urban Network Study 1998. In Committee for Urban Policy (1999) A Portrait of Finnish Cities, Towns and Functional Urban Regions ? The Finnish Urban Indicators System, 15-22. Ministry of the Interior, Helsinki.
- Antikainen, Janne & Perttu Vartiainen (2005): Polycentricity in Finland: From Structure to Strategy. *Built Environment* 31:2, 143-152.
- Antikainen, Janne & Perttu Vartiainen (2006): A Patchwork of Urban Regions – Structures and Policies in Support of Polycentricity. In Heikki Eskelinen & Timo Hirvonen (eds.): Positioning Finland in a European Space, 30-40. Ministry of the Environment and Ministry of the Interior, Helsinki.
- Remahl, Tea (2008): Aluepolitiikan yhteiskunnalliset merkitykset ja muutos. Hyvinvointivaltiosta kilpailuvaltioon. [Abstract: Social meanings and the change in regional policy in Finland: From the welfare state to the competition state.] Nordia Geographical Publications, Volume 37:5.
- Schmidt-Thomé, Kaisa & Hilikka Vihinen (2006): Rural Areas – Urban-rural Interaction and Beyond. In Heikki Eskelinen & Timo Hirvonen (eds.): Positioning Finland in a European Space, 41-53. Ministry of the Environment and Ministry of the Interior, Helsinki.
- Työ- ja elinkeinoministeriö (2009): Alueprofiilit 18.4.2009. http://www.tem.fi/index.phtml?93979_m=95062&s=3101.
- Vartiainen, Perttu (1995): Kaupunkiverkko. Ympäristöministeriö, Alueidenkäytön osasto, Tutkimusraportti 3.

Städtesystem und Städtepolitik in Finnland

Vartiainen Perttu (1998): Suomalaisen aluepolitiikan kehitysvaiheita. Sisäasiainministeriö, Aluekehitysosaston julkaisu 6/1998.

Vartiainen, Perttu & Janne Antikainen (1998): Kaupunkiverkkotutkimus 1998. Kaupunkipolitiikan yhteistyöryhmän julkaisu 2/1998.

„Warum haßt uns Europa so sehr, warum können die Menschen dort nicht ein für allemal Zutrauen zu uns fassen und uns glauben, daß wir ihre Freunde und Diener sind, ihre guten, treuen Diener? Und daß sogar unsere ganze europäische Bestimmung nur ist: Europa und seiner Wohlfahrt zu dienen.“⁷⁸

(Fjodor M. Dostojewskij, 1881)

Rußland und der postsowjetische Raum

Michael Vollmer

Ausgangslage

Als Fjodor M. Dostojewskij seinen Unmut und seine Enttäuschung über das westliche Europa zu Papier brachte, schien die gefühlte Ausgrenzung Rußlands aus dem Kreis der europäischen Völker am Selbstverständnis vieler Russen und nicht zuletzt an dem des Schriftstellers zu nagen. Und nicht selten sollte dieses Gefühl vermeintlicher Unzulänglichkeit dann durch eine Flucht in martialische Überlegenheitsrhetorik kompensiert und „überkompensiert“ werden. Auch Dostojewskijs Schriften sind nicht frei von einer bisweilen überschwenglichen Begeisterung für das eigene Volk und vor allem für seine historische Mission, aber seine Gedanken sind ungleich subtiler als die der russozentrischen Fanatiker, denn sie reflektieren nicht nur die Mißstände in der Gesellschaft des Zarenreiches, sondern für ihn steht hinter der Idee der Nation vielmehr die Berufenheit zu einer „Allmenschlichkeit“, die die Widersprüche im Menschen und zwischen den Individuen versöhnen sollte. Die Realität sah freilich anders aus. Im Zeitalter des Imperialismus, in dem ein übersteigerter Nationalismus den Geist der Menschen in nahezu allen europäischen Nationen erfüllte, war der Chauvinismus jedoch kein genuin russisches Phänomen, wengleich er hier noch

⁷⁸ Dostojewskij, Fjodor M.: Sämtliche Werke, unter Mitarbeiterschaft von Dmitri Mereschkowski hrsg. von Moeller van den Bruck, 2. Abtlg. 13. Bd.: Politische Schriften, München 1923, S. 462.

einmal einen besonderen Charakter annahm, denn im Falle Rußlands handelte es sich nicht um einen (weitgehend) homogen besiedelten National-, sondern vielmehr um einen ethnisch heterogenen Nationalitätenstaat.⁷⁹ Den Angehörigen der Minderheitenvölker des Reichsverbandes war der großrussische Habitus, der insbesondere gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit brutalen Russifizierungsmaßnahmen einherging, so nicht unbedingt als vertrauensbildende Maßnahme erschienen, und er dürfte in weiten Teilen Europas auch nicht dazu beigetragen haben, die weit verbreiteten Vorurteile gegenüber den „Barbaren des Ostens“ zu zerstreuen.

Was in diesem Zusammenhang jedoch viel wichtiger erscheint ist die Tatsache, daß Dostojewskij eine Stimmung im Volk oder zumindest in weiten Teilen der Elite ausgemacht hatte, die sich auch im postsowjetischen Rußland (wieder) nachweisen läßt. Denn „viele Russen haben den Eindruck, dass der Westen die entgegengesetzte Politik Moskaus in den Jahren nach 1988/89 nicht honoriert hat, sondern Russland an den Rand drängt, was beispielsweise die realisierten oder gedachten NATO-Osterweiterungen belegten. Zudem habe die Umsetzung von ungeeigneten, wenn nicht böswilligen, westlich-liberalen Rezepten in den neunziger Jahren die große Mehrheit der Russen ins materielle Elend gestürzt und den Staat an den Rand des Zusammenbruchs gebracht.“⁸⁰ Eine ressentimentgeladene Stimmung gegenüber dem Westen ist bestimmt nicht neu und auch nicht allein den Verwerfungen der Transformationszeit geschuldet. Interessant aber wäre die Frage, ob das, was man durchaus als Minderwertigkeitsgefühl identifizieren kann, jemals vollständig aus dem Bewußtsein des russischen Volkes verschwunden war oder ob nicht der Ruhm und der tatsächliche oder auch nur gefühlte Fortschritt zuzeiten der Sowjetunion lediglich Blendwerk für ein im Kern tief verunsichertes Volk waren. Unabhängig davon, ob sich diese Frage jemals vollständig klären lassen wird ist aber davon auszugehen, daß die emotionale Komponente – die mitunter sehr impulsive Züge annehmen kann – eine große Rolle in der Politik des Landes spielt. Und nicht selten sind es in der Vergangenheit räumliche Aspekte gewesen, die die Emotionen haben hoch kochen lassen.

1.1 Dostojewskij hatte vor rund 130 Jahren sein Volk dazu aufgerufen, sich Asien, dem „Amerika Rußlands“, zuzuwenden, denn nach Asien würden die Russen als

⁷⁹ Am Ende des 19. Jahrhunderts betrug der Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung des Russischen Reiches nur etwa 43 Prozent; vgl. Kappeler, Andreas: *Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall*, München 1992, S. 10.

⁸⁰ Wipperfürth, Christian: *Russland und seine GUS-Nachbarn. Hintergründe, aktuelle Entwicklungen und Konflikte in einer ressourcenreichen Region (=Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS), Bd. 57)*, Stuttgart 2007, S. 11.

Rußland und der postsowjetische Raum

Kolonisatoren kommen. „In Europa waren wir aus Gnade und Barmherzigkeit aufgenommen, waren wir Sklaven; nach Asien aber kommen wir als Herren. In Europa waren wir Tataren, in Asien aber sind auch wir Europäer“,⁸¹ schrieb er. Dabei muß man allerdings festhalten, daß das Zeitalter des großen Schriftstellers ganz im Zeichen des Wachstums stand. Neben der territorialen Expansion in Ostmitteleuropa nach den Napoleonischen Kriegen hatte Rußland den Kaukasus unterworfen und weite Teile Zentral- und Ostasiens besetzt und annektiert – an jedem einzelnen Tag des 19. Jahrhunderts sollte das Reich so um durchschnittlich 80 Quadratkilometer wachsen. Dieser Expansionskurs trug nicht dazu bei, das Bild einer saturierten Großmacht zu zeichnen und Rußland sollte schließlich auch bald mit anderen Kolonialmächten wie England, Deutschland oder Japan in Konflikt geraten. Die Bevölkerungszahl wuchs währenddessen von rund 40 Millionen zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf gut 170 Millionen im Jahr 1914.⁸² Wie für viele andere europäische Nationen waren die kolonialen Eroberungen daher nicht nur eine Frage der Machterweiterung und des Prestiges, sondern es galt zugleich, die Ernährungslage der wachsenden Bevölkerung sicherzustellen. Wenngleich der Blick auf die Karte ein sehr dünn besiedeltes Land von gigantischen Ausmaßen zeigt, so liegen weite Teile Rußlands doch außerhalb der für die agrarische Nutzung geeigneten Klima- und Vegetationszonen. Die Siedlerströme des ausgehenden 19., insbesondere aber des frühen 20. Jahrhunderts hatten deswegen häufig die sehr fruchtbaren Landstriche des südwestlichen Sibiriens zum Ziel. Daß diese Gebiete eines Tages nicht mehr Teile des Russischen Reiches sein würden, hätte damals wohl niemand zu träumen gewagt.

1.1.1 *Das Erbe der Sowjetunion*

Die Grenzziehung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 fiel für Rußland ungünstig aus, denn etwa 25 Millionen Russen fanden sich plötzlich im Ausland wieder – davon ein großer Teil in den im 19. und frühen 20. Jahrhundert besiedelten Gebieten des südwestlichen Sibiriens im Norden des heutigen Kasachstans sowie im Osten und Süden der Ukraine. Sieht man von den Konflikten in Tadschikistan, im Kaukasus und in dem von Moldawien abtrünnigen Landstreifen Transnistrien ab, blieb die Situation für nahezu das gesamte Territorium der ehemaligen Sowjetunion friedlich. Denn weder Rußland noch andere Länder strebten gewaltsame Grenz-

⁸¹ Dostojewski, Fjodor M.: a.a.O., S. 466.

⁸² vgl. Haumann, Heiko: Geschichte Russlands, 2. Aufl., Zürich 2003, S. 283.

änderungen an,⁸³ was nicht bedeutet, daß es überhaupt keine Grenzstreitigkeiten gab, denn gerade im Kaukasus, an der Grenze zu Georgien, sowie an der russischen Grenze zu Kasachstan verliefen nun einige der neuen Staatsgrenzen mitten durch Ortschaften.⁸⁴ Auch zwischen Rußland und Estland gab es lange Diskussionen und zahlreiche Verhandlungsrunden über den endgültigen Grenzverlauf – anders als im Falle Lettlands harrt diese Frage bis heute einer befriedigenden Antwort.

Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion sollten dennoch in Bewegung geraten, wenn auch auf andere Art, denn Millionen von Menschen – und dies betraf nicht nur Russen, die sich plötzlich in einem fremden Staat wiederfanden, sondern zugleich auch alle anderen von der staatlich-territorialen Neugliederung Eurasiens betroffenen Ethnien – sollten sich auf den Weg in ihre nun formal unabhängigen Mutterländer begeben. Dabei war die „allgemeine Ausreisestimmung [...] selten durch direkte Diskriminierung motiviert als vielmehr durch eine psychologische, resignative Haltung, in der sich Verunsicherung und die scheinbare Ausweglosigkeit des Daseins“ widerspiegelte.⁸⁵ Zusätzlich zu dieser transnationalen Wanderung kam in Rußland eine gewaltige Binnenmigrationsbewegung in Gang. Das „Amerika Rußlands“ hat so bis zum heutigen Tag hohe Bevölkerungsverluste zu verkraften.⁸⁶ Viele der unter größter Kraftanstrengung – nicht selten durch Zwangsarbeit – errichteten Städte und Industrieanlagen in den unwirtlichen Regionen des Landes verfielen zusehends, denn mit dem Ende der Sowjetunion verschwanden auch die staatlich-finanziellen Anreize, die zahlreichen Menschen aus der ganzen Union ein Leben fernab der Heimat in Sibirien hatten erträglich erscheinen lassen. Viele machten sich auf den Weg in ihre Heimatländer oder in den europäischen Teil Rußlands. Die Gefahr, daß Rußland irgendwann schlicht die Menschen fehlen werden, um die Reichtümer des Landes zu erschließen, ist also eine reale. Ob Rußland Sibirien überhaupt dauerhaft gegen China wird halten können ist eine der großen Fragen des 21. Jahrhunderts.⁸⁷

⁸³ vgl. Wipperfürth, Christian: a.a.O., S. 10.

⁸⁴ vgl. Wardomski, Leonid: Rußlands neue Grenzen mit dem postsowjetischen Raum, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Rußland und der postsowjetische Raum (=Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 54), Baden-Baden 2003, S. 53-69, S. 55.

⁸⁵ Westphal, Kirsten: Hegemon statt Partner – Rußlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“ (=Osteuropa. Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 7), Münster 1995, S. 122.

⁸⁶ vgl. Klüter, Helmut: Der Norden Russlands – vom Niedergang einer Entwicklungsregion, in: Geographische Rundschau, Bd. 52, Heft 12/2000, S. 12-20, S. 18.

⁸⁷ Die schiere Größe des chinesischen Volkes und der wirtschaftliche Erfolg der Volksrepublik scheinen Argwohn und Angst vor der „Gelben Gefahr“ zu wecken, denn die Entwicklung in Fernost wird in Politik und Gesellschaft durchaus diskutiert. Dabei läßt sich kaum vermeiden, daß derartige Diskussionen sehr schnell den Pfad der Sachlichkeit verlassen und einen emotionalen, bisweilen absurden Charakter annehmen. Von einer Heerschar auf „gepackten Koffern“ sitzender Chinesen kann derzeit jedenfalls keine Rede sein; vgl. Scholl-Latour, Peter: Rußland im Zangengriff. Putins

Rußland und der postsowjetische Raum

Aber nicht nur Sibirien, sondern auch die Entwicklung in anderen peripheren Regionen scheint einigen Russen Sorgenfalten ins Gesicht zu treiben. Denn viele der neuen Grenzen verlaufen in „ihrer Mehrzahl durch wirtschaftlich schwache, zwischen den hauptstädtischen und den regionalen Zentren der neuen Staaten gelegene Territorien“.⁸⁸ Gerade diese Regionen an der russischen Peripherie, die sich in ihrem Lebensstandard sehr stark vom übrigen Rußland unterscheiden – und das vorwiegend in negativer Hinsicht – scheinen jedoch für Einwanderer von außerhalb sehr attraktiv zu sein. Die Gefahr, daß Rußland sich von der Peripherie her auflöst oder auch nur bedroht wird, ist also kein Phantom, denn die eigene Bevölkerung, deren Siedlungen in der Vergangenheit der Garant für eine gewisse Dauerhaftigkeit des russischen Engagements im Raum war, ist im Schrumpfen begriffen.⁸⁹

Angesichts der jüngsten Bevölkerungsprognosen scheint ungewiß, inwiefern Rußland künftig in der Lage sein wird, die Großmachtrolle zu spielen, in der es sich selbst gern sieht. Denn das Land, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch die höchste Geburtenrate Europas aufwies, wird bis zur Mitte dieses Jahrhunderts gut 30 bis 40 Millionen Seelen verlieren.⁹⁰ Die Bevölkerungszahl von derzeit rund 140 Millionen könnte somit um gut 10 Millionen in jedem der kommenden Jahrzehnte zurückgehen, womit die Prognosen für Rußland die in den düstersten Farben für Deutschland gezeichneten Szenarien noch in den Schatten stellen. Positive Berechnungen gehen von einer Einwohnerzahl von 110 Millionen am Ende des 21. Jahrhunderts aus; die pessimistischsten hingegen von nur mehr 55 Millionen.⁹¹ Rainer Lindner, Autor des jüngst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienenen Artikels „Raum ohne Volk“, geht deshalb davon aus, daß sich dieser Aderlaß nach dem Verlust weiter Teile Ostmitteleuropas, Kaukasiens und Zentralasiens sowie dem Kollaps des identitätstiftenden ideologischen Überbaus und der damit verbundenen Erschütterung des Selbstverständnisses großer Teile der Bevölkerung zu einem weiteren Trauma des postsowjetischen Rußlands ausweiten könnte.⁹² Da politische Macht in der Vergangenheit und in

Imperium zwischen NATO, China und Islam, 2. Aufl., Berlin 2006, S. 274; vgl. auch: Wipperfürth, Christian: a.a.O., S. 213-214.

⁸⁸ Wardomski, Leonid: a.a.O., S. 65.

⁸⁹ In der Vergangenheit war die Gesellschaftsbildung stets von Staat und Herrscher ausgegangen. „Die Staatsbildung hatte Vorrang vor der Nationsbildung.“ Folgt man dieser Logik, ist es weniger die ethnische Herkunft als vielmehr mangelnde Zuverlässigkeit und Illoyalität der Bewohner im Grenzraum gegenüber dem „Zaren“ und der „Reichszentrale“, die zum Problem für die territoriale Integrität Rußlands werden könnte; vgl. Westphal, Kirsten: a.a.O., S. 94.

⁹⁰ vgl. Lindner, Rainer: Raum ohne Volk?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Februar 2009, S. 8.

⁹¹ vgl. Scholl-Latour, Peter: a.a.O., S. 293.

⁹² vgl. Lindner, Rainer: a.a.O.

der Gegenwart immer auch über Bevölkerungszahlen definiert und territoriale Expansionen mit dem Druck wachsender Kopffzahlen gerechtfertigt wurden, wird eine sinkende Volkszahl schnell zum Menetekel eines Abstiegs in die Zweit- oder Drittklassigkeit. Und dabei bestehen schon heute Zweifel, ob Rußland noch in der ersten Liga der internationalen Politik spielt. „Die immer noch marode Infrastruktur, die einseitige Abhängigkeit der Wirtschaft des Landes von Rohstoffexporten, die begrenzte Handlungsfähigkeit staatlicher Organe und die außenpolitische Stellung Russlands lassen es gar als zweifelhaft erscheinen, ob das Land noch als echte Großmacht anzusehen ist. Dies ist für Millionen Russen eine ungewohnte und schmerzliche Erfahrung, die erfahrungsgemäß die Suche nach außen- und innenpolitischen Sündenböcken mit sich bringt. [...] Ein gelassenes Selbstbewusstsein, das sich aus dem Gefühl eigener Stärke speist, ist selten anzutreffen.“⁹³ Und wie im 19. Jahrhundert tauchen immer wieder Ängste auf, daß der Westen Mütterchen Rußland isolieren wolle.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien Rußland unter den veränderten demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen in eine neue Ära außenpolitischer Kooperation einzutreten.⁹⁴ Doch bereits seit Mitte der 1990er Jahre mehrten sich die Zeichen, daß das Land an die Traditionen großrussischen Hegemonialstrebens anzuknüpfen versuchte, um den in weiten Teilen der Elite nicht verarbeiteten Verlust des sowjetischen Imperiums zu kompensieren.⁹⁵ Für diesen Raum gibt es mehrere Bezeichnungen, die allerdings nicht identisch sind oder ohne weiteres austauschbar wären. Neben Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und dem aus russischer Sicht „nahen Ausland“ ist seit einiger Zeit vor allem der Terminus „postsowjetischer Raum“ gebräuchlich. „In den russischen Vorstellungen wird der GUS als Organisation, einer Struktur einerseits und dem postsowjetischen Raum als „geopolitischem“ Begriff andererseits ein unterschiedlicher Stellenwert beigemessen.“⁹⁶ Das russische Militär erfaßt den Raum der GUS jedenfalls als zusammenhängenden „strategischen Verteidigungsraum“,⁹⁷ der wie selbstverständlich die ehemaligen Kolonialgebiete umfaßt.

Nicht erst seit der Zeit Dostojewskijs, sondern bereits seit der Eroberung der Khanate von Kazan (1552) und Astrachan (1556) läßt sich die russischen Staatsbildung nicht

⁹³ Wipperfürth, Christian: a.a.O., S. 13.

⁹⁴ vgl. Iwanow, Igor: Die neue russische Diplomatie. Rückblick und Visionen, München 2002, S. 21-22.

⁹⁵ vgl. Westphal, Kirsten: a.a.O., S. 9.

⁹⁶ Alexandrova, Olga: Rußlands Außenpolitik gegenüber dem postsowjetischen Raum, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): a.a.O., S. 15-30, S. 15.

⁹⁷ vgl. Westphal, Kirsten: a.a.O., S. 87.

Rußland und der postsowjetische Raum

ohne die kolonialen Bewegungen denken, da sie über Jahrhunderte hinweg den Charakter der russischen Politik ganz wesentlich bestimmt haben.⁹⁸ Rund 11 Millionen Menschen sind seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 aus den ehemaligen Kolonialgebieten nach Rußland gewandert. Mehrere Millionen leben nach wie vor in den ehemaligen Unionsrepubliken. Sie bleiben für Rußland von Bedeutung, denn zu den elementaren Interessen des Landes im postsowjetischen Raum gehört der Schutz der Minderheitenrechte der ethnischen Russen und der russischsprachigen Bevölkerung.⁹⁹

Europa

„Die Größe eines Landes‘ zeige sich ‚...nicht in seinen imperialen Ausmaßen, sondern vor allem im Wohlstandsniveau seiner Bürger‘“,¹⁰⁰ hatte der russische Außenminister Andrej Kosyrew noch am 2. Januar 1992 in der *Iswestija* geschrieben. Derselbe Kosyrew erklärte nur ein Jahr später, „daß die Hauptziele der Außenpolitik auf einer verstärkten Integration der Gemeinschaft und auf einem härteren Kurs gegenüber dem nahen Ausland beruhten. Herzstück dieser neuen Politik sei er Schutz der russischen und russischsprachigen Minderheiten außerhalb der Russischen Föderation. Ihr Schutz“, schrieb er weiter, „könnte gegebenenfalls auch mit Gewalt gewährleistet werden“.¹⁰¹ Es war ein ereignisreiches Jahr im postsowjetischen Raum innerhalb dessen Rußland keine Zweifel an seiner Absicht, seine im „nahen Ausland“ lebenden Bürger zu schützen, aufkommen lassen konnte.

Schauplatz war das 1991 in die Unabhängigkeit entlassene Moldawien, in dem es seit 1989 immer wieder zu schweren ethnischen Unruhen gekommen war. Von der Angst getrieben, das überwiegend von rumänischen Moldawiern besiedelte Bessarabien könnte den Anschluß an Rumänien suchen, hatte ein schmaler, überwiegend von Ukrainern und Russen bewohnter Landstreifen östlich des Flusses Dnjestr der Regierung in Kischinau die Loyalität verweigert. Rußland griff in den Konflikt um das 4.164 Quadratkilometer große, von damals ca. 700.000 und heute noch von rund 550.000 Menschen besiedelte, stark industrialisierte Gebiet militärisch ein und beendete den Krieg. Der moldawische Versuch, das abtrünnige Transnistrien mit Waffen-

⁹⁸ vgl. Schlögel, Karl: Die kulturelle Geographie des östlichen Europa, in: Beichelt, Timm u.a. (Hrsg.): Europa-Studien. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S. 125-144, S. 131.

⁹⁹ vgl. Lindner, Rainer: a.a.O.; vgl. auch: Alexandrova, Olga: a.a.O., S. 17.

¹⁰⁰ Andrej Kosyrew, hier zitiert nach: Westphal, Kirsten: a.a.O., S. 103.

¹⁰¹ vgl. ebd., S. 104.

gewalt in den Staatsverband zurückzuholen war gescheitert und hatte etwa 1.500 Menschen das Leben gekostet.¹⁰² Von symbolischer Bedeutung war dabei aber, daß dieser Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates keine Reaktion im Westen hervorrufen sollte. „Moskau hat dies als Signal gedeutet, daß es im „nahen Ausland“ freie Hand hat“,¹⁰³ und der Erfolg gab ihm ja auch recht, denn größere Massaker konnten verhindert werden. Bis heute harrt der Konflikt allerdings einer endgültigen Lösung, und auch der bereits auf dem Gipfel der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ in Istanbul im Jahr 1999 geforderte Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien steht weiterhin aus. Durch derartige Forderungen konnte bei vielen Menschen in Rußland der Eindruck entstehen, daß der entrichtete Blutzoll und das eigene Engagement zur Erhaltung des Waffenstillstandes zwischen den Konfliktparteien nicht genügend gewürdigt wurde. Die Frage des Schutzes der eigenen Landsleute stellte sich in der Vergangenheit aber nicht allein in Transnistrien, sondern auch in anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in denen bis heute teilweise große russische Minderheiten leben (Tab. 1).

| Land | Bevölkerung (absolut) | | Bevölkerungswachstum (in %) | Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung (in %) |
|------------------------------|-----------------------|-------------|-----------------------------|---|
| | 2001 | 2006 | | |
| Estland | 1.356.931 * | 1.342.000 | -0,3 | 28,1 |
| Lettland | 2.375.339 * | 2.288.000 | -0,6 | 29,6 |
| Litauen | 3.490.800 | 3.394.000 | -0,6 | 5,1 |
| Moldawien | 4.264.300 | 3.833.000 | -1,1 | 5,9 |
| Ukraine | 48.457.000 | 46.788.000 | -0,7 | 17,3 |
| Weißrußland | 10.045.237 ** | 9.732.000 | -0,4 | 11,0 |
| Rußland | 145.184.800 | 142.500.000 | -0,5 | 79,8 |
| | | | | * 2000 |
| | | | | ** 1999 |
| Quelle: Fischer Weltalmanach | | | | |

Tab. 1: Bevölkerung im europäischen Teil des postsowjetischen Raumes im Jahr 2006

¹⁰² vgl. Wipperfürth, Christian: a.a.O., S. 172.

¹⁰³ Alexandrova, Olga: a.a.O., S. 16.

Rußland und der postsowjetische Raum

In Estland und Lettland ist nahezu jeder dritte Einwohner russischer Abstammung. Die Vermutung daß diese Diaspora, die sich häufig gut in die Mehrheitskultur ihrer Länder integriert hat, für die russische Politik dennoch von Bedeutung sein könnte, liegt nahe. Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen gelten innerhalb des postsowjetischen Raumes als eine Art „Grauzone“, denn sie sind Rußland keineswegs mehr so „nah“ wie Weißrußland oder die Ukraine, aber sie sind auch noch nicht so „fern“ wie Finnland oder das an die Exklave Kaliningrad angrenzende Polen.¹⁰⁴ Alle drei Länder waren noch vor Auflösung der Sowjetunion in die Souveränität entlassen worden, und Rußland hat die Unabhängigkeit der baltischen Staaten nach dem Ende der Sowjetära auch niemals in Frage gestellt. Grenzstreitigkeiten gab es aber dennoch und die mochten für außenstehende Beobachter etwas bizarr anmuten. Denn Estland beanspruchte die zusammen etwa 2.300 Quadratkilometer großen russischen Gebiete um Iwangorod und Petschory, die die 1918 ausgerufenen Republik im Friedensvertrag mit Rußland 1920 zwar zugesprochen bekommen, die aber im Zarenreich nicht zu Estland gehört hatten. Lettland vertrat ähnliche Forderungen bezüglich eines etwa 1.600 Quadratkilometer großen Territoriums in Lettgallen um die Stadt Pytalowo in der Oblast Pleskau (Pskow), die nach der Unterzeichnung des Grenzvertrages im Jahr 2007 endgültig an Rußland fiel. Nur mit Litauen gab es derartige Streitigkeiten nicht.¹⁰⁵ Rußland sah sich aber in der Verantwortung, die Welt vor dem als gefährlich eingestuften Nationalismus zu warnen und fand damit auch Gehör im Westen, der das Ansinnen der baltischen Staaten auch nicht unterstützte. Dennoch hat Rußland das militärische Faustpfand Baltikum bald aufgegeben,¹⁰⁶ und das, obwohl sich bereits sehr zeitig abzeichnete, daß sich die Politik der baltischen Staaten gegenüber den Russen und den russischsprachigen Menschen auf einem mitunter dünnen Grat zwischen integrativen, zwangsassimilatorischen und ausgrenzenden Maßnahmen bewegte.¹⁰⁷ Aus Estland und Lettland sollte sich die russische Armee bis 1994 zurückziehen; die letzte Einrichtung, ein Radarfrühwarnsystem, wurde 1998 aufgegeben. Im Falle Litauens war die Rückführung der russischen Armeeangehörigen sogar schon im Jahr 1993 abgeschlossen. Das Entgegenkommen Rußlands in dieser Frage haben die Län-

¹⁰⁴ vgl. ebd., S. 21.

¹⁰⁵ vgl. Sutela, Pekka: The Linnen Divorce: Die baltischen Staaten und Rußland, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): a.a.O., S. 256-275, S. 263 und 266.

¹⁰⁶ Im Baltikum waren in den 80er Jahren zwei motorisierte Gewehrdivisionen, eine Luft-, eine Küstenverteidigungs- und zwei Trainingsdivisionen, außerdem elf Luftwaffen-, Luftverteidigungs- und Marineluftfahrtregimenter stationiert. Alles in allem waren in dem geostrategisch sehr bedeutenden Baltikum gut 120.000 Soldaten stationiert; ebd., S. 266

¹⁰⁷ vgl. Krause, Susann: Schwieriges Erbe der Vergangenheit? Zum Umgang mit ethnischen Minderheiten in den baltischen Staaten, Chemnitz 2006; einsehbar im Online-Archiv der TU Chemnitz, in: http://archiv.tu-chem-nitz.de/pub/2006/0190/data/MA_FINAL.pdf, 07.07.2009.

der des Baltikums dennoch nicht etwa mit wohlwollender Neutralität gratifiziert, sondern mit einem Beitritt zur NATO, wodurch die Außengrenze des westlichen Verteidigungsbündnisses in Ostmitteleuropa auf breiter Front an Rußland herangeschoben wurde. Doch nicht nur hier durfte sich Rußland brüskiert fühlen. Denn öffentlichkeitswirksam hatte es beispielsweise das kleine Estland im Jahr 2007 gewagt, das Denkmal zur Erinnerung an die Gefallenen der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg aus dem Zentrum der Hauptstadt Reval (Tallinn) zu entfernen und auf einen Soldatenfriedhof zu versetzen. Dabei wurde aber nicht nur eine Statue an den Stadtrand verbannt, sondern zugleich auch ein Teil der gemeinsamen Geschichte und der russischen Identität, in der der „Große Vaterländische Krieg“ und der Sieg über den Nationalsozialismus noch immer sehr präsent ist.

Während die drei baltischen Länder nach dem Beitritt zu NATO und EU ihren festen Platz in der westlichen Gemeinschaft (wieder)gefunden zu haben scheinen, gilt das für Weißrußland und die Ukraine weit weniger. „Für einflussreiche US-Strategen ist die Ukraine der Schlüssel für eine Dominanz über die eurasische Landmasse. Dieser dürfe keinesfalls wieder in Moskauer Hand fallen.“¹⁰⁸ Sowohl für die Ukrainer als auch für viele Russen sind die wechselseitigen Beziehungen aber von großer Emotionalität bestimmt, denn beide Staaten sind durch gemeinsame Geschichte und Religion, durch verwandte Sprachen und kulturelle Traditionen miteinander verbunden. Kiew, die Hauptstadt der alten Rus, gilt weiter als die Mutter der russischen Städte.¹⁰⁹ In der ersten Phase nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 war das Land jedoch bemüht, sich stärker aus dem russischen Bannkreis zu befreien. „Daraus resultierten die Unnachgiebigkeit und die Kompromißlosigkeit der Ukraine bei Verhandlungen mit Rußland.“¹¹⁰ Dabei gibt es auch in der Ukraine eine bedeutende russische Minderheit, insbesondere im Osten des Landes und auf der Halbinsel Krim, die erst 1954 der ukrainischen Unionsrepublik zugeschlagen worden war und die sich in jüngster Vergangenheit als neuralgischer Punkt in den ukrainisch-russischen Beziehungen erwies. Denn die wichtigste, überwiegend von Russen bewohnte Stadt der Krim, Sewastopol, ist zugleich auch Heimathafen der Russischen Schwarzmeerflotte, für dessen Nutzung die Russische Föderation laut der Einigung aus dem Jahr 1997 immerhin eine jährliche Pacht in Höhe von rund 100 Millionen US-Dollar entrichten muß. Der Vertrag sieht eine Nutzung des Hafens durch die russische Marine bis zum Jahr 2017 vor. Seit dieser Zeit ließ Rußland dann auch von seiner ohnehin nur halb-

¹⁰⁸ Wipperfurth, Christian: a.a.O., S. 35.

¹⁰⁹ vgl. Ott, Alexander: Die ukrainische Politik gegenüber Rußland, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): a.a.O., S. 223-239, S. 228.

¹¹⁰ ebd.

Rußland und der postsowjetische Raum

herzigen Unterstützung der Kräfte auf der Krim, die einen Anschluß an die Russische Föderation forderten, ab.¹¹¹ Streit gab es aber auch um die in der Straße von Kertsch gelegene Insel Tusla, die zwar nur wenige Quadratkilometer groß ist, der aber dennoch eine besondere strategische Rolle zufällt. Denn wer Tusla kontrolliert, kontrolliert den Zugang zum Asowschen Meer und damit zur wichtigen russischen Industrieregion um die Stadt Rostow, die auch als „Tor zum Kaukasus“ bezeichnet wird. Der Konflikt um Tusla schwelte seit dem Ende der UdSSR, drohte aber erst im Jahr 2003 zu eskalieren, als Rußland begann, einen Straßendamm zu der noch vor gut einhundert Jahren zum russischen Festland gehörenden Insel zu bauen. Rußland wollte das Asowsche Meer zum Binnenmeer zwischen sich und der Ukraine erklären und entsprechend auch gemeinsam nutzen, aber Kiew bestand auf einer anderen Festlegung der Grenzen; während Rußland diese auf dem Meeresgrund zeichnen wollte, bestand Kiew auf einer Delimitation an der Wasseroberfläche, was nicht nur den Verdacht nährte, daß die Ukraine an den nicht unbeträchtlichen Durchfahrtsgebühren über das dann vertraglich unantastbare eigene Hoheitsgebiet interessiert war, sondern daß sie bei einem Beitritt zur NATO den Schiffen der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft so ungehinderten Zugang zum Asowschen Meer hätte ermöglichen können.¹¹² Die russischen Ängste waren also nicht unbegründet, denn die Ukraine weiß um ihre geostrategische Position und nutzt diese, um sich abwechselnd mal dem Westen und mal Rußland zu nähern.¹¹³ Rußland hatte die Reaktion der Ukraine in diesem Fall zwar provoziert, aber auch Kiew war der Aufforderung der russischen Duma, die Dokumente, die den Besitzanspruch auf die Insel dokumentieren sollten, auf den Tisch zu legen, nicht nachgekommen. In der Zeit, in der die Krim der Ukraine angegliedert wurde, war Tusla militärisches Sperrgebiet, das direkt von der Russischen Sowjetrepublik verwaltet wurde – eine eindeutige, völkerrechtlich bindende Zugehörigkeitsregelung fehlt bis heute. Der Streit konnte schließlich zwischen den Präsidenten der Ukraine, Kutschma, und Rußlands, Putin, auf höchster Ebene entschärft werden. Ungewöhnlich aber war, daß es von seiten des Westens kaum eine Reaktion auf das Geschehen in diesem Teil Osteuropas gab, sondern daß der Konflikt vielmehr als bilaterales Problem gesehen wurde.¹¹⁴

¹¹¹ vgl. Wipperfürth, Christian: a.a.O., S. 26-27.

¹¹² vgl. Wachsmuth, Ralf/Silvestrov, Juri: Der Damm des Anstoßes: Der Konflikt um die Insel Tusla: Nur ein Sturm im Wasserglas oder eine ernste Krise in den ukrainisch-russischen Beziehungen?, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.3205/>, St. Augustin 2003, 26.06.2009.

¹¹³ vgl. Ott, Alexander: a.a.O., S. 239.

¹¹⁴ vgl. Wachsmuth, Ralf/Silvestrov, Juri: a.a.O.

Demgegenüber verschließen die Länder West- und Mitteleuropas nicht die Augen, wenn es um die Frage der Versorgungssicherheit mit Erdgas geht. Hier spielt die Ukraine eine herausragende Rolle, denn über ihr Territorium verlaufen wichtige Transitrouten. In den vergangenen Jahren ist es immer wieder zu Konflikten zwischen Moskau und Kiew um die Höhe des zu entrichtenden Gaspreises gekommen. Mehr als einmal hat Rußland über den Nachbarn im Südwesten einen Lieferstopp verhängt, weil sich die Ukraine weigerte, die von Rußland geforderten Tarife zu bezahlen, die stets unter den Weltmarktpreisen lagen. Statt dessen hat Kiew für Westeuropa bestimmtes Gas aus den Transitleitungen entnommen und in das eigene Netz eingespeist. Da die Ukraine die „Europäische Energiecharta“ ratifiziert hatte, beging sie damit jedoch Vertragsbruch, denn dieses Abkommen läßt „eine Verknüpfung der Frage des Erdgastransits und der Gaslieferungen in das Transitland“¹¹⁵ nicht zu. Dennoch stand die Presse im Westen überwiegend auf seiten der Ukraine, die ihrerseits das Gas als Druckmittel gegen Moskau nutzte, das in den Abnehmerländern Mittel- und Westeuropas so nämlich plötzlich als unzuverlässiger Lieferant dastand.¹¹⁶

Eine ganz ähnliche Entwicklung zeichnete sich in den Beziehungen zwischen Rußland und Weißrußland ab, das im Jahr 2007 für den Transport von Öl und Gas über sein Gebiet unerschämte hohe Transitgebühren verlangen wollte, um die von Moskau auf einen noch immer weit unter Weltmarktniveau erhöhten Tarif zu kompensieren. Offensichtlich hat auch das im postsowjetischen Raum stets zu den zuverlässigsten Verbündeten Moskaus zählende Weißrußland seine geostrategische Bedeutung erkannt, denn eine zu harsche Reaktion Rußlands hätte Minsk direkt in die Arme Europas treiben können. Beide Seiten wissen, daß dies mittel- bis langfristig möglich ist. Zwar konnte der Konflikt auch hier entschärft werden, aber ein bitterer Beigeschmack bleibt, denn Rußland hatte den Staat lange Zeit alimentiert und seine Führungsriege vor Angriffen aus dem Westen in Schutz genommen.¹¹⁷

Kaukasien

Der in der Vergangenheit so häufig von Kriegen und kriegerischen Auseinandersetzungen heimgesuchte Kaukasus wird noch heute „Berg der Sprachen“ genannt;¹¹⁸ die

¹¹⁵ Wipperfurth, Christian: a.a.O., S. 143.

¹¹⁶ vgl. ebd., S. 135ff.

¹¹⁷ vgl. Timmermann, Heinz: Die Union Rußland-Belarus im europäischen Kontext, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): a.a.O., S. 340-360.

¹¹⁸ vgl. Lerch, Günther: Der Berg der Sprachen. Der Kaukasus mit seinen vielen Ethnien ist eine Art „Superbalkan“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2008, S. 12.

Rußland und der postsowjetische Raum

ethnische Vielfalt in diesem „Sprachenbabel“ ist außerordentlich hoch. Von der im heutigen Nordossetien liegenden Stadt Wladikawkas, der „Beherrscherin des Kaukasus“, am Anfang der georgischen Heerstraße nach Tiflis (Tblisi), hatte das Zarenreich bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert mit der Okkupation dieser strategisch wichtigen Region zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer begonnen. In diesem Raum rangen Russen, Perser und die von Dostojewskij später so häufig mit wüsten Worten überzogenen Osmanen um Macht und Einfluß.¹¹⁹ Einige Kaukasusvölker hatten sich um des eigenen Überlebens willen sehr rasch und mehr oder weniger freiwillig den Russen unterworfen. Andere leisteten hingegen erbitterten Widerstand gegen die Landnahme durch die fremden Eroberer. Iman Schamil, dem es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang, die Völker des Ostkaukasus (zumindest zeitweilig) zu einen, ist hier nur der prominenteste Vertreter einer Widerstandskultur, die sich bis in die Gegenwart fortschreiben läßt. Nach fast 30jährigem Kampf mußte Schamil schließlich im Jahr 1859 kapitulieren.¹²⁰ Doch auch in der Folgezeit kam es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen, Aufständen und Vertreibungen – so lieferte beispielsweise der russisch-türkische Krieg 1877-78 den Anlaß für Revolten in Dagestan, Abchasien und Tschetschenien.¹²¹ All diese Kriege „hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesellschaften, Mentalitäten und Verhaltensweisen jener unterworfenen Völkerschaften gegenüber der imperialen Reichszentrale. Und dies um so mehr, als die russischen Eroberer im Rahmen einer groß angelegten – am Ende weitgehend gescheiterten – „Zivilisierungsmission“, mit der Europa an die gemeinhin als rückständig betrachtete Peripherie gebracht werden sollte, geradezu unüberbrückbare Gegensätze, Spannungen und Krisen heraufbeschworen.“¹²² Auch der in der im heutigen Georgien liegenden Stadt Gori geborene Ossete Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili – besser bekannt als Stalin – war in der Gewaltkultur dieser Region sozialisiert worden. Dessen nicht minder gewaltsame Politik, deren Ausdruck u.a. die Umsiedlung und Entwurzelung ganzer Volksgruppen war – unter ihnen mehrere hunderttausend Menschen der Völker der Tschetschenen und Inguschen –, prägen Rußland und den postsowjetischen Raum bis in unsere Tage hinein. Die heutigen Konflikte in Abchasien, Dagestan oder Tschetschenien haben also eine lange Geschichte. Dagestan und Tschetschenien gehören zur Russischen Föderation und bilden einen Teil der strategisch bedeutsamen Südgrenze, wobei insbesondere die

¹¹⁹ ebd.

¹²⁰ vgl. Rahmig, Jürgen: Erdöl, Macht und Heiliger Krieg. Die islamische Krisenregion, Reutlingen 2001, S. 68-76; Vgl. auch: Haumann, Heiko: a.a.O., S. 250.

¹²¹ vgl. Kappeler, Andreas: a.a.O., S. 154.

¹²² Creuzberger, Stefan: Stalin. Machtpolitiker und Ideologe, Stuttgart 2009, S. 51-52.

Tschetschenen in den vergangenen Jahren durch ihr Unabhängigkeitsstreben Aufmerksamkeit erregt haben – ihr Kampf, der die Integrität des russischen Staatskörpers gefährdete, wurde durch russische Bajonette jedoch (vorerst) beendet.

Aber auch das am Westhang des Kaukasus gelegene, völkerrechtlich zu Georgien gehörende Abchasien ist durch den georgisch-russischen Krieg im Jahr 2008 ins öffentliche Bewußtsein zurückgekehrt. Die blutigen Separationsbestrebungen zu Beginn der 90er Jahre dürften dagegen heute nur mehr der Fachwelt bekannt sein. Ethnische Unruhen hatte es in dem rund 8.700 Quadratkilometer großen Abchasien bereits in den 50er, 60er und 70er Jahren gegeben. Am Ende der 80er Jahre erreichten sie jedoch eine neue Qualität. Als Folge einer verfehlten georgischen Minderheitenpolitik waren die Abchasen nun nicht mehr bereit, die zunehmende Durchdringung ihres Siedlungsraumes durch die Georgier, die ihre Kultur an den Rand drängten, hinzunehmen.¹²³ Zwar beruhigte sich die Situation wieder, aber als Georgien im Jahr 1992 verkündete, zur Verfassung des Jahres 1921 zurückzukehren, verlangte Abchasien eine Klärung seines Statuts, da diese Verfassung keine Autonomierechte für die georgischen Teilrepubliken vorsah. Da es keine Antwort aus Tiflis erhielt, kehrte es zur abchasischen Konstitution aus dem Jahr 1925 zurück, „als das Gebiet Teil der Sowjetunion, nicht jedoch Georgiens war“.¹²⁴ Umgehend rückten georgische Truppen in Abchasien ein und nahmen neben militärischen rücksichtslos auch zivile Einrichtungen und Personen unter Beschuß; die Abchasen gingen jedoch nicht weniger brutal vor. Zwischen 8.000 und 16.000 Menschen verloren in diesem über ein Jahr andauernden Krieg ihr Leben. Von den ursprünglich 525.000 Einwohnern sollen nach unterschiedlichen Angaben heute noch zwischen 200.000 und 320.000 in der Region leben – Zehntausende waren geflohen, viele davon nach Rußland. Aber auch 240.000 in Abchasien lebende Georgier hatten infolge der georgischen Niederlage ihre Heimat verlassen müssen. 1994 konnte unter Vermittlung der Vereinten Nationen schließlich ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Konfliktparteien unterzeichnet werden, zu dessen Erhalt die in Abchasien stationierten russischen Truppen maßgeblich beigetragen haben.

Der zweite Konfliktherd – auch er dürfte erst seit dem Krieg 2008 wieder einer breiteren Öffentlichkeit bekannt sein – war Südossetien. Südossetien, das sich nach einem ersten gescheiterten Versuch im Jahr 1989 am 20. September 1990 erneut als unabhängige Sowjetrepublik proklamierte und daraufhin von georgischen Milizen

¹²³ Die lediglich in den Anfangsjahren der Sowjetunion eigenständige abchasische Unionsrepublik war während der Herrschaft Stalins zu einer autonomen Republik degradiert und Georgien zugeschlagen worden; vgl. Wipperfürth, Christian: a.a.O., S. 92-93.

¹²⁴ ebd., S. 93.

Rußland und der postsowjetische Raum

belagert und verheert wurde, hat eine Fläche von rund 3.900 Quadratkilometern und nach unterschiedlichen Zählungen zwischen 35.000 und 70.000 Einwohner. Infolge dieses ersten Krieges zwischen Georgien und Südossetien, in dem es etwa 1.000 bis 2.000 Tote gab, hatten zwischen 60.000 und 100.000 Menschen – vorwiegend Osseten – das Gebiet verlassen müssen. Viele flüchteten in das heute zur Russischen Föderation gehörende Nordossetien, wo sich laut russischen Angaben die meisten der rund 40.000 in Rußland lebenden ossetischen Flüchtlinge noch heute aufhalten. Parallel dazu kam es zu einer Fluchtbewegung von ca. 60.000 im georgischen Kernland lebenden Osseten, von denen die meisten niemals in ihre Heimat haben zurückkehren können.¹²⁵ Rußland hatte damals auf seiten der Osseten in den von Georgien begonnenen Krieg eingegriffen; Tiflis mußte sich wie in Abchasien auch hier geschlagen geben, woraufhin sich eine Migrationswelle ethnischer Georgier aus Südossetien auf den Weg ins Mutterland machte. 1992 wurde schließlich ein Waffenstillstand vereinbart, der von Rußland garantiert wurde und der die Legitimation für eine fort-dauernde russische Truppenpräsenz in der Region lieferte.



Karte 1: Kaukasus (politisch)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2008

¹²⁵ vgl. ebd., S. 91.

Die genauen Zusammenhänge des georgisch-russischen Krieges 2008 werden wohl erst in einigen Jahren geklärt sein. Fest steht aber schon heute, daß Georgien nicht allein Opfer der Auseinandersetzung war, sondern daß es im Vorfeld maßgeblich an der Eskalation der Gewalt mitgewirkt hatte. Georgiens Präsident Saakaschwili war einst mit dem Anspruch angetreten, die abtrünnigen Gebiete unter die Kontrolle der Zentralregierung in Tiflis zurückzuholen, d.h., daß das Staatsoberhaupt unter Handlungsdruck stand. Während die Reintegration des ebenfalls abtrünnigen Adschariens im Jahr 2004 nahezu friedlich und handstreichartig erfolgte, hatte Georgien im selben Jahr einen bewaffneten Konflikt in Südossetien angezettelt.¹²⁶

Zwar entspannte sich die Lage vor Ort in der Folgezeit, aber im Jahr 2008 sollte das Land wieder auf breiter Front mit Gewalt gegen die Separatisten vorgehen. Berichte über ethnische Säuberungen, die in dieser Gemengelage zwar nur schwer von unabhängiger Seite überprüft werden konnten, die aber aufgrund der Erfahrungen der späten 80er und frühen 90er Jahre nicht auszuschließen waren, waren schließlich ein Grund dafür, daß Rußland militärisch in den Konflikt eingriff und auch Ziele im georgischen Kernland bombardierte und besetzte. Der Krieg endete nach wenigen Tagen, nachdem Tiflis eine einseitige Waffenruhe ausgerufen hatte; eine friedliche Einigung scheint aber, insbesondere nach der Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien durch Moskau, in weite, möglicherweise unerreichbare Ferne gerückt.

Neben Georgien leiden aber auch die Länder Armenien und Aserbaidschan unter ungelösten Territorial- und Nationalitätenkonflikten (Karte 1, s. vorherige Seite). Zu Beginn der 90er Jahre hatte Armenien die in der Stalin-Zeit der Unionsrepublik Aserbaidschan zugesprochene, weitgehend von Armeniern besiedelte Enklave Nagorny-Karabach in einem Krieg erobert, der etwa 30.000 Menschen das Leben kostete.¹²⁷ Rußland stand in diesem noch immer nicht gelösten Konflikt in der Vergangenheit eher auf armenischer Seite, „so daß Baku die Unnachgiebigkeit des Konfliktgegners in den Friedensverhandlungen gerne auf dessen Unterstützung durch Moskau zurückführte“.¹²⁸ Denn zum einen war Armenien seit jeher ein Garant dafür, daß das türkische Einflußstreben im strategisch wichtigen kaspischen Raum nicht widerstandslos hingegenommen wurde, und zum anderen vertrat das Land in der jüngeren Vergangenheit die Position, daß Rußland in Fragen des Energietransports – in der

¹²⁶ ebd., S. 122.

¹²⁷ ebd., S. 85.

¹²⁸ Halbach, Uwe: Partner und Widerpart: Rußland in der Außen- und Sicherheitspolitik kaukasischer und zentralasiatischer Staaten, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): a.a.O., S. 276-300, S. 280.

Rußland und der postsowjetische Raum

Region sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Erdölpipelines gebaut worden, die russisches Territorium nicht mehr berühren – nicht übergangen werden dürfe. Bereits in der Zarenzeit galten die christlichen Armenier als verlässliche Verbündete im Kampf gegen die muslimischen Osmanen, und sie haben im Ersten Weltkrieg, nicht zuletzt deswegen, bitter dafür zahlen müssen. Ganz ohne Mißtrauen betrachten aber auch die hochgradig von russischen Energielieferungen abhängigen Armenier die Verbindung mit Rußland nicht. Das von seiner Bevölkerungszahl wie Georgien stark schrumpfende Armenien (Tab. 2, nächste Seite) hat in den vergangenen Jahren durchaus versucht, sowohl seine Beziehungen zu Aserbaidtschan als auch zur Türkei, zu der das Verhältnis aufgrund des uneinsichtigen Verhaltens Ankaras bezüglich des Genozids an den Armeniern im Jahr 1915 noch immer getrübt ist, zu verbessern.¹²⁹ Im russisch-georgischen Krieg im Jahr 2008 hat es sich auffallend zurückgehalten, und das, obwohl es im Verhältnis zwischen Tiflis und Jerewan (Eriwan) in der Vergangenheit aufgrund des Umgangs der Georgier mit der im Lande lebenden armenischen Minderheit nicht zum besten stand.

| Land | Bevölkerung (absolut) | | Bevölkerungswachstum (in %) | Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung (in %) |
|------------------------------|-----------------------|-------------|-----------------------------|---|
| | 2001 | 2006 | | |
| Armenien | 3.210.606 | 3.010.000 | -0,3 | < 1,0 |
| Aserbaidtschan | 8.172.000 * | 8.484.000 | 1,1 | 1,8 |
| Georgien | 5.177.000 * | 4.433.000 | -0,9 | 1,5 |
| Rußland | 145.184.800 | 142.500.000 | -0,5 | 79,8 |
| | | | | * 2002 |
| Quelle: Fischer Weltalmanach | | | | |

Tab. 2: Bevölkerung im kaukasischen Teil des postsowjetischen Raumes im Jahr 2006

Zentralasien

Sieht man von Tadschikistan, das nach der Unabhängigkeit 1991 sofort im Bürgerkrieg versank, ab, schien der zentralasiatische Raum nach dem Zusammenbruch der

¹²⁹ vgl. ebd., S. 281.

Sowjetunion weitgehend ruhig und stabil zu sein. Gerade hier sollten sich jedoch die entschiedensten Befürworter für einen Erhalt der Union befinden.¹³⁰ Ethnisch gestaltet sich der Raum ähnlich heterogen wie der in der Kaukasusregion, und auch hier, in den Regionen, in denen die traditionelle Clan-Herrschaft wieder an ihre Rolle aus der Vergangenheit anknüpfen kann, leben große russische Minderheiten (Tab. 3, nächste Seite) – die größte unter ihnen im Nordteil Kasachstans.

| Land | Bevölkerung (absolut) | | Bevölkerungswachstum (in %) | Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung (in %) |
|----------------------|-----------------------|-------------|-----------------------------|---|
| | 2002 | 2006 | | |
| Kasachstan | 14.953.126 *** | 15.308.000 | 1,1 | 27,2 |
| Kirgisien | 4.822.938 *** | 5.192.000 | 0,9 | 12,5 |
| Tadschikistan | 6.127.000 ** | 6.640.000 | 1,4 | 1,1 |
| Turkmenistan | 4.793.000 | 4.899.000 | 1,4 | 7,0 |
| Usbekistan | 25.271.000 | 26.540.000 | 1,4 | 5,5 |
| Rußland | 145.184.800 * | 142.500.000 | -0,5 | 79,8 |

* 2001
** 2000
*** 1999

Quelle: Fischer Weltalmanach

Tab. 3: Bevölkerung im zentralasiatischen Teil des postsowjetischen Raumes im Jahr 2006

Dostojewskij hat während der Zeit seiner Verbannung nach Sibirien viele Jahre (1854-59) in der in der Zeit Peters des Großen von Russen gegründeten, heute zum unabhängigen Kasachstan gehörenden Stadt Semipalatinsk gelebt. Verglichen mit den Zuständen im Zuchthaus sollte er das Leben im „Gefängnis“ der sibirischen Weite als ungleich leichter empfinden.¹³¹ Im Jahr 1859, in dem Jahr, in dem im Kaukasus Imam Schamil vor der zaristischen Übermacht kapitulierte, kehrte Dostojewskij nach insgesamt 10 Jahren in der Katorga mit Eindrücken in den europäischen Teil Rußlands zurück, die ihn sein Leben lang nicht mehr loslassen sollten. – Rußland schien einer neuen Zeit entgegenzugehen, in der nicht nur dem Kaukasus sondern auch Sibirien und Zentralasien bedeutende Rollen zufallen sollten. Als Wladimir Odo-

¹³⁰ vgl. Wipperfürth, Christian: a.a.O., S. 55.

¹³¹ vgl. Kjetsaa, Geir: Dostojewskij, „Der gewaltigste unter den russischen Giganten“, München 1986, S. 168.

Rußland und der postsowjetische Raum

jewski seine 1844 erstmals erschienene Novellensammlung „Russische Nächte“ mit dem Satz: „Das 19. Jahrhundert gehört Rußland!“¹³² beendete, markierte dies nicht nur einen machtpolitischen Anspruch, sondern es erfaßte zugleich eine in weiten Teilen der jungen Generation vorherrschende Stimmung. Bereits am Ende der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts – zehn Jahre vor dem Fieber in Kalifornien (1848) – hatte es in Sibirien einen Goldrausch gegeben, der zahlreiche Abenteurer und Glücksritter in den Osten des Reiches lockte.¹³³ Von weitaus größerer Bedeutung für die Besiedlung des Landes waren allerdings die Millionen russischer Bauern, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges als Kolonisten dem Weg in den Osten folgten. Die Hoffnungen, die viele Menschen mit einem Leben in diesem „Amerika Rußlands“ verbanden, schienen stärker zu sein als die Rauheit des Klimas, die Unwirtlichkeit des Landes und die gewaltigen Entfernungen. Heute sind die Russen in Sibirien und in den ehemaligen Unionsrepubliken zahlenmäßig auf dem Rückzug, aber der Eindruck, daß sie als Kolonisatoren den asiatischen „Wilden“ die Zivilisation gebracht haben, herrscht mitunter noch immer vor. Teilweise sahen sich die Turkvölker ja selbst als die jüngeren Brüder der Slawen, um die mit der (gefühlten) eigenen kulturellen Rückständigkeit in Verbindung stehenden Minderwertigkeitskomplexe zu kompensieren.¹³⁴ In der ersten Phase der Außenpolitik nach dem Zusammenbruch der UdSSR schenkte Rußland der ehemaligen sowjetischen Peripherie wenig Beachtung und betrachtete bestehende Verbindungen und Abhängigkeiten eher als Last.¹³⁵ Erst ab 1993 besann sich Moskau wieder stärker auf den zentralasiatischen Raum. Mit der Republik Kasachstan hatte es bereits 1992 ein Abkommen über „Freundschaft, Kooperation und gegenseitigen Beistand“¹³⁶ geschlossen und dieses 1994 durch einen Vertrag über militärische Zusammenarbeit ergänzt. Dennoch hat es noch im gleichen Jahr ein Abkommen mit den USA zur Kooperation im Sicherheitssektor geschlossen, „und seit 1995 beteiligt sich das mittelasiatische Land an Manövern im Rahmen des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP). Spätestens seit dieser Zeit verfolgt Kasachstan eine „eurasische“ Politik des Ausgleichs, wankt auf der Suche nach dem eigenen Vorteil zwischen Rußland und dem Westen aber mitunter hin und her. Nachdem Europa im Jahr 1998 beispielsweise Demokratiedefizite monierte, orien-

¹³² Odojewski, Wladimir: *Russische Nächte*, Berlin 1987, S. 324.

¹³³ vgl. Marsden, John O./House, C. Iain: *The Chemistry of Gold Extraction*, 2. Ed., Littleton 2006, S. 3.

¹³⁴ vgl. Malaschenko, Alexei: *Der Islam im postsowjetischen Raum*, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): a.a.O., S. 301-318, S. 302.

¹³⁵ vgl. Halbach, Uwe: a.a.O., S. 286.

¹³⁶ ebd., S. 290.

tierte sich Kasachstan wieder stärker an Rußland, wohingegen es während des Irakkrieges im Jahr 2003 – wie Usbekistan auch – auf seiten der Amerikaner stand.¹³⁷

Diese hatten sich seit den 90er Jahren ohnehin verstärkt auf den zentralasiatischen Raum konzentriert, zumal diese Staaten auf der Suche nach größeren politischen Handlungsspielräumen ihre nationalen Sicherheitsprobleme wie z.B. die Drogenproduktion im „Goldenen Halbmond“ oder den islamistischen Terrorismus zunehmend zu internationalen Themen gemacht haben.¹³⁸ Das galt erst recht für die Zeit nach dem 11. September 2001, in der Moskau den Einfluß und die militärische Präsenz des Westens in Zentralasien nicht etwa zähneknirschend hinnahm, sondern diese vielmehr sogar unterstützte, da nun auch diese Länder zu einem verstärkten Engagement an der strategisch wichtigen Südflanke Rußlands gezwungen waren. Als Hort des Terrorismus galt insbesondere das durch einen jahrelangen Bürgerkrieg ausgezeherte Afghanistan, das nach den Anschlägen in New York und Washington ins Visier einer internationalen, von den USA geführten Koalition genommen wurde. Seit dem Jahr 2003 entwickelte Moskau aber eine wachsende Unzufriedenheit über die Dauerhaftigkeit der Militärpräsenz ausländischer Truppen in der Region,¹³⁹ denn dem Kreml drängte sich der Eindruck auf, als verfolge der Westen über die Stabilisierung und Befriedung Afghanistans hinausgehende Interessen.

Rußland hat in der jüngeren Vergangenheit mehrere Rückschläge in der Region hinnehmen müssen – und das nicht nur in der 2009 vermutlich von russischen Politikern betriebenen, letztlich aber doch gescheiterten Schließung der US-Militärbasis Manas in Kirgisiens Hauptstadt Bischkek, sondern ausgerechnet in Tadschikistan. Die Tatsache, daß die geostrategisch bedeutenden Staaten Zentralasiens nicht nur von Rußland, sondern auch vom Westen, von China und künftig verstärkt wohl auch von Indien umworben werden, hatte im Jahr 2006 dazu geführt, daß das Land, das zu Beginn der 90er Jahre von russischen Truppen befriedet worden war, Rußland in seine Schranken wies. So wurden damals die im Land verbliebenen russischen Truppen dazu aufgefordert, das Zentrum der Hauptstadt zu verlassen und Quartier in den Randbezirken zu beziehen.¹⁴⁰

¹³⁷ vgl. Wipperfürth, Christian: a.a.O., S. 56.

¹³⁸ vgl. Halbach, Uwe: a.a.O., S. 292.

¹³⁹ vgl. Wipperfürth, Christian: a.a.O., S. 56.

¹⁴⁰ ebd., S. 73.

Zusammenfassung

Wenn in „Russland [...] ganz grundsätzlich die Auffassung an Boden gewonnen [hat], dass es für sein Entgegenkommen zu wenig Gegenleistung erhalte, ob nun von den GUS-Ländern oder vom Westen“,¹⁴¹ dann beschreibt dies eine Stimmung, die in der russischen Gesellschaft keineswegs neu ist. Vielmehr ist davon auszugehen, daß Resentiments und auch ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl gegenüber dem Westen eine lange Tradition haben und daß die von Dostojewskij im 19. Jahrhundert beschriebenen Gefühle in Teilen des Volkes und der Elite ihr Pendant im heutigen Rußland finden. Unabhängig davon, was nun die jeweiligen Ursachen für diese Wahrnehmung waren, drängt sich der Verdacht auf, daß die emotionale Komponente in der russischen Politik, sowohl auf seiten der Regierten als auch auf der der Regierenden, schon immer eine besondere Rolle gespielt hat. So, wie sich Emotionen bedienen lassen und aus ihnen mitunter viel Kapital geschlagen werden kann, können sie aber auch die Sicht auf bestimmte Dinge verengen bzw. deren Wahrnehmung trüben.

Da in Rußland die Staatsbildung seit jeher Vorrang vor der Nationsbildung hatte und der Staat ohne einen abgegrenzten Raum nicht denkbar ist, werden Veränderungen an seinen Grenzen – und sei es auch nur durch einen endgültigen Delimitationsvertrag – schnell zu einer Bedrohung des Status quo, da einem russischen Nachbarn so beispielsweise ein politischer Handlungsspielraum (zurück)gegeben wird, den dieser am Ende gegen Rußland selbst richten kann. Und dies könnte die territoriale Integrität Rußlands, die innerhalb breiter Bevölkerungsschichten wiederum an ein hohes Maß an Emotionalität gekoppelt ist, schließlich mehr gefährden als eine offene Grenzfrage. Unsere Beispiele sind selektiv der jüngeren Geschichte Rußlands und des postsowjetischen Raumes entnommen, beschränken sich weitgehend auf räumliche Aspekte und sind in ihrer Darstellung ganz bewußt stark verkürzt dargestellt worden, um zu zeigen, wie sich das Geschehen aus russischer Sicht darstellen könnte.

Denn wenn man beispielsweise ausblendet, daß bereits die Russifizierungspolitik und der großrussische Nationalismus im 19. Jahrhundert es nicht vermocht hatten, ein einheitliches Nationalbewußtsein „bei Anerkennung bestehender ethnischer und nationaler Strukturen“¹⁴² zu schaffen, sondern daß sie die vielfältigen Probleme nur mehr mit Gewalt zudeckten, dann wird man die Vergewaltigung der kulturellen Identität der Völker des Baltikums oder des Kaukasus nicht erkennen – dann wird man auch nicht sehen, daß die Eingliederung in den sowjetischen Staatsverband nach Un-

¹⁴¹ ebd., S. 145.

¹⁴² vgl. Haumann, Heiko: a.a.O., S. 285.

terzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes 1939 keineswegs auf Wunsch der ehemals zum Zarenreich gehörenden baltischen Länder erfolgte oder daß die brutale Massenumsiedlung der Tschetschenen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Hässcher Stalins eine nachvollziehbare Begründung für das tschetschenische Unabhängigkeitsstreben lieferte. Wenn man vor Augen hat, daß Wladimir Putins Regierung im Verhältnis zu Weißrußland anstatt leerer Rhetorik substantielle Fortschritte anstrebt,¹⁴³ dann übersieht man leicht, daß diese Politik den Handlungsspielraum des kleineren Nachbarn einschränken und stärker einseitig an Moskau binden könnte. Wenn man nicht weiß, daß Moskau sich jahrelang einem endgültigen Grenzabkommen in der Straße von Kertsch sperrte, dann erscheint der Streit um die Insel Tuzla als ein unfreundlicher Akt der Ukraine, die die Wasserstraße zum Asowschen Meer zum eigenen Vorteil nutzen und kontrollieren wollte. Sieht man nur die unzweifelhaft wichtigen Missionen der russischen Armee in Tadschikistan, Transnistrien, Abchasien oder Südossetien, durch die weiteres Blutvergießen durchaus erfolgreich verhindert werden konnte, dann kann aus dem Blick geraten, daß Rußland in einigen der genannten Regionen dazu beiträgt, die Konflikte zu konservieren, indem es beispielsweise russische Pässe an die indigene Bevölkerung ausgibt, um eine weitere militärische Präsenz in der Region mit dem Argument zu rechtfertigen, das eigene Volk vor Übergriffen zu schützen. Mit der Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien nach dem Krieg 2008 hat Rußland so dafür gesorgt, daß es um die völkerrechtlich noch immer zu Georgien gehörenden Räume in absehbarer Zeit wohl keine endgültige Lösung geben wird. Wenn man dann noch mit ansehen muß, daß das jahrelang unterstützte Armenien in der Frage des Georgienkrieges lavierte und sich weitgehend zurückhielt, dann fällt die Tatsache, daß das kleine Binnenland auf „funktionierende“ Beziehungen zu Georgien angewiesen ist, da die Grenzen zu Aserbaidschan und zur Türkei nach wie geschlossen sind und nahezu der komplette Handel über den Iran abgewickelt werden muß, schnell unter den Tisch. Wenn man dann noch erkennen muß, daß ein zentralasiatischer Staat wie Kasachstan, mit dem zahlreiche Kooperationsabkommen geschlossen wurden, Hilfe aus dem Westen in Anspruch nimmt und sich an westlichen Militärmanövern beteiligt, dann tritt in den Hintergrund, daß Rußlands Rückbesinnung auf den GUS-Raum im Jahr 1993 von alten imperialen Tönen begleitet wurde und daß Kasachstan schon damals unentwegt Integrationsimpulse in den postsowjetischen Raum sandte, die entweder überhört wurden oder zumindest keine greifbaren Erfolge zeitigten.

¹⁴³ vgl. Timmermann, Heinz: a.a.O., S. 345.

Rußland und der postsowjetische Raum

Die Liste ließe sich fortsetzen, aber durch eine solche Reflexion entsteht schließlich ein Rußland, das vor dem Nationalismus der baltischen Staaten warnte und sich doch bald mit dem Beitritt dieser Länder zur NATO konfrontiert sah, obwohl es ihre Souveränität niemals in Frage gestellt hatte und auch niemals eine Heimkehr der ethnischen Russen in die Russische Föderation forderte; ein Rußland, das über Jahre hinweg das Regime in Minsk unterstützt und alimentiert hatte und das nun durch dieses in dem Streit 2007 um die Transitpreise für russische Rohstoffe erpreßt wurde; ein Rußland, das eine wichtige Versorgungsfunktion für West- und Mitteleuropa übernommen hatte und sich durch den Gasdiebstahl der Ukrainer plötzlich in der Rolle eines unzuverlässigen Lieferanten wiederfand und zugleich den Versuch Kiews über sich ergehen lassen mußte, den Zugang zum Asowschen Meer zu nationalisieren; ein Rußland, dessen Jugend ihr Blut geopfert hatte für die Befriedung Tadschikistans, Transnistriens, Abchasiens und Südossetiens und das sich nun überall mit der Forderung nach einem Truppenabzug konfrontiert sah; ein Rußland, das von allen Seiten bedroht scheint – vom Vorrücken der NATO in Ostmitteleuropa, über die wachsenden muslimischen Gesellschaften an seiner zentralasiatischen und kaukasischen Peripherie, bis hin zur „Gelben Gefahr“ und dem mittel- bis langfristig wohl größten innenpolitischen Problem: dem massiven Bevölkerungsrückgang, der die Großmachtrolle des Landes massiv gefährdet; ein Rußland, das für Europa eine bedeutende Schutzfunktion vor dem islamischen Fundamentalismus übernommen, das nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ausdrücklich das Engagement des Westens in Zentralasien begrüßt hatte und doch bald feststellen mußte, daß dieser neben der Stabilisierung Afghanistans und dem Kampf gegen den Terrorismus offensichtlich noch andere Ziele in der Region verfolgte; ein Rußland, das als Rechtsnachfolger der Sowjetunion zu Beginn der 90er Jahre großzügigerweise deren Schulden übernommen hatte und nun von allen Seiten so viel Mißtrauen und Undankbarkeit erntete; ja, ein Rußland, das in einem Akt der Selbstaufopferung, dem Millionen zum Opfer fielen, der ganzen Menschheit vor Augen geführt hatte, daß der Kommunismus ein gefährlicher Irrweg war. – Es ist dieses Rußland, der treue Diener Europas, den Dostojewskij vor Augen gehabt haben muß, aber dieses Rußland ist bestimmt nicht das, vor dem die Welt sich fürchtet.

Quellen

Alexandrova, Olga: Rußlands Außenpolitik gegenüber dem postsowjetischen Raum, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Rußland und

der postsowjetische Raum (= Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 54), Baden-Baden 2003, S. 15-30.

Creuzberger, Stefan: Stalin. Machtpolitiker und Ideologe, Stuttgart 2009.

Dostojewskij, Fjodor M.: Sämtliche Werke, unter Mitarbeiterschaft von Dmitri Mereschkowski hrsg. von Moeller van den Bruck, 2. Abtlg. 13. Bd.: Politische Schriften, München 1923.

Halbach, Uwe: Partner und Widerpart: Rußland in der Außen- und Sicherheitspolitik kaukasischer und zentralasiatischer Staaten, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Rußland und der postsowjetische Raum (=Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 54), Baden-Baden 2003, S. 276-300.

Haumann, Heiko: Geschichte Russlands, 2. Aufl., Zürich 2003.

Iwanow, Igor: Die neue russische Diplomatie. Rückblick und Visionen, München 2002.

Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München 1992.

Kjetsaa, Geir: Dostojewskij. „Der gewaltigste unter den russischen Giganten“, München 1986.

Klüter, Helmut: Der Norden Russlands – vom Niedergang einer Entwicklungsregion, in: Geographische Rundschau, Bd. 52, Heft 12/2000, S. 12-20.

Krause, Susann: Schwieriges Erbe der Vergangenheit? Zum Umgang mit ethnischen Minderheiten in den baltischen Staaten, Chemnitz 2006; Einsehbar im Online-Archiv der TU Chemnitz, in: http://archiv.tu-chemnitz.de/pub/2006/0190/data/MA_FINAL.pdf, 07.07.2009.

Lerch, Günther: Der Berg der Sprachen. Der Kaukasus mit seinen vielen Ethnien ist eine Art „Superbalkan“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2008, S. 12.

Lindner, Rainer: Raum ohne Volk?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Februar 2009, S. 8.

Malaschenko, Alexei: Der Islam im postsowjetischen Raum, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): Rußland und der postsowjetische Raum (= Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 54), Baden-Baden 2003, S. 301-318.

Rußland und der postsowjetische Raum

- Marsden, John O./House, C. Iain: *The Chemistry of Gold Extraction*, 2. Ed., Littleton 2006.
- Odojeweski, Wladimir: *Russische Nächte*, Berlin 1987.
- Ott, Alexander: Die ukrainische Politik gegenüber Rußland, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): *Rußland und der postsowjetische Raum* (= Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 54), Baden-Baden 2003, S. 223-239.
- Rahmig, Jürgen: *Erdöl, Macht und Heiliger Krieg. Die islamische Krisenregion*, Reutlingen 2001.
- Schlögel, Karl: Die kulturelle Geographie des östlichen Europa, in: Beichelt, Timm u.a. (Hrsg.): *Europa-Studien. Eine Einführung*, Wiesbaden 2006, S. 125-144.
- Scholl-Latour, Peter: *Rußland im Zangengriff. Putins Imperium zwischen NATO, China und Islam*, 2. Aufl., Berlin 2006.
- Sutela, Pekka: *The Linen Divorce: Die baltischen Staaten und Rußland*, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): *Rußland und der postsowjetische Raum* (= Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 54), Baden-Baden 2003, S. 256-275.
- Timmermann, Heinz: Die Union Rußland-Belarus im europäischen Kontext, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): *Rußland und der postsowjetische Raum* (= Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 54), Baden-Baden 2003, S. 340-360.
- Wachsmuth, Ralf/Silvestrov, Juri: Der Damm des Anstoßes: Der Konflikt um die Insel Tusla: Nur ein Sturm im Wasserglas oder eine ernste Krise in den ukrainisch-russischen Beziehungen?, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.3205/>, St. Augustin 2003, 26.06.2009.
- Wardomski, Leonid: Rußlands neue Grenzen mit dem postsowjetischen Raum, in: Alexandrova, Olga/Götz, Roland/Halbach, Uwe (Hrsg.): *Rußland und der postsowjetische Raum* (= Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 54), Baden-Baden 2003, S. 53-69.
- Westphal, Kirsten: *Hegemon statt Partner – Rußlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“* (= Osteuropa. Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 7), Münster 1995.
- Wipperfürth, Christian: *Russland und seine GUS-Nachbarn. Hintergründe, aktuelle Entwicklungen und Konflikte in einer ressourcenreichen Region* (= Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS), Bd. 57), Stuttgart 2007.

Multilokale Arrangements des Alltags

Die räumliche Organisation von Gesellschaften ist ein gemeinsames Thema für Geographen und Soziologinnen, so liegt ein Thema mit Raumbezug als Beitrag zur Festschrift für Peter Jurczek nahe. Ich schreibe über die lebensweltliche Bedeutung von Orten und eine Praxis der Lebensführung, die soziale Räume transformiert und die soziale und räumliche Mobilität in der späten Moderne beschleunigt. Unser gemeinsamer Raum, in dem wir uns als Kollegen über den Weg liefen, ist die Region Sachsen als Standort und Umland unserer Universität. Darauf bezogen wir uns mit Exkursionen, Lehrforschungsprojekten und dem Promotionskolleg zum Thema der „Nachhaltigen Regionalentwicklung in Südwestsachsen“, in dem wir zwischen 1999 und 2004 zusammen arbeiteten. Wir betreuten gemeinsam Diplomarbeiten und Promotionen, ich konnte Unterstützung in der Lehre erhalten und bin dankbar für manches kollegiale Gespräch zu den Alltagsproblemen an einer wissenschaftlichen Institution. Ich verbinde mit meinem Dank für die Zusammenarbeit in den letzten 15 Jahren, einen herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag und alle guten Wünsche für die kommende Zeit.

Multilokale Arrangements des Alltags und die kommunalpolitischen Implikationen

Christine Weiske

Einleitung

Multilokale Arrangements des alltäglichen Lebens entstehen im Zusammenhang mit einem beschleunigten sozialen Wandel der Spätmoderne (Rosa 2005, Werlen 2008). Sie lassen sich als eine Form der zirkulären Mobilität verstehen, bei der die Akteure mehrere Orte als Wohn- und Arbeitsorte aufrechterhalten, an denen sie in individuell zu gestaltenden Rhythmen an- und abwesend sind. Multilokale Arrangements haben im gegenwärtigen Europa bereits soziale Verbreitung erlangt (Schneider 2008), wobei es methodisch problematisch ist, sie quantitativ auszudrücken. Für deutsche Großstädte werden die residenziell Multilokalen mit bis zu 5 % der städtischen Bevölkerungen registriert, wegen der Ungenauigkeiten der Melderegister können höhere Schätzwerte gelten (Sturm/Meyer 2009: 18, Reuschke 2009). Weiterhin einbezogen in die multilokalen Arrangements sind die Partner/innen und Familien- und Haushaltsangehörigen der Multilokalen, die durch ihre Kooperation die Bedingungen und Er-

träge multilokalen Lebens mitbestimmen. Die Beteiligten an multilokalen Arrangements gehen auf die Standortofferten mehrerer Orte (Weichhart 2009) ein, darunter rangieren die Arbeitsplatzangebote auf einem vorderen Rangplatz.

Die temporären An- und Abwesenheiten an mehreren Orten haben Folgen für die Wahrnehmung politischer Rechte und Pflichten und die politische Partizipation der Mobilien. Die Implikationen für die kommunalen Politiken sollen abgeschätzt werden.

Die Argumentationen dieses Beitrages stützen sich auf ein empirisches Projekt „Neue multilokale Haushaltstypen“ (2005 – 2008). Dafür wurden 20 Fälle erhoben und 17 ausgewertet. Eine Typologie der multilokalen Arrangements ordnet das Material und diskutiert Entwicklungen und Verläufe (Weiske, Petzold, Zierold 2008, 2009). Die Erwägungen politischer Implikationen schließen daran an. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf die lokalen Gesellschaften, deren temporäre Mitglieder die multilokal Mobilien sind.

Multilokalität – eine spezielle Form von Mobilität

Der Lebensalltag vieler Menschen weitet sich räumlich aus und erstreckt sich auf mehr als einen Ort. In erwerbsbedingten Arrangements sind das Wohn- und Arbeitsorte. Leistungsfähige Verkehrsmittel ermöglichen große Entfernungen, über die täglich gependelt werden kann. Schnelle Zug- und Straßenverbindungen ermöglichen es, während 24 Stunden an mehreren Orten zu agieren, die mehr als hundert Kilometer voneinander entfernt sein können. Dieses alltagsräumliche Szenario geht von *einem* Wohnort aus, der Start- und Endpunkt der Tagesmobilität ist. Zumeist erreichen die Pendler auf diese Weise ihren Zugang zu Erwerbsarbeit oder Ausbildung, wenn auch andere Gründe nicht prinzipiell ausgeschlossen werden sollen.

Die Ausgangslage der mobilen Akteure ändert sich, wenn sie an die Grenzen ihrer körperlichen Konstitution und an die Grenzen der kulturell eingeführten Zeitordnungen der sozialen Welt stoßen. Der Wechsel von Tag und Nacht als bio-sozialer Rhythmus ist bei allen Aufweichungen immer noch ein verbindliches Zeitregime. Es reguliert Aktivitäten und Ruhe und wirkt auf das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit. Das soziale Leben mit anderen in Familien, Partner-, Nachbar- und Freundschaften findet an ZeitOrten statt, die hergestellt und untereinander synchronisiert werden. Infrastrukturen der Versorgung aller Art (Handel, Gesundheitswesen, Bildung, Kultur ...) und das politische Leben folgen diesem Rhythmus weitgehend. Auch ‚ärztliche Notdienste‘ in der Nacht oder ‚verkaufsoffene Sonntage‘ drücken noch die

Multilokale Arrangements des Alltags

Ausnahmen von der Regel aus, die sich ihrerseits auf den Tag, die Nacht und die Woche bezieht.

Sobald diese Art von Mobilität nicht mehr im Rahmen des Tag-Nacht-Zyklus zu organisieren ist, entsteht ein rhythmischer Bruch zum sozialen Umfeld. Die Asynchronität zwischen den Lebenstätigkeiten der Beteiligten geht mit dem Auseinanderfallen der ZeitOrte einher, die der Akteur mit seinen sozialen Gemeinschaften teilte. Temporär zu synchronisieren sind die kulturell verbindlichen Rhythmen in multilokalen Arrangements. Der Lebensalltag wird in einer mehr oder weniger tiefen Funktionsteiligkeit auf mehrere Orte (Rohlshoven 2006: 29) verteilt. Eine weitere Wohnung als existenzieller Stützpunkt des Alltagslebens eröffnet das Spiel der An- und Abwesenheiten an den verschiedenen Orten. Die Wohnung dient zumindest zum Schlafen und zur Bereitung von Essen, um den Erfordernissen der Reproduktion des Körpers zu entsprechen. Neben diesen minimalen Funktionen hat sie zudem soziale Bedeutungen, die empirisch stark variieren. Eine wichtige soziale Funktion ist die der Anpassung der Mobilen an unterschiedliche soziale Welten, vergleichbar mit einer Trafostation, in der elektrische Spannungen an die Kapazität und Leistungen von Netzen angepasst werden.

Multilokale Arrangements verbinden auf eine spezielle Weise Mobilität mit Sesshaftigkeit, was zu ihrer Klassifikation als zirkuläre Mobilität beiträgt. Bestehende Orte werden aufrecht erhalten, indem komplementäre Orte hinzu genommen werden. Das Pendeln zwischen den Orten ergänzt das Arrangement der Alltagsorganisation um wesentliche Optionen, besonders plausibel ist das bei erwerbsbedingter Multilokalität. Die Arbeitsmöglichkeiten an einem Ort kompensieren die Defizite an einem anderen. Zudem ist die flexible Arbeitswelt in der kapitalistischen Spätmoderne für viele der Teilnehmer verbunden mit projektförmiger Arbeitsorganisation, unsicheren Verträgen, wechselnden Firmensitzen und Arbeitsorten und birgt insgesamt anhaltende Unberechenbarkeit. In ihren multilokalen Arrangements gehen die Akteure darauf ein. Einen Ort zu fixieren, um andere fluid halten zu können, ist eine hybride Form zur Kompensation von Unberechenbarkeit. Den komplementären Standortentscheidungen der Akteure liegen Abwägungen von Kosten und Nutzen aller Art zugrunde, bei denen es um materielle wie kulturelle Werte geht. In einem Bourdieuschen Sinne kann von „Lokalisationsprofiten“ (Dangschat 1994: 439) gesprochen werden, die im Saldo herauskommen (sollen). Diese Standortentscheidungen tragen maßgeblich zum sozialen Wandel aktueller Gesellschaften bei, indem sie eine soziale Dynamik bottom up aus dem sozialen Alltag heraus bewirken. Multilokale Arrangements verbinden Regionen miteinander und erreichen auch transnationale Dimensionen (Kreutzer &

Roth 2006). Die soziale Kreativität der Akteure wirkt auf die Konstitution von Gesellschaften und auf deren räumliche Konstellationen.

Standortentscheidungen in multilokalen Arrangements

Die Standortentscheidungen der Akteure in den multilokalen Arrangements haben eine zentrale Position für die Erklärung sich verändernder räumlicher Konstellationen. Methodologisch stellt sich die Aufgabe, diese Entscheidungen zu rekonstruieren, denen ein Prozess der Abwägungen von Kosten und Nutzen aller Art vorausgegangen sein muss. Die handlungstheoretisch begründete Sozialgeographie orientiert auf die Frage „wie die Subjekte die Welt auf sich beziehen und welche Bedeutung in dieser Bezugnahme Raum- und Zeitbegriffe spielen.“ (Werlen 2008: 382f.) Sie legt die Wahl von Erhebungsmethoden der qualitativen Sozialforschung nahe. In den leitfadengestützten Interviews äußerten sich die Probandinnen und Probanden zu ihrer multilokalen Praxis und den Bedeutungen, die sie ihr beimessen. Die Methode des Einzelinterviews mit den Beteiligten an den gemeinschaftlichen Arrangements ist durch den methodischen Individualismus theoretisch gut begründet (Tietz 2002: 53). Wichtigster Befund in diesem Zusammenhang ist, dass die Beteiligten ihre individuellen Entscheidungen treffen auf der Basis ihrer Abwägungen der Kosten im Verhältnis zum Nutzen. In diesen Abwägungen werden die Menschen berücksichtigt, die sozial nahe sind und in das Arrangement einbezogen werden. Soziale Nähe wird auf verschiedene Weisen definiert und praktiziert in Partnerschaften, in Eltern-Kind-Beziehungen, in Verwandtschaften, in Freundschaften, Nachbarschaften und anderen sozialen Beziehungen mehr. Der Nutzen wird sowohl als individueller wie gemeinsamer Nutzen erwogen. In den ermittelten Typen multilokaler Arrangements sind individueller und gemeinschaftlicher Nutzen unterschiedlich ausgeprägt (vgl. weiter unten), wobei die Ausgewogenheit der Bilanz den Bestand und die Potenziale beeinflusst.

Multilokale Arrangements verweisen zu allermeist auf soziale Gemeinschaften¹⁴⁴.

In unserer Forschung fokussierten wir auf Haushalte als die angemessenen Untersuchungseinheiten. Multilokale Haushalte sind Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften (Richarz 1998), die ihren Alltag an mehreren Orten organisieren. Die Institution des Haushaltes ermöglicht seinen Mitgliedern relativ freie Gestaltungen für ihre sozialen und ökonomischen Beziehungen zueinander. Als Hauswirtschaft ist er mit der Volkswirtschaft vernetzt und als Gemeinschaft mit der Gesellschaft. Man kann ihn

¹⁴⁴ Möglicherweise sind damit die ökonomischen Begründungen von Singles unterschätzt, die multilokal leben und dafür lediglich Kostengründe angeben.

Multilokale Arrangements des Alltags

als Element der Mesostrukturen zwischen Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft auffassen. In ihrem gemeinsamen Haushalt vereinbaren die Akteure die Logiken der Markt- und der Bedarfswirtschaft. Der Grad der Vereinbarkeit drückt sich in den Entscheidungen und Aktivitäten der Mitglieder aus.

Die Standortentscheidungen in multilokalen Arrangements fallen im Rahmen der Erwägungen des Gemeinwohls für die Haushaltsgemeinschaft. Diese Erwägungen finden in einer latent laufenden Kommunikation zwischen den Beteiligten statt. Die Entscheidungen sind und bleiben diskutierbar, revidierbar und können so im Laufe der Zeit zu Karrieren des Wohnens an verschiedenen Orten gleichzeitig und/oder nacheinander führen. Multilokale Arrangements werden befristet und auf längere Dauer angelegt, zumindest wenn sie erwerbsbedingt sind¹⁴⁵. Die Variationen der empirisch aufgefundenen Fälle sind relativ breit.

Typen multilokaler Arrangements

Die wesentliche Dimension, die den Typ eines multilokalen Haushaltes prägt, ist das Verhältnis der Entscheidungsträger zueinander. Sie konstituieren den sozialen Sinn, der in diesem Arrangement liegt. Die von der Entscheidung Betroffenen (auf die Unterstützung der Entscheider angewiesene Kinder, Pflegebedürftige ...) finden ein je konkretes Maß an Berücksichtigung. Die elaborierten Typen beziehen sich auf die Konstruktion von Sinnzusammenhängen, einige der insgesamt sieben sollen hier beispielhaft dargestellt werden.

Die Akteure des *Typs Verschickung* entscheiden sich für einen weiteren Standort des Haushaltes, weil für einen von ihnen keine Erwerbsarbeit im Umfeld des Wohnortes zu finden ist. Der Zwangscharakter der Mobilität steht im Vordergrund und die temporären Trennungen von der Gemeinschaft werden erlitten. Das soziale Leben findet am gemeinsamen Ort statt und ist stark auf enge und familiäre Beziehungen zentriert. Am Ort der Arbeit gibt es kaum Kontakte und Beziehungen über die Arbeitszusammenhänge hinaus. Wenn es möglich ist, wird die Arbeit kompakt organisiert, um die arbeitsfreie Zeit zu Hause zu verlängern. 20 Tage zu arbeiten und 10 Tage frei zu haben, ist ein fallbezogener Rhythmus der An- und Abwesenheiten. Die Wohnung am Arbeitsort ist lediglich eine Unterkunft, nicht zuletzt um Kosten zu sparen, und dient vor allem dem Schlafen und Essen. Zu Hause werden die Routinen des Zusammenlebens möglichst nahtlos fortgeführt. Arbeiten in der Hauswirtschaft haben

¹⁴⁵ Ob das auch für freizeitinduzierte Multilokalität gilt, ist anhand unserer Daten nicht zu sagen.

sich angesammelt und beanspruchen Zeit für Gartenarbeiten, Autopflege, Hausreparaturen Die Beziehungen zu den Partnerinnen und Partnern, zu Kindern und anderen wichtigen Personen werden aktualisiert und gepflegt. Die Praxis *Verschickung* wird von den Beteiligten als abweichend von den Normalitätserwartungen empfunden, woraus sich eine besondere Belastung ergibt. Sie ist auf eine baldige Beendigung angelegt, selbst wenn das Ende weit entfernt liegt. Die Unilokalität an einem gemeinsamen Ort ist das Ziel. Zumeist – jedoch nicht in jedem Fall – ist das der Ausgangsort der zirkulären Mobilität.

Der Typ *Doppelleben* ist in vielerlei Hinsicht verschieden vom Typ *Verschickung*. Der mobile Akteur im Arrangement nimmt seinen Ort als Möglichkeit wahr, mit seinen Lebensentwürfen zu laborieren und seinen Habitus zu variieren. Die Eigenständigkeit unter anderen Bedingungen fördert neue Vorstellungen und Entwürfe. Dazu tragen Beziehungen zu anderen Menschen bei (Kollegen, Freunde, Nachbarn), die auf den Ort beschränkt bleiben und nicht „mitgenommen“ werden. Die Geltung eines gemeinsam verbindlichen Lebensentwurfes am gemeinsamen Ort verlangt von den Mobilien ein gewisses Maß an Selbstverleugnung, wie ihnen in der Multilokalität deutlich wird. Sie gehen ganz unterschiedlich mit ihren Erfahrungen um. Im Falle eines jungen Paares wird die multilokale Phase der Frau möglichst schnell beendet, um sich auf einen Lebensentwurf des gemeinsamen Lebens mit Kindern an einem Ort festzulegen. In einem anderen Fall hält ein Mann an einem Interimszustand fest, um die Nagelprobe zu vermeiden, die das Ende der langen und festgefügtten Gemeinschaft bedeuten könnte. Die Mobilien der erhobenen Fälle verzichten auf die Implementierung ihrer neuen Erfahrungen, weil sie sich eine daraus entstehende Entwicklung ihrer Gemeinschaft nicht vorstellen können.

Das unterscheidet diesen Fall vom Typ *Bi-Polarisierung*.

Wie der Name ausdrücken soll, umschließt das Arrangement mehrere Orte, deren Bedeutungen nicht hierarchisch angeordnet werden im Sinne eines ersten und wichtigeren Ortes im Verhältnis zu einem zweiten und unwichtigeren. Die Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft nutzen die Orte zu unterschiedlichen Gelegenheiten, gerade weil die sehr verschiedene Offerten bieten wie z.B. kulturelle Angebote, Bildungs-, Einkaufs- oder Arbeitsmöglichkeiten, landschaftlich reizvolle Umgebung, Nachbarschaft u. a. m. Die Wohnungen sind geeignet, von mehreren Personen genutzt zu werden, was auf umfassendere Qualitäten und höhere Kosten verweist. Die Gemeinschaft ist insgesamt mobil und organisiert damit ein komplexes Muster des Zusammenlebens einschließlich der An- und Abwesenheiten Einzelner. Wenn ein solches

Multilokale Arrangements des Alltags

Arrangement wieder eingestellt werden, ist es nicht eindeutig absehbar, auf welchen der Orte die Wahl fallen wird.

Weitere Typen multilokaler Arrangements, die hier nicht weiter dargestellt werden, heißen *Kolonisierung*, *Re-Zentrierung*, *Expedition* und *Drift*. Zwischen allen Typen gibt es sowohl wesentliche Zusammenhänge als auch variierende Merkmale, die zu den Unterschieden führen. Unter denen markiert sich die mentale Mobilität besonders deutlich. Die Wohnkarrieren der Mobilen umfassen multilokale und unilokale Phasen. Mobilität und Sesshaftigkeit schließen sich nicht prinzipiell aus, sondern verschränken sich in der Alltagsorganisation der Multilokalen.

Implikation multilokaler Arrangements für die lokalen Politiken

Der Alltag in multilokalen Arrangements widerspricht in mehrfacher Hinsicht den Normalitätserwartungen, die aus verschiedenen Zusammenhängen an den Orten ihrer temporären Anwesenheiten an die Mobilen herangetragen werden. Diese Erwartungen sind gerahmt von der gebräuchlichen OrtsZeit. Sie werden formuliert von Freunden und Verwandten, von Partefreunden oder Vereinsmitgliedern, von den Kindergärtnerinnen oder Lehrern aber auch von Behörden, Ämtern usw. Weil sich die Mobilen nicht bruchlos an die zeitliche Organisation der lokalen Gesellschaft anpassen können, ergeben sich spezielle Probleme, die in der Alltagsorganisation multilokaler Arrangements bewegt und balanciert werden müssen. Mit ihrem Status als temporäre Mitglieder der lokalen Gesellschaften verbinden sich ihre Ambitionen auf temporäre Integration, deren einerseits soziale und andererseits politische Voraussetzungen im Weiteren besprochen werden sollen.

Die *sozialen Voraussetzungen* werden in den privaten Hauswirtschaften und in den Familienzusammenhängen und Freundeskreisen hergestellt. Sie beruhen auf persönlichen Beziehungen, innerhalb derer die desintegrierenden Wirkungen kompensiert werden. Integrationsarbeit leisten vor allem die Partnerinnen und Partner der Mobilen. Sie organisieren die Gelegenheiten, um immer wieder in die sozialen Zusammenhänge vor Ort einsteigen zu können. Sie halten den Freundeskreis zusammen, pflegen die Nachbarschaften und wirken vermittelnd. Gleichzeitig halten sie den Alltag von Haushalt und Familie aufrecht. Die Mitwirkung der Sesshaften ist erheblich für das Gelingen multilokaler Arrangements, weil sie den Mobilen ihre „Vollmitgliedschaften“ erhalten kann. Oft – jedoch nicht prinzipiell – sind Frauen in der Position der Sesshaften. Die Arbeitsteilung zwischen den Mobilen und den Sesshaften führt häufig zu Aushandlungsprozessen und Neufassungen konventioneller Geschlechterrollen. Die Mobilen suchen ihrerseits nach Wegen, um das Wiedereintauchen in die lokale

Gesellschaft so reibungslos wie möglich zu gestalten. Zeitung Lesen ist für viele ein Ritual geworden, um anzukommen. Die lokalen Zeitungen informieren über die relevanten Themen und Personen vor Ort und ermöglichen so die Teilnahme an den Stadtgesprächen. Die gelegentlich eingeschränkten face-to-face-Kontakte werden durch mediale Vermittlungen erweitert oder ersetzt. So ist auch das Telefonieren für viele Multilokale eine Praxis, um den Anschluss zu halten. Die Telefonate strukturieren eine neue Gesprächssituation, die anders funktioniert als die unvermittelten Gespräche im Alltag am gemeinsamen Ort. Sie verbinden sich für einige der Multilokalen mit einer höheren Intensität der sozialen Beziehungen. Dazu trägt deren Exklusivität bei, die zwischen je zwei Teilnehmern entsteht. Die Gespräche sind weniger beiläufig und umfassen eine Phase der Vorbereitung und des Nachdenkens. Sie werden stärker reflektiert, was die Inhalte nachhaltiger werden lässt. Die An- und Abwesenheiten sind durch die Arbeitszeitregelungen der Mobilen beeinflusst, deren Gestaltungsmöglichkeiten zum Gelingen der Multilokalität beitragen können. Aus der Organisation von Schicht-, Projekt-, Saison-, Zeitarbeit und ähnlichen Zeitregimen ergeben sich Rhythmen, die mit den Ortszeiten synchronisiert werden können. Solche Zeitfenster werden von den Mobilen genutzt für ihr soziales Leben in intimeren und offizielleren Zusammenhängen wie etwa Behördengänge, Arzttermine, Theaterbesuche, Gespräche mit den Lehrern der Kinder u. ä. neben den Kontakten zu Freunden, der Verwandtschaft ... Dagegen sind regelmäßige und anhaltende Engagements, wie sie in der Vereinsarbeit, in der Kirchengemeinde oder auch in politischen Parteien erwartet werden, in den multilokalen Arrangements schwerlich unterzubringen. Dennoch gibt es unter den Interviewpartnerinnen und -partnern einen Schachspieler, der mit seinem Klub in Sachsen-Anhalt die Meisterschaften spielt, obwohl er in München arbeitet und multilokal wohnt. Eine andere Interviewpartnerin ist Mitglied einer Kirchengemeinde an ihrem Arbeitsort. Die Termine des Gemeindelebens wägt sie von Mal zu Mal ab gegenüber den Terminen des Zusammenseins mit ihrem Mann am gemeinsamen Ort. Ein Dritter unterhält freundschaftliche Beziehungen in seiner neuen Nachbarschaft am Arbeitsort. Er lässt sich gerne auf Freizeit- und Hilfsaktionen ein „von Montag bis Donnerstag“, wie er sagt. Insgesamt gesehen scheinen die Unvereinbarkeiten jedoch praktisch erheblich und etliche der Mobilen konstatieren die Schrumpfung ihrer sozialen Beziehungen in unterschiedlichem Maße. Sie verlegen sich daher auf Freizeitaktivitäten, denen sie auch allein an den unterschiedlichen Orten nachgehen können. Rad fahren ist ein Beispiel dafür. Sportstudios sind Einrichtungen, die dieser Lebensführung entgegenkommen wegen ihrer Verfügbarkeit (Häufigkeit und Dauer des Angebotes) und wegen ihrer Geselligkeit, die nicht zwangsläufig an hohe Verbindlichkeit gekoppelt ist.

Multilokale Arrangements des Alltags

Resümierend: Die soziale Integration der Mobilen an ihren Orten wird zumeist in persönlichen und zum geringeren Teil in funktionalen Beziehungen organisiert. Die Mobilen sind selbst sorgend für ihre Integration zuständig, nicht allen gelingt dies. Sie können darüber hinaus zumeist auf die Unterstützung ihrer Partner, Freunde und Nachbarn rechnen, die auf die Temporalität der Beziehungen eingehen, indem sie die Abwesenheiten tolerieren und die Mitgliedschaften darum nicht prinzipiell in Frage stellen.

Die *politischen Voraussetzungen* für die temporäre Integration der Mobilen können hingegen nur von den politischen Institutionen der lokalen Gesellschaften organisiert werden. Sie leisten dies in einem bislang geringen Maße, was zu weiteren Überlegungen Anlass gibt. Der Ausgangspunkt dafür soll in der *modernen Konstellation* nationalstaatlich-industrieller Raumverhältnisse fixiert werden (Werlen 2008: 375), innerhalb derer die lokalen Gesellschaften einen definierten Platz einnehmen. Weiter schließt sich die Feststellung an, dass die moderne Konstellation der Raumverhältnisse erodiert in den Prozessen der Globalisierung. Multilokale Arrangements des Alltags können daraufhin bereits als Praxis *spätmoderner Konstellationen* interpretiert werden, um daran einige Überlegungen zu angemessenen lokalen Politiken anzuschließen.

Moderne Gesellschaften organisieren ihre Funktionen und Strukturen durch „rationale Territorialisierung entlang nationalstaatlicher Einrichtungen“ (Werlen 2008: 375). Diese Praxis impliziert den Zentralismus sowie die Top-down-Perspektive nationalstaatlicher Verwaltungen. In dieser Perspektive können die lokalen Gesellschaften gerade nicht als „globale Gesellschaft auf lokaler Basis“ wahrgenommen werden (König 1952: 41). Entlang nationalstaatlicher Einrichtungen „tritt ... der 'Anstaltscharakter' der Gemeinde als öffentlich-rechtliche Korporation stärker hervor“, um den „Verwaltungsgesichtspunkten“ zu entsprechen (König 1952: 39). Im Verhältnis zur rationalen Territorialisierung top down organisieren sich die Multilokalen subversiv. Sie entziehen sich der eindeutigen Zuordnung zu Territorien, indem sie interregional agieren. Sie tauchen mehrfach im Fokus der territorialen Verwaltungen auf und hinterlassen so „Spuren“, die nicht eindeutig im Sinne der amtlichen Raumbearbeitung sind. Sie weiten ihre Hauswirtschaften auf mehrere Standorte aus und widersprechen damit einem Begriff von Haushalt, der ihn auf *eine* Wohnung an *einem* Ort festlegt. Sie erscheinen an dem einen Ort als Singlehaushalt, obwohl sie an dem anderen in einer Haushaltsgemeinschaft leben. Sie mindern die Aussagekraft der Melderegister der Kommunen bzw. erhöhen deren Fehlerquote (Sturm & Meyer 2009). Die soziale Praxis der Akteure in multilokalen Arrangements liegt quer zu den Begriffen

und Verfahren des Verwaltungshandelns wie z.B. der Festschreibung von Erst- und Zweitwohnsitzen, den Finanzzuweisungen per Einwohnerzahl, der Meldepflicht und dem Melderegister und quer zu den Normalitätserwartungen, die sich auf diese Begriffe stützen.

Die These ist, dass die Praxis der multilokalen Arrangements zur Erosion der modernen Konstellation der Raumverhältnisse und zur Herausbildung von spätmodernen Konstellationen beitragen. Deren wesentliche Charakteristika sind die hohe Mobilität der Akteure, ihre temporären An- und Abwesenheiten an verschiedenen Orten, ihre Transfers zwischen verschiedenen ZeitOrten, ihre medial vermittelten Mitglied- bzw. Partnerschaften, ihre Gestaltungen von diskursiv revidierbaren Routinen wie z. B. die Arbeitsteilung zwischen Sesshaften und Mobilen u. a. m. (vgl. Werlen 2008: 377f.).

Welche politischen Voraussetzungen für die temporäre Integration ihrer mobilen Mitglieder könnte eine lokale Gesellschaft herstellen? Dafür müsste das Thema Multilokalität in den städtischen Öffentlichkeiten aller Städte bzw. Gemeinden reflektiert werden. Die multilokale Lebensführung sollte nicht allein als die Privatangelegenheit einiger Mitbewohner bewertet werden. Die multilokalen Arrangements vernetzen Orte und praktizieren neue Raumbeziehungen. Die Transfers der Multilokalen können Beiträge zum Wohlergehen der Lebensorte leisten.

An ihren Arbeitsorten tragen sie zur wirtschaftlichen Prosperität der Firmen und der Region bei. Hingegen können sie in diesen Städten bzw. Gemeinden als Temporäre auf die kommunale Politik kaum Einfluss nehmen und haben keine Bürgerrechte. Sie sollten an den Lebensorten Rechte auf Partizipation wahrnehmen können z.B. vermittlems eines mehrfachen Wahlrechts. Die Erhebung einer Zweitwohnsteuer sollte nicht die einzige Reaktion einiger der Kommunen auf das Zusammenleben mit temporären Mitbürgern bleiben. Deren Begründung mit der Inanspruchnahme von Leistungen zur Daseinsvorsorge durch die Mobilen ist dürftig angesichts der geringen Kenntnisse über die Praxis der Inanspruchnahme.

Aus den Erfahrungen der Mobilen ist ersichtlich, dass ihr politisches Engagement nur schwer mit den OrtsZeiten territorial organisierter Akteure vereinbar ist. Die Parteien, die sich in Ortsgruppen organisieren, können ein solches Engagement nur schwer integrieren. Gut vereinbar mit einer multilokalen Lebensführung ist die Mitarbeit in Organisationen, die in ortsungebundenen Netzwerkstrukturen agieren wie z. B. berufsständische Organisationen oder Interessenverbände. Das politische Engagement der Akteure in multilokalen Arrangements ist mit den modernen Konstellationen der rationalen Territorialisierung schwerlich vereinbar. Die Legitimation der Politik und

Multilokale Arrangements des Alltags

die Formen der Mitarbeit brauchen einen Flexibilisierungsschub, um den politischen Verhältnissen der Spätmoderne zu entsprechen.

Auf dem lokalen Wohnungsmarkt ihrer Arbeitsorte sind die temporären Mitbewohner spezielle Nachfrager, deren Bedürfnisse von der kommunalen Politik und den Anbietern nur unzureichend berücksichtigt werden. Firmenunterkünfte, Substandardwohnungen, Pensionen, Untermietverhältnisse sind Wohnformen, die eventuell bezahlbar aber wenig befriedigend sind. Mit angemessenen Wohnformen für multilokal Lebende wird experimentiert. Z. B. sind WGs mit anderen Multilokalen eine Praxis, die sich verbreitet, indem gemeinschaftliche Lösungen für anstehende Probleme gesucht und konzeptionelle Lücken praktisch gefüllt werden.

Mit ihren Einkommen, die sie anderswo erwirtschaften, stabilisieren die Mobilen wirtschaftlich schwache Regionen. Sie sichern ihre Haushalte und Lebensgemeinschaften an deren Standorten und vermeiden damit Abwanderungen. Auch ihre Wissenstransfers sind interregional angelegt und können die lokalen Gesellschaften bereichern. Dafür braucht es Verlaufsformen und Informationsflüsse. Die Mobilen überbrücken die Defizite, die in ihrer Abwesenheit entstehen, indem sie die Lokalzeitungen lesen. Für die Integration der Mobilen ist die Lokalberichterstattung ungemein wichtig. Wenn die Qualität und Dichte der Lokalzeitungen künftig weiter abnimmt, was begründet angenommen werden muss, sollte die Kommunalpolitik für den Wissenstransfers sorgen und dafür über geeignete Medien verfügen. Die Stadtgespräche bieten Anschlüsse für die temporären Bewohner, die ihr Ankommen organisieren und an der Meinungsbildung der städtischen Öffentlichkeit teilnehmen, wie auch deren Erfahrungen importiert werden können in lokale Kontexte.

Zusammenfassend wird gesagt, dass die kommunalen Politiken die multilokal Lebenden mit ihren speziellen Problemen kaum wahrnehmen, obwohl sie Akteure von interregionalen Transfers von Wissen und Finanzen sind. Deren Probleme beziehen sich auf die Lebensbedingungen an mehreren Orten, zu deren politischer Beeinflussung per Bürgerrecht sie lediglich an einem legitimiert sind. Weitere Restriktionen gehen von den Zeitordnungen der lokalen Gesellschaften aus, denen sich die Multilokalen nur temporär anpassen können. Ihr politisches Engagement ist besser vereinbar mit Organisationen, die sich als Netzwerke nicht an rationale Territorialisierungen binden. Mit diesen Beobachtungen verbindet sich die These, dass die multilokale Praxis zur Erosion der modernen Konstellation nationalstaatlich-industrieller Raumverhältnisse beiträgt und bereits einer postmodernen Konstellation zuzurechnen ist. Die multilo-

kalen Akteure erfinden eine Praxis und experimentieren mit Erfahrungen, die für die politische Gestaltung des Lokalen etwas bieten können.

Quellen

- Dangschat, Jens (1994): Segregation - Lebensstile im Konflikt, soziale Ungleichheiten und räumliche Disparitäten. In: Dangschat, Jens/Blasius, Jörg (Hg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Opladen. S. 426-445.
- Kreutzer, Florian; Roth, Silke (Hrsg.) (2006): Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität. Wiesbaden.
- Reuschke, Darja (2009): Raum-zeitliche Muster und Bedingungen beruflich motivierter multilokaler Haushaltsstrukturen. In: Sturm, Gabriele; Weiske, Christine (Hg.) a.a.O.
- Richarz, Irmintraut (Hg.) (1998): Der Haushalt. Neubewertung in der Postmoderne. Göttingen.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Temporalstrukturen in der Moderne, Frankfurt a.M.
- Schneider, Norbert F. (2008): Sedentary or Mobile? The Mobility of the European Workforce. www.jobmob-and-famlives.eu/download/pres1_Schneider_Sedentary-or-Mobile.pdf (abgerufen am 02. 12. 2008).
- Schneider, Norbert F. (2005): Leben an zwei Orten. Die Folgen beruflicher Mobilität für Familie und Partnerschaft. In: Mischau, Anina und Oechsle, Mechtild (Hg.): Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? Zeitschrift für Familienforschung Sonderheft 5. Wiesbaden: VS Verlag, 110-126.
- Sturm, Gabriele; Meyer, Katrin (2009): Was können die Melderegister deutscher Großstädte zur Analyse von residentieller Multilokalität beitragen? In: Sturm, Gabriele; Weiske, Christine (Hg.): Multilokales Wohnen. Informationen zur Raumforschung. Heft 1/2., Bonn. S. 15-29.
- Tietz, Udo (2002): Gemeinsinn, Gemeinwohl und die Grenzen des „Wir“. In: Münkler, Herfried; Bluhm, Harald: Gemeinwohl und Gemeinsinn. Zwischen Normativität und Faktizität. Berlin. S. 37-70.

Multilokale Arrangements des Alltags

- Weiske, Christine; Petzold, Knut; Zierold, Diana (2008): Multilokale Haushalte – mobile Gemeinschaften. Entwurf einer Typologie multilokaler Lebensführung. In: sozialersinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung. Heft 2. S.281-300.
- Weiske, Christine; Petzold, Knut; Zierold, Diana (2009): Multilokale Haushaltstypen. Bericht aus dem DFG-Projekt „Neue multilokale Haushaltstypen“ (2006-2008). In: Sturm, Gabriele; Weiske, Christine (Hg.): Multilokales Wohnen. Informationen zur Raumforschung. Heft 1/2., Bonn. S. 67-75.
- Werlen, Benno (2008): Körper, Raum und mediale Repräsentation. In: Döring, Jörg; Thielmann, Tristan (Hg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld. S. 365-392.

Verzeichnis der Autoren

- Aschauer, Wolfgang, Prof. Dr., An der Reitbahn 15b, 24937 Flensburg, wolfgang.aschauer@phil.tu-chemnitz.de
- Beckord, Claas, Dr., Regionalverband Ruhr, Strukturanalyse und -entwicklung, Kronprinzenstr. 35, 45128 Essen, beckord@rvr-online.de
- Brummert, Ulrike, Prof. docteur d'Etat, Technische Universität Chemnitz, Romanische Kulturwissenschaft, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz, ulrike.brummert@phil.tu-chemnitz.de
- Friedrich, Klaus, Prof. Dr., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Geowissenschaften, Abt. Sozialgeographie, Von-Seckendorff-Platz 4, 06120 Halle (Saale), klaus.friedrich@geo.uni-halle.de
- Gosar, Anton, Prof. Dr., Trnovski Pristan 12, SI-1000 Ljubljana, Slowenien, anton.gosar@guest.arnes.si (University of Primorska, Koper-Capodistria)
- Hudabiunigg, Ingrid, Prof. Dr., Im Hagen 9, 33739 Bielefeld, hudabiunigg@phil.tu-chemnitz.de
- Jeřábek, Milan, Doc. RNDr. Ph.D., Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem, Lehrstuhl für Geographie, České mládeže 8, CZ-400 96 Ústí nad Labem, Tschechische Republik, milanjerabek@iol.cz (in Zusammenarbeit mit Vladimír Lipský [EEL Ústí n. L.] und Christian Preußcher [EEL Pirna])
- Köppen, Bernhard, Jun.-Prof. Dr., Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, Juniorprofessur Demographieforschung & Anthropogeographie, Fortstraße 7, 76829 Landau, koepfen@uni-landau.de
- Leimgruber, Walter, Prof. Dr., Universität Fribourg, Humangeographie, Chemin du Musée 4, CH-1700 Fribourg, Schweiz, walter.leimgruber@unifr.ch
- Molter, Uli, M.A., Technische Universität Chemnitz, Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz, uli.molter@phil.tu-chemnitz.de
- Müller-Hohenstein, Klaus, Prof. Dr., Universität Bayreuth, Biogeographie, Universitätsstraße 30, 95440 Bayreuth, klaus.mueller-hohenstein@uni-bayreuth.de
- Neuss, Beate, Prof. Dr., Technische Universität Chemnitz, Internationale Politik, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz, beate.neuss@phil.tu-chemnitz.de
- Roch, Isolde, Prof. Dr., Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V., Abteilungsleiterin Regionalentwicklung/Landschaftsökologie, Weberplatz 1, 01217 Dresden, i.roch@ioer.de

Die Autoren

Scherm, Ilona, Technische Universität Chemnitz, Sächsisch-Tschechische Hochschulinitiative, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz, ilona.scherm@phil.tu-chemnitz.de

Stryjakiewicz, Tadeusz, Prof. Dr., Adam Mickiewicz Universität, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeographie und Raumplanung, ul. Dziazielowa 27, PL-61-680 Poznan, Polen, tadek@amu.edu.pl

Troeger-Weiss, Gabi, Prof. Dr., Technische Universität Kaiserslautern, Regionalentwicklung und Raumordnung, Gottlieb-Daimler-Straße, 67663 Kaiserslautern, troegerw@rhrk.uni-kl.de

Vartiainen, Perttu, Prof. Dr., Rektor, Universität Joensuu, Yliopistokatu 2, P.O.Box 111, FIN-80101 Joensuu, perttu.vartiainen@joensuu.fi

Vollmer, Michael, M.A., Technische Universität Chemnitz, Politische Theorie und Ideengeschichte, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz, michael.vollmer@phil.tu-chemnitz.de

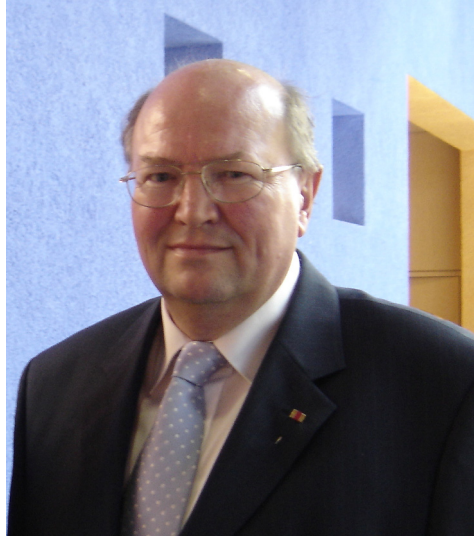
Weiske, Christine, Prof. Dr., Technische Universität Chemnitz, Soziologie des Raumes, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz, christine.weiske@phil.tu-chemnitz.de

Gratulanten

Nicht mit einem Beitrag beteiligt haben sich folgende Kollegen und (ehemalige) Mitarbeiter, die aber dennoch herzlich zum Geburtstag gratulieren:

- Berghäuser, Uwe, Dipl.-Geogr., Erhard-Zethner-Weg 8, 95336 Mainleus
- Dettmann, Klaus, Prof. Dr., Heinrich-Schütz-Straße 22, 95445 Bayreuth
- Dokoupil, Jaroslav, Doc. PaedDr., Ph.D., Westböhmisches Universität Pilsen, Veleslavínova 42, CZ-306 14 Plzeň, Tschechische Republik
- Hänsel, Gerhard, Dipl.-Geogr., Schieferweg 10, 95448 Bayreuth
- Lentz, Sebastian, Prof. Dr., Leibniz-Institut für Länderkunde, Schongauerstraße 9, 04329 Leipzig
- Popp, Herbert, Prof. Dr., Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Stadtgeographie und Geographie des ländlichen Raumes, Universitätsstraße 30, 95440 Bayreuth
- Tzschaschel, Sabine, Dr., Abteilung Deutsche Landeskunde, Leibniz-Institut für Länderkunde, Schongauerstraße 9, 04329 Leipzig
- Völker, Sebastian, Dipl.-Geogr., Huebstraße 29, CH-9402 Mörschwil
- Wastl-Walter, Doris, Prof. Dr., Head of the Department, Department of Geography, Hallerstraße 12, CH-3012 Bern
- Werner, Tobias, Dipl.-Geogr., Technische Universität Chemnitz, Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz
- Wildenauer, Marion, Dipl.-Geogr., Sudetenstraße 17, 82194 Gröbenzell

Curriculum Vitae



Curriculum Vitae

Curriculum Vitae

Curriculum Vitae

- 1949 geboren in Frankfurt am Main
- 1955-69 Besuch der Grundschule und des Gymnasiums (Abitur)
- 1969/70 Grundwehrdienst
- 1970-75 Studium der Geographie, Politik- und Erziehungswissenschaften an der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main
Stipendiat der Prof.-Dr.-Zerweck-Stiftung
- 1972-75 Studentischer Tutor am Geographischen Institut der Universität Frankfurt am Main
- 1975 Erstes Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Frankfurt am Main
- seit 1975 Mitarbeit im Rahmen der Lehrerfort- und Erwachsenenbildung sowie an hochschulgeographischen Lehrplänen
- 1976 Diplom im Fach "Geographie" an der Universität Frankfurt am Main
Akademischer Tutor am Institut für Kulturgeographie der Universität Frankfurt am Main
- seit 1976 zunächst gemeinschaftliche Bearbeitung, später eigenständige Betreuung angewandter Forschungsprojekte im Bereich der Raumplanung, Standortforschung, Wirtschaftsförderung usw., mit Unterstützung von Bundes- und Landesministerien, Landkreisen und Gemeinden sowie Verbänden, Firmen u.ä. Einrichtungen
- 1976/77 Stipendiat des Cusanus-Werkes
- 1977-93 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Wiss. Assistent, Akademischer Rat, Akademischer Oberrat, Oberassistent) am Institut für Geowissenschaften der Universität Bayreuth
- seit 1977 Betreuung in- und ausländischer Studenten- und Wissenschaftlergruppen
- 1979-85 Gründungs- und Vorstandsmitglied der "Gesellschaft für regionalwissenschaftliche Forschung Rhein-Main e.V." (RRM)
- 1980 Promotion zum Dr. phil. im Fachbereich Geographie der Universität Frankfurt am Main
- seit 1980 forschungsbedingte Auslandsaufenthalte
- 1981-93 Prüfer im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an der Universität Bayreuth
- seit 1983 Gewährung von Sachbeihilfen u.a. der Deutschen Forschungsgemeinschaft und von Wissenschaftsministerien zur Bearbeitung von Themen zur Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Humangeographie
Herausgeber der Schriftenreihe "Kommunal- und Regionalstudien"
- seit 1986 Habilitation zum Dr. rer. nat. mit einer Arbeit zum Thema "Raumbezogene Veränderungen des Urlaubsreiseverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland" an der Universität Bayreuth sowie Erteilung der Lehrbefähigung und -befugnis für das Fachgebiet "Geographie"
- 1987 Verleihung des mit DM 10.000,- dotierten Wissenschaftspreises der Oberfrankenstiftung
- 1987-94 Privatdozent an der Universität Bayreuth

Curriculum Vitae

- Prüfer im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen und Gymnasien sowie des Diploms im Fach "Geographie" an der Universität Bayreuth, einschließlich der Betreuung von Diplom- und Zulassungsarbeiten
- seit 1988 Mitglied im Promotions- und Habilitationsausschuss der Fakultät für Biologie, Chemie und Geowissenschaften der Universität Bayreuth
- 1990 Gründungs- und Vorstandsmitglied bzw. Kurator des "Instituts für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e.V."
- 1990-93 Lehrbeauftragter für "Angewandte Geographie", Universität Bamberg
- 1990-93 Lehrbeauftragter an Hochschulen in den neuen Bundesländern: Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (WS 1990/91); TU Chemnitz (SS 1991, WS 1991/92, SS 1992); PH Zwickau (SS 1992); TU Chemnitz-Zwickau (WS 1992/93); z.T. mit Unterstützung des DAAD, z.T. im Rahmen des Jean-Monnet-Projektes III der EG (Europa-Modul)
- 1990-94 Wissenschaftlicher Berater des Ausschusses für Regionalpolitik und Raumordnung der EG
- 1991 Vertretung einer C3-Professur für Wirtschaftsgeographie am Institut für Geographie der Universität Hamburg
- 1992 2. Listenplatz im Rahmen der Besetzung einer C3-Professur für Regionale Geographie an der TU Berlin
- seit 1992 Herausgeber der "Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung"
- 1993 Vertretung einer C4-Professur für Sozial- und Wirtschaftsgeographie an der TU Chemnitz-Zwickau
- seit 1993 Förderung des fachwissenschaftlichen Austauschs mit den tschechischen Universitäten Plzeň-Cheb und Ústí n.L. durch den DAAD, das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst u.a.
- seit 1994 C4-Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeographie an der TU Chemnitz
- Sprecher des Fachgebietes Geographie an der TU Chemnitz
- Prüfer für das Fach "Sozial- und Wirtschaftsgeographie" an der TU Chemnitz, Vorsitzender des gleichnamigen Prüfungsausschusses
- 1995 Verleihung des mit DM 5.000 dotierten Wissenschaftspreises der EUREGIO EGRENSIS
- seit 1995 Förderung des fachwissenschaftlichen Austauschs mit dem Institut für Geographie und Regionalplanung der finnischen Universität Joensuu (z.B. durch den DAAD)
- seit 1996 Gutachter der "Grantagentur" (entspricht in Tschechien der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“)
- seit 1997 Mitveranstalter politik- und regionalwissenschaftlicher Symposien zu Themen Mittel- und Osteuropas an der TU Chemnitz
- 1997-2006 Mitglied des Fakultätsrats der Philosophischen Fakultät der TU Chemnitz
- seit 1998 Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Curriculum Vitae

- Beteiligung am Erasmus-Programm (EU-geförderter Studentenaustausch)
- 1999-2004 Mitwirkung an dem an der TU Chemnitz eingerichteten Promotionskolleg "Nachhaltige Regionalentwicklung - Potentiale, Akteure und Konzepte einer zukunftsorientierten Entwicklung von Arbeit, Technik und Wirtschaft am Beispiel von Chemnitz und Südwestsachsen" der Hans-Böckler-Stiftung
- seit 1999 Realisierung mehrerer fachwissenschaftlicher Projekte mit Unterstützung verschiedener politischer Stiftungen (z.B. Friedrich-Naumann-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung)
- seit 2000 Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
- 2001 Gastprofessor am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Klagenfurt
- seit 2001 Mitwirkung am Studiengang „European Studies“ sowie an weiteren Bachelor- und Master-Studiengängen (z.B. „Europäische Integration“) der TU Chemnitz
- 2002-2006 Vorstandsmitglied des An-Instituts IREGIA e. V. der TU Chemnitz für Revitalisierung und Entwicklung von Gewerbe- und Konversionsflächen sowie Industrieanlagen
- seit 2002 Koordinator der TU Chemnitz für die Hochschulkooperation mit der Westböhmischen Universität
- 2002-2003 Federführender Betreuer des von der Robert-Bosch-Stiftung geförderten interdisziplinären Forschungsprojekts „Regionale Wandlungsprozesse in ausgewählten MOE-Ländern“
- 2003 Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (Bundesverdienstkreuz)
- 2003-2006 Wissenschaftlicher Koordinator des mit Interreg IIIA-Mitteln geförderten „Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums“ (STHZ)
- seit 2004 Korrespondierendes Mitglied der „Geographical Society of Finland“
- 2005 Verdienstmedaille der Westböhmischen Universität Plzeň
- 2005-2006 Durchführung regionalwissenschaftlicher Forschungsaktivitäten und Vortragstätigkeiten in Bulgarien (u. a. mit Unterstützung der Europäischen Kommission, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit)
- Mitwirkung an der Vorbereitung und Durchführung der Summer School 2005: „Franken 2010“ und 2006: „Die Kunst, Zukunft zu gestalten“ (u. a. mit Unterstützung der Commerzbank)
- 2005-2008 Vertrauensdozent der „Stiftungsinitiative Gottfried Herder“
- seit 2005 Studium weltweiter regionaler Entwicklungsprozesse (Neuseeland, Malaysia, Korea, Kanada) bzw. von Global Cities (Auckland, Seoul, Singapur, Vancouver)
- Durchführung regionalwissenschaftlicher Forschungsaktivitäten und Vortragstätigkeiten in der Republik Korea (u. a. mit Unterstützung des „Asia Research Fund“, der Universität Incheon)

Curriculum Vitae

- 2006-2008 Wissenschaftlicher Koordinator des mit Interreg IIIA-Mitteln geförderten „Sächsisch-Tschechischen Hochschulkollegs“ (STHK), das 2008 sowohl mit dem Ehrenpreis der „Initiative Südwestsachsen e.V.“ als auch mit einer Urkunde der „Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen“ ausgezeichnet wurde
- seit 2007 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der tschechischen Fachzeitschrift „Geographica“ (Universität Olomouc/Olmütz)
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der tschechischen Fachzeitschrift „Auspicia“ (Hochschule für Technik und Wirtschaft České Budějovice/Budweis)
Mitveranstalter der „Goldkronacher Gespräche zur Kommunal- und Regionalentwicklung“ in Goldkronach/Oberfranken
- seit 2008 Kuratoriumsmitglied des „Dresdner Osteuropa Instituts e.V.“
- seit 2009 Geschäftsführender Direktor des „Instituts für Europäische Studien“ an der Technischen Universität Chemnitz
Wissenschaftlicher Koordinator der mit Ziel-3-Mitteln geförderten „Sächsisch-Tschechischen Hochschulinitiative (STHI)“

Schriftenverzeichnis

- Wolf, Klaus; Jurczek, Peter (1974): Struktur und Entwicklung von Freizeit und Fremdenverkehr im Odenwaldkreis. Frankfurt/Main (Materialien, Geographisches Institut der Universität Frankfurt, 1).
- Jurczek, Peter (1975): Geographierelevante Überlegungen zum studentischen Wohnen. In: Gierhake, Ortwin (Hg.): Probleme der Naherholung im Verdichtungsraum Rhein-Main, untersucht am Beispiel des Campingplatzes "Bärensee" (bei Hanau). Frankfurt/Main (Materialien, Geographisches Institut der Universität Frankfurt, 3), S. 82-132.
- Jurczek, Peter (1975): Naherholung und Urlaub in den Niederlanden als raumgestaltende Freizeitaktivitäten. In: Wolf, Klaus (Hg.): Suburbane Transformationsprozesse in Verdichtungsräumen der Niederlande. Frankfurt am Main (Materialien, Geographisches Institut der Universität Frankfurt, 2), S. 117-131+ 164-171.
- Jurczek, Peter (1975): Wohnorte und -wünsche Frankfurter Studenten. In: Uni-Report, H. 5, S. 8.
- Jurczek, Peter (1976): Frankfurter Innenstadt als überregionales Einkaufszentrum. In: Mitteilungen der IHK Frankfurt am Main, H. 10/11, S. 337-339.
- Jurczek, Peter (1976): Kleinräumige Untersuchungen in ihrer geographischen Relevanz: der "Mini"-Standort. Dargestellt an Beispielen aus dem Wohn-, Freizeit- und Versorgungsbereich. In: Wolf, Klaus (Hg.): Sozialgeographische Fragestellungen. Beitr. zum Symposium in Ljubljana/Maribor im Oktober 1975. Frankfurt/Main (Materialien, 5), S. 61-80.
- Jurczek, Peter (1976): Versorgungsstruktur und städtebauliche Probleme von Shopping Centers in Verdichtungsräumen. In: Bauwelt, H. 22, S. 678-681.
- Jurczek, Peter (1977): Ländliche Siedlungsstruktur und kommunale Fremdenverkehrsentwicklung im südlichen Odenwaldkreis. In: Beiträge zur Erforschung des Odenwaldes und seiner Randlandschaften, S. 105-126.
- Jurczek, Peter (1977): Militär und Umwelt. Probleme militärischer Raumnutzung. In: Militärpolitik Dokumentation, H. 6, S. 1-50.
- Jurczek, Peter (1977): Ökologische Auswirkungen militärischer Aktivitäten in Friedenszeiten. In: ami, H. 2, S. 19-26.
- Jurczek, Peter (1977): Unterrichtsformen zur Vermittlung der Sozialgeographie an der Hochschule. In: Geographische Rundschau, Beiheft, H. 1, S. 7-14.
- Jurczek, Peter (1978): Der Wandel der Wohnstandorte und des Wohnverhaltens im Stadtrandbereich von Großstädten. Mit Beispielen aus dem Rhein-Main-Gebiet. In: Locumer Protokolle, H. 8, S. 50-63.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (1978): Entwicklung der Einkaufssituation in Frankfurt am Main-Fechenheim. In: Mitteilungen der IHK Frankfurt am Main, H. 15/16, S. 488-492.
- Jurczek, Peter (1978): Errichtung, Struktur und Nutzung von Feriendörfern in Mittelgebirgen. Frankfurt/Main (Materialien, Geographisches Institut der Universität Frankfurt, 6).
- Jurczek, Peter (1978): Raumbeanspruchung und -disparitäten alter Menschen, dargestellt am Beispiel von Frankfurt am Main. In: Geographica Slovenica, H. 8, S. 93-110.
- Jurczek, Peter (1978): Studienreisen aus geographischer Sicht. In: Studienkreis für Tourismus (Hg.): Studienreisen zwischen Bildungsanspruch und Vermarktung. Bericht über ein Expertengespräch der evangelischen Akademie Tutzing und des Studienkreises für Tourismus e.V. vom 30.9.-2.10.1977 in Nürnberg. Starnberg, S. 63-71.
- Jurczek, Peter (1978): Tourismus im Schulbuch. In: Jahrbuch für Jugendreisen und Internationalen Jugendaustausch, S. 7-16.
- Jurczek, Peter (1980): Chancen und Probleme der touristischen Entwicklung westdeutscher Mittelgebirgsregionen. In: Becker, Christoph (Hg.): Innovationen und künftige Entwicklung des Fremdenverkehr. Trier, S. 167-187.
- Jurczek, Peter (1980): Der Rand des Verdichtungsraumes als Überlagerungsgebiet von Naherholung und Urlaubsverkehr. Erläutert am Beispiel des östlichen Rhein-Main-Gebietes. In: Münstersche Geographische Arbeiten, H. 7, S. 101-107.
- Jurczek, Peter (1980): L'aménagement touristique des régions rurales en Allemagne. In: Cahiers Nantais, H. 17, S. 161-175.
- Jurczek, Peter (1980): Strukturanalyse der ländlichen Gemeinde Wallenfels/Landkreis Kronach. In: Bayreuther Geowissenschaftliche Arbeiten, Bd. 1, S. 131-144.
- Jurczek, Peter (1981): Eine Strukturanalyse am Beispiel hessischer Feriendörfer. In: Studienkreis für Tourismus (Hg.): Urlaub in Feriendörfern. Starnberg.
- Jurczek, Peter (1981): Freizeit, Fremdenverkehr und Naherholung. Stand der Erforschung. In: Praxis Geographie, H. 2, S. 45-49.
- Jurczek, Peter (1981): Regionalplanung – selbstverständlicher Bestandteil der Hochschulgeographie. In: Standort, H. 1, S. 15-18.
- Jurczek, Peter (1981): Sozialräumliche Wandlungsprozesse in Verdichtungsräumen. Dargestellt am Beispiel "Wohnen" in Frankfurt am Main – Bergen Enkheim. Dissertation. Frankfurt am Main (Rhein-Mainische Forschungen, 95).
- Jurczek, Peter (1981): Stand und Entwicklung des Deutschland-Urlaubs zu Beginn der achtziger Jahre. In: Der Fremdenverkehr, H. 9, S. 28-30.
- Jurczek, Peter (1982): Bevölkerungszuwanderung und kommunale Entwicklung. In: Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung, H. 7/8, S. 231-33.
- Jurczek, Peter (1982): Regionalplanerische Überlegungen vor der Errichtung von Feriensiedlungen. In: Deutscher Naturschutzring e.V.; Bundesverband für Umweltschutz

Schriftenverzeichnis

- (DNR); Bund Natur- und Umweltschutz Rheinland-Pfalz e.V. (BNR) (Hg.): Ferien-siedlungen und Naturschutz. Bonn, S. 26-1.
- Jurczek, Peter (1982): Tourismus in Peripherregionen. Chancen und Grenzen der touristischen Entwicklung von Wallenfels/Frankenwald. Frankfurt/Main (Beiträge zur angewandten Wirtschafts- und Sozialforschung/Raumwissenschaft, 3).
- Jurczek, Peter (1982): Wie sich Maintal in den letzten 30 Jahren verändert hat. Wirtschafts- und sozialräumliche Wandlungsprozesse in großstadtnahen Gemeinden. In: Geographie heute, H. 9, S. 28.
- Jurczek, Peter (1982): Wiesbaden – Entwicklungstendenzen und funktionale Typisierung der hessischen Landeshauptstadt + Wiesbadener Umland und Außenbezirke. In: Sammlung Geographischer Führer (Hg.): Das Rhein-Main-Gebiet. Stuttgart, S. 120-131 + S. 132-154.
- Jurczek, Peter (1982): Zum aktionsräumlichen Verhalten und zur Ortsintegration von Alt- und Neubürgern am Rand von Verdichtungsräumen. Diepersdorf (Landkreis Nürnberger Land). In: Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft, H. 27/28, S. 351-419.
- Jurczek, Peter (1983): Der Verdichtungsraum in Regionalforschung und zukünftiger Raumordnung. Beispiel Rhein-Main-Gebiet. Frankfurt/Main.
- Jurczek, Peter (1983): Fremdenverkehrsplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Beispiel Frankenwald. In: Europäische Hochschulschriften. Frankfurt/Main; Bern; New York, Bd. 10.
- Jurczek, Peter (1983): Seminareinheit "Wohnvorortbildung, Transformation" im Rahmen eines kulturgeographischen Unterseminars. In: Karlsruher Manuskripte zur Mathematischen und Theoretischen Wirtschafts- und Sozialgeographie, H. 65, S. 45-51.
- Jurczek, Peter; Wolf, Klaus; Schymik, Franz (Hg.) (1983): Der Verdichtungsraum in Regionalforschung und zukünftiger Raumordnung. Beispiel Rhein-Main-Gebiet. Frankfurt/Main.
- Jurczek, Peter (1984): Der Stellenwert der Planungsdidaktik in der geographischen Ausbildung - eine Problemskizze. In: Material zur Angewandten Geographie, H. 8, S. 41-46.
- Jurczek, Peter (1984): Kommunale Fremdenverkehrsentwicklung und -planung in der BRD: mit einigen Anmerkungen zur Arbeitsweise sowie zu den Problemen zentraler Zimmervermittlungssysteme. In: Jahrbuch für Fremdenverkehr, Jg. 30/31, S. 38-66.
- Jurczek, Peter (1984): Touristische Entwicklungsperspektiven, Strukturprobleme und Planungsüberlegungen in den Fremdenverkehrsgebieten der Bundesrepublik Deutschland. In: Revue de tourisme, H. 2, S. 12-16.
- Jurczek, Peter (1984): Ziele und Probleme bei der staatlichen Förderung öffentlicher Freizeit- und Fremdenverkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Zonenrandgebiet. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, H. 2, S. 357-379.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (1985): Groß- und kleinräumige Auswirkungen des Ferntourismus auf Peru. In: Die Erde, H. 116, S. 27-47.
- Jurczek, Peter (1985): Interpretation der Umwelt bei Reisen. In: Osnabrücker Studien zur Geographie, H. 7, S. 161-180.
- Jurczek, Peter; u.a. (1985): Aktivraum/Passivraum. In: Meynen, Emil (Hg.): International geographical glossary. Glossaire géographique international = Internationales geographisches Glossarium. Dt. Ausg. Stuttgart.
- Wolf, Klaus; Schymik, Franz; Jurczek, Peter (1985): Öffentlichkeitsbezogene Institutionen und Raumentwicklung – Einwirkungsmöglichkeiten und Realisierung im Verdichtungsraum. Frankfurt/Main (Rhein-Mainische Forschungen, 101).
- Atzkern, Heinz-Dieter; Jurczek, Peter (1986): Ludwigsstadt. Sozialraumwandel und Stadtentwicklung. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 1).
- Jurczek, Peter (1986): Städte-ABC Bayern. In: Deutschland, Porträt einer Nation. Bayern, Baden-Württemberg, Saarland. Gütersloh (8), S. 114-122.
- Jurczek, Peter (1986): Städtetourismus in Oberfranken. Stand und Entwicklungsmöglichkeiten des Fremdenverkehrs in Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof. München (Beiträge zur Kommunalwissenschaft, 21).
- Jurczek, Peter (1986): Stadtsanierung im ländlichen Raum. Exemplarische Stadtgänge in Coburg, Kronach und Seßlach. In: Hopfinger, Hans (Hg.): Franken – Planung für eine bessere Zukunft. Ein Führer zu Projekten d. Raumplanung, S. 257-284.
- Jurczek, Peter; Wolf, Klaus (1986): Geographie der Freizeit und des Tourismus. Stuttgart.
- (1987): 45. Deutscher Geographentag Berlin 1985. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Stuttgart.
- Jurczek, Peter (1987): 10 Merkmale für den Fremdenverkehr. In: Spektrum der UBT, H. 1, S. 23–24.
- Jurczek, Peter (1987): Geographische Tourismusforschung und regionale Fremdenverkehrsplanung im ländlichen Raum. Dargestellt am Beispiel von Nordostbayern. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, H. 3/4, S. 207-222.
- Jurczek, Peter (Hg.) (1987): Mitwitz. Zukunftsaussichten und Entwicklungsperspektiven. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 3).
- Jurczek, Peter (1987): Wandel des Urlaubsreiseverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1980. In: 45. Deutscher Geographentag Berlin 1985. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Stuttgart, S. 217-222.
- Jurczek, Peter (1987): Weißenbrunn. Strukturanalyse und Ortsgestaltung. Kronach/ München/Bonn.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (1988): Die Folgeerscheinungen des Urlaubsreiseverkehrs und dessen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland. Mit Beispielen aus den bayerischen Alpen und Voralpen. In: Innsbrucker Geographische Studien, H. 16, S. 219-232.
- Jurczek, Peter (1988): Die soziodemographische Struktur und regionale Herkunft der Urlaubsreisenden der Bundesrepublik Deutschland. In: Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie, H. 17, S. 257-277.
- Jurczek, Peter (1988): Landwirtschaft und Landhandel in Oberfranken: Beispielräume Bindlach, Burgebrach, Hollfeld, Kulmbach, Naila, Rodach u. Wunsiedel. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 4).
- Jurczek, Peter; Maier, Jörg; Troeger-Weiß, Gabi (1988): Analyse der Nachfragestruktur in oberfränkischen Heilbädern und Kurorten. Vorstudien zum oberfränkischen Bäder-Konzept. Bayreuth (Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, 62).
- Kreutzer, Claudia; Lein, Jürgen; Vökl, Helmut; Jurczek, Peter (1988): Konzepte und Strategien zur regionalen Entwicklung eines peripheren Raumes (Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Sonderheft 3).
- Jurczek, Peter (1989): Changes in the Geographic Way of Traveling in the Federal Republic of Germany: Illustrated with the Example of choice of Transportation – Reflecting the General Social Change. In: Zimmermann, F. (Hg.): Proceedings – Austrian Meeting of the IGU-Commission of Geography of Tourism and Leisure, Pörtlach am Wörthersee 22-28 May 1988 (Klagenfurter Geographische Schriften, 9), S. 103-109.
- Jurczek, Peter (1989): Probleme und Perspektiven der Tourismusplanung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aufhauser, Elisabeth (Hg.): Regionalwissenschaftliche Forschung: Fragestellungen einer empirischen Disziplin; Beiträge zur 3. Tagung für Regionalforschung und Geographie, Zell am Moos, 12.-15. Oktober 1988. Wien (AMR-Info: Mitteilungen des Arbeitskreises für Regionalforschung, 19), S. 287-293.
- Jurczek, Peter (1989): Städtetouristische Entwicklungsstrategien, kommunales Fremdenverkehrsmarketing und lokale Hotelneubauplanung. Dargestellt am Beispiel der Stadt Kronach. In: REGIOGRAPH-Arbeitsunterlagen, H. 3.
- Jurczek, Peter (1989): Tourismus und Verkehr im "Land an der Romantischen Straße". Fremdenverkehrsplanung und -marketing. Kronach/München/ Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 7).
- Jurczek, Peter; Gerber, Michael (1989): Städtepartnerschaft Hof – Joensuu/Finnland. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 6).
- Jurczek, Peter (1990): Kulturtourismus – Tourismuskultur: Kulturelles Potential und "gebaute" Umwelt als Entwicklungselemente des Fremdenverkehrs. In: Oberfränkische Wirtschaft, H. 12, S. 14-15.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (1990): Naila. Fremdenverkehrskonzeption und Industrietourismus. Unter Mitarbeit von Petra Adden. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 11).
- Jurczek, Peter (1991): Odenwald, Spessart, Rhön. In: Deutschland. Porträt einer Nation, H. 8, S. 110-113.
- Jurczek, Peter (1991): Was leistet kommunales Marketing. In: Bayerischer Sparkassen- und Giroverband (Hg.): Kommunale Wirtschaftsförderung ländlicher Gemeinden. München, S. 11-15.
- Jurczek, Peter (1992): Agrartourismus im Raum Seßlach/Landkreis Coburg. Bayreuth/Frankfurt am Main (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 2).
- Jurczek, Peter (1992): Ideen zur Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs in der Fränkischen Schweiz. Bayreuth/Frankfurt am Main (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 1).
- Jurczek, Peter (1992): Seßlach. Landkreis Coburg: Agrarstrukturelle Vorplanung. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 16).
- Jurczek, Peter; Güntner, Karin (1992): Finnland und der EG-Binnenmarkt, dargestellt am Beispiel der Stadt Joensuu/Nordkarelien. Bayreuth/Frankfurt am Main (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 3).
- Jurczek, Peter; Troeger-Weiß, Gabi (1992): Landkreis Auerbach. Kommunale Wirtschaftsförderung und regionales Standortmarketing. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 19).
- Jurczek, Peter (1993): Entwicklungskonzept für die Heilbäder und Kurorte im Dreiländereck Bayern – Sachsen – Böhmen. Bayreuth.
- Jurczek, Peter (1993): Grenzüberschreitende Entwicklungskonzepte und deren Umsetzung: das Dreiländereck Bayern – Sachsen – Böhmen als Beispiel. In: Schaffer, Franz (Hg.): Innovative Regionalentwicklung. Von der Planungsphilosophie zur Umsetzung; Festschrift für Konrad Goppel. Augsburg (Angewandte Sozialgeographie, 28: Sonderband), S. 180-187.
- Jurczek, Peter (1993): Hat Oberfranken eine regionale Identität? In: Geographie heute, H. 116, S. 32-38.
- Jurczek, Peter (1993): Nailas Entwicklung von 1945 bis heute. In: Stadt Naila (Hg.): 650 Jahre Naila: 1343-1993. Jubiläumsbegleiter der Stadt Naila, S. 33-56.
- Jurczek, Peter (1993): Přeshraniční regionální Rozvoj bavorsko-sasko-ceského Pohraničí (Grenzüberschreitende Regionalentwicklung im bayerisch-sächsisch-tschechischen Grenzraum). In: Miscellanea Geographica, H. 1, S. 19-23.
- Jurczek, Peter (1993): Trilaterales Entwicklungskonzept für Nordostbayern, das Sächsische Vogtland und Nordwestböhmen. In: Oberfranken Journal.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter; Kadner, Beate (1993): Teichwirtschaft und Fischgastronomie in Oberfranken. Bayreuth/Frankfurt am Main (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 6).
- Jurczek, Peter (1994): Grenzüberschreitende Entwicklung im östlichen Frankenwald und Oberen Saaleetal. Bayreuth/Frankfurt am Main (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 10).
- Jurczek, Peter (1994): Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in Regionen mit besonderem Ordnungs- und Entwicklungsbedarf. Fallstudie Region Vogtland/Nordostbayern. Bayreuth/Frankfurt am Main (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 8).
- Jurczek, Peter; Berghäuser, Uwe (1994): Fremdenverkehrsentwicklung und -planung im südwestlichen Landkreis Kulmbach. Marktgemeinden Thurnau, Kasendorf und Wonses. Bayreuth/Frankfurt am Main (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 9).
- Jurczek, Peter et al. (1994): Grenzübergreifendes Aktionsprogramm für die Euregio/Euroregio Egrensis. Dresden/Erfurt/München/Praha.
- Jurczek, Peter; Güntner, Karin (1994): Auswirkungen der Grenzöffnung auf Ober- und Mittelfranken. Eine Bestandsaufnahme auf der Basis empirischer Erhebungen. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 21).
- Jurczek, Peter (1995): Ansätze zur grenzüberschreitenden Entwicklung in der Euregio Egrensis. In: Frankfurter Wirtschafts- und Sozialgeographische Schriften, H. 67, S. 109-137.
- Jurczek, Peter (1995): Die Chemnitzer Geschäftsstraße „Brühl“. Eine Beurteilung aus Sicht der Bevölkerung. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 12).
- Jurczek, Peter (1995): Geographen engagieren sich für die Region. In: TU-Spektrum Chemnitz, S. 16-15.
- Jurczek, Peter (1995): Neue Formen von Städtesystemen in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. In: Miscellanea Geographica, H. 4, S. 24-29.
- Jurczek, Peter (1995): Städtenetze – Überlegungen zur Entwicklung raumwissenschaftlicher Konzeptionen. In: Antrittsvorlesungen der Philosophischen Fakultät. Chemnitz, S. 215-227.
- Jurczek, Peter (1995): Städtenetze von morgen. In: Deutsche Universitäts-Zeitung, H. 5, S. 15.
- Jurczek, Peter; Mundil, Richard; Roch, Isolde (1995): Trilaterales Entwicklungskonzept für den bayerisch-sächsisch-tschechischen Grenzraum, Nordostbayern-Sächsisches Vogtland-Nordwestböhmen. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 14).
- Berghäuser, Uwe; Jurczek, Peter (1996): Agrarstrukturelle Vorplanung für den ländlichen Nahbereich des Möglichen Oberzentrums Marktredwitz/Wunsiedel. Gemeinde Bad Alexandersbad, Stadt Marktredwitz, Gemeinde Nagel, Gemeinde Röslau, Gemeinde

Schriftenverzeichnis

- Tröstau, Stadt Wunsiedel. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 25).
- Callies, Christian; Jurczek, Peter (1996): Radwegekonzeption für den Landkreis Greiz. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 20).
- Jurczek, Peter (Hg.) (1996): Die Gemeinden und Europa. Ergebnisse des Achten Heiligenstadter Gespräches und des Europa-Forums in Gunzenhausen. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 26).
- Jurczek, Peter (1996): Möglichkeiten und Schwierigkeiten der grenzüberschreitenden Entwicklung sowie Formen der grenzübergreifenden Kooperation im sächsisch-bayerisch-tschechischen Dreiländereck. In: Bürkner, Hans-Joachim (Hg.): Geographische Grenzraumforschung im Wandel. Potsdam (Praxis Kultur- und Sozialgeographie, 15), S. 35-42.
- Jurczek, Peter (1996): Planungsvorschläge für Nordostbayern aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger im Rahmen des Trilateralen Entwicklungskonzeptes. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 21).
- Jurczek, Peter (1996): Regionale Entwicklung über Staatsgrenzen: das Beispiel der Euregio Egrensis. Im Auftr. des Instituts für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e.V. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 23).
- Jurczek, Peter (1996): Regionalwissenschaftliche Überlegungen zur „Lernenden Region Chemnitz“. In: Das Netzwerk Lernende Region Chemnitz, S. 17-22.
- Jurczek, Peter (1996): Städtekooperation und Regionalentwicklung über Landesgrenzen, dargestellt am Beispiel des Sächsisch-Bayerischen Städtennetzes. In: DVAG (Hg.): Materialien zur Angewandten Geographie. Köln (63), S. 55-69.
- Jurczek, Peter (1996): Städtennetze in ihrer raumordnungspolitischen Dimension. In: DVAG (Hg.): Materialien zur Angewandten Geographie. Köln (63).
- Jurczek, Peter (1996): The Inception of a Joint Development concept in the Bavaria-Saxonia-Bohemia Triangle. Joensuu (Joensuun yliopisto. Kulttuuri- ja suunnittelumaantiede. Tiedonantoja, 30).
- Jurczek, Peter (1996): Umsetzung regionalpolitischer Zielsetzungen der Europäischen Union auf kommunaler Ebene in Ober- und Mittelfranken. In: Jurczek, Peter (Hg.): Die Gemeinden und Europa. Ergebnisse des Achten Heiligenstadter Gespräches und des Europa-Forums in Gunzenhausen. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 26), S. 23–57.
- Jurczek, Peter (1996): Wirtschaftliche und soziale Grunddaten für die Revitalisierung der Städte und die regionale Entwicklung in Südwestsachsen. Teil II: Entwicklungsziele, Bewertung, Handlungsbedarf. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 23).

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (1996): Wirtschaftliche und soziale Grunddaten für die Revitalisierung der Städte und die regionale Entwicklung in Südwestsachsen. Teil I: Bestandsaufnahme. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 22).
- Jurczek, Peter (1996): Zielsetzung, Vorgehensweise und thematische Schwerpunktsetzung im Sächsisch-Bayerischen Städtenetz. In: Arbeitsgemeinschaft Sächsisch-Bayerisches Städtenetz (Hg.): Kooperation der Städte Bayreuth, Chemnitz, Hof, Plauen und Zwickau im Sächsisch-Bayerischen Städtenetz. Eine Zwischenbilanz der interkommunalen Zusammenarbeit. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 26), S. 39-75.
- Jurczek, Peter et al. (Hg.) (1996): Kooperation der Städte Bayreuth, Chemnitz, Hof, Plauen und Zwickau im Sächsisch-Bayerischen Städtenetz. Chemnitz.
- Jurczek, Peter; Rieger, Hanno (1996): Nutzungsverbesserung und Attraktivitätssteigerung von Bahnhöfen im Landkreis Chemnitzer Land. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 19).
- Atzkern, Heinz-Dieter; Jurczek, Peter (1997): Multimedia in einer sächsischen Mittelstadt. METASA-Teilprojekt Torgau. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 30).
- Jurczek, Peter (1997): Das Sächsisch-Bayerische Städtenetz: Projektorientierte Zusammenarbeit der Städte Bayreuth, Chemnitz, Hof, Plauen und Zwickau. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Regionale Entwicklungskonzepte und Städtenetze. Von der Regionalplanung zur Regionalentwicklung. Hannover (Arbeitsmaterial, 235), S. 69-78.
- Jurczek, Peter (1997): Grenzüberschreitendes Entwicklungskonzept „Mittlerer bayerisch-tschechischer Grenzraum. München/Praha.
- Jurczek, Peter (1997): Objectives and perspectives of the trans-border co-operation. In: House for Polish-German Co-operation (Hg.): The Situation and Perspectives of Trans-border Development and Co-operation of Border-regions in Germany, Poland, Slovakia and the Czech Republic. Gliwice.
- Jurczek, Peter (1997): Skizze des Modellvorhabens "Sächsisch-Bayerisches Städtenetz". In: Informationen zur Raumentwicklung, S. 449-450.
- Jurczek, Peter (1997): Zwischenbilanz der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in den deutsch-tschechischen Euroregionen, dargestellt am Beispiel der Euregio Egrensis. In: Goppel, Konrad (Hg.): Experimentelle Geographie und Planung. Theorie – Management – Praxis. Festschrift für Franz Schaffer. Augsburg (Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, 1).
- Jurczek, Peter et al. (1997): Einschätzung der Entwicklung und Zusammenarbeit im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet. Eine Beurteilung durch Bewohner der Euroregionen

Schriftenverzeichnis

- Eggenis und Erzgebirge. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 29).
- Jurczek, Peter; et.al. (1997): Zur Zentrenentwicklung in der Stadt Schwarzeiche. Ein Meinungsbild aus Sicht der Bevölkerung. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 28).
- John, Brigitte; Callies, Ingrid; Jurczek, Peter (1998): Datenatlas für das Gebiet der Euregio Eggenis. Sozioökonomische Strukturen und Entwicklungen. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 33).
- Jurczek, Peter (1998): Chancen und Probleme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze. In: Neuss, Beate (Hg.): Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Tübingen, S. 114-122.
- Jurczek, Peter (1998): Das Problem der Grenze: Schwierigkeiten der regionalen Entwicklung im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet und Vorschläge zu deren Lösung. In: Mehner, Elke (Hg.): Gute Nachbarn – schlechte Nachbarn. Chemnitz, S. 7-12.
- Jurczek, Peter (1998): Dienstleistungen. In: Kulke, Elmar (Hg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Gotha, S. 157-161.
- Jurczek, Peter (1998): Entwicklungsstrategien im mittleren bayerisch-tschechischen Grenzraum. In: *Miscellanea Geographica*, H. 6, S. 32-43.
- Jurczek, Peter (1998): Fremdenverkehr. In: Kulke, Elmar (Hg.): Wirtschaftsgeographie Deutschlands. Gotha, S. 248-266.
- Jurczek, Peter (1998): Options of EU Regional Policy in Border Areas in the Finnish-Russian Context. In: *Europäische Zeitschrift für Regionalentwicklung*, H. 6, S. 42-49.
- Jurczek, Peter (1998): Regionalwissenschaftliche Erkenntnisse zur räumlichen Kooperationsforschung in Südwestsachsen. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): *Sächsische Regionalplanung – eine Bilanz nach fünf Jahren. Anforderungen aus dem neuen Raumordnungsrecht und aus der Raumforschung*. Hannover (Arbeitsmaterial, 245), S. 15–28.
- Jurczek, Peter; Merkes, Thomas; Benighaus, Ludger (1998): Regionalwirksamkeit der Technischen Universität Chemnitz. Regionalökonomische und soziokulturelle Effekte in Südwestsachsen. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 32).
- Jurczek, Peter (1999): Die Lernende Region Chemnitz: Grunddaten und Entwicklungstendenzen. In: Schöne, Roland (Hg.): *Lernende Region Chemnitz – Ausgewählte Beiträge*. Chemnitz, S. 20-49.
- Jurczek, Peter (1999): Die Lernende Region Chemnitz: Leitbild und Handlungsorientierung. In: Schöne, Roland (Hg.): *Lernende Region Chemnitz – Ausgewählte Beiträge*. Chemnitz, S. 1-19.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (1999): Fragen zu grenzübergreifendem Verkehr und Tourismus. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Deutsch-tschechische Nachbarschaft: Chancen der Zusammenarbeit in der Euregio Egrensis. Falkenberg.
- Jurczek, Peter (1999): Geografie und Regionalentwicklung + Gebietskörperschaften im Regierungsbezirk. In: Heilmann, Paul-Willy (Hg.): Die Region Südwestsachsen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Chemnitz, S. 26-35 + S. 153-154.
- Jurczek, Peter (1999): Interkommunale Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr und Tourismus am Beispiel des Sächsisch-Bayerischen Städtenetzes. In: Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Brandenburg sowie Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Umweltschutz und Technologie Berlin (Hg.): Raumrelevante Kooperationsfelder zwischen der Metropole Berlin und dem Städtekranz (Arge REZ). Potsdam, S. 28-34.
- Jurczek, Peter (1999): Neue Formen der regionalen Zusammenarbeit – mit Beispielen aus Südostdeutschland. In: Wolf, Klaus (Hg.): Auf dem Weg zu einer neuen regionalen Organisation?: Vorträge eines Symposiums in Frankfurt am Main am 20. November 1998. Frankfurt/Main (Rhein-Mainische Forschungen, 116), S. 91-117.
- Jurczek, Peter (1999): Praktische Konsequenzen der EU-Osterweiterung auf regionaler und kommunaler Ebene im bayerisch-sächsischen Grenzraum. In: Evangelische Akademie Tutzing u. a. (Hg.): Nachbarn im Haus Europa. Perspektiven der Osterweiterung für die Region (Tutzinger Materialie, 83), S. 61-66.
- Jurczek, Peter (1999): Städtenetze – eine neue Form der interkommunalen Zusammenarbeit. Das Sächsisch-Bayerische Städtenetz als Beispiel. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Interkommunale Zusammenarbeit. Planerisches Handeln über Grenzen hinweg. Hannover (Arbeitsmaterial, 259), S. 56-73.
- Jurczek, Peter (1999): Städtenetze als neues Instrument der Raumordnung. In: Leibniz-Institut für Länderkunde (Hg.): Gesellschaft und Staat. Deutscher Nationalatlas. Heidelberg (1), S. 70/71.
- Jurczek, Peter (1999): Thesen und Forderungen zur Vorbereitung der Euroregionen im deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzraum auf die EU-Osterweiterung. In: Europäische Kommission (Hg.): Die Osterweiterung der Europäischen Union und ihre Bedeutung für die Euroregionen im deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzraum. 2. Bayerisch-Sächsisches Relaiertreffen. München/Marktredwitz, S. 66-71.
- Jurczek, Peter (1999): Zur Weiterentwicklung der Marketingaktivitäten im Regierungsbezirk Chemnitz. In: Initiative Südwestsachsen e.V. (Hg.): Zur Weiterentwicklung des Regionalmarketings im Regierungsbezirk Chemnitz. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 35), S. 13-42.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter; Auweck, Fritz (1999): INTERREG III-Phase CBC Raumkonzept für den bayerisch-tschechischen Grenzraum. München/Praha.
- Jurczek, Peter; Neuss, Beate (1999): Transformationsprozesse im südlichen Mitteleuropa – Ungarn und Rumänien. Beiträge zu einem Politik- und Regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz. Tübingen (Occasional Papers, 20).
- Jurczek, Peter; Völker, Sebastian; Vogel, Bertram (1999): Sächsisch-Bayerisches Städtenetz. ExWoSt-Modellvorhaben zur Kooperation der Städte Bayreuth, Chemnitz, Hof, Plauen und Zwickau. Kronach/München/Bonn (Kommunal- und Regionalstudien, 29).
- Jurczek, Peter (2000): Aspekte der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern – das Beispiel Plauen im Vogtland. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, H. 2, S. 124-134.
- Jurczek, Peter (2000): Komunální spolupráce propojením měst na hranicích Saska a Bavorska. In: Geografie, H. 1, S. 99-102.
- Jurczek, Peter (2000): Perspektiven der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Vierländereck Sachsen – Thüringen – Bayern – Böhmen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Mehnert, Elke (Hg.): Gute Nachbarn – schlechte Nachbarn. Deutsch-Tschechisches Begegnungsseminar III. Chemnitz, S. 7-15.
- Jurczek, Peter (2000): Regionalentwicklung in Südwestsachsen. In: Eckart, Karl (Hg.): Räumliche Konsequenzen der sozialökonomischen Wandlungsprozesse in Sachsen (seit 1990). Berlin (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 74), S. 11-31.
- Jurczek, Peter (2000): Sächsisch-Bayerisches Städtenetz. Kreative Zusammenarbeit über die bayerisch-sächsische Landesgrenze hinweg unter Beteiligung von Bayreuth und Hof sowie Chemnitz, Plauen und Zwickau. In: Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hg.): Kreative Zukunftsräume. Bilanzkonferenz 2000. München, S. 157-163.
- Jurczek, Peter et al. (2000): Zur nachhaltigen Entwicklung in der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau. Eine Region wächst zusammen – Eine Linde in jeder Stadt und Gemeinde. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 36).
- Jurczek, Peter; Fiederling, Teresa (2000): Ansatzpunkte für Strategien zum Regionalmarketing in Südwestsachsen. Zusammenstellung der Ergebnisse zur Regionalanalyse und zum Regionalmarketing im Regierungsbezirk Chemnitz. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 37).
- Jurczek, Peter; Neuss, Beate (2000): Entwicklungsstrategien in Nordosteuropa – Baltikum und Finnland. Tübingen (Occasional Papers, 21).

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (2001): Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen 1990-1999. Auswirkungen und Folgen. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 2).
- Jurczek, Peter (2001): Bothnian Arc – Functional urban network. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 1).
- Jurczek, Peter (2001): Chemnitz. In: Berkner, Andreas (Hg.): Exkursionsführer Mitteldeutschland. Braunschweig, S. 16-20.
- Jurczek, Peter (2001): Cooperation between Germany and Czech Republic in the Egrensis Region. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 4).
- Jurczek, Peter (2001): Ferien, Fremdenverkehr, Fremdenverkehrsgeographie. In: Brunotte, Ernst (Hg.): Lexikon der Geographie. 4 Bände. Heidelberg/Berlin (Band 1), S. 373/411.
- Jurczek, Peter (2001): Herausforderungen zur weiteren Entwicklung und Zusammenarbeit in den bayerisch-tschechischen Grenzregionen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: *Miscellanea Geographica*, H. 9, S. 187-194.
- Jurczek, Peter (2001): Konzeptioneller Stand der Entwicklung von Regionalinitiativen. In: Initiative Südwestsachsen e.V. (Hg.): Regionalinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland. Chemnitz, S. 127-131.
- Jurczek, Peter (2001): Leben in Chemnitz – ausgewählte Ergebnisse eines Studienprojektes. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 3).
- Jurczek, Peter (2001): Städtenetze in der Bundesrepublik Deutschland. Zielsetzungen, Themenschwerpunkte und Erfahrungen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit. In: Flückiger, Hans; Frey, René L. (Hg.): Eine neue Raumordnungspolitik für neue Räume. Zürich, S. 106-118.
- Jurczek, Peter (2001): Stand der Zusammenarbeit im sächsisch-tschechischen Grenzraum im Vorfeld der geplanten EU-Osterweiterung. In: Mehnert, Elke (Hg.): Gute Nachbarn – schlechte Nachbarn Deutsch-Tschechisches Begegnungsseminar IV. Deutsch-Tschechisches Begegnungsseminar IV. Chemnitz, S. 49-63.
- Jurczek, Peter (2001): Zwickau. In: Berkner, Andreas (Hg.): Exkursionsführer Mitteldeutschland. Braunschweig, S. 20-23.
- Jurczek, Peter; Neuss, Beate (2001): Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien, Slowakei und Tschechien als Beispiele. Politik- und Regionalwissenschaftliches Symposium 4, 2000, Chemnitz. Tübingen (Occasional Papers, 24).
- Beckord, Claas; Jurczek, Peter (2002): Gewerbestandortanalyse Südwestsachsen. Potenziale für ein regionales Gewerbeflächenmarketing. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 39).
- Jurczek, Peter (2002): Bevölkerungsentwicklung in Südwestsachsen und daraus resultierende Konsequenzen. In: *Raumforschung und Raumordnung*, H. 3/4, S. 225-263.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (2002): Cross-Border Cooperation in the German-Czech-Polish Border Region at the Turn of the Century. In: *Journal of Borderland Studies*, Jg. 17, H. 2, S. 97-104.
- Jurczek, Peter (2002): Das Sächsisch-Bayerische Städtenetz auf dem Weg in die Zukunft. In: Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hg.): *KompetenzNetz Bayern regional*. Ein Beitrag zu Rio + 10. Bilanzkonferenz 2002. München, S. 177-183.
- Jurczek, Peter (2002): Die ideale Immobilie am idealen Standort – Gewerbestandortanalyse für Südwestsachsen. In: *Immospezial* (Hg.): *Fachkongress für Stadtentwicklung*. Chemnitz, S. 1-5.
- Jurczek, Peter (2002): Entwicklung der Organisationsstruktur und Aufgabenfelder der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Regionalinitiativen. In: Slapa, Sabine (Hg.): *Herausforderung Regionen: 1. Jahrestagung am 17. und 18. Dezember 2001*. Berlin (DSSW-Dokumentation, 40).
- Jurczek, Peter (2002): Euregio Egrensis. In: M. Ferenc (Hg.): *Az új Európa a Szeleken találja ki önmagát*. Szombathely, S. 82-95.
- Jurczek, Peter (2002): Euroregionen an der Grenze zu Polen und Tschechien. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 5).
- Jurczek, Peter (2002): Euroregionen auf dem Prüfstand: Die Euregio Egrensis als Beispiel. In: *Jahrbuch des Föderalismus 2002*, S. 489-501.
- Jurczek, Peter (2002): Geographie der Freizeit und des Tourismus. In: Brunotte, Ernst (Hg.): *Lexikon der Geographie*. 4 Bände. Heidelberg/Berlin (Band 2), S. 17.
- Jurczek, Peter (2002): Geographie des Freizeitverhaltens. In: Brunotte, Ernst (Hg.): *Lexikon der Geographie*. 4 Bände. Heidelberg/Berlin (Band 2), S. 19.
- Jurczek, Peter (2002): Geographie des Tourismus. In: Brunotte, Ernst (Hg.): *Lexikon der Geographie*. 4 Bände. Heidelberg/Berlin (Band 2), S. 20.
- Jurczek, Peter (2002): Gruppenreisen. In: Brunotte, Ernst (Hg.): *Lexikon der Geographie*. 4 Bände. Heidelberg/Berlin (Band 2), S. 81.
- Jurczek, Peter (2002): Last-Minute-Reisen. In: Brunotte, Ernst (Hg.): *Lexikon der Geographie*. 4 Bände. Heidelberg/Berlin (Band 2), S. 317.
- Jurczek, Peter (2002): Regionale und lokale Identität in Europa – aus deutscher Sicht. In: *Stadtverwaltung Gera* (Hg.): *Kongress der Deutsch-Finnischen Partnerstädte*. Gera, S. 33-35.
- Jurczek, Peter (2002): Safaritourismus. In: Brunotte, Ernst (Hg.): *Lexikon der Geographie*. 4 Bände. Heidelberg/Berlin (Band 3), S. 172.
- Jurczek, Peter (2002): Touristengettos. In: Brunotte, Ernst (Hg.): *Lexikon der Geographie*. 4 Bände. Heidelberg/Berlin (Band 3), S. 361.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (2002): Urlaubsreisen. In: Brunotte, Ernst (Hg.): Lexikon der Geographie. 4 Bände. Heidelberg/Berlin (Band 3), S. 403.
- Jurczek, Peter (2002): Zur Weiterentwicklung des sächsisch-tschechischen Grenzraums aus studentischer Sicht. Ein hochschuldidaktischer Beitrag geographischer Fachgebiete der Universitäten Chemnitz, Plzen/Pilsen-Cheb/ Eger und Ústí n. L./Außig a. d. E. In: Mehnert, Elke (Hg.): Gute Nachbarn – schlechte Nachbarn. Deutsch-Tschechisches Begegnungsseminar V. Chemnitz, S. 44-51.
- Jurczek, Peter (2002): Zusammenfassung und Einschätzung. In: Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hg.): Erster Erfahrungsaustausch der Sächsischen Aktionsräume der Regionalentwicklung, S. 5f., 21f., 43f., 67f., 85f.
- Jurczek, Peter; u.a. (2002): Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Tübingen (Occasional Papers, 26).
- Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. (DSSW) (Hg.) (2003): Handel und Stadtentwicklung im tschechisch-deutschen Grenzraum. Berlin.
- Forschungsverbund „Stadt und Region in Sachsen“ (Hg.) (2003): Stadtregionen als Kooperationsräume. Zur Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts am Beispiel von Dresden, Leipzig und Chemnitz. Unter Mitarbeit von Peter Jurczek. Berlin (Akademische Abhandlungen zur Raum- und Umweltforschung).
- Jurczek, Peter (2003): Bevölkerungsentwicklung in der Region Südwestsachsen: Aktuelle Probleme, mögliche Wirkungen und zukünftige Strategien. In: Wirtschaft in Südwestsachsen, H. 3, S. 3.
- Jurczek, Peter (2003): Blick nach Osten: Ein größer werdendes Europa und seine Grenzregionen aus geographischer Sicht. In: TU-Spektrum Chemnitz, H. 1, S. 18.
- Jurczek, Peter (2003): Ehrungen für grenzübergreifendes Engagement. In: TU-Spektrum Chemnitz, H. 8, S. 31.
- Jurczek, Peter (2003): Euroregions on the border to Poland and the Czech Republic. In: Hrbek, Rudolf (Hg.): Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt. Konferenz zum Thema "Außenbeziehungen von Regionen" in Karlsruhe am 20.-22.6.2002. Baden-Baden (Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, 27), Bd. 27, S. 201-210.
- Jurczek, Peter (2003): Freizeit- und Tourismusplanung. In: Becker, Christoph (Hg.): Geographie der Freizeit und des Tourismus. München; Oldenbourg, S. 730-740.
- Jurczek, Peter (2003): Geographie der Freizeit und des Tourismus. Disziplingeschichte und Perspektiven. In: Becker, Christoph (Hg.): Geographie der Freizeit und des Tourismus. München; Oldenbourg, S. 25-34.
- Jurczek, Peter (2003): Grenzüberschreitende Kommunikation. In: Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. (DSSW) (Hg.): Handel und Stadtentwicklung im tschechisch-deutschen Grenzraum. Berlin, S. 9-12.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (2003): Hessen – Ein dynamisches Bundesland. In: Wissenschaftlicher Literaturanzeiger, H. 1, S. 73.
- Jurczek, Peter (2003): Regionale Entwicklungsinitiativen – ein Weg zur innovativen Regionalentwicklung. In: Schaffer, Franz (Hg.): Implementation der Raumordnung: Wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel. Augsburg (Schriften zur Raumordnung und Landesplanung, 15), Bd. 15, S. 115-124.
- Jurczek, Peter (2003): Regionale Initiativen in der BR Deutschland – Instrument zur Effektivierung von räumlicher Entwicklung und Kooperation oder Tummelfeld für Aktionisten. In: Pak, Mirko (Hg.): Priložnosti in možnosti regionalnih struktur na poti k združenju Evrope, Mednarodni medinstitutski geografski seminar, Ljubljana, 12.-13. April 2002. Possibilities and opportunities of regional structures on the way to the European Union. Ljubljana (Dela, 19), S. 97-105.
- Jurczek, Peter (2003): Regionale Wandlungsprozesse in ausgewählten MOE-Ländern. Einschätzungen aus der Sicht angehender Europaexperten. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 41).
- Jurczek, Peter (2003): Regionale Wandlungsprozesse in ausgewählten MOE-Ländern – Ergebnisbericht eines von der Robert Bosch-Stiftung geförderten Studienprojekts. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 8).
- Jurczek, Peter (2003): Regionalne iniciative v ZR Nemčiji – instrument za uresničevanje prostorskega razvoja in sodelovanja – poligon za delničarje. In: Pak, Mirko (Hg.): Priložnosti in možnosti regionalnih struktur na poti k združenju Evrope, Mednarodni medinstitutski geografski seminar, Ljubljana, 12.-13. April 2002. Possibilities and opportunities of regional structures on the way to the European Union. Ljubljana (Dela, 19), S. 20-22.
- Jurczek, Peter (2003): Rezeption der grenzüberschreitenden Entwicklung und Zusammenarbeit im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet – fachwissenschaftliche Erkenntnisse und fachdidaktische Umsetzungsmöglichkeiten. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 6).
- Jurczek, Peter; u.a. (2003): MOE-Staaten vor dem EU-Beitritt – Chancen und Probleme aus politik- und regionalwissenschaftlicher Sicht. Tübingen (Occasional Papers, 27).
- Beckord, Claas; Jurczek, Peter (2004): Konzeptionelle Überlegungen zur Revitalisierung von Industriebrachen in Südwestsachsen. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 42).
- Jurczek, Peter (2004): „Beleuchtete Wiesen“ oder „Blühende Landschaften“? Zum Stand der Gewerbeflächenentwicklung und -vermarktung in der Region Südwestsachsen. In: Standort, H. 2, S. 58-65.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (2004): Bessere Wege braucht das Land. Verkehrsgeographische Erkenntnisse auf nationaler und regionaler Ebene. In: TU-Spektrum Chemnitz, H. Sonderausgabe Auto & Verkehr, S. 42.
- Jurczek, Peter (2004): Demographischer Wandel in Sachsen: Struktur und Entwicklung, Auswirkungen sowie Maßnahmen. In: Prozesse der Raumentwicklung in Sachsen – Zentrale Themen der Regionalplanung.
- Jurczek, Peter (2004): Euroregiony na východní hranici Spolkové republiky Německo. In: Balej, Martin (Hg.): Geografický pohled na současné Česko. Ústí nad Labem (Acta Universitatis Purkynianae, 100), S. 161-166.
- Jurczek, Peter (2004): Grenzen, Sprachen und Kulturen. In: Gamerith, W. u. a. (Hg.): Alpenwelt – Gebirgswelten, Inseln, Brücken, Grenzen. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. 54. Deutscher Geographentag Bern 2003. Heidelberg/Bern, S. 531-532.
- Jurczek, Peter (2004): Interaktionen über die sächsisch-böhmische Grenze und ihre Bewertung aus Sicht der dort lebenden Bevölkerung. In: Mehnert, Elke (Hg.): Grenzpfade. Materialien zum 6. Deutsch-Tschechischen Begegnungsseminar „Gute Nachbarn – Schlechte Nachbarn?“. Frankfurt/Main, u.a., S. 83-93.
- Jurczek, Peter (2004): Ländliche Grenzregionen in Sachsen – Abbruch, Umbruch oder Aufbruch. In: Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hg.): Standort Ostdeutschland. Perspektiven für den ländlichen Arbeitsmarkt. Hannover (Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, 143), S. 75-84.
- Jurczek, Peter (2004): Potentialnutzung durch überregionale Vernetzung von Kooperationen. In: IREGIA-Fachtagung Strukturwandel in Wirtschaftsstandorten. Chemnitz (Wissenschaftliche Schriftenreihe des Institutes für Betriebswissenschaften und Fabrik-systeme, Sonderheft 9), S. 87-101.
- Jurczek, Peter (2004): Rezension von „Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich“, hrsg. von J. Becker u.a. In: geographische revue, Jg. 6, H. 2, S. 94-96.
- Jurczek, Peter (2004): Schub fürs Geschäft. Sachsen und die EU-Ost-Erweiterung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe 262, 09.11.2004, S. B4.
- Jurczek, Peter (2004): Skupiny cizinců žijící v Německu a jejich územní rozdělení se zvláštním zřetelem na Česko/Foreign residence groups in Germany and their geographical location – with a special focus on the Czech Republic. In: Plzeňské rozhovory, Pilsen Talks 2004. Sborník z konference. Plzeň, S. 47-50.
- Callies, Christian; Gladis, Katharina; Jurczek, Peter; John, Brigitte (2005): Die Euregio Egrensis in thematischen Karten. Sozioökonomische Strukturen und Entwicklungen. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 43).

Schriftenverzeichnis

- Institute for Peace Affairs (Hg.) (2005): Development of Border Regions after German Unification and its Lessons to Korean Unification. 2005 Korea-Germany Workshop (in deutscher und koreanischer Sprache). Seoul.
- Jurczek, Peter (2005): Alte Menschen in Oberfranken – fachliche Analyse und praxisbezogene Handlungsansätze. In: Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e.V. (Hg.): Altern auf dem Lande. Bamberg, S. 15-27.
- Jurczek, Peter (2005): Bevölkerungsentwicklung im sächsischen Grenzraum zur Tschechischen Republik. In: Mehnert, Elke (Hg.): ...'s kommt alles vom Bergwerk her. Materialband zum 7. Deutsch-Tschechischen Begegnungsseminar „Gute Nachbarn – Schlechte Nachbarn?“. Frankfurt/Main, u.a., S. 111-122.
- Jurczek, Peter (2005): Geographische Nähe und Fremdheit Tschechiens zu Sachsen – Erkenntnisse zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit über die Grenze hinweg. In: Kersten, Sandra; Frank, Manfred (Hg.): Spiegelungen. Entwürfe zu Identität und Alterität. Festschrift für Elke Mehnert. Berlin, S. 41-58.
- Jurczek, Peter (2005): Im Netzwerk den Wandel meistern. Kommunale Kooperationen innerhalb einer Region ermöglichen Synergieeffekte. In: TU-Spektrum Chemnitz, H. Forschung im Profil, S. 31.
- Jurczek, Peter (2005): Regionale Entwicklungsprozesse im Grenzgebiet nach der deutschen Wiedervereinigung – Vorbild für Korea. In: Institute for Peace Affairs (Hg.): Development of Border Regions after German Unification and its Lessons to Korean Unification. 2005 Korea-Germany Workshop (in deutscher und koreanischer Sprache). Seoul, S. 11-42.
- Jurczek, Peter (2005): Regionale Entwicklungsprozesse und Organisationsformen in der Bundesrepublik Deutschland – Vorbild für Korea. In: Tongil Hankuk, H. 11, S. 43-45.
- Jurczek, Peter (2005): Regionale Initiativen und kommunale Netzwerke. Instrumente einer nachhaltigen Raumentwicklung. In: Großmann, Katrin (Hg.): Im Prinzip Nachhaltigkeit. Akteurskonstellationen und Handlungsmöglichkeiten in interdisziplinärer Betrachtung. 1. Aufl. München, S. 165-174.
- Jurczek, Peter (2005): Strukturelle Probleme in den neuen Bundesländern – Schockwirkungen durch die plötzliche Wiedervereinigung (in koreanischer Sprache). In: Tongil Hankuk, H. 8, S. 78-80.
- Jurczek, Peter (2005): Vernetzung von produktionstechnischen Kompetenzclustern. Aus technologisch-organisatorischer und räumlich-infrastruktureller Sicht. In: Zeitschrift für wirtschaftlichen Fabrikbetrieb, H. 5, S. 251-256.
- Jurczek, Peter; Köppen, Bernhard (2005): Aktionsräumliches Verhalten der 16- bis 26-jährigen Bevölkerung der Stadt Chemnitz und deren Ansprüche an die altersspezifische Infrastruktur in der Zukunft. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 12).

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter; Köppen, Bernhard (2005): Bevölkerungsstruktur und -entwicklung im sächsisch-tschechischen Grenzraum. In: Demographie. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V., Jg. 4, H. 7, S. 4.
- Jurczek, Peter; Köppen, Bernhard (2005): Herausforderungen und Perspektiven der Stadtentwicklung in den neuen Ländern. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 11).
- Köppen, Bernhard; Jurczek, Peter (2005): Aufbau oder Abriss Ost. Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern. Sankt Augustin (Zukunftsforum Politik herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, 63).
- Jurczek, Peter (2006): Das „Sächsisch-Tschechische Hochschulzentrum“ (STHZ): bildungsgeographisches Vorhaben im deutsch-tschechischen Grenzraum. In: Jeřábek, Milan (Hg.): Regionální výzkum v severozápadních Čechách. 1. Aufl. Ústí nad Labem (Acta Universitatis Purkynianae, 124), S. 21-24.
- Jurczek, Peter (2006): Entstehung und Entwicklung grenzüberschreitender Regionen in Mitteleuropa – unter besonderer Berücksichtigung der Euroregionen an der Ostgrenze der Bundesrepublik Deutschland. In: Thoß, Hendrik (Hg.): Mitteleuropäische Grenzräume. Tagung "Mitteleuropäische Grenzräume" in Chemnitz 23.-24.1.2004. Berlin (Chemnitzer Europastudien, 3), S. 9-20.
- Jurczek, Peter (2006): Franken nach der Vereinigung Deutschlands und der EU-Osterweiterung. In: Blessing, W. K. u. a. (Hg.): 200 Jahre Franken in Bayern. 1806 – 2006. Augsburg, S. 174-176.
- Jurczek, Peter (2006): Grenzräume in Deutschland. Grenzüberschreitende Entwicklung und grenzübergreifende Kooperation. In: Europa Regional, H. 2, S. 50-60.
- Jurczek, Peter (2006): Grenzübergreifende Hochschulkooperation – Impulse für die Entwicklung von Humanressourcen. In: Scherm, Ilona; Lang, Rainhart (Hg.): Humanressourcen gemeinsam entwickeln?! Tagungsband des 2. Sächsischen Mittel- und Osteuropatages am 20. Mai 2005 an der Technischen Universität Chemnitz. Frankfurt/Main, S. 83-94.
- Jurczek, Peter (2006): Herausforderung Stadtumbau. In: Walcha, Henning (Hg.): Diskurs kommunal 2006. Der Stadt Bestes finden. Wer rettet unsere Städte jetzt. Sankt-Augustin (Kommunalpolitik – Materialien vor Ort), S. 137-140.
- Jurczek, Peter (2006): Metropolregionen – neue Standortbedingungen im globalen Wettbewerb. In: Institut IREGIA e.V. (Hg.): Flächenmanagement und Entwicklung von Wirtschaftsstandorten. Chemnitz, S. 43-52.
- Jurczek, Peter (2006): Metropolregionen in Deutschland – Zukunftsträchtige raumordnungspolitische Strategie oder experimentierfreudiger Modellversuch. In: Schultz, Hans-Dietrich (Hg.): Metropolitan & Mediterranean. Beiträge aus der Humange-

Schriftenverzeichnis

- ographie: gewidmet Bodo Freund. Berlin (Berliner Geographische Arbeiten, 106), S. 109-126.
- Jurczek, Peter (2006): Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet – Unternehmerische Einschätzungen, Handlungsbedarfe und Aktivitäten. In: Born, Karl-Martin (Hg.): Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland. Hannover (Arbeitsmaterial, 321), S. 34-50.
- Jurczek, Peter (2006): Wirtschaftliche und ökologische Aspekte der touristischen Entwicklung im Grenzgebiet Koreas im Vergleich zu Deutschland. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 14).
- Jurczek, Peter (2007): Ansätze zur Weiterentwicklung der Grenzgebiete im Nordosten der Republik Korea durch den Ausbau des Tourismus. In: Seliger, Bernhard (Hg.): Sustainable economic and environmental development in the inner-Korean border area three years of cooperation between Goseong-Gun and Hanns Seidel Foundation Korea. Chuncheon, S. 136-151.
- Jurczek, Peter (2007): Economic and ecological aspects of the touristic development in the border region of Korea. In: Seliger, Bernhard (Hg.): Sustainable economic and environmental development in the inner-Korean border area three years of cooperation between Goseong-Gun and Hanns Seidel Foundation Korea. Chuncheon, S. 118-135.
- Jurczek, Peter (2007): Erste kurze, aber dennoch intensive Zusammenarbeit zwischen der TU Chemnitz und der koreanischen Repräsentanz der Hanns-Seidel-Stiftung in Seoul. In: HSS Büro Korea (Hg.): Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung. München, S. 151-157.
- Jurczek, Peter (Hg.) (2007): Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum. 19. Heiligenstadter Gespräche. Bamberg.
- Jurczek, Peter (2007): Metropolregion – Segen oder Fluch für den ländlichen Raum. In: Jurczek, Peter (Hg.): Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum. 19. Heiligenstadter Gespräche. Bamberg, S. 1-3.
- Jurczek, Peter (Hg.) (2007): Sachsen und Tschechien – zwischen Konkurrenz und Zusammenarbeit aus geographischer Sicht. Ergebnisse einer regionalwissenschaftlichen Fachtagung des "Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums" der TU Chemnitz. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 45).
- Jurczek, Peter (2007): Stadt und Region – Raumplanung in Mitteleuropa. In: Schmitz, Walter (Hg.): Ein anderes Europa: Innovation – Anstöße – Tradition in Mittel- und Osteuropa; Dokumentation zum 3. Sächsischen Mittel- und Osteuropatag. Dresden (Mitteleuropa aktuell, 2), S. 90-94.
- Jurczek, Peter (2007): Transformationsprozesse und Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Räume in den MOE-Staaten: Befunde eines Workshops im Rahmen des 4. Sächsi-

Schriftenverzeichnis

schen MOE-Tages am 23. Mai 2007 an der TU Bergakademie Freiberg. In: Freiburger Osteuropa Report, H. 8, S. 3-4.

- Jurczek, Peter (2007): Wirtschaftliche und ökologische Aspekte der touristischen Entwicklung im Grenzgebiet Koreas im Vergleich zu Deutschland. In: Seliger, Bernhard (Hg.): Sustainable economic and environmental development in the inner-Korean border area three years of cooperation between Goseong-Gun and Hanns Seidel Foundation Korea. Chuncheon, S. 152-169.
- Jurczek, Peter (2007): Zur betrieblichen Zusammenarbeit im sächsisch-tschechischen Grenzraum aus der Sicht von Unternehmen Südwestsachsen. In: Jurczek, Peter (Hg.): Sachsen und Tschechien – zwischen Konkurrenz und Zusammenarbeit aus geographischer Sicht. Ergebnisse einer regionalwissenschaftlichen Fachtagung des "Sächsisch-Tschechischen Hochschulzentrums" der TU Chemnitz. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 45), S. 17-27.
- Jurczek, Peter; Müller, Gaby (2007): Zukünftige Entwicklungschancen und -probleme im deutsch-tschechischen Grenzraum. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 46).
- Molter, Uli; Jurczek, Peter (2007): Kultur, Freizeit und Tourismus in Chemnitz. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 15).
- Jurczek, Peter (2008): Aktuelle Entwicklungen und zukünftige Trends in Europa auf nationaler und regionaler Ebene. In: Troeger-Weiß, Gabi; Jurczek, Peter (Hg.): Goldkronacher Gespräche zur Regional- und Kommunalentwicklung: Aktuelle Entwicklungen und künftige Trends der Regional- und Kommunalentwicklung. Kaiserslautern (Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Sonderheft), S. 6-21.
- Jurczek, Peter (2008): Einstellungen und Vorschläge zur Regionalentwicklung im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet. In: Jurczek, Peter; Niedobitek, Matthias (Hg.): Europäische Forschungsperspektiven: Elemente einer Europawissenschaft. Berlin (Chemnitzer Europastudien, 8), S. 337-353.
- Jurczek, Peter (Hg.) (2008): Europäische und nationale Metropolregionen – dargestellt am Beispiel von Sachsen und Tschechien. Ergebnisse eines sozial- und wirtschaftsgeographischen Workshops des "Sächsisch-Tschechischen Hochschulkollegs" der TU Chemnitz. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 47).
- Jurczek, Peter (2008): European Metropolitan Region: A New Spatial Planning Strategy in Germany. In: Planning and Policy, H. 5, S. 88-95.
- Jurczek, Peter (2008): European Metropolitan Regions in Germany: a new spatial planning strategy in Europe. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 16).
- Jurczek, Peter (2008): Evropské metropolitní regiony: nová územně politická strategie Spolkové republiky Německo. In: Auspicia, H. 2, S. 9-15.

Schriftenverzeichnis

- Jurczek, Peter (2008): Grenzübergreifende Aktivitäten im Dreiländereck Sachsen, Bayern und Böhmen. In: Omert, Joachim (Hg.): Landeskultur in Europa – Lernen von den Nachbarn. Münchberg (Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft, 5), S. 95-109.
- Jurczek, Peter (2008): Hochschulkooperationen im deutsch-tschechischen Grenzgebiet – Vorläufer zur Entwicklung eines europäischen Wissenschaftsraumes auf regionaler Ebene. In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hg.): Jahrbuch des Föderalismus: Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa. Baden-Baden (8.2007), S. 549-564.
- Jurczek, Peter (2008): Metropolitní regiony v Evropě, Německu a Sasku. In: Jurczek, Peter (Hg.): Europäische und nationale Metropolregionen – dargestellt am Beispiel von Sachsen und Tschechien. Ergebnisse eines sozial- und wirtschaftsgeographischen Workshops des "Sächsisch-Tschechischen Hochschulkollegs" der TU Chemnitz. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 47), S. 14-16.
- Jurczek, Peter (2008): Metropolregionen in Europa, Deutschland und Sachsen. In: Jurczek, Peter (Hg.): Europäische und nationale Metropolregionen – dargestellt am Beispiel von Sachsen und Tschechien. Ergebnisse eines sozial- und wirtschaftsgeographischen Workshops des "Sächsisch-Tschechischen Hochschulkollegs" der TU Chemnitz. Chemnitz (Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, 47), S. 11-13.
- Jurczek, Peter; Müller, Gaby (2008): Budoucí vývojové příležitosti a problémy v česko-německém pohraničí. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 17).
- Jurczek, Peter; Niedobitek, Matthias (Hg.) (2008): Europäische Forschungsperspektiven: Elemente einer Europawissenschaft. Berlin (Chemnitzer Europastudien, 8).
- Jurczek, Peter; Vollmer, Michael (2008): Ausbildung und Migration in Ostmitteleuropa. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Migration in Europa. Bonn (Aus Politik und Zeitgeschichte, 35-36/2008), S. 26-32.
- Troeger-Weiß, Gabi; Jurczek, Peter (Hg.) (2008): Goldkronacher Gespräche zur Regional- und Kommunalentwicklung: Aktuelle Entwicklungen und künftige Trends der Regional- und Kommunalentwicklung. Kaiserslautern (Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung, Sonderheft).
- Jurczek, Peter (2009): Konzeptionelle Überlegungen zur Entwicklung und Gestaltung der Demilitarisierten Zone (DMZ) im Falle eines vereinigten Korea. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 19).
- Jurczek, Peter (2009): Stadt- und Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Bevölkerungsrückgang und städtebauliche Reaktionen darauf. In: Popp, Herbert (Hg.): Raumstrukturen und aktuelle Entwicklungsprozesse in Deutschland. Bayreuth (Bayreuther Kontaktstudium Geographie, 5), S. 51-60.

Schriftenverzeichnis

Jurczek, Peter; Kotte, Gundula (2009): Der ländliche Raum in Sachsen – ein Raum mit Zukunft. Chemnitz (Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online, 20).

Die Herausgeber danken für die Finanzierung der
Druckkosten:



Die IHK Südwestsachsen als Partner im Enterprise Europe Network

■ informiert ■ berät und ■ unterstützt

Sie bei Fragen zu europäischen Märkten, Förderprogrammen,
zur Gesetzgebung in der EU sowie bei grenzüberschreitenden
Kooperationen.

—————> www.chemnitz.ihk24.de

Ihr Ansprechpartner:

Barbara Hofmann | Telefon: 0371 6900-1240

E-Mail: hofmann@chemnitz.ihk.de

IHK Südwestsachsen | Straße der Nationen 25 | 09111 Chemnitz

CSS Chemnitzer Speise-Service im Solaris-Turm

Familie Resch, Neefestraße 88, 09116 Chemnitz

Tel. 0371/90 97 097, Fax 0371/90 97 096

www.chemnitzer-speise-service.de

Jun.-Prof. Dr. Bernhard Köppen, Landau

Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiss, Kaiserslautern